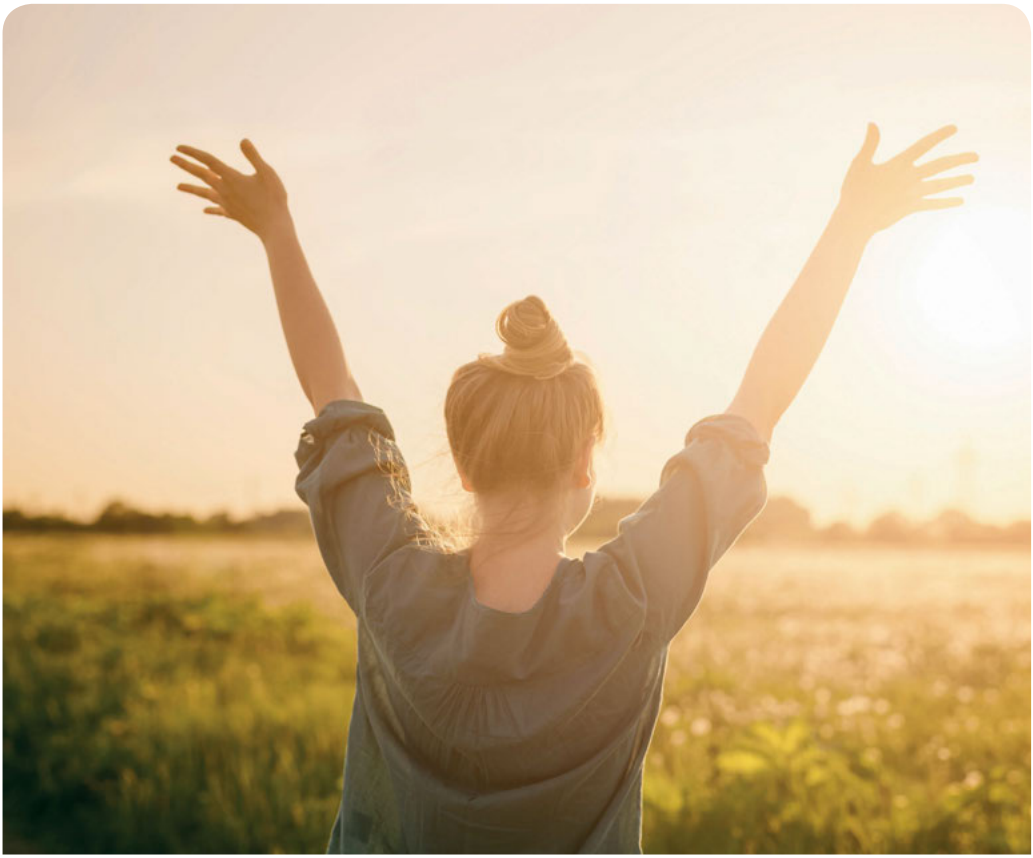


Wolfgang Höschele

Wirtschaft neu erfinden

Grundlegung für eine Ökonomie der Lebensfülle

oekom


oekom

ClimatePartner°
klimaneutral
Verlag | ID: 128-50040-1010-1082

Selbstverpflichtung zum nachhaltigen Publizieren
Nicht nur publizistisch, sondern auch als Unternehmen setzt sich der oekom verlag konsequent für Nachhaltigkeit ein. Bei Ausstattung und Produktion der Publikationen orientieren wir uns an höchsten ökologischen Kriterien.
Dieses Buch wurde auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem FSC®-Siegel und dem Blauen Engel (RAL-UZ 14), gedruckt. Auch für den Karton des Umschlags wurde ein Papier aus 100% Recyclingmaterial, das FSC® ausgezeichnet ist, gewählt. Alle durch diese Publikation verursachten CO_2-Emissionen werden durch Investitionen in ein Gold-Standard-Projekt kompensiert. Die Mehrkosten hierfür trägt der Verlag.
Mehr Informationen finden Sie unter:
http://www.oekom.de/allgemeine-verlagsinformationen/nachhaltiger-verlag.html

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Der Text dieses Werks erscheint unter der Creative Commons-Lizenz ›Namensnennung – Nicht-kommerziell – Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland‹ (CC BY-NC-ND 3.0 DE). [www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de].
Alle Fotos und Grafiken in diesem Werk werden durch das Urheberrecht und/oder einschlägige Gesetze geschützt.

© 2017 oekom
Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH,
Waltherstraße 29, 80337 München

Umschlaggestaltung: Elisabeth Fürnstein, oekom verlag
Umschlagabbildung: © goodween123 – Fotolia.com

Druck: Bosch-Druck GmbH, Ergolding
Alle Rechte vorbehalten
ISBN: 978-3-96006-174-8
E-ISBN: 978-3-96006-206-6

FSC www.fsc.org
RECYCLED
Papier aus Recyclingmaterial
FSC® C011862

Wolfgang Höschele

Wirtschaft neu erfinden

Grundlegung für eine
Ökonomie der Lebensfülle

Danksagung

Kein Buch ist die Arbeit des Autors alleine. Auch dieses Buch wäre ohne die Unterstützung anderer Menschen niemals geschrieben worden! Viele Menschen in Heidelberg haben mich während dieser Zeit als Ansprechpartner, als Leser von Entwürfen und durch ihren menschlichen Rückhalt unterstützt – ganz besonders Reinhard Bracke, Markus Duscha, Ana-Maria Hanna, Cornelia Wiethaler und Reiner Neureuther-Wiethaler. Auch außerhalb Heidelbergs haben mich einige Menschen immer wieder auf meinem Wege ermutigt – insbesondere Hana Hrstkova, Silke Helfrich, Uwe Schacher, Wolfram Bartussek, Holger Eggerichs, Markus Distelberger und Thomas Mehwald. Viele Leute haben finanziell zu meiner Crowdfunding-Kampagne für die Publikation dieses Buches beigetragen; wegen ihrer besonders großzügigen Unterstützung möchte ich Gudrun Neuper und den Verband Ökostadt Rhein-Neckar erwähnen. Im familiären Umfeld sind mir Ishita Ghosh, meine Frau, Sibylle Höschele, meine Mutter, Almut Gassmann, meine Schwester, und Saurav Majumdar, Vetter meiner Frau, beigestanden – entweder stetig oder an kritischen Momenten. Die gute Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des oekom Verlags hat schließlich die letzten Wege zur Veröffentlichung geebnet. Allen diesen Menschen spreche ich meinen herzlichen Dank aus.

Inhaltsverzeichnis

I. Teil: Kritische Systemanalyse der gegenwärtigen Wirtschaft 13
1. Einführung in die systemische Analyse unseres Wirtschaftssystems 15
2. Erster Systemfehler: Verkehrung von Mittel und Zweck 25
3. Zweiter Systemfehler: Nur knappe Waren haben einen Wert 31
4. Dritter Systemfehler: Wachstumszwang 53
5. Vierter Systemfehler: Problematische Auswirkungen auf menschliche Eigenschaften 63
6. Fünfter Systemfehler: Polarisierung der Vermögen und Einkommen 77
7. Leistungsgrenzen unseres Wirtschaftssystems 97

II. Teil: Rückkopplungen für eine Wirtschaft der Lebensfülle 115
8. Zielsetzung und Zweckbestimmung 117
9. Arbeit, Eigentum und Verantwortung besser verbinden 151
10. Dienendes Finanzwesen 185
11. Grundsicherung 203
12. Vertiefung der Demokratie in Politik und Wirtschaft 221
13. Transformationsstrategie 233

Abbildungen

1.1: Rückkopplungen 18
1.2: Systemische Problemlösung 21
1.3: Kausalzusammenhänge nach zwei konkurrierenden reduktionistischen Schulen 22
1.4: Zwei reduktionistische Sichtweisen aus systemischer Sicht 23
2.1: Beziehungsgeflecht menschlichen Wohlbefindens 26
2.2: Parasitäre Wirtschaft als Selbstzweck 27
2.3: Selbstverstärkende Rückkopplung des Kapitalkreislaufes 29
3.1: Selbstversorgung 32
3.2: Optionen der Versorgung in der modernen Gesellschaft 33
3.3: Erzeugung von Abhängigkeit oder Sucht 36
3.4: Die Erzeugung der Gier (unbegrenzte Bedürfnisse) 37
3.5: Marktdynamik eines Prestigeprodukts 39
3.6: Systemisches Umfeld eines privatwirtschaftlichen Unternehmens 40
3.7: Pfade der Monopolbildung 44
3.8: Ökologischer Kontext von Produktion und Preisen (erneuerbare Ressourcen) 46
3.9: Einflüsse auf die Länge des Zeithorizontes 49
4.1: Funktion von Preisen im »normalen« Markt 57
4.2: Funktionsweise von Preisen im spekulativen Markt 58
4.3: Flussdiagramm Spekulative Märkte und Wirtschaftskrise 61
5.1: Gesellschaftliche Normen und Verhalten 65
5.2: Erzeugung des Homo oeconomicus 66
5.3: Einflüsse auf die Bezahlung eines Berufes 71
6.1: Flüsse von Zinsen, Dividenden, Kapitalrenditen 87
6.2: Soziale Polarisierung 92
6.3: Soziale Polarisierung überwinden 94
7.1: Profitable Investitionen in die Energiewende 100
7.2: Investitionen in die Energiewende durch ein privatwirtschaftliches Unternehmen 102
7.3: Ökonomische Einflüsse auf die Fertilitätsrate 107

7.4: Rückkopplungen der Fertilitätsrate auf ihre ökonomischen Einflussgrößen 111
8.1: Kapitalistisches Zirkulationssystem 118
8.2: Kapitalistische Rückkopplungen 120
8.3: Funktionierendes Gesellschaftliches Zirkulationssystem 121
8.4: Zweckbestimmung einer Wirtschaft der Lebensfülle 126
9.1: Verbindung von Eigentum mit Verantwortung und Leistung 155
9.2: Systemische Beziehungen einer Arbeitergenossenschaft 157
9.3: Systemische Beziehungen einer Konsumgenossenschaft 160
9.4: Systemische Beziehungen in einer kombinierten Arbeiter- und Konsumgenossenschaft 161
9.5: Solidago, eine solidarische Absicherung im Krankheitsfall 163
9.6: Systemische Beziehungen einer Commons 169
9.7: Commons im Spannungsfeld mit externen Wettbewerbern 171
9.8: Qualitätssicherung öffentliche Infrastruktur 179
10.1: Umstrukturierung finanzieller Dienste als öffentliche Infrastruktur 187
11.1: Einfluss eines Bedingungslosen Grundeinkommens auf die Bezahlung eines Berufes 206
11.2: Einfluss eines selbstbestimmten Gemeinwohldienstes auf die Bezahlung eines Berufes 213
11.3: Beitrag zur Sicherung der Lebensgrundlagen durch einen selbstbestimmten Gemeinwohldienst 218
12.1: Vertiefung der Demokratie 222
13.1: Zusammenfassung der Systeminterventionen für eine Wirtschaft der Lebensfülle 233
13.2: Flussdiagramm Systemwandel 234
13.3: Selbstverstärkende Rückkopplungen für verantwortungsbewusste Eigentumsformen 243

Tabellen

7.1: Zahl und Bevölkerung der Länder der Welt und Bundesstaaten Indiens, in denen die Gesamtfertilitätsrate bestimmte Werte erreicht 105
8.1: Erfassung der Lebensfülle Teil I. Erfassung der persönlichen Befindlichkeit 134
8.2: Erfassung der Lebensfülle Teil II. Fülle der natürlichen und sozial-ökologischen Ressourcen 140
10.1: Beispiel einer Festsetzung eines kumulativen Höchstzinses 195
10.2: Auswirkungen einer Festlegung des Höchstzinses auf die Abzahlung von Schulden 196
11.1: Für ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland relevante Zahlen (jeweils Mrd. Euro) 209
13.1: Maßnahmen und Organisationsebenen für eine Wirtschaft der Lebensfülle 239

I. Teil

Kritische Systemanalyse der gegenwärtigen Wirtschaft

1 Einführung in die systemische Analyse unseres Wirtschaftssystems

Die Menschheit ist reicher, als sie je gewesen ist. Gleichzeitig steht sie vor einem Scherbenhaufen planetarischer Dimensionen. Milliarden Menschen versinken in Hunger oder psychischer Krankheit und Depression. Wir sägen mit furioser Effizienz an dem Ast, auf dem wir sitzen. Die Zukunft ist gleichzeitig voller Hoffnung und Versprechen, voller Bedrohungen und Verzweiflung.

Wie sind wir hier angelangt?

Um das zu verstehen, müssen wir die Grundlagen unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems hinterfragen. Scheuklappen aller Art sind hier fehl am Platze. Allerdings brauchen wir auch ein paar Richtschnüre, um uns in der täglichen Informationsschwemme zurechtzufinden. Dieses Kapitel soll die Richtschnüre der folgenden Analyse verdeutlichen.

Als soziale Wesen bilden wir Menschen unsere Gedanken und Verhaltensweisen in Auseinandersetzung mit anderen. Aus diesen Kontexten bauen wir Institutionen auf, die bestimmte menschliche Fähigkeiten oder Tendenzen verstärken und andere abschwächen (jedoch nie ganz ausschalten).

Die von uns entwickelten Institutionen weisen ihre eigenen »emergenten« Eigenschaften auf, die sich nicht einfach aus den Eigenschaften der dazugehörigen Menschen erklären lassen. Eine Konzernlenkerin hat sich auf bestimmte Weise zu verhalten, ansonsten ist sie ihre Stelle bald los. Sie denkt bald so wie eine Konzernlenkerin, egal, was sie vorher war. Entsprechendes gilt für eine Schullehrerin oder eine Fließbandarbeiterin.[1] In Anbetracht der enormen Auswirkungen der Institutionen auf unser Denken und Verhalten sollten wir sie möglichst so gestalten, dass sie unser Denken und Verhalten in sinnvolle Richtungen lenken.

Die heute vorherrschenden Institutionen sind zu einem politisch-ökonomischen System verflochten, das wegen seines überwältigenden Erfolges dabei ist, uns geradewegs in den sozialen und ökolo-

1 In diesem und den weiteren ungeraden Kapiteln benütze ich die weibliche Form, wenn ich von Menschen beiderlei Geschlechts schreibe; in den geraden Kapiteln benütze ich dazu die männliche Form. Ausdrücke wie »jeder« und »man« beziehen sich grundsätzlich auf beide Geschlechter.

gischen Ruin zu führen. Wäre es weniger erfolgreich, hätten wir unseren gegenwärtigen Pfad schon längst verlassen. Der bisherige Erfolg verführt uns allerdings dazu, einen Weg in die Katastrophe weiterzuverfolgen. Die Stichworte dieser Katastrophe sind hinlänglich bekannt: Klimakollaps, Artensterben, die Zerstörung der landwirtschaftlichen Böden, der Ökosysteme, unserer Lebensgrundlagen. Diese drohende Katastrophe geht einher mit wachsender sozialer Ungleichheit, denn die Reichen sichern sich ihren zunehmenden Wohlstand, indem sie anderen die ökologischen und sozialen Bürden aufladen. Da sie bislang von den bestehenden Zuständen profitieren, behaupten viele von ihnen, es gäbe keine Alternative, und setzen alles daran, Alternativen zu blockieren.

Klagen über die Gier der Reichen bringen uns allerdings nicht weiter. Wir müssen unser Verständnis schärfen, wie bestehende Institutionen problematische Handlungsweisen fördern, und uns daranmachen, diese Institutionen und ihre Wechselwirkungen – sprich das Wirtschaftssystem – zu verändern. Was ist aber ein »Wirtschaftssystem« überhaupt? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns erst mal im Klaren darüber sein, was »Wirtschaft« und »System« jeweils bedeuten.

Der Fachbegriff »Ökonomie« bezieht sich auf das griechische Wort oikos für »Haushalt«, doch werden persönliche Beziehungen innerhalb von Haushalten von den Wirtschaftswissenschaften kaum beachtet (das ist eher das Spezialgebiet von Soziologie und Anthropologie). Die gängige Definition der Ökonomik als Wissenschaft der Verteilung knapper Güter ist auch nicht gerade sinnvoll, denn sie setzt eine Knappheit voraus, die eigentlich durch die Wissenschaft erst zu untersuchen ist. Ich definiere hier stattdessen »Wirtschaft« als ein kulturell definiertes Ensemble von Praktiken, Regeln und Institutionen, durch die Menschen ihre materielle und ideelle Reproduktion sichern. Es geht vor allem um Beziehungen zwischen Menschen, die sich nicht gut kennen, aber einander auch nicht feindselig gegenüberstehen. Die Wirtschaft regelt, wer über welche Ressourcen, Güter und Dienstleistungen verfügen darf. Ich schließe mich hiermit dem allgemeinen Sprachgebrauch an, der Beziehungen innerhalb des familiären Haushaltes oder unter Freunden ebenso wie kriegerische Handlungen aus der Wirtschaft ausklammert. Ein kulturelles Konstrukt ist Wirtschaft nicht zuletzt deshalb, weil viele Kulturen gar keinen abgesonderten Bereich der »Wirtschaft« anerkannten. Darüber

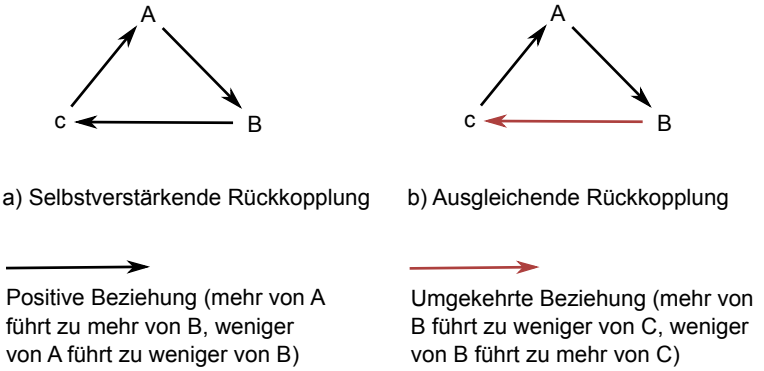
hinaus wird in verschiedenen Kulturen ganz unterschiedlich geregelt, was zum Austausch zwischen Familienmitgliedern oder Mitgliedern einer Schicksalsgemeinschaft gehört, was durch Krieg, Kampf oder Raub verteilt wird, und was zum friedlich geregelten Austausch unter relativ Fremden gehört.

Ein »System« besteht aus Elementen, die miteinander in engen, regelmäßigen Wechselbeziehungen stehen und als größere Einheit verstanden werden können. Jedes Element eines Systems kann seinerseits ein System sein, muss es aber nicht. Systeme sind offen in dem Sinne, dass sie notwendigerweise Energie, Materie und eventuell Informationen mit der Außenwelt austauschen und es deshalb schwierig sein kann, ihre Grenzen exakt zu definieren. Wir können zum Beispiel unsere Haut als die Grenze unseres menschlichen Organismus, eines biologischen Systems, auffassen. Ist jedoch die Luft, die wir einatmen und gleich wieder ausatmen, Teil dieses Systems? Ist insbesondere der Stickstoff, der weder in den Blutkreislauf aufgenommen wird noch von diesem entfernt wird, Teil dieses Systems? Vielleicht nicht, weil er normalerweise keine wichtige Rolle im menschlichen Körper spielt. Allerdings wird er höchst bedeutsam, wenn wir tief in die See tauchen und schnell wieder auftauchen, denn dann kann er zum Systemkollaps führen! Welche Elemente wir als Systembestandteile untersuchen, hängt deshalb von dem jeweiligen Kontext und unserer Fragestellung ab, und variiert in diesem Buch folglich von einem Kapitel zum nächsten.

Systeme können auch geografisch abgegrenzt werden. Da Wirtschaftsbeziehungen heute global sind in dem Sinne, dass alle Menschen durch sie irgendwie vernetzt sind, kann man von einem globalen Wirtschaftssystem sprechen. Allerdings gibt es auf lokaler, nationaler oder regionaler Ebene zum Teil intensivere Wechselbeziehungen und spezielle Regeln und Gepflogenheiten, die von jenen in anderen geografischen Räumen abweichen. Je nach Betrachtungsweise und Fragestellung kann man deshalb von einem einzigen globalen Wirtschaftssystem sprechen, oder von vielen geografisch definierten Wirtschaftssystemen.

Ein System »funktioniert«, wenn es Bestand hat und dabei keine übergeordneten Systeme gefährdet. Eine Krebszelle ist ein Beispiel eines Systems, das durch sein unkontrolliertes Wachstum das übergeordnete System (den größeren Organismus) tödlich gefährdet. Zunächst mag das Wachstum aus der Sichtweise dieser Zellen überaus

Abbildung 1.1: Rückkopplungen



»erfolgreich« erscheinen, aber nur bis das übergeordnete System, nämlich der menschliche Körper, zugrunde gerichtet wird.

Um Bestand zu haben, braucht ein System Rückkopplungen. Das sind kreisförmige Schleifen nach dem Schema A beeinflusst B beeinflusst C beeinflusst A (siehe Abb. 1.1). Diese Rückkopplungen können Veränderungen entweder verstärken oder ausgleichen. Wenn jede der Beziehungen in einer solchen Schleife eine positive ist (das heißt, mehr des vorigen Elements führt zu mehr des nächsten bzw. weniger des vorigen führt zu weniger des nächsten), dann führt ein anfängliches Wachstum von A zu mehr B, welches zu noch mehr A führt und so weiter – dies kann exponentielles Wachstum auslösen (wie zum Beispiel Bevölkerungswachstum oder Wirtschaftswachstum). Andererseits verstärken solche Rückkopplungen auch jede Schrumpfung bis hin zum Kollaps (wie zum Beispiel in einer Wirtschaftskrise). Solche selbstverstärkenden oder »positiven« Rückkopplungen ermöglichen rasche Wachstumsphasen und grundlegende Veränderungen (zum Beispiel die Transformation einer Raupe in einen Schmetterling). Doch führen sie auch zu Krisenanfälligkeit, und sie können nicht anzeigen, wann Wachstum aufhören soll. Jedes lebensfähige System muss deshalb auch ausgleichende bzw. dämpfende oder »negative« Rückkopplungen aufweisen, um nicht über das richtige Maß hinauszuwachsen und um Krisen abzufedern.

Eine ausgleichende Rückkopplungsschleife enthält eine umgekehrte Beziehung (bzw. eine ungerade Zahl von umgekehrten Beziehungen) zwischen einem Glied in der Kette und dem nächsten. Das heißt, mehr des vorigen Glieds in der Kette führt zu weniger des nächsten, bzw. weniger des vorigen Glieds führt zu mehr des nächsten (im unteren Teil der Abb. 1.1b mit einem roten Pfeil dargestellt). Ein klassisches Beispiel in der Systemtheorie (bzw. Kybernetik) ist ein Thermostat, der bei zu großer Hitze die Heizung ausstellt und bei einbrechender Kälte die Heizung wieder anstellt. In den Körpern von Menschen und Tieren gibt es ähnliche Mechanismen, um die Körpertemperatur, die Mengen an Sauerstoff, Nähr- und Abfallstoffen im Blut, die Hormonpegel und vieles weitere mehr im optimalen Bereich zu halten.

Die hier gewählte Konvention, umgekehrte Relationen zwischen zwei Elementen mit roten Pfeilen darzustellen, soll die rasche Erfassung der Systemzusammenhänge erleichtern – wenn eine Schleife nur schwarze (oder eine gerade Zahl von roten) Pfeilen enthält, dann handelt es sich um eine selbstverstärkende Rückkopplung; wenn sie jedoch einen roten Pfeil (bzw. eine ungerade Zahl von roten Pfeilen) enthält, dann ist es eine ausgleichende Schleife. In komplexen Systemen gibt es zumeist beide Arten von Schleifen, die weiter analysiert werden müssen, um festzustellen, welche wie stark und wann zur Wirkung kommen.

Ein »Wirtschaftssystem« ist also ein Ensemble wirtschaftlicher Institutionen und Akteure, die durch vielfältige Wechselwirkungen und Rückkopplungen eng miteinander verflochten sind. Verschiedene Wirtschaftssysteme sind auf unterschiedlichen Logiken und Zielsetzungen aufgebaut, was zu erheblichen Unterschieden in Struktur und Funktionsweise führen kann.

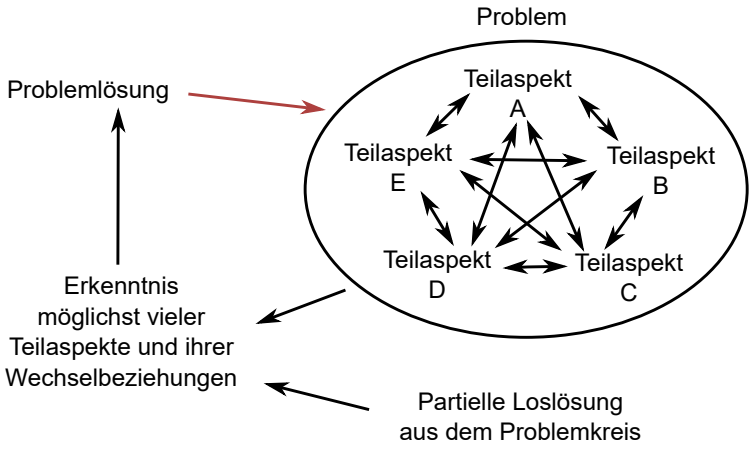
Wirtschaftssysteme sind kapitalistisch, wenn ihre Grundstrukturen darauf ausgerichtet sind, die Vermehrung des Kapitals durch Investitionen am Markt zu erleichtern. Ein grundlegender Systemfehler kapitalistischer Wirtschaftssysteme ist, dass die selbstverstärkenden Rückkopplungen extrem stark sind und nicht durch ausreichende dämpfende Rückkopplungen ausbalanciert werden. »Wachstum« soll angeblich immer gut sein, unter völliger Verkennung der Tatsache, dass unsere Wirtschaft Teil zweier größerer Systeme ist – nämlich der menschlichen Gesellschaft und des planetaren Ökosystems. Übermäßiges und in die falsche Bahnen gerichtetes Wirtschaftswachstum

zerstört diese Systeme und deshalb letztlich sich selbst. Die neoklassische Wirtschaftswissenschaft kümmert sich jedoch weder um die Gesellschaft als Ganze noch um Ökosysteme. Diese Themengebiete überlässt sie den anderen Sozialwissenschaften, der Ökologie und den Geowissenschaften, ohne deren Ergebnisse je wirklich zur Kenntnis zu nehmen. Da unsere Politik und Wirtschaft leider von der neoklassischen Doktrin bestimmt werden, führt dies zu einer kontinuierlichen Pflege der selbstverstärkenden Rückkopplungen, die uns ins Verderben führen.

Um aus dieser Sackgasse hinauszufinden, müssen wir verstehen, wie die Rückkopplungen innerhalb jetzt existierender Systeme funktionieren, die zwar kapitalistisch geprägt sind, aber immer gemischt sind, weil sie aus dem Widerstreit verschiedener gesellschaftlicher Gruppen entstanden sind. Wir müssen uns im Klaren sein, wohin uns diese Mechanismen führen, und ob wir mit dieser Richtung einverstanden sind. Wir müssen uns überlegen, welche Rückkopplungen wir ändern können, müssen oder sollen, damit wir die von uns gewollte Richtung einschlagen können. Schließlich müssen wir gute Strategien entwickeln, die richtigen Hebel anders zu setzen. Dies alles sind Elemente einer werteorientierten Wissenschaft, die uns zu überlegtem, der Situation entsprechendem Handeln anleitet, im Sinne der aristotelischen Tugend der Phronesis, der besonnenen, ethisch verantwortlichen Vernunft.

Dieser Problemlösungsansatz wird in Abb. 1.2 bildlich dargestellt. Ein Problem besteht aus verschiedenen, durch vielfältige Wechselwirkungen miteinander verwobenen Teilaspekten (vereinfachend gibt es in der Grafik nur schwarze Pfeile). Um das Problem zu lösen, bemühen wir uns als Systemanalytikerinnen, möglichst viele dieser Wechselwirkungen zu verstehen. Dazu müssen wir uns gedanklich so weit vom System entfernen, dass wir uns mit keinen der Handelnden vollständig identifizieren, aber trotzdem ihre Handlungen nachvollziehen können. Wir überlegen uns, wie jedes Element im System jedes andere Element beeinflussen kann, um alle möglichen Wechselbeziehungen zu berücksichtigen. Dann analysieren wir die Rückkopplungsschleifen und ihre Dynamik, in welche Richtung sie das System lenken, ob sie Anfangsunterschiede vergrößern oder verkleinern, ob sie das System als Ganzes stabilisieren oder destabilisieren. Schließlich überlegen wir uns, welche Rückkopplungen am besten geändert werden sollten, versuchen mit der notwendigen Behutsam-

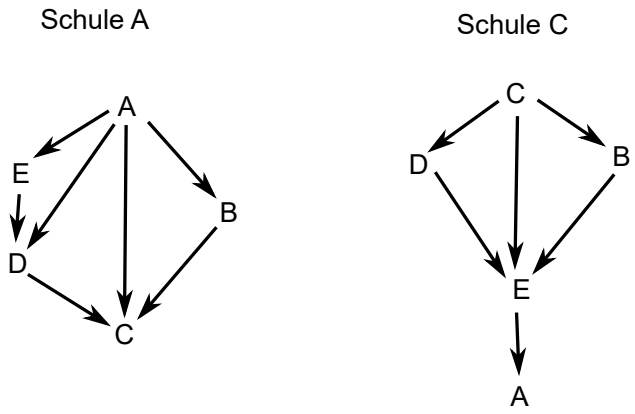
Abbildung 1.2: Systemische Problemlösung



keit, entsprechende Veränderungen einzuführen, und bewerten ihre Folgen.

Ein systemischer Ansatz unterscheidet sich grundlegend von reduktionistischen Ansätzen, die meist nach einer einzigen Ursache aller von ihnen beschriebenen Phänomene suchen. Sie hören zumeist vorzeitig mit der Suche nach Ursachen auf, sobald sie die vermeintlich einzige Ursache gefunden haben. Verschiedene Schulen bauen ihre Gedankengebäude auf ihren bevorzugten Kausalzusammenhängen auf, wie schematisch auf Abb. 1.3 dargestellt: Schule A sieht A als die Grundursache aller anderen Phänomene in ihrem Wissensgebiet und versucht deshalb A zu beeinflussen, um das System zu verändern. Schule C hat sich jedoch C als Grundursache und Schlüssel jeder Veränderung ausgesucht. Die beiden Schulen bekämpfen sich eventuell jahrhundertelang (wie zum Beispiel die klassische und die marxistische Wirtschaftsanalyse). Aus systemischer Sicht können die beiden Schulen aber so aussehen wie auf Abb. 1.4 – beide Theorien erkennen tatsächlich existierende kausale Zusammenhänge, doch verkennen sie, dass diese Wirkungen oft in beide Richtungen gehen, dass heißt, dass es sich um Wechselwirkungen handelt. Außerdem sind sie gegenüber manchen Wechselbeziehungen völlig blind (in

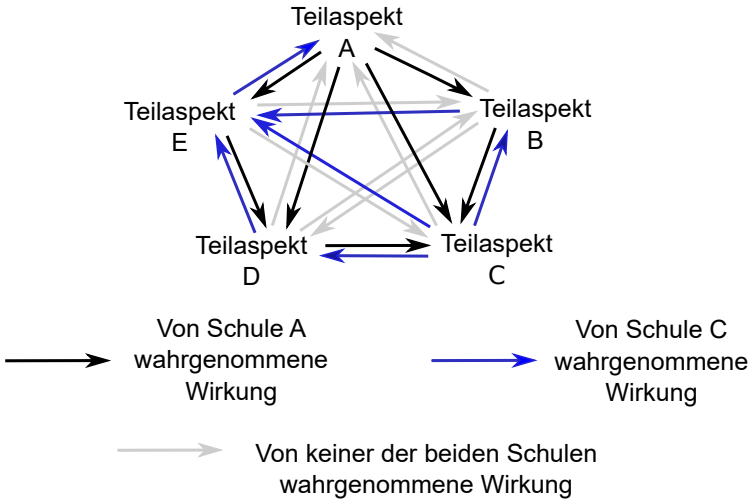
Abbildung 1.3: Kausalzusammenhänge nach zwei konkurrierenden reduktionistischen Schulen



diesem Schema verkennen beide Schulen die Existenz von Wechselwirkungen zwischen Teilaspekten B und D). Oft verkennen beide konkurrierenden Schulen, dass es noch andere Einflussfaktoren gibt, die ihnen beiden entgehen (das wären Faktoren, die auf der Grafik gar nicht dargestellt sind). Die Empfehlungen beider Schulen führen direkt zu gewissen Erfolgen, doch indirekt zu unerwarteten und kontraproduktiven Konsequenzen, die oft der Einmischung der anderen Schule vorgeworfen werden. Solange die Vertreter beider Schulen in ihrer Sicht der Dinge verharren, wird der Konflikt nie gelöst.

Reduktionismus ist natürlich nicht einfach dadurch zu überwinden, dass man behauptet, systemisch zu denken. Auch »ganzheitliche« Denker haben oft ihre bevorzugten Ursachen aller Probleme (z. B. das nicht ganzheitliche Denken ihrer Gegner). Trotz dieser Schwierigkeiten unternehme ich hier den Versuch einer systemischen Analyse unseres Wirtschaftssystems, denn ich halte den für dringend. Andere werden meine Fehler bestimmt korrigieren! Im ersten Teil dieses Buches zeige ich entsprechend Abb. 1.2 einige der Systemfehler unseres Wirtschaftssystems auf und gebe damit Hinweise, wo es Korrekturbedarf gibt. Im zweiten Teil schlage ich einige Lösungsmöglichkeiten und Handlungsstrategien vor und umreiße zuletzt eine Forschungsagenda zur Entwicklung einer vollständige-

Abbildung 1.4: Zwei reduktionistische Sichtweisen aus systemischer Sicht



ren systemischen Analyse. Letztlich geht es um die Theorie und Praxis der Überwindung unserer gegenwärtigen Krise.

Weiterführende Literatur

Allgemeinverständliche Einführungen in die Systemtheorie

Meadows. (2010): Die Grenzen des Denkens: Wie wir sie mit System erkennen und überwinden können, München.

O'Connor, J.; McDermott, I. (1998): Die Lösung lauert überall: Systemisches Denken verstehen und nutzen, Kirchzarten bei Freiburg.

Wirtschaft begriffen als Teil übergeordneter Systeme

Costanza, R.; Daly, H.; Goodland, R.; Cumberland, J.; Norgaard, R. (2001): Einführung in die Ökologische Ökonomik, Stuttgart.

An Werten orientierter, phronetischer Ansatz in den Sozialwissenschaften

Flyvbjerg, B. (2001): Making Social Science Matter: Why Social Inquiry Fails and How It Can Succeed Again, Cambridge.

2 Erster Systemfehler: Verkehrung von Mittel und Zweck

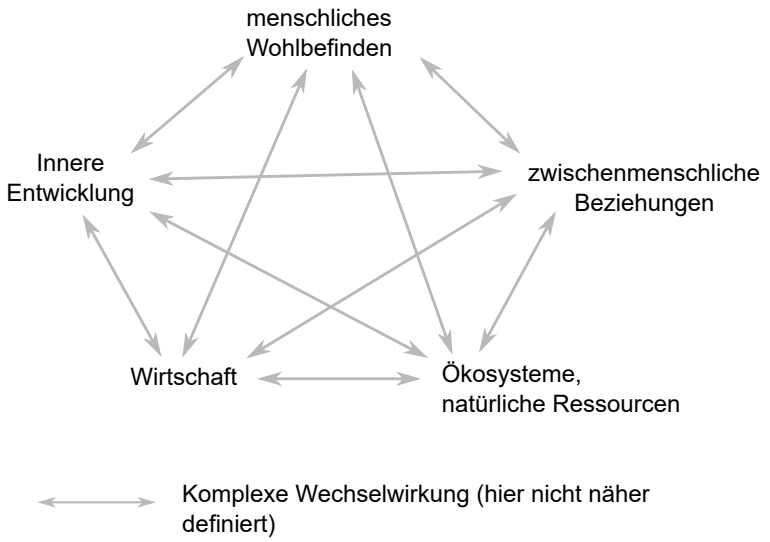
Welches sind die grundlegenden Systemfehler unseres jetzigen Wirtschaftssystems? Laut Donella Meadows, einer der Autorinnen der »Grenzen des Wachstums« und einer prominenten Systemanalytikerin, ist einer der wichtigsten Ansatzpunkte zur Veränderung eines Systems dessen Zweckbestimmung.[1] Genau hier setze ich an.

Wozu existiert die Wirtschaft? Sie ist nicht Selbstzweck, sondern soll zum Wohlbefinden der Menschen beitragen. Das ist ihre Existenzberechtigung. Sie ist allerdings nicht die einzige Voraussetzung für menschliches Wohlbefinden, denn Menschen brauchen unter anderem intakte Ökosysteme auf lokaler, regionaler und globaler Ebene sowie gesunde soziale Beziehungen mit ihren Mitmenschen, in ihren Familien, Vereinen, Dörfern, Städten, Gemeinden, Ländern, Nationen, der Welt. Menschen haben auch ein Innenleben, Persönlichkeit, geistige Ruhe oder Unruhe, Geistesleben – auch deren Gleichgewicht gehört zu den Voraussetzungen menschlichen Wohlbefindens.

Dieses Beziehungsgeflecht ist schematisch und extrem vereinfacht auf Abb. 2.1 dargestellt. Die »Wirtschaft« regelt als Ensemble von Institutionen viele der zwischenmenschlichen Beziehungen und die Nutzung der Ökosysteme und Naturressourcen, um Güter und Dienstleistungen herzustellen, die dem menschlichen Wohlbefinden nützen sollen. Außerdem beeinflusst die Wirtschaft die innere Entwicklung der Menschen, indem sie z. B. bestimmte emotionale Reaktionsmuster stärkt oder abschwächt, die wiederum wirtschaftliche Handlungsabläufe beeinflussen. Aus diesen Gründen ist die »Wirtschaft« mit allen anderen Elementen in der Grafik verbunden. Zwischenmenschliche Beziehungen, mehr oder weniger intakte Ökosysteme und Naturräume sowie das menschliche Innenleben beeinflussen das menschliche Wohlbefinden außerdem direkt und nicht nur über die Wirtschaft. Die graue Kennzeichnung der Pfeile soll anzeigen, dass alle in der Abbildung dargestellten Wechselwirkungen sehr komplex und vielfältig sind. Auf dieser Ebene der Abstraktion können wir lediglich sagen, dass eine Veränderung in einem Bereich Veränderungen in den damit verbundenen Bereichen nach sich zieht, aber nicht,

1 Meadows, D. (2010): Die Grenzen des Denkens: Wie wir sie mit System erkennen und überwinden können, München: 6. Kapitel: Hebelpunkte: Stellen für wirksames Eingreifen.

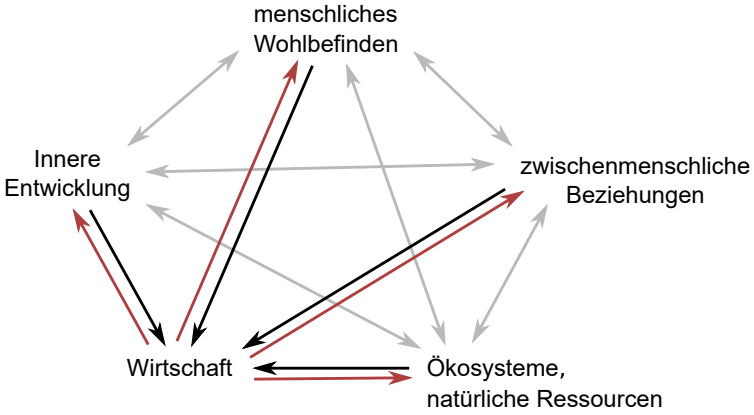
Abbildung 2.1: Beziehungsgeflecht menschlichen Wohlbefindens



was für Veränderungen das sind. Es handelt sich hier schließlich um große Sammelbegriffe – zu den Ökosystemen beispielsweise gehören unzählige Tier- und Pflanzenarten, die Luft, die Böden, das Wasser usw., mit ihren jeweils eigenen Wechselwirkungen miteinander, mit der Wirtschaft, zwischenmenschlichen Beziehungen und menschlichem Wohlbefinden.

Die Wirtschaft beinhaltet bloß manche der Mittel zum Zweck menschlichen Wohlergehens. Wenn jedoch wenige von vielen Mitteln zum Selbstzweck werden, wird der eigentliche Zweck meist verfehlt. Wenn man zum Beispiel ein hervorragendes Essen kochen will, dann reicht es nicht, immer mehr Töpfe und Pfannen anzusammeln, ohne auch exzellente Zutaten bereitzustellen und zu wissen, wie man gut kocht. Ein Koch, der nur Töpfe und Pfannen anhäuft und dabei die Lebensmittel und die Kochkunst vernachlässigt, kann gar kein Essen zubereiten. Da kein Koch so dumm ist, nehme ich ein realistischeres Beispiel: wenn die Bedeutung einer Behörde nach der Höhe ihrer Ausgaben bewertet wird, ihr Budget im nächsten Jahr von ihren diesjährigen Ausgaben abhängt und ihr alle dieses Jahr nicht ausgegebe-

Abbildung 2.2: Parasitäre Wirtschaft als Selbstzweck



nen Mittel verloren gehen, dann gibt sie am Ende des Finanzjahres möglichst alles verbliebene Geld aus. Sinnvoll sind diese Ausgaben nur, wenn man die weitere Existenz dieser Behörde als Selbstzweck ansieht; im Sinne des eigentlichen Zwecks der Behörde wird dieses Geld vergeudet.

Wenn die Wirtschaft zum Selbstzweck wird, besteht die Gefahr, dass alles andere zum Zwecke der Wirtschaftsförderung instrumentalisiert und dadurch langsam zugrunde gerichtet wird. Wirtschaft wird dann wie in Abb. 2.2 dargestellt zum Parasit. Sie zehrt an den zwischenmenschlichen Beziehungen (zum Beispiel Vertrauen und Liebe) und den natürlichen Ressourcen, ohne genug zurückzugeben. Auch das menschliche Wohlbefinden wird allzu oft »der Wirtschaft« geopfert, wenn zum Beispiel die arme Landbevölkerung akzeptieren muss, dass ein Stausee ihr angestammtes Land überflutet. Zwischenmenschliche Beziehungen und Ökosysteme werden nur noch darum bewertet, ob sie »der Wirtschaft« dienen, und nicht, ob sie zum menschlichen Wohlbefinden oder zur Lebensfähigkeit der Biosphäre beitragen. Diese einseitigen Beziehungen wirken sich negativ auf die Ökosysteme, menschliches Wohlbefinden und innere Entwicklung aus – und mit einem Zeitverzug auch auf die Wirtschaft selbst! Wegen

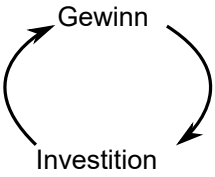
des Zeitverzugs kann die Strategie weiterverfolgt werden, bis viele Teile des Gesamtsystems kollabieren.

Die Zweck-Mittel-Relation wird aber noch zusätzlich verengt. Zentrales Mittel der Wirtschaft ist das Geld – und dieses Mittel wird allzu häufig als Zweck des Wirtschaftens angesehen, ob auf der Ebene eines Individuums, eines Unternehmens oder der Wirtschaft insgesamt. Wenn alles darangesetzt wird, Geldwerte (z. B. das in Geld gemessene Bruttoinlandsprodukt) zu vermehren, dann verliert man aus dem Blickfeld, ob dieses Geld zweckdienlich, das heißt zur Verbesserung menschlichen Wohlergehens, eingesetzt wird. Man kann durch Rüstungsindustrie viel Geld verdienen, doch trägt das kaum zu menschlichem Wohlergehen bei. Der Zweite Weltkrieg war eine Zeit enormen Wirtschaftswachstums. Die IG Farben bereicherte sich am Völkermord an den Juden. Drogen- und Menschenhandel gehören zu den lukrativsten Geschäften weltweit. Das heißt, es muss Maßstäbe erwünschten Wirtschaftens geben; als Sinngebung reicht das Geld nicht aus.

Zentrales Ziel kapitalistischer Strukturen ist die Vermehrung einer ganz besonderen Art des Geldes, nämlich des Kapitals. Dies ist Geld bzw. Gewinn in Händen von Unternehmern, die es investieren, um noch mehr Gewinn zu erzielen (siehe Abb. 2.3). Wie insbesondere Marx dargestellt hat, soll das gesamte kapitalistische Wirtschaftsgeschehen diese selbstverstärkende Rückkopplung antreiben. Wenn einzig das Kapital maximiert werden soll, dann vergisst man allerdings nicht nur, dass die Menschen mehr brauchen als Geld, sondern auch, dass in einer Geldwirtschaft alle Geld brauchen und nicht nur die Unternehmer.

Damit die Wirtschaft nicht nur heute, sondern auch in Zukunft verlässlich zu menschlichem Wohlbefinden beiträgt, muss sie entsprechend gestaltet werden. Wie dies zu bewerkstelligen ist, muss ein zentrales Thema der Wirtschaftswissenschaften werden. Eine ernst zu nehmende Wirtschaftswissenschaft darf sich nicht vor diesem Thema verschließen, indem sie vorgibt, eine wertfreie Wissenschaft zu sein. Wertfrei kann Wissenschaft nur sein, wenn sie sich mit Dingen befasst, die wir Menschen nicht beeinflussen können (wie Astronomen z. B. die Sterne nicht verändern können), denn unser Wissen beeinflusst zwangsläufig unser Handeln, welches wiederum unsere Werte betrifft. Umgekehrt wird unser Wissen geformt durch die Fragen, die wir stellen, die ihrerseits bestimmt werden durch unsere

Abbildung 2.3: Selbstverstärkende Rückkopplung des Kapitalkreislaufes



Beurteilung, was an der gegenwärtigen Lage problematisch ist (wieder eine Sache der Werte). Da Wirtschaftswissenschaftler viele Ratschläge in Politik und Wirtschaft geben, wobei sie ein besonderes, relevantes Expertenwissen beanspruchen, ist ihr Wissen normativ. Daran ist nichts auszusetzen. Da der Wert der Wahrhaftigkeit aber zu den Werten jeder Wissenschaft gehört, sollten Ökonomen eingestehen, dass sie normativ denken und handeln, und sich bemühen, ihre Werte zu ergründen und offenzulegen. Ansonsten handeln sie nicht nur unethisch, sondern auch unwissenschaftlich.

Auch die Behauptung, menschliches Wohlbefinden sei subjektiv und nicht quantifizierbar, und deshalb sei Geld eben doch das beste Maß menschlichen Wohlbefindens, ist nicht stichhaltig. Jede ernsthafte Wissenschaft bemüht sich, auch schwierige Begriffe zu fassen und zu untersuchen. Manche Ökonomen haben sich schon lange darangemacht, menschliches Wohlergehen und Glück zu quantifizieren; ihre Untersuchungen haben ergeben, dass bis zu einer bestimmten Schwelle mehr Einkommen zu besserem Wohlbefinden beiträgt, darüber hinaus aber nicht mehr. Reiche Menschen sind im Durchschnitt nicht viel glücklicher als Menschen mit mittlerem Einkommen. Dies bedeutet, dass der größte Teil des Einkommens sehr reicher Menschen kaum zu ihrem Glück beiträgt. Dasselbe Geld in den Händen armer Leute würde mehr zu menschlichem Glück beitragen. Entsprechende Maße gibt es für jeden Zweck, dem die Wirtschaft dienen soll; diese müssen unabhängig von den Mitteln, durch die sie erreicht werden sollen, gemessen werden, damit man prüfen kann, ob die Mittel zweckdienlich eingesetzt worden sind.

Eine gut begründete und demokratisch legitimierte Zweckbestimmung der Wirtschaft gehört zu den wichtigsten Interventionen, um unsere Wirtschaft in eine bessere Richtung zu lenken. Entsprechende Anregungen folgen im 8. Kapitel. Aus der fehlerhaften Zweckbestimmung folgen aber weitere Systemfehler, die in den folgenden Kapiteln analysiert werden.

Weiterführende Literatur

Einkommen, Glück und Zweckbestimmung der Wirtschaft

Easterlin, R. (2001): Income and Happiness: Toward an Unified Theory, in: Economic Journal 111: S. 465-484.

Frey, B.; Marti C. F. (2010): Glück: Die Sicht der Ökonomie, Zürich.

Ruckriegel, K. (2012): Glücksforschung: Erkenntnisse und Konsequenzen für die Zielsetzung der (Wirtschafts-)Politik, in: Sauer, T. (Hrsg.): Ökonomie der Nachhaltigkeit: Grundlagen, Indikatoren, Strategien, Marburg, S. 67–98.

3 Zweiter Systemfehler: Nur knappe Waren haben einen Wert

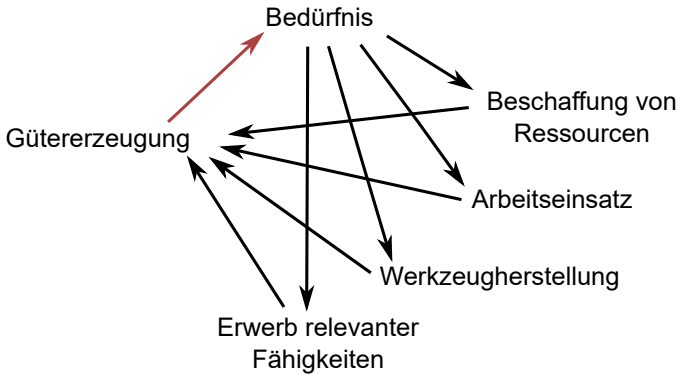
Wenn Geld zum Selbstzweck geworden ist, dann dominiert eine einzige Art von Wert das Geschehen: der Geldwert. Geld gibt man jedoch nur für solche Dinge aus, die man sich nicht einfacher umsonst beschaffen kann. Zum Beispiel braucht man kein Geld für Atemluft auszugeben; folglich hat diese keinen Geldwert und wird in der Marktwirtschaft als wertlos behandelt.

Um einen Geldwert zu haben, muss eine Sache zwei Bedingungen erfüllen: erstens muss sie eine Ware und zweitens knapp sein. Um eine Ware zu sein, muss sie jemandem gehören, der es als sein Eigentum anderen vorenthalten kann, und der gewillt ist, ihnen dieses Recht gegen Geld zu übertragen. Knapp ist eine Ware, wenn die potenzielle Nachfrage das Angebot übersteigt. Knappheit unterscheidet sich von Seltenheit, denn etwas Seltenes, das niemand will, ist nicht knapp; umgekehrt ist etwas Häufiges, das sehr viele Leute haben wollen, knapp. Deshalb ergibt sich Knappheit nicht zwangsläufig aus der endlichen Menge einer Ware oder Sache – eine Ernte kann zum Beispiel so groß sein, dass sie die Nachfrage am betreffenden Ort weit übersteigt, dann ist sie nicht knapp, unendlich aber auch nicht!

Aus dem hohen Geldwert knapper Waren ergibt sich ein fataler Anreiz – nämlich dass es sehr lukrativ sein kann, in Fülle vorhandene Sachen in knappe Waren zu verwandeln, solange man die selbst kontrolliert! Deshalb ist es zum Beispiel völlig im Sinne dominanter Marktakteure, wenn ein Großteil einer reichlichen Ernte verschwendet wird, entweder durch Auslese der nicht ganz hübschen Früchte oder durch Verluste im Handel und Verbrauch, denn so bleibt die Nachfrage höher als das Angebot.

Am Landeigentum lässt sich dieser Sachverhalt weiter verdeutlichen. Man stelle sich eine agrarische Bevölkerung vor, in der jeder Haushalt Zugang zu ausreichend Land hat, um sich selbst zu ernähren. In diesem Fall sind weder landwirtschaftlicher Boden noch Nahrungsmittel knappe Güter. Es kann natürlich getauscht und gehandelt werden, oder Bäuerinnen, die sich auf den Anbau verschiedener Pflanzen konzentrieren, können sich gegenseitig beschenken. Allerdings kann niemand andere so leicht übervorteilen, denn alle können

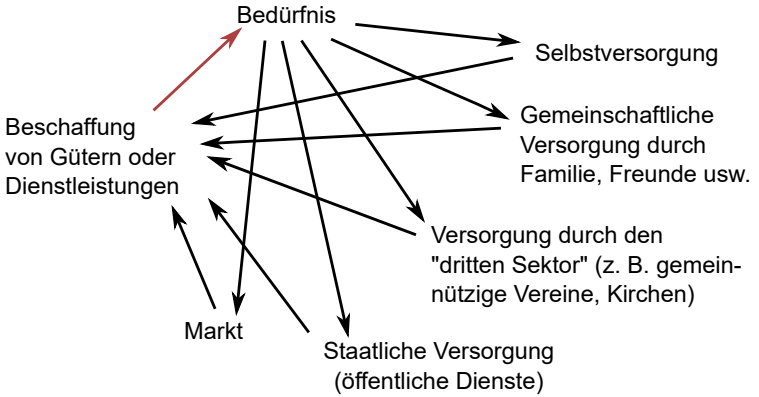
Abbildung 3.1: Selbstversorgung



prinzipiell alles anbauen, was sie zum Leben brauchen. Wenn jedoch bei gleicher Bevölkerungsdichte einige wenige in der Lage sind, das allermeiste Land durch Waffengewalt und Gesetz zu monopolisieren, dann können Tausch und Markt zu unvorteilhaften Bedingungen erzwungen werden. Das Land erhält einen hohen Wert und ist nur gegen Pacht zu bewirtschaften, die ländliche Bevölkerung muss auf die eine oder andere Weise ihre Arbeitskraft verkaufen, um einen Teil der Nahrungsmittel zu erwerben, die sie durch ihre eigene Arbeit angebaut und geerntet hat. Die Landeigentümerinnen können prassen, und ein großer Teil des Landes wird bewirtschaftet, um ihren Luxusbedürfnissen (eventuell über Exportmärkte) statt den Grundbedürfnissen der Pächterinnen zu dienen. Letztere sind deshalb tendenziell unterernährt, obwohl eigentlich die gesamte Bevölkerung gut ernährt werden könnte. Dies ist ein uraltes Beispiel einer Knappheit erzeugenden Institution – und der ursprünglichen Akkumulation im Sinne von Marx. Mit dem Begriff »Knappheit erzeugende Institution« will ich verdeutlichen, das solche Prozesse andauernd stattfinden, ob am Anfang oder mitten im Prozess der fortdauernden Akkumulation.

In diesem Fall wird Knappheit dadurch hergestellt, dass der Zugang zu fruchtbarem Land beschränkt und dadurch die Selbstversorgung mit Nahrung unmöglich gemacht wird. Wie funktioniert aber Selbstversorgung? Dieser Vorgang wird auf Abb. 3.1 dargestellt.

Abbildung 3.2: Optionen der Versorgung in der modernen Gesellschaft



Wenn man sich selbst mit etwas versorgt, dann steht an erster Stelle ein eigenes Bedürfnis. Man beschafft sich die Ressourcen, die man braucht, um dieses Bedürfnis zu befriedigen, setzt eigene Arbeit ein, um etwas Nützliches aus diesen Ressourcen zu erzeugen, konstruiert eventuell eigene Werkzeuge, falls die nötig sein sollten, und erlernt und verbessert die notwendigen Fähigkeiten. Es kommt etwas heraus, das das eigene Bedürfnis befriedigt. Infolgedessen braucht man diese Sache zumindest zeitweilig nicht mehr. Es entsteht eine ausgleichende Rückkopplung – sobald man das ursprüngliche Bedürfnis befriedigt hat, kann man sich in die Hängematte legen oder sonst etwas Lustigeres tun. Hier gibt es keine unendliche Wachstumsdynamik, denn jeder Mensch will sich irgendwann lieber entspannen, statt noch weiter zu schuften, um irgendein materielles Bedürfnis zu befriedigen (wer von der Arbeit anderer profitieren will, nennt das Faulheit).

Man kann sich natürlich die eigene Arbeit erleichtern, indem man manche Tätigkeiten anderen überlässt, die darin kompetenter sind oder sich auf diese Tätigkeiten spezialisiert haben. Ich schreibe z. B. diese Zeilen an einem Computer, den ich niemals selbst herstellen könnte oder wollte. Wie Abb. 3.2 darstellt, gibt die moderne Gesellschaft eine Reihe von Optionen an die Hand, wie man sich Güter oder Dienstleistungen beschaffen kann, die man nicht selbst herstellen

will oder kann. Familien und andere Gemeinschaften von Menschen, die sich persönlich kennen, unterstützen sich gegenseitig aus Liebe, Freundschaft, Solidarität oder Pflicht. Die nicht staatlichen Organisationen des sogenannten »dritten Sektors« sind nicht auf Profit ausgelegt, sondern haben sich eigene soziale, kulturelle, religiöse oder ökologische Zwecke gesetzt. Es gibt den Staat und es gibt den Markt. Außerdem gibt es natürlich viele Mischformen, Überschneidungen und Unterteilungen dieser Kategorien.

Jede dieser Versorgungsoptionen hat ihre eigenen Handlungslogiken und Wertvorstellungen. Jede heutige Gesellschaft braucht alle diese Möglichkeiten der Versorgung, um lebensfähig zu bleiben. Freiheit für den Einzelnen bedeutet unter anderem, für jedes Bedürfnis möglichst viele dieser Optionen praktisch zur Verfügung zu haben. Wenn die eine oder andere Option verbaut wird, bedeutet das einen Freiheitsverlust, denn es ist nicht ***a priori***, sondern von jedem für sich zu entscheiden, welche dieser Optionen jeweils die günstigste ist. Ich persönlich will mir zum Beispiel keinen Computer bauen, aber wer die nötigen Kompetenzen hat und Wert auf ein genau den eigenen Bedürfnissen entsprechendes Gerät legt, soll die Freiheit haben, die verschiedenen Komponenten eines Computers zu erwerben und daraus einen Computer zu gestalten. Das bringt auch für mich als Computerlaien einen Freiheitsgewinn, da solche Leute eventuell Maschinen entwickeln, die für mich interessanter sind als die gängigen Modelle, und da sie Monopolstellungen der großen Computerhersteller schwächen.

Ein weiteres Beispiel mag diesen Zusammenhang verdeutlichen. Wer in einer Stadt mit vernünftiger Verkehrsinfrastruktur lebt und sich in dieser Stadt fortbewegen will, kann je nach Situation

- zu Fuß gehen (Selbstversorgung),
- mit dem eigenen Rad fahren (Selbstversorgung mittels eines Objekts, das höchstwahrscheinlich am Markt erworben wurde),
- öffentliche Verkehrsmittel verwenden (kommunale und damit staatliche Versorgung oder eine Mischform öffentlicher und privatwirtschaftlicher Versorgung),
- ein Taxi rufen (Marktversorgung),
- ein eigenes Auto fahren (Selbstversorgung als eigene Fahrerin, allerdings abhängig von Marktversorgung von Autos, Treibstoff, Versicherungsleistungen usw.),

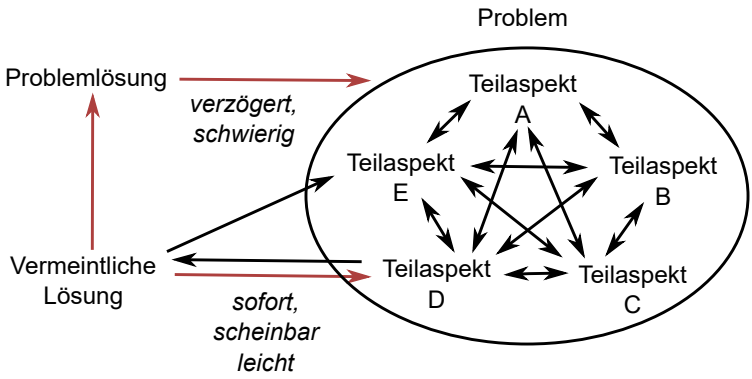
- ein Fahrrad oder Auto leihen (marktwirtschaftliches oder gemeinnütziges oder kommunales Car- bzw. Bikesharing oder leihen von einer Bekannten) oder
- eine Mitfahrgelegenheit finden (mit Familienangehörigen oder Bekannten oder durch Online-Dienste als Marktversorgung).

Öffentliche Straßen und Wege benützt man auf jeden Fall. Wenn manche dieser Optionen ausgeschlossen werden, bedeutet dies einen Freiheitsverlust für alle – selbst für jene, die diese Optionen selten oder nie verwenden. Konkret: die Straßen werden schneller verstopft, wenn alle sich auf das Auto verlassen, weil andere Formen der Mobilität benachteiligt worden sind. Das betrifft auch diejenigen Autofahrerinnen, die niemals radeln oder zu Fuß gehen wollen. Die Beschränkung auf nur eine Option bedeutet außerdem, dass in vielen Fällen eine eigentlich für diesen Zweck ungeeignete Methode der Fortbewegung benützt wird, Ressourcen also vergeudet werden. Wenn gerade die ressourcensparenden Formen der Mobilität (zu Fuß gehen, radeln, öffentliche Verkehrsmittel) benachteiligt werden, führt dies zu einer Erhöhung der Nachfrage nach den verbleibenden ressourcenintensiven Verkehrsmitteln und den dafür benötigten Ressourcen. Dadurch wird das Angebot im Verhältnis zur Nachfrage verknappt, was die Hersteller der betreffenden Waren begünstigt.

Eine Rückkopplung, die eine scheinbar unbegrenzte Nachfrage erzeugt, ist auf Abb. 3.3 dargestellt. Ein komplexes Problem wird nur teilweise erkannt (ob aus Unwissen oder anderen Gründen sei dahingestellt) und eine vermeintlich einfach umzusetzende Lösung des Problems wird angeboten. Es soll sich jede ein Auto kaufen, damit alle schnell überall hinkommen! Eine Droge macht dich glücklich oder produktiv oder verhilft dir zum Schlaf! Ein Medikament senkt den Bluthochdruck! Ein Pestizid tötet alle Schädlinge im Feld! Eine Diät lässt dich schnell abnehmen!

Die vermeintliche Problemlösung wirkt schnell, ist scheinbar effektiv und relativ billig. Sie behindert aber eine eingehende Untersuchung des Problems und verstärkt andere Teilbereiche des Problems. Wegen der vielen Autostraßen werden Wege länger und unangenehmer, weshalb mehr Menschen Auto fahren und die neu gebauten Straßen verstopft werden. Die Droge lenkt die Süchtige von der eigentlichen Problemlösung ab und schwächt ihren Willen, etwa die Gründe ihrer Depressionen zu erkunden. Die Konsumentin des Blut-

Abbildung 3.3: Erzeugung von Abhängigkeit oder Sucht

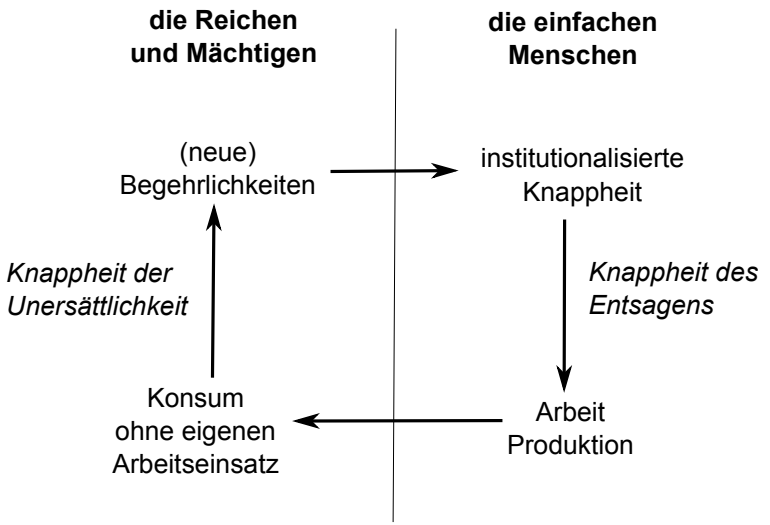


druckmedikaments unternimmt nichts, um den Arbeitsstress zu vermindern, der ihre Gesundheit weiterhin ruiniert, allerdings auf anderem Wege als zuvor. Das Pestizid tötet die natürlichen Feinde des Schädlings viel effektiver als den Schädling selbst. Die Diät hilft nicht bei der Bewältigung des seelischen Konflikts, der das übermäßige Essen ausgelöst hat.

Das verkürzt angegangene Problem vergrößert sich mit etwas zeitlicher Verzögerung (bei Diäten: der berühmte Jo-Jo-Effekt; im Straßenbau: das Phänomen, dass jede neue Straße mehr Verkehr auslöst). Die Abhängige erinnert sich, wie das vorher genommene Mittel zeitweilig half, benützt es also wieder – und es scheint wieder zu helfen. Doch nur eine kurze Zeit. Die häufige Wiederholung dieses Kreislaufs ergibt einen lukrativen Markt. Verkäuferinnen des vermeintlichen Lösungsmittels kümmern sich kaum darum, dass das eigentliche Problem nicht gelöst wird; ganz im Gegenteil verwenden sie ihre Profite eher dafür, die Zusammenhänge zu verschleiern und mehr Forschung darauf zu konzentrieren, wie ihre Mittel einen Teilaspekt des Problems immer besser »lösen« können, während sich das eigentliche Problem weiter verschlimmert. Solche Verschlimmbesserung ist eine gewinnträchtige Form der Knappheitserzeugung.

Knappheitserzeugung kann überall in den Abbildungen 3.1 und 3.2 ansetzen. In Abb. 3.1 durch Kontrolle der notwendigen Ressour-

Abbildung 3.4: Die Erzeugung der Gier (unbegrenzte Bedürfnisse)



cen, der Arbeit, der Werkzeuge, des Wissens, der hergestellten Güter oder durch Manipulation der menschlichen Bedürfnisse. In Abb. 3.2 durch Zerstörung von Familienbanden und anderer Gemeinschaften, durch Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Vereine oder Religionsgemeinschaften, durch Zerschlagung oder Privatisierung staatlicher Institutionen der Versorgung oder durch die Unterdrückung von Märkten. Auch Zwang zu Selbstversorgung ist eine Form der Knappheitserzeugung, denn es kann sehr aufwendig oder gar unmöglich sein, sich mit bestimmten Dingen selbst zu versorgen. Alle diese Versorgungswege einschließlich der Märkte tragen dagegen zur Freiheit bei, solange sie andere Versorgungswege nicht verdrängen.

Wer für andere Menschen Knappheit erzeugt, kann mehr eigene Bedürfnisse befriedigen, ohne selbst mehr arbeiten zu müssen. Dies führt leicht dazu, dass man mehr haben will – es kostet ja keinen eigenen Arbeitsaufwand! Dies ermöglicht eine selbstverstärkende Rückkopplung (siehe Abb. 3.4): die Bedürfnisse der Reichen und Mächtigen regen sie dazu an, die Arbeitenden zusätzlich unter Druck setzen zu lassen oder neue technische Verfahren zur Produktivitätssteigerung einführen zu lassen, ohne die Löhne an die erhöhte Produktivität anzupassen. Die Arbeiterinnen produzieren mehr, was

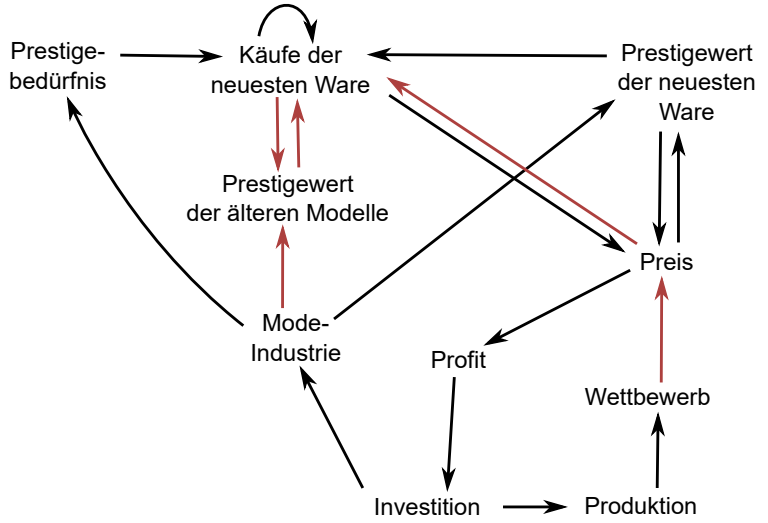
mehr Konsum durch die Reichen ermöglicht. Da Letztere aber ohne zusätzliche eigene Arbeit in den Genuss dieser Güter kommen, regt der Konsum ihre Fantasie nur noch weiter an, was sie noch wollen könnten, führt also zu neuen Begehrlichkeiten. Natürlich kann auch die Werbung nachhelfen. Dieser Kreislauf ähnelt dem Märchen vom Fischer und dem Fisch, der ihm und seiner Frau alle Wünsche erfüllt: quasi bedingungslose Erfüllung aller Wünsche lassen Gier und unbegrenzte Bedürfnisse entstehen, die ihrerseits scheinbar grenzenloses Wirtschaftswachstum antreiben.

Es bleibt anzumerken, dass zur Arbeit gezwungene Menschen zwar auf ganz offensichtliche Weise ihrer Freiheit beraubt werden, aber dass auch die unbegrenzte Wunscherfüllung kein Weg zu menschlichem Glück ist. Zum menschlichen Glück gehört, das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Die unermesslich Reichen sind in den meisten Fällen nicht viel glücklicher als diejenigen, die durch ihre eigene Arbeit gut leben können. Wer immer reicher werden will, leidet unter einer besonderen Form der Knappheit, nämlich der Unersättlichkeit.

Neben der Erzeugung von Abhängigkeit oder Sucht und der Erzeugung von Gier gibt es noch eine dritte wichtigen Methode, unersättliche Bedürfnisse herzustellen, dargestellt auf Abb. 3.5. Diese Dynamik begründet sich im menschlichen Prestigebedürfnis – man will vor anderen hervorstechen, will dabei aber »dazugehören«. Deshalb kauft man sich ein teures und modisches Produkt – etwa das neueste Automodell, den neuesten Laptop, ein modisches Kleid, ein Werk eines angesagten Künstlers, ein Haus in ausgesuchter Lage, einen Urlaub an einem besonders exotischen Ort. Welche Produkte als Prestigeobjekte gelten, hängt vom Einkommen und der Kultur der Referenzgruppe ab.

Der Prestigewert ergibt sich aus dem Preis der Ware und der gängigen Mode, die von der Modeindustrie erzeugt wird. Eine Erhöhung des Preises kann durch die Erhöhung des Prestigewertes zu höherer Nachfrage führen. Allerdings können sich natürlich nicht alle potenziellen Kundinnen die höheren Preise leisten, weshalb der Preis weiterhin eine regulierende Rolle spielt (roter Pfeil von Preis zu Käufen der neuesten Ware). Als Prestigeobjekt dient das Produkt aber nur so lange, wie die meisten in der Referenzgruppe es noch nicht haben, danach verliert das erworbene Produkt schnell an Prestigewert (auch wenn es ansonsten noch lange brauchbar ist). Die Mo-

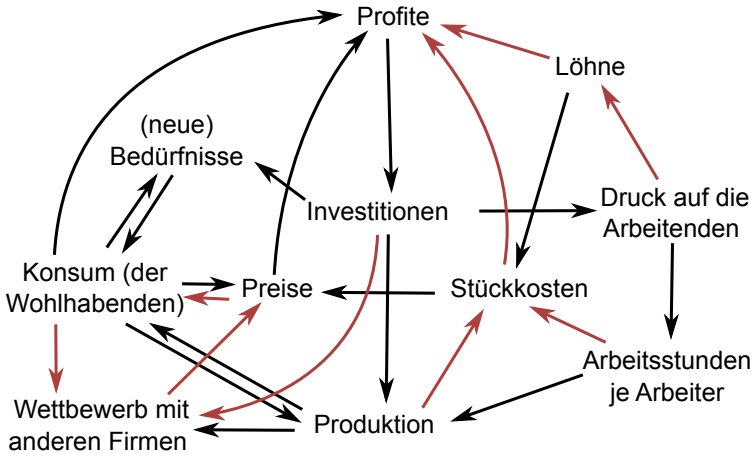
Abbildung 3.5: Marktdynamik eines Prestigeprodukts



deindustrie tut natürlich ihr Äußerstes, die gestrige Mode möglichst schnell abzuwerten und das Prestigebedürfnis ihrer Kundinnen zu verstärken. Hohe Preise erhöhen die Profite, die unter anderem in Investitionen in die Produktion und in die Modeindustrie (eine Form der Werbung) gesteckt werden. Überproduktion kann natürlich zu erhöhtem Wettbewerb und damit zu Preiskämpfen führen, weshalb beteiligte Unternehmen des öfteren die Produktion begrenzen, um die Gewinnmargen hoch zu halten.

In diesem Kreislauf versuchen modebewusste Verbraucherinnen, schneller und großspuriger zu konsumieren als alle anderen. Dies ist ein Nullsummenspiel weil die Zahl der »Gewinner« in einem Bereich kaum zunehmen kann. Fast alle vergleichen sich zudem mit jenen, die mehr haben als sie selbst, und fühlen sich deshalb ausgestochen. Das menschliche Glück oder die Zufriedenheit wird nicht gefördert, dafür aber das Wirtschaftswachstum und der ungebremste Ressourcenkonsum. Wenn die meisten mit den Preisen nicht mehr mithalten

Abbildung 3.6: Systemisches Umfeld eines privatwirtschaftlichen Unternehmens



können, dann legen die Reichsten erst so richtig los, weshalb hohe Preise den Kreislauf kaum bremsen.

Neue Bedürfnisse können auch ohne solche Antriebe entstehen, allerdings in recht gemächlichem Tempo. Menschen sind lernfähig, ob in einem Selbstversorgungskreislauf wie in Abb. 3.1 dargestellt oder im Kontext von Märkten oder anderen gesellschaftlichen Versorgungsstrukturen. Sie lernen, altbekannte Güter mit weniger Arbeitseinsatz zu erzeugen, oder neue und bessere Güter herzustellen, als bisher möglich war. Dies erlaubt ihnen, die eigenen Ansprüche zu erhöhen oder sich neue Ziele zu setzen – aber innerhalb des Rahmens der eigenen Bequemlichkeit, d. h. der Abwägung, ob diese Verbesserung wirklich die zusätzliche Arbeit wert ist!

Abbildung 3.6 zeigt Teile des Wirtschaftssystems aus der Sicht eines Unternehmens oder eines Industriezweigs, dem die Erzielung maximalen Profits als höchstes Ziel gilt, und für den die Erzeugung von Knappheit (ob durch Verhinderung anderer Versorgungswege oder durch Erzeugung neuer Bedürfnisse) zu den profitmaximierenden Handlungsoptionen gehört. Profite stehen, als Ziel des Unternehmens, an oberster Stelle. Wenn es mehr Profite gibt, kann mehr investiert werden, daher der schwarze Pfeil zu den Investitionen. Ein

Unternehmen kann investieren, indem es neue Bedürfnisse erzeugt (z. B. durch Werbung oder politische Einflussnahme), indem es die arbeitenden Menschen unter Druck setzt (z. B. indem es Gewerkschaften bekämpft und unternehmerfreundliche Gesetzgebung unterstützt), indem es Wettbewerber ausschaltet (z. B. durch feindliche Übernahmen) oder indem es mehr und besser produziert (Investition im eigentlichen Sinne). Welche dieser Optionen gewählt werden, gehört zum strategischen Management einer Firma oder eines ganzen Unternehmenszweiges (die Autoindustrie als Ganze kann zum Beispiel den autozentrierten Städtebau fördern und entsprechende Thinktanks finanzieren, um das Bedürfnis nach Mobilität in den Autokauf zu lenken).

Mehr Druck auf die Arbeiterinnen (beschränkte alternative Möglichkeiten des Lebensunterhalts, verminderte Mitspracherechte usw.) beeinträchtigt ihre Verhandlungsposition, was zu geringeren Löhnen und längeren Arbeitszeiten führt (rechte Seite der Grafik). Verminderte Löhne bedeuten verringerte Stückkosten und vermehrte Profite, während längere Arbeitszeiten die Produktion, aber nicht die Gesamtkosten erhöhen, was zu verminderten Stückkosten führt. Alternativ können lange Arbeitszeiten helfen, die Anstellung weiterer Arbeiterinnen überflüssig zu machen. Das schürt die Existenzangst der verbleibenden Belegschaft und hilft, Löhne zu drücken. Allgemein können die Stückkosten durch Erhöhung der Produktion verringert werden (auch durch bessere Auslastung der Maschinen, die auf dieser Grafik nicht dargestellt ist). Geringere Produktionskosten erlauben, geringere Preise zu fordern und dennoch profitabel zu arbeiten. Allerdings ist das Unternehmen nur bei funktionierendem Wettbewerb mit anderen Unternehmen (der unten links dargestellt ist) gezwungen, den Preis tatsächlich zu senken.

Gerade wenn die Gefahr der Marktsättigung droht, reichen Strategien dieser Art jedoch nicht aus. Es muss investiert werden, um neue Bedürfnisse zu wecken, zum Beispiel durch Werbung. Am besten funktioniert das, wenn mehr oder weniger »unersättliche« oder selbstverstärkende Bedürfnisse stimuliert werden, wie sie schon in den Kreisläufen der Gier und der Modeprodukte dargestellt wurden. Denn das Bedürfnis, durch eigenen Konsum vor anderen Menschen hervorzustechen, ist im Gegensatz beispielsweise zum Bedürfnis nach Nahrung unersättlich. Sobald die Referenzgruppe ähnlich konsumiert wie man selbst, muss man noch etwas draufgeben, um

immer noch hervorzustechen! Wenn solche »Bedürfnisse« stimuliert werden, heizt der Konsum die Bedürfnisse noch an, statt sie zu sättigen, und es gibt einen selbstverstärkenden (statt dämpfenden) Kreislauf zwischen Konsum und Bedürfnissen. Das ist für die betreffenden Unternehmen extrem profitabel und erlaubt, Preise auf hohem Niveau zu halten (ganz geht die ausgleichende Wirkung von Preisen auf den Konsum allerdings nicht verloren, wie der rote Pfeil anzeigt).

Ohne Produktion gibt es keinen Konsum, deshalb der schwarze Pfeil von Produktion zu Konsum – allerdings führt Produktion alleine nicht zu Konsum, wenn es keine entsprechenden Bedürfnisse gibt. Umgekehrt führt vermehrter Konsum zur Ausweitung der Produktion. Diese selbstverstärkende Rückkopplung kann durch begrenzte Bedürfnisse und durch Preise in Zaum gehalten werden.

Die Preise wirken sich direkt positiv auf die Profite aus (mehr Einnahmen pro verkauftem Stück), indirekt aber negativ (wenn sie die Nachfrage bzw. den Konsum senken). Es ist Teil des unternehmerischen Handelns, den für das Unternehmen optimalen Preis zu finden.

Die Grafik unterstellt, dass die konsumierenden Wohlhabenden und die Arbeiterinnen zwei voneinander getrennte Gruppen sind. Dies ist bei der Produktion von Luxusgütern sehr oft der Fall sowie bei Massenware, die in einem Niedriglohnland hergestellt, aber in einem Land mit wesentlich höherem Lohnniveau verkauft wird. Wenn diese Trennung aufgehoben wird (zum Beispiel bei der Produktion von täglichen Bedarfsgütern innerhalb eines Landes, oder wenn angestrebt wird, dass einstige Luxusgüter zu Massenware werden, während sie weiterhin im gleichen Lande hergestellt werden), dann muss ein weiterer Pfeil in die Grafik eingefügt werden: ein schwarzer Pfeil von Löhnen zu Konsum. Die meisten Menschen verdienen ihr Geld schließlich durch Lohnarbeit und können es nur ausgeben, wenn sie es vorher verdient haben! Das bedeutet, dass Verminderung der Löhne den Konsum und daher die Profite beschneidet. Dies gilt allerdings nie für ein Einzelunternehmen, sondern nur für eine Volkswirtschaft als Ganze, und nur für innerhalb eines Landes erzeugte Güter für Menschen, die ihr Geld durch Löhne oder Gehälter verdienen. In der Praxis brauchen sich die meisten Unternehmerinnen wegen dieser Rückkopplung keine Gedanken zu machen. Sie war allerdings der Angelpunkt der »fordistischen« Politik, die in den USA von den 1930er- bis 1970er-Jahren und in Westeuropa nach Kriegsende bis in die 1970er betrieben wurde: Wirtschaftswachstum sollte

alle gesellschaftlichen Schichten bereichern und so die Grundlage für weiteres Wachstum schaffen.

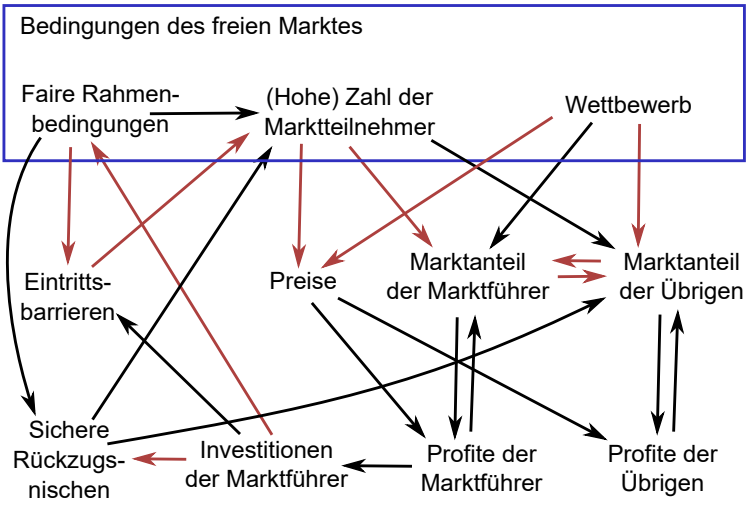
Damit dieses Modell funktionierte, musste noch eine weitere Verbindung hergestellt werden: von Profiten zu Löhnen, d. h., dass höhere Profite früher oder später auch zu höheren Löhnen führten. Eine starke Gewerkschaftsbewegung kann solch eine Verbindung erzwingen. In einer Zeit globalisierter Produktion, in der selbst anscheinend triviale Arbeitsschritte in entfernte Länder verlegt werden können, wird diese Rückkopplung allerdings immer schwächer, und Lohnzuwächse fallen hinter den Produktivitätszuwächsen zurück.

Im Ergebnis sind auf Abb. 3.6 mehrere selbstverstärkende Rückkopplungen zu erkennen, die das Wirtschaftswachstum dauernd anheizen:

- Profite werden investiert, um neue Bedürfnisse zu erzeugen, die zu mehr Konsum und damit noch mehr Profiten führen.
- Profite werden investiert, um mehr zu produzieren und damit Stückkosten zu senken; dies erlaubt verminderte Preise, die zu mehr Konsum führen und damit zu mehr Profiten.
- Profite werden investiert, um die Arbeiterinnen unter größeren Druck zu setzen (oder die Produktion in Gegenden mit niedrigen Löhnen zu verlegen), was zu längeren Arbeitszeiten bei niedrigeren Löhnen führt, Stückkosten senkt, niedrigere Preise ermöglicht, damit zu mehr Konsum und mehr Profiten führt.
- Profite werden investiert, um Konkurrenten auszuschalten (oder neue Konkurrenten gar nicht erst in den Markt zu lassen), was den Wettbewerb ausschaltet und erlaubt, Preise zu erhöhen, ohne Kundinnen zu verlieren, was letztlich zu erhöhten Profiten führt.
- Mehr Konsum (ohne vermehrten eigenen Arbeitseinsatz) führt zu neuen Bedürfnissen, die noch mehr Konsum anregen.

Der Vorgang, wie Wettbewerber verdrängt werden können, soll allerdings noch eingehender dargestellt werden (Abb. 3.7). Zu den Bedingungen eines freien Marktes gehören faire Rahmenbedingungen (die durch Staat und andere gesellschaftliche Institutionen hergestellt werden), viele Marktteilnehmer (aufseiten des Angebots sowie der Nachfrage) und Wettbewerb. Solange viele Firmen im Wettbewerb miteinander Waren verkaufen, besteht hoher Druck, die Preise zu

Abbildung 3.7: Pfade der Monopolbildung



senken. Manche Firmen gewinnen Marktanteile und damit höhere Profite, die sie investieren können, um noch höhere Marktanteile zu gewinnen. Prinzipiell können auch alle übrigen Unternehmen investieren, um ihre Marktanteile zu vergrößern (ganz rechts in der Grafik), aber wer Marktanteile im Wettbewerb verliert, hat verminderte Profite und kann deswegen weniger investieren, wird also wahrscheinlich weitere Marktanteile verlieren. Dieselbe Rückkopplung zwischen Marktanteilen und Profiten, die den Gewinnern immer größere Marktanteile gewährt, beschert den Verlierern immer geringere Marktanteile. Der Verdrängungswettbewerb (eine weitere selbstverstärkende Rückkopplung) wird auf der Grafik durch die wechselseitigen roten Pfeile zwischen Marktanteilen der Marktführer und der Übrigen dargestellt.

Von manchen Ausnahmen abgesehen (wie z. B. dem rasanten Anstieg von Amazon.com zum Marktführer im Buchverkauf), bedingt der Marktwettbewerb einen relativ langsamen und oft reversiblen Prozess der Marktkonzentration. Dieser Prozess kann aber stark beschleunigt werden, wenn die Marktführer so groß werden, dass ihnen die weiteren »Investitionsmöglichkeiten« zur Verfügung stehen, die links auf der Grafik dargestellt sind. Sie können ihre Finanz-

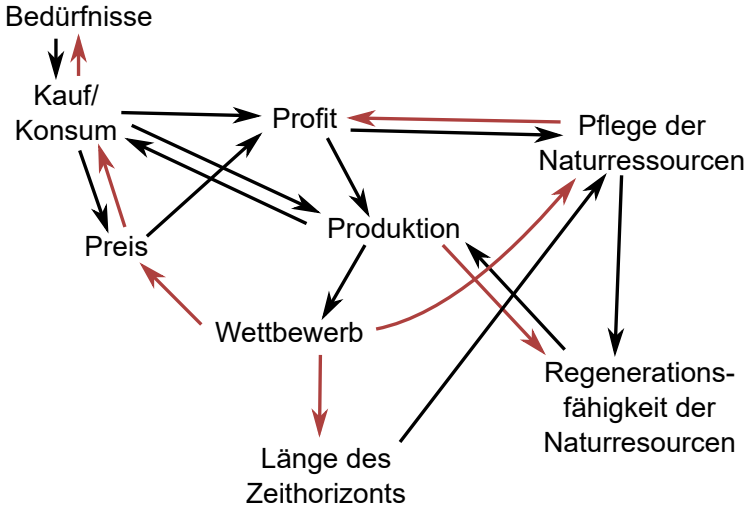
kraft ausnützen, um durch überproportionalen Einfluss auf die Politik die Rahmenbedingungen des Marktes zu ihren eigenen Gunsten zu verschieben. Zum Beispiel können Normen im Lebensmittelsektor so verändert werden, dass sie nur mit dem Einsatz großer Maschinen erfüllt werden können, die sich nur in Großbetrieben rentieren. Dies ist ein Beispiel einer Rahmenbedingung, die die Eintrittsbarrieren für neue Firmen erhöht. Marktführer können auch durch eigene Aktionen (z. B. durch Kampfpreise, die einer neuen Firma keine Chance lassen) die Eintrittsbarrieren direkt erhöhen.

Als weitere wichtige Überlebensbedingung brauchen viele kleine Firmen »sichere Rückzugsnischen«, das heißt Marktsegmente, wo sie einen besonderen Vorteil haben, weil sie auf die speziellen Wünsche einer besonderen, kulturell oder geografisch definierten Kundengruppe eingehen. Viele Gastwirtschaften haben ihre Stammkundschaft, die sich dort trifft und heimisch fühlt. Manche kleine Firmen bieten Spezialanfertigungen an, die es auf dem Massenmarkt nicht gibt. Viele Bierbrauereien sind in ihrer eigenen Gegend wohlbekannt und haben dort einen verlässlichen Markt in den Gaststätten. Auf nationaler Ebene können viele Firmen ihren Markt zum Teil durch die Bedienung des Nationalstolzes verteidigen – oft gekoppelt mit protektionistischen Zöllen. Solche Rückzugsgebiete bilden ein wichtiges Korrektiv gegen die selbstverstärkende Rückkopplung der abnehmenden Marktanteile, denn es sind nur geringe Investitionen notwendig, um diese Marktanteile zu sichern. Marktführer können auch diese Rückzugsgebiete ihrer Konkurrenten angreifen, indem sie z. B. darauf hinwirken, dass Kommunalregierungen bei ihrem Einkauf regionale Unternehmen nicht bevorzugen dürfen. Alternativ können sie ihre Konkurrenten aufkaufen und damit ihre Marktnischen übernehmen.

Als Ergebnis all dieser Interventionen verringert sich die Zahl der Konkurrenten erheblich und damit auch der Druck, Preise niedrig zu halten. Die Gewinnmargen der Marktführer steigen enorm, besonders im Extremfall des völligen Monopols. Die Erhaltung des freien Marktes erfordert deshalb stetige Wachsamkeit, insbesondere damit Marktführern kein größerer Einfluss auf die Rahmenbedingungen des Marktes gewährt wird als kleinen Unternehmen oder den Verbraucherinnen.

Wenn Profite der Marktführer alleiniger Sinn und Zweck allen Wirtschaftens wären, und wenn sie ohne inakzeptable Kosten immer

Abbildung 3.8: Ökologischer Kontext von Produktion und Preisen (erneuerbare Ressourcen)



weiter vermehrt werden könnten, dann wäre an diesen selbstverstärkenden Rückkopplungen nichts auszusetzen. Ganz anders jedoch, wenn die Wirtschaft der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen soll und nicht der Profitmaximierung einiger weniger Großunternehmen!

Außerdem lässt der ausschließliche Fokus auf die Profite die Beschädigung der natürlichen Lebensgrundlagen aus dem Blickfeld fallen. Abbildung 3.8 zeigt einen Ausschnitt des ökologischen Kontextes der Wirtschaftsproduktion am Beispiel erneuerbarer Ressourcen. Die Beziehungen zwischen Bedürfnissen, Kauf/Konsum, Preisen, Profit, Produktion und Wettbewerb sind aus Abb. 3.6 übernommen (nur das Bindeglied zwischen Profit und Produktion, nämlich Investitionen, wird der Einfachheit halber ausgelassen). Die Produktion erfordert Naturressourcen, die durch natürliche Vorgänge erneuert werden. Dies gilt grundsätzlich für jeden Produktionsprozess, auch von Dienstleistungen, denn die erfordern Informations- und Kommunikationstechnologie, Büroräume, Papier und Druck usw. Die Ent-

nahme von Ressourcen aus der Natur (Produktion) schädigt – dargestellt durch einen roten Pfeil – deren Regenerationsfähigkeit.

Langfristige Nutzung der Naturressourcen erfordert deren Pflege – grundsätzlich ist jede Nutzung erneuerbarer Naturressourcen zu »bezahlen«, indem sichergestellt wird, dass diese Ressourcen in gleicher Qualität erhalten bleiben. Zum Beispiel werden Fischbestände nur dann nachhaltig bewirtschaftet, wenn höchstens der jährliche Überschuss an Fischen abgefischt wird, ohne die Gesamtpopulation zu verringern. Das erfordert Beschränkungen des Fischfangs, z. B. indem Laichgebiete geschützt, Schonzeiten eingehalten, problematische Fangmethoden verboten und Fangquoten durchgesetzt werden. Nachhaltige Landwirtschaft erhält die Qualität der Böden und des Ökosystems durch pfleglichen Umgang mit Dünger und Pestiziden, vernünftige Einbringung organischer Düngemittel (Mulch, Gülle, Dung), regional angepasste Fruchtfolgen, an die Topografie angepasste Bewirtschaftung usw. Solche Maßnahmen erfordern einen Mehraufwand an Arbeitszeit, Mühe und Aufmerksamkeit und kosten deshalb Geld. Außerdem schließen sie viele kurzfristig orientierte Nutzungen aus. Deshalb schmälern sie zumindest kurzfristig gesehen den Profit. Kurzfristig orientierte Unternehmen vermeiden deshalb diese Ausgaben.

Intensiver Wettbewerb fördert jedoch die kurzfristige Orientierung von Unternehmen, denn er erzwingt möglichst niedrige Preise und hohe »Effizienz«. Letztere bedeutet, mit teuren Ressourcen möglichst sparsam umzugehen. Solange Naturgüter nichts kosten, verlangt Effizienz, Arbeitskräfte einzusparen und Produktionskapazitäten voll auszunutzen, und sich dabei um Naturzerstörung keine Gedanken zu machen. Ein Beispiel: für Holz verarbeitende Unternehmen in Tropenwäldern bedeutet Effizienz, teuer und auf Kredit gekaufte Maschinerie möglichst rund um die Uhr einzusetzen und mit Holz zu speisen, egal, ob die Bäume so schnell nachwachsen können.[1] Jene Unternehmen, die durch Raubbau an der Natur ihre Preise besonders senken, zwingen alle Konkurrenten, ähnlich zu handeln, um am Weltmarkt zu bestehen. Für sie ist es ein Luxus, an die entfernte Zukunft zu denken, weil ihr Betrieb dann vielleicht schon längst

1 Diese Dynamik beschreibt Owusu J. H. (1998): Current Convenience, Desperate Deforestation: Ghana's Adjustment Program and the Forestry Sector, in: The Professional Geographer 50(4), S. 418–436; derselbe (2012): Africa, Tropical Timber, Turfs and Trade: Geographic Perspectives on Ghana's Timber Industry and Development, Lanham, Maryland, USA.

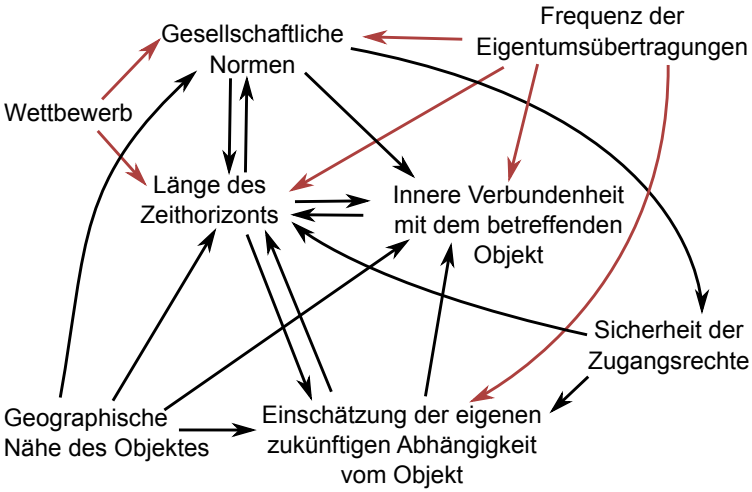
durch weniger rücksichtsvoll handelnde Unternehmen vom Markt verdrängt worden ist. Das heißt, je schärfer der Wettbewerb, desto kürzer wird der Zeithorizont der Unternehmen, und desto weniger pflegen sie die Naturgüter. Ökologische Kosten werden auf die direkten Nachbarn der Unternehmen, die Allgemeinheit und auf zukünftige Generationen abgewälzt. Dies führt zu größerer Knappheit an Naturressourcen.

Es gibt natürlich innerhalb des gegenwärtigen Wirtschaftssystems Ansätze, Knappheitserzeugung durch Naturzerstörung einzudämmen – z. B. durch Gesetze. Häufig werden Umweltgesetze allerdings erst verspätet erlassen und betreffen nur die schlimmsten ökologischen Schäden. Viele Unternehmen wehren sich angesichts der Konkurrenzsituation grundsätzlich gegen solche Gesetze, weswegen sie häufig bis zur Unkenntlichkeit verwässert werden. Ihre Umsetzung erfordert meist einen hohen Verwaltungs- und Kontrollaufwand, um sie gegen unternehmerische Interessen durchzusetzen. Auch »marktkonforme« gesetzliche Regelungen (wie z. B. Handel mit Emissionsrechten) erfordern einen ähnlich hohen Kontrollaufwand, weil Unternehmen durch Verheimlichung von Naturzerstörungen Zahlungen vermeiden können.

Zertifizierungen ökologisch oder sozial verantwortlich hergestellter Produkte sollen einen Anreiz schaffen, verantwortlich mit Naturressourcen umzugehen. Auf diese Weise sind tatsächlich Märkte für biologisch angebaute Lebensmittel, Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft, Fairtrade-Produkte usw. etabliert worden. Diese Entwicklungen demonstrieren zwar das Interesse vieler Bürger an verantwortlicheren Wirtschaftsformen und ermöglichen vielen Betrieben und Verbraucherinnen, verantwortlicher zu handeln, doch bleiben sie im Vergleich zum gesamten Handelsumsatz meist verschwindend gering. Erstaunlich ist dies nicht, denn sie erfordern ein sehr hohes Verantwortungsbewusstsein sowie ausreichende Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft seitens der Kundinnen. Paradoxerweise zwingen diese Zertifizierungen die besonders verantwortlich wirtschaftenden Betriebe, auf eigene Kosten zu beweisen, dass sie das Richtige tun, während ihre weniger verantwortungsbewussten Konkurrenten weiter billig produzieren können. Auch dies trägt zu der Preisdifferenz zertifizierter Produkte bei, und damit zu ihrer Benachteiligung am Markt.

Apologeten der Unfehlbarkeit des Marktes behaupten, der Markt sorge schon dafür, dass der Preis knapper Naturgüter steige und zu

Abbildung 3.9: Einflüsse auf die Länge des Zeithorizontes



deren verantwortlicher Nutzung führe. Dieses Argument verkennt aber einige ganz wesentliche Aspekte. Erstens kann es erhebliche Zeitverzögerungen geben, bis die Umweltschädigung zu höheren Preisen führt – und bis dahin ist es eventuell viel zu spät, die Schäden zu beheben. Zweitens steigen die Preise für Naturgüter nur, wenn sie jemandem (z. B. dem Staat) gehören, der Geld für ihre Schädigung einfordert, ansonsten werden sie selbst bei größter Seltenheit noch immer als »freie Güter der Natur« behandelt. Drittens haben selbst hohe Preise oft keine ausreichende Wirkung auf die Nachfrage. Zum Beispiel zahlen reiche Leute praktisch jeden Preis für spezielle Sushi-Gerichte, weshalb es sich lohnt, die allerletzten Exemplare einer Art zu erbeuten. Viertens können hohe Preise zur Bereicherung derer führen, die eine Naturressource (wie z. B. Erdöl) kontrollieren. Folglich verlagern hohe Preise den Konsum von einer Menschengruppe auf eine andere in einem anderen Land, ohne zwangsläufig den ökologischen Fußabdruck der Menschheit insgesamt zu verringern.

Ein wirklich pfleglicher Umgang mit Naturressourcen lässt sich nur erreichen, wenn erstens der Verbrauch an Naturressourcen etwas kostet (sich aber niemand an diesen Zahlungen übermäßig bereichert), und zweitens Unternehmen aus eigenem Antrieb einen langen Zeithorizont berücksichtigen (denn keine Kostenaufstellung

kann wirklich alle Naturressourcen bewerten). Der Zeithorizont ist der Zeitraum, über den sich ein Unternehmen über die wahrscheinlichen zukünftigen Auswirkungen seiner heutigen Handlungsweisen Rechenschaft ablegt und entsprechend handelt. Um wirklich verantwortungsvoll zu handeln, sollten Unternehmen Zeithorizonte von Jahrzehnten, in manchen Fällen von Jahrhunderten, und im Falle von atomaren und manchen chemischen Abfällen von Jahrtausenden berücksichtigen.

Welche Bedingungen führen zu langen Zeithorizonten? Einige Einflüsse sind auf Abb. 3.9 dargestellt. Im Allgemeinen ist ein langer Zeithorizont zu erwarten von Unternehmerinnen, die sich mit dem Naturraum, den sie nutzen, identifizieren, sich mit ihm innerlich verbunden fühlen. Starke gemeinschaftliche Normen im Sinne der Pflege der Naturgüter und unmittelbare geografische Nähe des Wohnortes der Unternehmerinnen zum Ort des Geschehens können auch zur Länge des Zeithorizontes beitragen. Das Bewusstsein der Unternehmerinnen, dass sie und ihre Nachfahren auch in Zukunft von der Funktionsfähigkeit der von ihnen genutzten natürlichen Kreisläufe abhängen werden, befördert einen langen Zeithorizont. Auch Zuversicht, dass sie auch in Zukunft Nutzungsrechte an diesen Ressourcen haben werden, sollte ihren Zeithorizont ausdehnen (die Nutzungsrechte können, müssen aber nicht Eigentumsrechte sein, solange sie recht sicher sind).

Diese Bedingungen finden wir am ehesten bei lokal wirtschaftenden kleinen und mittleren Unternehmen, die eng in ihre lokale Gemeinschaft eingebunden sind – nicht nur durch Wirtschaftsbeziehungen, sondern auch durch familiäre und kulturelle Bande. Auch solche Unternehmen können natürlich unverantwortlich handeln, zumal heute kaum ein Unternehmen, ob groß oder klein, seine Verflechtungen mit der gesamten Weltwirtschaft überschauen kann. Deshalb können auch die Tätigkeiten eines eigentlich recht verantwortlichen kleinen lokalen Unternehmens zu geografisch entfernten negativen Auswirkungen führen.

Gerade Unternehmen mit langen Zeithorizonten werden leider oft als ineffizient und unzeitgemäß eingeschätzt. Wettbewerb als Allheilmittel soll Unternehmen antreiben, »effizienter« zu wirtschaften und unnötige Kosten zu vermeiden. »Unnötig« sind Kosten dann, wenn sie nicht innerhalb eines kurzen Zeitraumes zu höherer Rendite führen (stabile Renditen in ferner Zukunft werden bis auf null diskontiert).

Verschärfter Wettbewerb verkürzt deshalb Zeithorizonte. Wenn eine Aktiengesellschaft mit Hinsicht auf »shareholder value« betrieben wird, die Aktionäre vor allem auf Spekulationsgewinne aus sind und ihre Aktien entsprechend schnell kaufen und verkaufen, dann wird enormer Druck auf die Geschäftsführung ausgeübt, ausschließlich den kurzfristigen Gewinn zu berücksichtigen. Global operierende Firmen sind natürlich alles andere als in lokalen Gemeinschaften eingebettet, und die Vorstände haben oft wenig Ahnung von den Konsequenzen ihrer Entscheidungen. Von innerer Verbundenheit mit den Naturgütern kann hier keine Rede sein. Dies ist institutionalisierte Verantwortungslosigkeit.

Einige systemkonforme Korrekturen sollen diese Probleme lösen. Unternehmen sollen Verantwortung übernehmen (»corporate social responsibility«), sich an »stakeholder value« statt »shareholder value« sowie an der »triple bottom line« (Profite, Soziales und Ökologie) orientieren. Doch bringen diese Korrekturen letztlich wenig wenn Profit der zentrale Unternehmenszweck bleibt. Solange sich Schädigungen der Umwelt und des sozialen Kontextes nicht in Geldwerten niederschlagen, wird ein letztlich am Profit orientiertes Unternehmen getrieben, solche Probleme zu ignorieren.

Fazit

Als Fazit aus diesem Kapitel kann festgestellt werden, dass der 1. Systemfehler (die Erzielung von Profiten als Selbstzweck) in Kombination mit dem 2. Systemfehler (dass nur knappe Waren einen hohen Geldwert haben) dazu führt, dass Profite auf Kosten von Naturgütern maximiert werden, ohne dass das menschliche Glück wirklich befördert wird. Die Anreize, Mensch und Natur auszubeuten und Verbraucher zu Unersättlichkeit zu erziehen, sind systemimmanent. Obwohl der Marktwettbewerb durchaus übermäßige Preise korrigieren kann, verstärkt er insgesamt fortdauernd die Systemfehler, die unser weiteres Überleben auf diesem Planeten gefährden. Damit ist die ökologische Kritik unserer zukunftsunfähigen Wirtschaft zusammengefasst und die Notwendigkeit fundamentalen Wandels belegt. Damit ist es aber nicht genug: wir müssen auch die sozialen Aspekte berücksichtigen, die in den folgenden Kapiteln untersucht werden.

Weiterführende Literatur

Vertiefte Untersuchung der Knappheitserzeugung und Alternativen dazu

Hoeschele, W. (2010): The Economics of Abundance: A Political Economy of Freedom, Equity and Sustainability, Farnham, Großbritannien.

Verkehrsproblematik und Lösungsansätze für mehr städtische Lebensqualität

Leitschuh-Fecht, H. (2002): Lust auf Stadt: Ideen und Konzepte für urbane Mobilität, Bern.

Verkehrsclub Deutschland (2007): Klimawandel und Verkehr: Informationen und Lösungswege, Berlin. [https://www.vcd.org/fileadmin/user_upload/Redaktion/Publikationsdatenbank/Klimafreundliche_Mobilitaet/VCD_Materialien_Klimawandel_und_Verkehr_2007.pdf; 26.12.2016]

Verkehrsclub Deutschland (2016): Lebenswerte Städte durch Straßen für Menschen: VCD-Leitfaden zur Rückeroberung der Straße, Berlin. [https://www.vcd.org/fileadmin/user_upload/Redaktion/Publikationsdatenbank/Fussverkehr/VCD-Leitfaden_Strassen_fuer_Menschen_2016.pdf; 26.12.2016]

Literatur zu Prestigegütern und wie sie den Konsum antreiben

Brown, D. (Hrsg.), (1998): Thorstein Veblen in the Twenty-first Century: A Commemoration of The Theory of the Leisure Class, Cheltenham, Großbritannien.

Veblen, T. (2007): Theorie der feinen Leute: eine ökonomische Untersuchung der Institutionen, Frankfurt am Main. (Originaltitel 1899: Theory of the Leisure Class: An Economic Study of Institutions).

Xenos, N. (1989): Scarcity and Modernity, London.

Widersprüche im Kapitalismus, die in den SystemGrafiken angesprochen werden

Harvey, David. 2015. Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus, Berlin. (Englischer Originaltitel: Seventeen contradictions and the end of capitalism).

Konsumkritik

Illich, I. (1983): Fortschrittsmythen. Reinbek bei Hamburg.

4 Dritter Systemfehler: Wachstumszwang

In kapitalistischen Systemen werden zahlreiche selbstverstärkende Rückkopplungen erzeugt, um Profite zu maximieren. Allerdings führt jede dieser Schleifen zur Krise, wenn sie unter umgekehrten Vorzeichen läuft. Das heißt: wenn Profite sinken oder es Verluste gibt, wird weniger investiert, was zu weiter verminderter Wirtschaftsleistung und damit noch geringeren Profiten oder erhöhten Verlusten führt, was nochmals Investitionen vermindert, und so weiter. Im selben Kreislauf führt verminderte Produktion zu vermindertem Arbeitsbedarf; dies führt zu mehr Erwerbslosigkeit und erhöhter Existenzangst unter den Erwerbstätigen; beides führt zu vermindertem Konsum und damit Absatzmöglichkeiten, welche wiederum zu verminderter Produktion und Investition führen und damit zu nochmals vermehrter Arbeitslosigkeit. Genau die gleichen selbstverstärkenden Rückkopplungen, die das Wachstum antreiben, treiben auch die Krise an.

Der Ausweg aus der Krise besteht nicht aus einer Rückkehr zum ersehnten Wachstum, denn dieses stößt früher oder später auf die nächsten Grenzen des Wachstums und hat viele Grenzen der ökologischen Belastbarkeit sowieso schon längst überschritten. Stattdessen sollten wir uns der Etablierung stabilisierender Rückkopplungen widmen – zu Zeiten des Wachstums wie auch zu Zeiten der Krise. Unsere Gesellschaft ähnelt einem Menschen mit dem bipolaren Syndrom, der zwischen Euphorie und Depression hin und her wechselt und dabei die Euphorie als so beglückend empfindet, dass er verkennt, dass sie Teil des gesamten Krankheitsbildes ist.

Der Wachstumszwang ergibt sich auch durch die Umkehrung von Mittel und Zweck unserer Wirtschaft. Die Wirtschaft sollte eigentlich der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen, doch stattdessen genießen die Profitinteressen einiger weniger Vorrang vor den alltäglichen Bedürfnissen der Mehrheit der Menschen. Wie im vorigen Kapitel dargestellt, wird die Gier der Reichen dadurch gefördert, dass sie ohne eigenen Arbeitseinsatz noch reicher werden können; nur wenn die Wirtschaft als Ganzes noch schneller wächst als der Anteil, den sich die gierigen Reichen nehmen, können die gewöhnlichen Menschen Vorteile aus dem Wirtschaftswachstum ziehen. Da sich politische Interessenvertretungen unentwegt dafür einsetzen, dass

gewöhnliche Menschen doch noch einen angemessenen Teil des Kuchens abbekommen, wird angesichts der politischen Macht der Reichen die einzige machbare Lösung darin gesehen, das Wirtschaftswachstum weiter anzukurbeln. So sollen die Begierden der Reichen und die Bedürfnisse aller anderen unter einen Hut gebracht werden.

Welche Machtinstrumente stehen der Gier der Reichen zur Verfügung? Hier sind zuallererst handfeste Mittel der Staatsgewalt zu nennen, die hinter den Eigentumsrechten stehen, die z. B. in den auf Abb. 3.6 dargestellten Kontexten ermöglichen, dass Profite auf Kosten der Löhne erhöht werden. Doch ein weiterer Mechanismus, der oft als selbstverständlich vorausgesetzt und deshalb übersehen wird, ist die Gestaltung unseres Geldes und vor allem des Zinses: wer einen Kredit gewährt, hat Anspruch auf eine Rückzahlung nach einem schon im Voraus definierten Zinssatz, der sich nicht an der Zahlungsfähigkeit des Kreditnehmers orientiert. Da im Wettbewerb stehende Unternehmen oft investieren müssen, bevor sie die nötigen Investitionsmittel durch ihre Verkaufserlöse selbst erwirtschaftet haben, sind sie oft gezwungen, sich dieses Geld gegen Zins oder andere ähnliche Abgaben (z. B. Dividenden auf Aktien) zu beschaffen. Diese Abgaben gehen letztendlich von Menschen, die etwas leisten, an jene, die Geld zu verleihen haben, nach dem Prinzip: wer hat, dem wird gegeben. Dies widerspricht dem Tauschprinzip unter Gleichen: wer gibt, dem wird etwas Gleichwertiges zurückgegeben.

Verstärkt wird diese Rolle des Zinses noch durch den vorherrschenden Mechanismus der Gelderzeugung. Bargeld wird hergestellt, indem es gedruckt wird; der Gewinn aus diesem Verfahren geht an den Staat (bzw. die Zentralbank). Weit mehr Geld erzeugt die Zentralbank allerdings als Zentralbankgeld, das sie an Geschäftsbanken verleiht. Diese sind ihrerseits berechtigt, noch weit mehr Geld an ihre Kunden zu verleihen. Letzteres ist elektronisches Geld oder Giralgeld, bzw. ein Anspruch auf Auszahlung von Bargeld, dem einzigen gesetzlichen Zahlungsmittel.[1] Das bedeutet, dass die weit überwiegende Menge des Geldes als zinsbelastete Kredite von den Geschäftsbanken erzeugt wird. Auch der Staat, der sich von den Banken Geld

1 Laut Tobias Kohl (2014): Geld und Gesellschaft: Zu Entstehung, Funktionsweise und Kollaps von monetären Mechanismen, Zivilisation und sozialen Strukturen, Marburg, S. 366, ist das Giralgeld kein Geld, sondern lediglich ein Anspruch auf die Auszahlung von Geld, d. h. Bargeld, dem einzigen gesetzlichen Zahlungsmittel. Da das Giralgeld allerdings faktisch als Zahlungsmittel funktioniert und der Staat es sogar als Mittel zur Steuerzahlung dem Bargeld vorzieht, betrachte ich es im Folgenden als Geld.

leiht, bedient sich dieses zinsbelasteten Geldes, obwohl er, sofern die Regierung dies wollte, Geld drucken könnte, um es dort auszugeben oder zu verteilen, wo ein konkreter Bedarf existiert. Dies wiederum bedeutet, dass stets mehr Geld an die Banken zurückfließen muss, als erzeugt worden ist, was nur durch Wirtschaftswachstum und neue Kreditvergabe möglich ist. Einzelne Schuldner können sich zwar durch Rückzahlung der Schulden entlasten, doch verleiht die Bank dieses Geld möglichst sofort wieder und gibt damit den Wachstumszwang woanders weiter.

Man mag einwenden, der Wachstumszwang entfalle doch in Zeiten niedriger Zinsen. Allerdings fordern die Banken immer so hohe Zinsen, wie der Finanzmarkt gerade hergibt, weshalb der Zinsmechanismus fast immer einen Wachstumsdruck ausübt. Außerdem lassen die Banken selten nach in ihren Schuldenforderungen. Ein ganzes Land, wie zum Beispiel Griechenland, kann so in die Insolvenz getrieben werden. Es folgen Schließungen von Firmen, Krankenhäusern usw., wodurch selbst gut geführte Unternehmen ihre Kunden verlieren. Darauf folgen enorm angestiegene Arbeitslosigkeit, soziale Unruhen, verlorenes Vertrauen in alle gesellschaftlichen Institutionen, Gefährdung der Demokratie.

Das scheint Institutionen wie die Europäische Zentralbank kaum zu stören, denn die Rückzahlung der Schulden genießt Vorrang vor allem anderen – selbst vor der Erhaltung der Zahlungsfähigkeit des Schuldners. In der Finanzwelt grassiert die Furcht, Kreditnehmer würden leichtfertig Schulden aufnehmen, die sie nie zurückzahlen können, und diesem Risiko soll durch schonungslose Behandlung zahlungsunfähiger Schuldner vorgebeugt werden. Doch gibt es nicht nur das Risiko der leichtfertigen Kreditaufnahme, sondern auch das Risiko der leichtfertigen Kreditvergabe, wenn Kreditgeber erwarten, dass die Schuldner selbst unter extremen Bedingungen zur Rückzahlung gezwungen werden. Das Risiko muss also gerecht verteilt werden.

Die ungleiche Verteilung des Risikos verleitet Finanzinstitutionen dazu, Kredite verantwortungslos zu vergeben und Wachstumserwartungen zu schüren, um möglichst hohe Zinsen verlangen zu können. John Perkins' Buch »Confessions of an Economic Hit Man« zeigt beispielhaft, wie Wachstumserwartungen systematisch geschürt werden, um hohe Kredite an Entwicklungsländer zu vergeben, die sie niemals ganz zurückzahlen können – allerdings zahlen sie praktisch

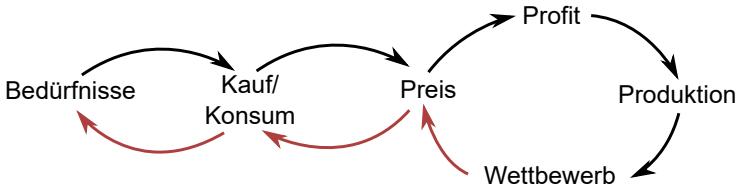
ewig Zinsen, was den Kreditgebern hohe Profite beschert.[2] Es gibt deshalb vonseiten der Finanzinstitutionen einen enormen Anreiz, Kredite über das eigentliche Limit der Zahlungsfähigkeit der Kunden zu vergeben. Manche Finanzinstitute gründen ihr Geschäftsmodell auf die Kreditvergabe an die gerade noch zahlungsfähigen Kunden (ein gutes Beispiel hiervon sind die »Sub-prime«-Hypotheken in den USA, die zu den Auslösern der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 gehörten). Gelegentlich schießen sie über das Ziel hinaus oder die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entwickeln sich nicht so gut wie erwartet, dann gibt es eine große Krise, doch können sich die Finanzinstitutionen in der Regel darauf verlassen, dass sie der Staat aus dem Schlamassel hilft. Die Steuerzahler bleiben auf den Rechnungen sitzen.

Spekulative Finanzmärkte und Derivate erhöhen noch die Bereitschaft der Finanzinstitutionen, Risiken einzugehen, die sie anderen aufbürden. Bei einer normalen Hypothek bekommt die Bank ihr verliehenes Geld erst zurück, wenn der Hauskäufer den Kredit abgezahlt hat. Wenn die Bank die Schuld jedoch an andere weiterverkauft, dann hat sie ihr Geld sofort zurück. Zu diesem Zweck wurden Anfang der 2000er-Jahre sogenannte Collateralized Debt Obligations (CDOs) populär, die ein paar Jahre weltweit extrem gewinnbringend gehandelt wurden. Ähnlich lukrative Anlagemöglichkeiten gab es in der Realwirtschaft nicht, denn die Nachfrage der Normalbürger stagnierte, weil deren Einkommen nur langsam wuchs, während die Konzentration der großen Vermögen fortschritt. Deshalb gab es eine fast unbegrenzte Nachfrage nach solchen Derivaten, die den Banken erlaubten, selbst an arme Leute Geld zu verleihen, ohne selbst ein wirkliches Risiko einzugehen. Dies verführte zu unverantwortlicher Kreditvergabe und trug schließlich zur Weltfinanzkrise bei. Um zukünftigen Krisen vorzubeugen, sollte sichergestellt werden, dass die Banken Kreditrisiken nicht einfach weitergeben können, sondern gezwungen sind, auf ihnen sitzen zu bleiben oder sich auf transparente Weise zu versichern. Diejenigen, die an diesen Praktiken große Boni verdienen, sollten auch durchaus persönlich für die Risiken haften.

Spekulative Märkte wie diese verstärken das gesamtwirtschaftliche Risiko. Es wird oft eingewendet, jede Investition sei »Spekulation« auf eine ungewisse Zukunft. Jedoch kann man spekulative

2 Perkins, J. (2007): Bekenntnisse eines Economic Hit Man: Unterwegs im Dienst der Wirtschaftsmafia. München.

Abbildung 4.1: Funktion von Preisen im »normalen« Markt

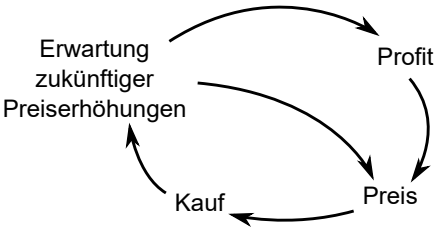


Märkte sehr einfach von »normalen« Märkten unterscheiden, wenn man die Rolle der Preise in diesen Märkten untersucht. Betrachten wir zuerst die Funktion von Preisen in einem »normalen« Markt (Abb. 4.1).

Ein Käufer braucht etwas und kauft es deshalb am Markt. Dadurch wird das Bedürfnis fürs Erste befriedigt: eine dämpfende Rückkopplung. Wenn Preise steigen, kaufen weniger Leute die betreffende Ware, weil sie ihnen zu teuer ist; niedrige Preise regen sie dagegen an, zu kaufen, selbst wenn ihr Bedürfnis im Moment gar nicht so stark ist. Diese dem Preis gegenläufigen Kaufentscheidungen stabilisieren die Preise und verhindern insbesondere überhöhte Preise. Hohe Preise erhöhen den Profit der Unternehmen, die dadurch angeregt werden, mehr zu produzieren. Mehr Produktion bedeutet mehr Wettbewerb am Markt (unter der Voraussetzung, dass viele Verkäufer miteinander konkurrieren), und der führt zu niedrigeren Preisen. Falls Preise zu sehr sinken, dann ziehen sich zumindest theoretisch manche Unternehmen vom Markt zurück oder produzieren weniger, wodurch die Preise wieder ansteigen, bis die verbleibenden Unternehmen profitabel wirtschaften können. Diese Rückkopplungen funktionieren zwar in den meisten Märkten nur bedingt, doch kann dieses Modell die Märkte von beweglichen Gütern des täglichen Konsums einigermaßen gut beschreiben.

Spekulative Märkte funktionieren jedoch ganz anders, wie auf Abb. 4.2 dargestellt. Käufer kaufen nicht, weil sie den betreffenden Vermögenswert tatsächlich nutzen wollen (zum Beispiel, weil sie in einem Haus wohnen, in einer Immobilie ein Geschäft eröffnen oder die Währung eines anderen Landes für Reisen oder Geschäftszwecke verwenden wollen). Sie sind nicht mal an dem finanziellen Ertrag

Abbildung 4.2: Funktionsweise von Preisen im spekulativen Markt



eines Vermögenswertes interessiert (zum Beispiel an den zukünftigen Dividenden einer Aktie). Sie sind einzig und allein daran interessiert, den Vermögenswert möglichst bald gewinnbringend wieder zu verkaufen, ohne das Geringste zu tun, ihn selbst zu mehren. Wer zum Beispiel ein altes Haus kauft, dieses renoviert und dann gewinnbringend verkauft, hat etwas geleistet, um den Wert dieses Hauses zu steigern – dies ist keine Spekulation. Wer Waren in einem Land kauft und woanders hin transportiert und verkauft, hat diese Waren zwar nicht verbessert, doch hat er sie für seine Kunden sehr viel einfacher verfügbar gemacht und ihnen eine lange Reise erspart, um diese Waren zu erwerben. Auch dies ist keine Spekulation, sondern eine reale Geschäftstätigkeit.

Spekulanten sind jedoch nicht daran interessiert, einen Vermögenswert auf welche Weise auch immer zu nutzen oder zu mehren, sondern ihn unverändert, aber zu einem höheren Preis weiterzuverkaufen. Sie haben für ihren Profit nichts geleistet. In spekulativen Märkten wird gekauft, weil die Käufer erwarten, dass Preise in Zukunft steigen werden. Wenn viele Leute kaufen, führt dies zu höheren Preisen. Steigende Preise verstärken die Erwartung, dass die Preise noch weiter steigen werden, und regen dadurch noch mehr Käufe an. Dies ist natürlich ein sehr lukratives Geschäft für die Verkäufer, die ihre Gewinne unter anderem investieren, um noch höhere Erwartungen steigender Preise zu schüren (die Erzeugung von »Hype«). Das Resultat ist eine selbstverstärkende Euphorie an spekulativen Märkten, Käufer wie Verkäufer sind in inniger Übereinstimmung begeistert über immer weiter steigende Preise, belohnen sich gegenseitig mit immer höheren Tantiemen und beglückwünschen einan-

der wegen ihres angeblich hoch entwickelten Gespürs, wo Geld zu gewinnen ist.

Das Ergebnis eines solchen Kreislaufes ist eine sich immer weiter aufblähende Finanzblase. Die muss irgendwann platzen. Dann läuft der gleiche Kreislauf unter umgekehrten Vorzeichen. Erwartungen sinkender Preise führen dazu, dass viele Verkäufer wenigen Käufern gegenüberstehen und Preise sinken, und dadurch Erwartungen weiter sinkender Preise geschürt werden. Dieselben Akteure, die soeben mit ihrem Hype zur Finanzblase beigetragen und ihre Gewinne daraus gezogen haben, üben sich jetzt in Wehklagen, Selbstmitleid, Rufen nach dem Staat, ihnen aus der Misere herauszuhelfen, und Beteuerungen, dass dieser Umschwung völlig unvorhersehbar war. Die Euphorie ist einer Depression gewichen, die zu weiter sinkenden Preisen beiträgt. Euphorie und Depression sind auch hier wieder beide Symptome eines bipolaren Syndroms; das gesamte Syndrom und nicht die Depression muss behandelt werden.

Wenn die Preise der Vermögenswerte wieder realistische Werte erreicht haben, die ihrem tatsächlichen Nutzen für Verbraucher oder ihren finanziellen Erträgen entsprechen, dann können sie sich wieder auf einem vernünftigen Niveau stabilisieren. Die Finanzjongleure widmen sich nun zeitweilig der Aufblähung anderer Vermögenswerte, bis das erstaunlich kurze Gedächtnis vieler Marktteilnehmer verblasst ist und der alte Markt wieder reif wird für ein ähnliches Spiel. Oberflächlich betrachtet scheint die Sache sinnlos: es werden übermäßige »Vermögenswerte« aufgebaut, die nichts mit der realen Wirtschaft zu tun haben, und einige Zeit später lösen sie sich wieder in Luft auf. Nichts ist erreicht worden – aber bedeutet das nicht auch, dass kein Schaden angerichtet worden ist?

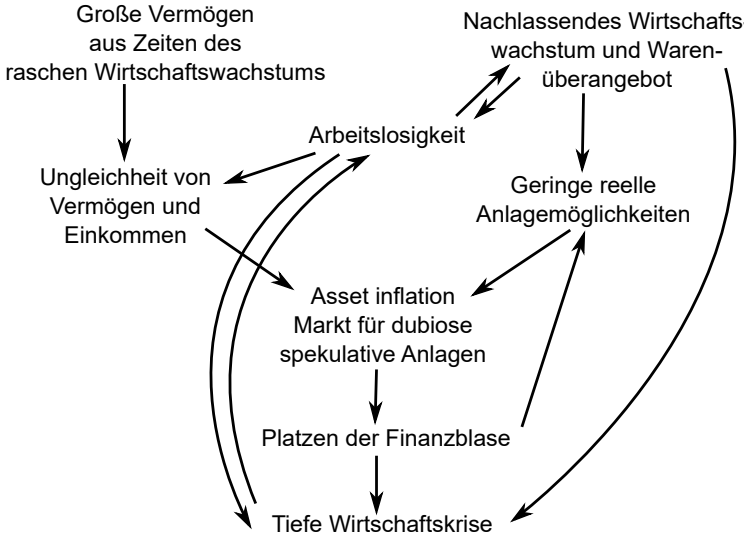
Erreicht worden ist allerdings etwas im Laufe eines solchen Kreislaufes – die Bereicherung jener, die die Dynamik des Marktes kennen oder noch besser selbst beeinflussen, auf Kosten der Trittbrettfahrer. Am meisten verdienen kann man nämlich, wenn man frühzeitig im Zyklus Vermögenswerte kauft und sie kurz vor dem Absturz abstößt. Um dies erfolgreich zu tun, muss man den Zeitpunkt des Absturzes möglichst genau vorhersagen können, was am besten geht, wenn man den Absturz selbst auslöst. Wer dazu nicht in der Lage ist, sollte als Insider die Intentionen jener kennen, die das können. Für die Hauptakteure ist es Pech, wenn der Absturz schneller als erwartet eintrifft und sie ihre Vermögenswerte nicht rechtzeitig verkaufen

können (oder wenn sehr viele verschiedene Vermögenswerte gleichzeitig abstürzen). Hauptverlierer sind allerdings jene, die während der ansteigenden Preiskurve Vermögenswerte gekauft haben, um sie längere Zeit zu behalten. Ein Beispiel sind Hauskäufer, die eine Hypothek aufgenommen haben und sie weiterhin in voller Höhe abstottern müssen, nachdem das Haus an Marktwert verloren hat. Ihr Haus zu verkaufen und in eine bescheidenere Wohnung umzuziehen, ist kaum eine Option, denn dann würden sie nur einen Bruchteil der geschuldeten Geldmenge einnehmen und müssten immer noch fast die gesamte Schuld abtragen, während sie gleichzeitig die Wohnungsmiete zahlten. Das heißt: Spekulationsgewinne kommen nicht aus dem Nichts, sondern werden auf Kosten anderer Menschen erzielt. Die Auswirkungen weiten sich bei einer großen Finanzkrise auf die gesamte Wirtschaft aus.

Welche Wechselwirkungen gibt es nun zwischen Wirtschaftswachstum und spekulativen Märkten? Bei starkem Wirtschaftswachstum gibt es zunächst reale Investitionsmöglichkeiten, die bei moderatem Risiko zufriedenstellende Renditen aus den erwirtschafteten Dividenden und nicht nur aus Veräußerungsgewinnen bieten. Die Finanzmärkte konzentrieren sich also tendenziell auf solche Anlagen (besonders, wenn sich die Kunden gut informieren und betrügerische »Finanzprodukte« nicht erlaubt werden). Die Wirtschaft kann jedoch nicht ewig so weiterwachsen, unter anderem weil Märkte gesättigt werden oder der Anteil der Löhne am Volkseinkommen sinkt und deswegen die Kaufkraft nicht mehr mit der Produktion mithält. Diese Situation wird im Flussdiagramm der Abb. 4.3 dargestellt.

Gute Anlagen werden rar und deshalb verstärkt sich der Druck, dubiose Investitionsmöglichkeiten anzubieten und nachzufragen. Es wird weniger in der Realwirtschaft investiert, weil sich das schlicht nicht lohnt. Wegen des Warenüberangebots bei nachlassendem Wirtschaftswachstum werden Mitarbeiter entlassen, was natürlich zu weiter fallender Nachfrage und noch weniger Investitionsmöglichkeiten führt. Sehr große Geldmengen aus Zeiten des schnellen Wirtschaftswachstums stehen wenigen reellen Anlagemöglichkeiten gegenüber. Deshalb werden fiktive Anlagemöglichkeiten erzeugt und der politische Druck wird verstärkt, diese auch zuzulassen. Die lassen sich natürlich nur bei recht optimistischen Erwartungen der Anleger verkaufen, weshalb die günstigsten Bedingungen für die Entwick-

Abbildung 4.3: Flussdiagramm Spekulative Märkte und Wirtschaftskrise



lung spekulativer Märkte wohl nicht in Zeiten der Wachstumskrise selbst zu finden sind, sondern etwas vorher, in Zeiten nachlassenden Wirtschaftswachstums und zunehmender Ungleichheit der Einkommensverteilung. Wenn diese Finanzblasen platzen, was sie bei ausbleibendem Wirtschaftswachstum unweigerlich müssen, dann lösen sie eine Krise aus. Die großen Geldvermögen schmelzen allerdings nur langsam dahin, gute Anlagemöglichkeiten sind noch seltener als vorher, und deshalb kann es auch während der Krise trotz verminderter Erwartungen weiterhin einen Markt für spekulative Finanzprodukte geben.

In einer solchen Krise rufen alle nach einer Rückkehr zum Wachstum, egal, mit welchen Mitteln. Sie verkennen, dass derselbe Mechanismus die Ursache von Wachstum und Krise, Euphorie und Depression ist, und dass eben dieser Mechanismus reformiert werden muss. Allzu oft wird alles, was Einkommen verspricht, als Weg aus der Krise zelebriert, selbst die spekulativen Verdienstmöglichkeiten, die für die Krise mitverantwortlich sind. Gleichzeitig wird den Schuldnern

Austerität gepredigt, obwohl gerade diese dazu führt, dass die Nachfrage nach fast allen Waren weiter schrumpft. Den Schuldnern wird vorgeworfen, »über ihre Verhältnisse« gelebt zu haben, aber diejenigen, die durch ihre nutzlose Spekulation enormen Reichtum angehäuft haben, kommen ungeschoren davon. Die Schulden sollen zurückgezahlt werden, obwohl solche Rückzahlung mitsamt Zinsen nur die unverantwortliche Suche nach imaginären Anlagemöglichkeiten weiter antreibt. Die »Finanzexperten« sollen die Probleme richten, obwohl gerade die keine Ahnung von den realwirtschaftlichen Erfordernissen haben und sich der Finanzindustrie verbunden fühlen, die die ganze Misere angezettelt hat.

Es ist nicht leicht, aus einer solchen Krise wieder herauszukommen. Die große Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre wurde letztlich durch Rüstungsproduktion und den Zweiten Weltkrieg überwunden. Die jetzige Krise ist noch nicht ausgestanden; es liegt an uns, einen besserer Ausweg zu finden. Dies geht nicht ohne neue Denkansätze, die sich von jenen unterscheiden, die uns in die Krise geführt haben.

Weiterführende Literatur

Ursachen der Krise im Kapitalismus (allgemein oder speziell 2007)

Harvey, D. (2007): The Limits to Capital, New York.

Harvey, D. (2014): Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln: Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden, Hamburg. (Englischer Originaltitel: The Enigma of Capital)

Kraemer, K. (Hrsg.) (2015): Geld und Krise: Die sozialen Grundlagen moderner Geldordnungen. Frankfurt a. M.

Peukert, H. (2015): Das Moneyfest: Ursachen und Lösungen der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise, 2., aktualisierte Auflage, Marburg.

Rancière, R.; Kumhof, M. (2010): Inequality, leverage and crises, International Monetary Fund Working Paper, Washington, D.C.

Rajan, R. G. (2012): Fault Lines – Verwerfungen: Warum sie noch immer die Weltwirtschaft bedrohen und was jetzt zu tun ist, München.

5 Vierter Systemfehler: Problematische Auswirkungen auf menschliche Eigenschaften

Im 3. Kapitel wurde dargestellt, wie sich Profite durch die Erzeugung scheinbar unersättlicher Nachfrage erhöhen lassen – durch die Erzeugung oder Verstärkung von Sucht oder Abhängigkeit (Abb. 3.3), Gier (Abb. 3.4) und Prestigebedürfnis (Abb. 3.5). So werden menschlich-allzu-menschliche Eigenschaften systematisch verstärkt, die unser Zusammenleben erschweren und unser Glück mindern. Auch die in Abb. 4.2 dargestellten spekulativen Märkte fördern den Spielerinstinkt und das Begehren, etwas für nichts zu bekommen. Diese Rückkopplungsschleifen machen einen sehr wesentlichen Teil unserer Wirtschaft aus und tragen ganz erheblich zum Wirtschaftswachstum, aber auch zu Wirtschaftskrisen und Umweltzerstörung bei. Menschliche Eigenschaften wie Gier und Prestigebedürfnis sind natürlich noch aus weiteren Gründen problematisch, weshalb sich Menschen mit diesen Themen schon seit Jahrtausenden auseinandersetzen. Was kann man jedoch aus systemischer Sicht hierzu sagen?

Jede soziale Ordnung, jede soziale Institution, jeder soziale Kontext fördert bestimmte menschliche Eigenschaften, Fähigkeiten, Motivationen, und andere nicht. Ausgeprägte soziale Hierarchien fördern zum Beispiel Unterwürfigkeit der Untergebenen (der Sklaven, Tagelöhner, Menschen niedriger Kaste oder Abstammung, Menschen der falschen »Rasse«, Frauen, Schwiegertöchter usw.) sowie Herrschsucht, Selbstgerechtigkeit und patriarchalisches Verhalten der Hochrangigen. Wo männliche Ehre eine große Rolle spielt, ist »Ehrenmord« oft ein Kavaliersdelikt. Im selben gesellschaftlichen Kontext findet man mitunter eine hoch entwickelte Handwerkskunst, Gesang und Tanz sowie fast unbeschränkte Unterstützung derjenigen, die loyal den Traditionen des Familienverbands folgen.

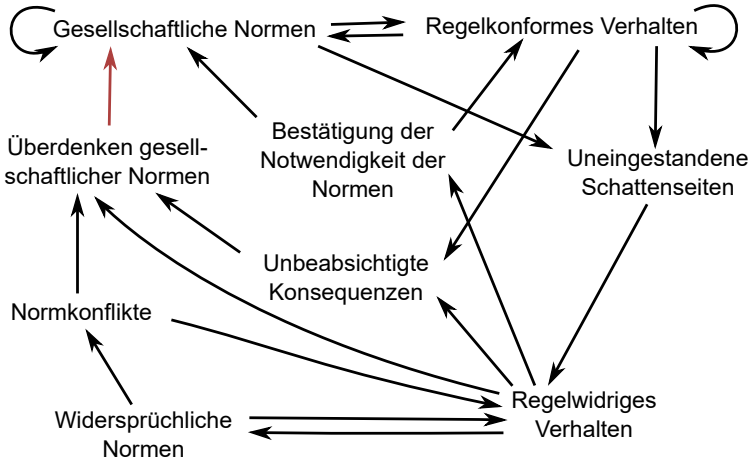
Wir verfallen leicht dem Irrtum, die unter unseren Zeitgenossen in unserem eigenen Kulturkreis vorherrschenden menschlichen Eigenschaften als allgemein menschlich zu betrachten. Allerdings sollten wir auch den umgekehrten Trugschluss vermeiden, Menschen seien eine Tabula rasa, die durch die Gesellschaft uneingeschränkt neu beschrieben und geformt werden kann. Wir verarbeiten die so-

zialen Einflüsse, denen wir ausgesetzt sind, auf jeweils individuelle und nie ganz vorhersehbare Weise, aber immer auch aufgrund unserer Ausstattung mit allgemein menschlichem Denk-, Urteils- und Empfindungsvermögen und unserer menschlichen Emotionalität. Systemisch ausgedrückt: je nach sozialem Kontext entstehen Wechselwirkungen und Rückkopplungen, die bestimmte menschliche Emotionen, Motivationen, Verhaltensweisen und Fähigkeiten verstärken oder dämpfen, aber nicht in der Lage sind, sie aus dem Nichts zu schaffen oder sie ganz abzuschaffen. Das bedeutet auch, dass wir je nach unseren gesellschaftlichen Zielsetzungen bestimmte Rückkopplungen anders gestalten können, um andere Verhaltens- und Denkweisen zu fördern.

Solche Vorgänge verdeutlicht Abb. 5.1 am Beispiel gesellschaftlicher Normen. Letztere sollen zu regelkonformem Verhalten führen, und tun dies zumeist auch (wenn sie es nicht täten, wären sie keine Normen, sondern nur Wünsche). Regelkonformes Verhalten bestätigt und verfestigt die Normen. Die Normen werden durch Tradierung und Lehre von einer Generation an die nächste weitergegeben, und Menschen ahmen das regelkonforme Verhalten ihrer Nächsten nach (hier dargestellt durch die kreisförmigen Pfeile oben links und rechts). Solange man innerhalb der bestehenden Regeln denkt, braucht man sich über keine weiteren Rückkopplungen Gedanken zu machen – das System wird reproduziert, es bestätigt sich selbst, und es gibt keinen Veränderungsbedarf.

Allerdings mobilisiert jede Norm auch gegenteilige menschliche Tendenzen. Eine soldatische Norm, »Du sollst rücksichtslos den Feind töten!« soll das Mitleidsempfinden der Soldaten unterdrücken, was aber nicht immer ganz gelingt. Ein Soldat, der diese Empfindungen unterdrückt, legt einige pathologische Verhaltensweisen an den Tag oder verfällt in Depression oder desertiert (das sind die »Schattenseiten« und das regelwidrige Verhalten in der Grafik). Die Norm führt also nicht nur zu regelkonformem Verhalten, sondern auch zu Verhaltensweisen, die gegen die Norm verstoßen. Je weniger eine Norm die volle Komplexität der menschlichen Natur berücksichtigt, umso mehr gegen die Regeln verstoßendes Verhalten produziert sie. Solches Verhalten kann als Bestätigung gewertet werden, dass die Normen notwendig sind. Die Soldaten sollen z. B. ihren »inneren Schweinehund« überwinden, und werden durch oft sehr widerliche Sanktionen dazu bewegt, richtige »Männer« zu werden. Als

Abbildung 5.1: Gesellschaftliche Normen und Verhalten

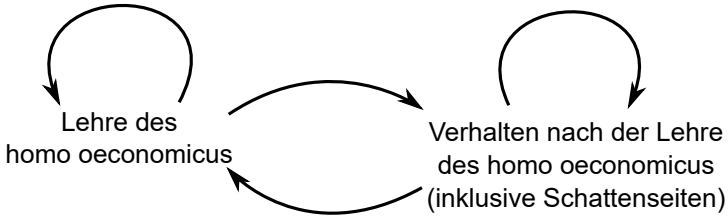


problematisch angesehene Verhaltensweisen können so in das Normensystem integriert werden; es wird nicht erkannt, dass diese Verhaltensweisen nicht trotz, sondern oft wegen der Normen so häufig vorkommen.

Darüber hinaus gibt es Normkonflikte – Soldaten sind meist in einem Umfeld aufgewachsen, wo es nicht zur täglichen Konfliktbewältigung gehört, Menschen umzubringen, und wo ein Minimum an Rücksichtnahme und anderen Formen der menschlichen Zuwendung geschätzt werden. Dieser Widerspruch stürzt viele Soldaten in Gewissenskonflikte. Manche weigern sich aus ethischen Bedenken, bestimmte Befehle auszuführen. Unbewältigte Gewissenskonflikte können hingegen zu unberechenbarem und irrationalem Verhalten führen.

Falls einflussreiche Leute erkennen, dass die geltenden Normen regelwidriges Verhalten geradezu hervorrufen und anderen Normen widersprechen, können sie Veränderungen der Normen anregen oder fordern – das heißt, ein Umdenken einleiten, das letztlich zu reformierten Normen führt. Gleichzeitig können sowohl regelkonformes wie auch regelwidriges Verhalten zu gesellschaftlich unbeabsichtigten Konsequenzen führen. Wenn erkannt wird, dass diese

Abbildung 5.2: Erzeugung des Homo oeconomicus



Verhalten nach der Norm
unersättlich,
gleichgültig gegenüber anderen,
rational Gewinn und Verlust kalkulierend,
unternehmerisch,
Gelegenheiten flexibel nutzend

Schattenseiten
machtbewusst, gefühlskalt,
Knappheiten bewusst erzeugend,
manipulierend,
opportunistisch,
Regeln nach Möglichkeit missachtend

Konsequenzen ihre Ursache in den Normen haben (und nicht ganz woanders oder in der Böswilligkeit einzelner Unangepasster), dann kann auch dies zum Überdenken und der Reformierung der Normen führen. Der rote Pfeil in der Grafik ist deshalb von entscheidender Wichtigkeit als Treiber der Entwicklung und Verbesserung gesellschaftlicher Normen.

Abbildung 5.2 greift einige der systemerhaltenden Rückkopplungen aus Abb. 5.1 heraus und wendet sie auf die Werthaltungen der Ökonomik an. Viele Wirtschaftswissenschaftler erheben den Anspruch, »wertfrei« zu sein, doch kann keine angewandte Wissenschaft wertfrei sein, denn ihre Handlungsanweisungen müssen an Zielen ausgerichtet sein, die nur aufgrund von Wertvorstellungen begründbar sind. Die Medizin zum Beispiel ist an den Wert gebunden, die Gesundheit der Patienten zu wahren oder wiederherzustellen; wenn sie nicht an solche Werte gebunden ist ergeben sich Auswüchse wie die eines Dr. Mengele. Das Ingenieurswesen ist an den Wert gebunden, Gebäude, Straßen usw. so zu bauen, dass sie techni-

schen Sicherheitsanforderungen genügen. Weder die Medizin noch das Ingenieurswesen wären ohne solche Werte praxistauglich. Das heißt, eine wert***freie*** Wissenschaft ist für die Praxis wert***los.***

Welches sind nun die Werte der neoliberalen Ökonomik? Sie gründen sich in der religiösen Vorstellung einer »unsichtbaren Hand«, die alles zum Besten regelt, wenn wir uns alle ausschließlich an unserem Eigeninteresse am Markt ausrichten. Als religiös ist diese Auffassung nicht nur wegen der völligen Unsichtbarkeit dieser Hand zu bezeichnen, sondern auch wegen des logischen Zirkelschlusses: es wird vorausgesetzt, dass der Markt immer das optimale Ergebnis herstellt, und deshalb wird das vom Markt hergestellte Ergebnis als Maßstab jedes tatsächlichen Ergebnisses verwendet. Ohne unabhängigen Maßstab kann man allerdings die These, dass Märkte das optimale Ergebnis erzielen, niemals überprüfen. Hinzu kommt, dass das theoretische Konstrukt des »perfekten« Markts gar nicht existieren kann und deshalb auch keinen wirklich existierenden Markt beschreibt – zum Beispiel ist es ein inhärentes und nicht bloß zufälliges Merkmal jedes Tauschvorgangs, dass die Beteiligten niemals volle Information über alle anderen Tauschvorgänge haben. Solange aber Ökonomen weiterhin an den perfekten Markt als erstrebenswertes Ideal glauben, können sie das Ergebnis jedes tatsächlich existierenden Marktes als Resultat der bösen staatlichen oder anderen Verzerrungen des Marktes darstellen.

Auf dieser Vorstellung der unsichtbaren Hand gründet die These, altruistisches Verhalten behindere die Märkte in ihrer unfehlbaren Bestimmung des idealen Preises jeder Ware. Laut dem Menschenbild des »Homo oeconomicus«, das diesen Anweisungen zugrunde liegt, sind wir unersättlich, kümmern uns nur um uns selbst und niemals um das Wohl und das Leiden anderer, kennen nicht mal Schadenfreude und Sadismus, kalkulieren rational unsere eigenen Vor- und Nachteile, unsere Gewinne und Verluste und setzen unseren gesamten Erfindungsreichtum ein, um Geschäftsgelegenheiten zu entdecken und flexibel zu verwerten. Obwohl dies eine empirische Beschreibung menschlichen Verhaltens sein soll, werden Wissenschaften, die längst die Richtigkeit dieser Thesen untersucht und relativiert haben (d. h., Soziologie, Anthropologie usw.) weitgehend ignoriert und gering geschätzt. Stattdessen wird normativ behauptet, man solle sich im Wirtschaftsleben nach den Vorgaben des Homo oeconomicus verhalten.

Diese »Ethik« wird in der Volks- und Betriebswirtschaftslehre implizit und explizit unterrichtet. Wer andere Meinungen vertritt, wird als idealistischer Spinner verspottet; wer sagt, er empfinde Empathie für andere und verhalte sich deshalb gerne altruistisch, wird als unehrlich verunglimpft. Dies sind typische Sanktionen abweichenden Verhaltens, die die Norm des Homo oeconomicus aufrechterhalten sollen und nur deshalb funktionieren, weil wir als soziale Wesen empfindlich auf solche Sanktionen reagieren. Es ist also nicht deshalb so schwierig, Ethikkurse in der Wirtschaftslehre einzuführen, weil Wirtschaftswissenschaftler sich nicht für Ethik interessieren, sondern weil sie längst eine Ethik lehren, die jeder gründlich reflektierten Ethik widerspricht. Da sie alle ihre Theorien und Kalkulationen auf ihrem Menschenbild und der darauf begründeten Ethik begründen, können sie diese nicht aufgeben, ohne ihr gesamtes Fachgebiet neu zu durchdenken. So etwas fällt niemandem leicht.

Keine Norm kann existieren ohne Menschen, die sie bereitwillig befolgen. Das oben angeführte Beispiel der soldatischen Norm verdeutlicht, dass unzählige Menschen in sämtlichen Kulturkreisen systematisch normiert werden können, professionelle Killer zu werden. Im Vergleich dazu ist der Homo oeconomicus geradezu ein Gentleman. Es gibt offensichtlich viele Menschen, die zumindest in manchen Bereichen ihres Lebens bereit sind, den Normen des Homo oeconomicus zu folgen. Da wir entsprechendes Verhalten um uns herum immer wieder beobachten können, und auch selbst oft nach diesen Normen handeln, erscheint uns der Wahrheitsgehalt dieses Menschenbildes und der darauf fußenden Normen sehr hoch. Wir ahmen dieses Verhalten auch deshalb fleißig nach, weil die Strafen, z. B. entgangenes Einkommen mit der möglichen Folge existenzieller Bedrohung, doch sehr erheblich sein können. Gescheiterte Existenzen, z. B. am Straßenrand liegende obdachlose Menschen, veranschaulichen uns immer wieder die möglichen Konsequenzen, falls wir uns nicht an die Spielregeln halten sollten. Auch Belohnungen in Form hohen Einkommens können ganz enorm sein.

Wer nach den Maximen des Homo oeconomicus handelt, lebt allerdings nur einen kleinen Teil seines menschlichen Potenzials aus. Das erkannte selbst Adam Smith, der Schutzpatron der ökonomischen Zunft, denn schon vor seinem Buch über den Reichtum der Nationen beschrieb und erörterte er die Wichtigkeit der »moral sentiments«: sie gaben für ihn den notwendigen Rahmen, innerhalb dessen sich

Wirtschaft zu vollziehen hat.[1] Dieses Vermächtnis wurde leider von folgenden Generationen von Ökonomen vernachlässigt. Dass Eigennutz nicht unser gesamtes Verhaltensrepertoire bestimmt, lässt sich nicht zuletzt daran belegen, dass ein neugeborenes Kind seine ersten Lebenstage kaum ohne liebende Fürsorge überleben würde. Eltern schenken ihren Kindern nur dann die Aufmerksamkeit und Fürsorge, die sie wirklich brauchen, wenn sie ihre Kinder lieben und nicht etwa lediglich als einen schönen Zeitvertreib oder als eine Investition in ihre Alterssicherung betrachten. Auch alle anderen zwischenmenschlichen Beziehungen brächen sofort zusammen, wenn wir dem Bild des Homo oeconomicus voll entsprächen. Das Ergebnis wäre gesellschaftliches Chaos und Verwahrlosung.

Deshalb kann man sagen: Ohne altruistisches Verhalten und entsprechende soziale Normen gäbe es keine Wirtschaft. Die gängige Wirtschaftswissenschaft ignoriert diese Grundvoraussetzung ihres eigenen Forschungsgegenstandes und setzt stillschweigend voraus, eine Wirtschaft ohne sie sei möglich. Sie interessiert sich nicht dafür, dass altruistisches Verhalten aktiv gepflegt werden muss, aber durch die Normen des Homo oeconomicus tendenziell untergraben wird. Solche Bemerkungen werden anderen Sozialwissenschaften überlassen und konsequent ignoriert – jedenfalls insofern sie die Ausarbeitung ökonomischer Theorien betreffen.

Wer Gewissenskonflikte und menschliche Regungen unterdrückt, um den Anforderungen des Homo oeconomicus zu entsprechen (indem er z. B. Tausende Arbeiterinnen auf die Straße setzt, um etwas mehr Rendite für ein Unternehmen zu erzielen), wird innerlich deformiert. Er unterdrückt seine negativen Empfindungen und schiebt die Verantwortung auf andere – auf den Staat, die Wettbewerber, die faulen Arbeiterinnen, die Aktionärinnen, auf den »Markt«. Letzterer dient als besonders bequeme Entlastung, denn er ist wie Gott unsichtbar und unerforschlich, allgegenwärtig und allmächtig, doch voll unendlicher Güte und Weisheit. Wer auf diese Weise Verantwortung abschiebt, fühlt sich leicht angegriffen, denn selbst recht harmlose Äußerungen stoßen ihn mitunter auf innere Widersprüche, die er nicht wahrhaben will. Eventuell flüchtet er sich in süchtiges

1 Adam Smith (Erstveröffentlichung 1759): The Theory of Moral Sentiments, or, An essay towards an analysis of the principles, by which men naturally judge concerning the conduct and character, first of their neighbours, and afterwards of themselves. Neueste deutsche Übersetzung: Smith, A.; Brandt, H. (Hrsg.) (2010): Theorie der ethischen Gefühle, Hamburg.

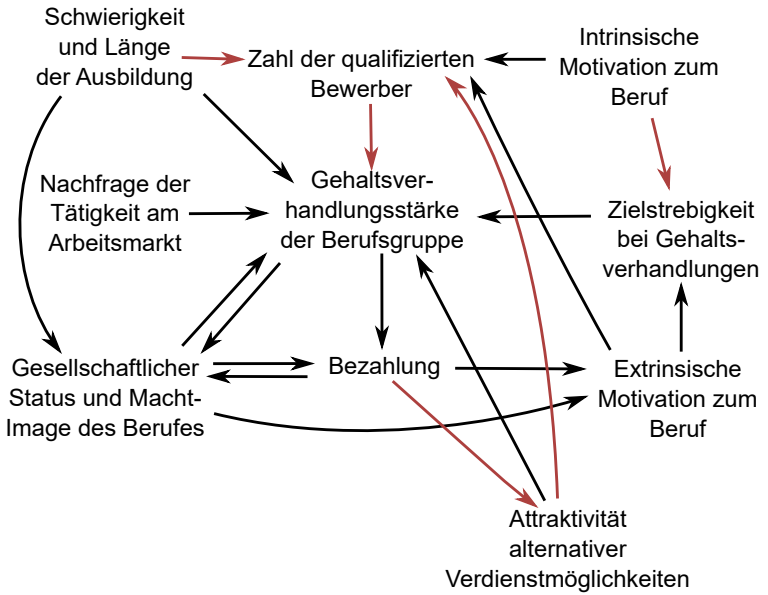
Verhalten (Alkoholismus oder auch Arbeitswut), um sich von unangenehmen Gedanken und Gefühlen abzulenken. Er betrachtet es als seine Stärke, menschliche Gefühle abzuwehren, und verachtet nach diesem Maßstab »schwache« Menschen, um seine eigene Stärke zu bestätigen. Er normalisiert seine ethischen Maßstäbe durch Bezug auf ähnlich denkende und handelnde Kollegen und Wettbewerber. Das Verhalten eines solchen Menschen ist anderen gegenüber nicht indifferent, wie es das Bild des Homo oeconomicus vorsieht, sondern eher feindlich gesinnt. Als soziales Wesen fällt uns nämlich wirkliche Gleichgültigkeit gegenüber anderen sehr schwer! Dies sind einige der Schattenseiten der Norm des Homo oeconomicus.

Viele (aber glücklicherweise nicht alle) Unternehmen befördern Menschen der gerade beschriebenen Art in Führungspositionen in der Erwartung, durch ihre Leistungen besonders hohe Renditen zu erzielen. In der Managementliteratur ist dieser Typus eigentlich schon längst passé, denn er erzeugt ein schlechtes Betriebsklima und kann die Mitarbeiterinnen nur schwer motivieren. Er tut aber weiterhin zuverlässig seine Dienste, wo es darum geht, Textilarbeiterinnen oder Schlächter im Akkord arbeiten zu lassen oder als Consultant zur »Rationalisierung« eines Unternehmens beizutragen. Die ungebrochene Popularität von Witzen und Cartoons über Bosse im Büro, wie z. B. Scott Adams' Serie »Dilbert«, belegt, dass dieser Typus noch immer weit verbreitet ist. Als Darstellung dieser Menschen ist das Bild des Homo oeconomicus eigentlich noch sehr schmeichelhaft, es kann also auch dazu herhalten, die wahren Bedingungen in großen Teilen der Wirtschaft zu verschleiern. Vielleicht bleibt es auch deshalb in den Wirtschaftswissenschaften so beliebt.

Diese Überlegungen bedeuten natürlich nicht, dass eine andere Wirtschaftsweise plötzlich den perfekten Menschen hervorbringen würde. Weit gefehlt. Es muss uns aber klar sein, dass Altruismus, Empathie, Rücksichtnahme und Kooperation gepflegt werden müssen, damit sie nicht verkümmern. Gerade weil wir wissen, dass wir keine Heiligen sind und Schlimmes tun können, sollten wir die dem Altruismus förderlichen Bedingungen und Normen intensiv pflegen.

Leider werden oft gerade solche Tätigkeiten besonders gut bezahlt und in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung gefördert, die sehr wenig mit Empathie und Altruismus zu tun haben. Finanzjongleure, die Vermögenswerte verschieben, aber nicht mehren, erhalten zum Beispiel sehr viel höhere Gehälter als Pflegekräfte, deren Beiträge zu mensch-

Abbildung 5.3: Einflüsse auf die Bezahlung eines Berufes



lichem Wohlbefinden sehr viel wertvoller sind. Viele lebensnotwendigen Tätigkeiten werden großenteils ehrenamtlich ohne jede Bezahlung ausgeführt, weshalb sie in »der Wirtschaft« gar keine Rolle spielen. Dass sie überhaupt geleistet werden, ist allerdings noch ein weiterer Beleg der Fehlerhaftigkeit des Menschenbildes des Homo oeconomicus.

Die hohe Bezahlung vieler recht herzloser Tätigkeiten lässt sich vielleicht am besten dadurch erklären, dass man solche Tätigkeiten höchstwahrscheinlich nicht sucht, weil einem die Arbeit Spaß macht und man sie sinnvoll findet (intrinsische Motivation), sondern weil man Geld, Prestige oder Macht anstrebt (extrinsische Motivation). Vielleicht muss gar die hohe Bezahlung den Mangel an intrinsischer Befriedigung kompensieren: Berufe, denen es an intrinsischer Attraktivität fehlt, müssen höhere extrinsische Belohnungen bieten, um genug Arbeitswillige zu finden – die dann ihr gesamtes Verhandlungsgeschick einsetzen, um ihre Bezahlung möglichst noch zu er-

höhen (dargestellt im unteren und rechten Bereich von Abb. 5.3). Wenn zu viele Menschen in einen solchen Beruf streben, wird ihre Verhandlungskraft durch das Überangebot untergraben – diese wichtige dämpfende Rückkopplung beschränkt die Gehälter.

Das größte Überangebot an Arbeitskräften gibt es allerdings bei Tätigkeiten, die ganz unabhängig von intrinsischer oder extrinsischer Motivation nur geringe Ausbildung und Qualifikationen erfordern, z. B. in der Landwirtschaft, am Fließband und in einfachen Dienstleistungen. Wichtige berufliche Zugangsbeschränkungen (zum Beispiel durch eine schwierige, langwierige oder teure Ausbildung) begrenzen die Zahl der qualifizierten Personen und erhöhen gleichzeitig ihr Prestige und stärken ihre Verhandlungsposition. Große Nachfrage nach solch einer Tätigkeit bedingt ein großes Angebot an Arbeitsstellen und erlaubt qualifizierten Personen, durch hartnäckige Verhandlungen sehr hohe Gehälter zu erzielen.

Wohingegen viele Menschen aus intrinsischer Motivation einen Beruf ergreifen – sei es, weil sie anderen Menschen helfen, sich im Beruf selbst verwirklichen oder zur Verbesserung der Welt beitragen wollen –, kann die Zahl der Bewerberinnen selbst bei relativ niedriger Bezahlung die Nachfrage am Arbeitsmarkt deutlich übersteigen. Nach ihrer Anstellung widmen diese Menschen ihre Aufmerksamkeit und Kreativität vor allem ihrer beruflichen Tätigkeit und weniger den Gehaltsverhandlungen; oft kann ihnen leicht suggeriert werden, sie sollen doch um der Sache willen auf eine Gehaltserhöhung verzichten. Ein konstantes Überangebot an hoch qualifizierten Arbeitskräften erzeugt die sprichwörtlich brotlosen Künste. Die gering bezahlten Menschen – oder »Gutmenschen« – in diesen Berufszweigen erfreuen sich recht geringen gesellschaftlichen Ansehens. Bürgerliche Leute bewundern zwar einen van Gogh, doch sind sie entsetzt, wenn die eigene Tochter oder der Sohn einen ähnlichen Pfad einschlägt! Auch in manchen akademischen Fächern stehen übermäßig viele qualifizierte und passionierte Menschen wenigen Arbeitsstellen gegenüber und müssen deshalb mit kurzfristigen und schlecht bezahlten Stellen des akademischen Prekariats vorliebnehmen. Intrinsische Motivation kann trefflich ausgenützt werden!

Hoch bezahlte Menschen, die alles daransetzen, noch mehr Einkommen zu erzielen, demonstrieren uns tagtäglich und medienwirksam die Stärke der menschlichen Gier. Sie sind das Ergebnis der hier angesprochenen selbstverstärkenden Rückkopplung der extrinsi-

schen Motivation und der hohen Bezahlung. Angesichts dieser Beispiele vergessen wir aber die enorme Kraft der intrinsischen Motivation, die dazu führt, dass noch viel mehr Menschen trotz relativ geringer Bezahlung hoch qualifizierte Tätigkeiten ausüben, die ihnen einen Sinn stiften. Wir sollten diese enorme Kraft der intrinsischen Motivation nicht einfach ausbeuten, sondern ihr systemveränderndes Potenzial zum Nutzen aller (auch der intrinsisch motivierten) Menschen einsetzen. Sonst verstärken wir einen ganz anderen Rückkopplungsmechanismus: von intrinsischer Motivation zu Überangebot von Arbeitskräften zu geringer Bezahlung und geringem Ansehen, zu Frustration und Burn-out und schließlich zum Erlöschen der intrinsischen Motivation.

Zwar kann intrinsische Motivation ausgebeutet werden, doch ohne sie geht es nicht. Wer nur für die Bezahlung am Ende des Monats arbeitet, leistet gerade das Minimum, um die Stelle zu behalten oder befördert zu werden – und nichts sonst. Er hält einen großen Teil seiner Kreativität, seines Gestaltungswillens, seiner Eigeninitiative, seines Verantwortungsbewusstseins zurück. Und auch er kann an Burn-out leiden, wenn er seine Arbeit für sinnlos hält. Nachhaltiges Management einer jeglichen Organisation (ob sie nun gewinnorientiert ist oder nicht) erfordert deshalb ein ausgewogenes Verhältnis zwischen intrinsischer und extrinsischer Motivierung, zwischen Sinngebung und Bezahlung.

Dieses ausgewogene Verhältnis ist leider nicht so leicht zu erzielen. So lange viele Tätigkeiten hoch bezahlt werden, weil niemand sie aus Idealismus zu tun bereit ist, während gleichzeitig die Bezahlung einer Tätigkeit als Maßstab ihres gesellschaftlichen Wertes aufgefasst wird, kommt es zu systematischen sozialen Verzerrungen. Bildungseinrichtungen und Forschungsinitiativen in den hoch bezahlten Bereichen werden bevorzugt finanziert; deren Interessenvertreterinnen finden besonderes politisches Gehör; die hoch bezahlten Professionen sind gesellschaftlich tonangebend. Sie fördern damit das in ihrem Berufszweig vorherrschende Menschenbild – obwohl nur eine Minderheit aller Menschen in diesen Berufen tätig ist.

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen. Wissenschaftlerinnen, egal welcher Disziplin, forschen aus einer Mischung von intrinsischen und extrinsischen Motiven – dazu gehören Forscherdrang und Neugier, der Drang, zur Lösung sozialer oder ökologischer Probleme beizutragen, gesellschaftliches Prestige, gute Bezahlung in der Form eines Ge-

haltes, eines Forschungsauftrags oder einer Gewinnbeteiligung (z. B. durch Patente). Wer besonders auf die extrinsischen Belohnungen erpicht ist, setzt jede Forschungsarbeit in möglichst viele Publikationen um und investiert besonders viel Zeit in die Einwerbung von Drittmitteln. Er fügt sich gut in die geltenden Vorstellungen seiner Disziplin ein, weil sich seine Arbeiten so am einfachsten publizieren lassen und Zählbares hervorbringen. Doch Revolutionen in der Wissenschaft entstehen so nicht – es bleibt beim prinzipiell Gleichen (der Soziologe G. Ritzer hat dies als die McDonaldization der Wissenschaft bezeichnet). So wird auch in den Wirtschaftswissenschaften das gleiche Menschenbild aus dem 19. Jahrhundert immer weiter reproduziert, obwohl es eigentlich längst veraltet ist. Wenn institutionelle Bewertungsstrukturen auf zählbaren Maßen aufgebaut werden, besteht die große Gefahr, dass Forschung immer auf diese Maße ausgerichtet wird, statt wirklich Neues hervorzubringen – welches gerade wegen seiner Neuigkeit in keine existierenden Kategorien passt und deshalb nicht quantifizierbar ist.

Leider sind die menschlichen Eigenschaften eines Homo oeconomicus, die Selbstbezogenheit, der Egoismus, die Unersättlichkeit, der Opportunismus usw. nicht die Eigenschaften, die einen Menschen glücklich machen. Die menschlichen Beziehungen, die durch altruistisches Verhalten, durch Empathie usw. aufgebaut werden, sind letztlich viel befriedigender als die Akkumulation immer weiteren Reichtums. Die Glücksforschung belegt, dass ab einem bestimmten Einkommen weiteres Einkommen fast nichts zum Glück beiträgt. Im ökonomischen Jargon: der Grenznutzen weiteren Einkommens sinkt gegen null (allerdings sinkt die Arbeit, die benötigt wird, um diesen Nutzen zu erhalten, für manche Einkommensformen noch schneller gegen null, weshalb immer mehr Reichtum von wenigen Leuten akkumuliert wird).

Die Kehrseite der recht glücklosen Akkumulation immer weiteren Reichtums durch die wenigen Reichen ist die prekäre Lage der vielen Menschen am unteren Rande des Einkommensspektrums. Hier schürt der Konkurrenzdruck Existenzangst, das Klammern an den wenigen verfügbaren Vorteilen, Neid und Missgunst gegenüber jenen, denen es wirklich oder vermeintlich besser geht. Dieser emotionale Druck kann sich in Revolutionen oder auch in fremdenfeindlichen, rechtsradikalen Bewegungen entladen: ein weites Betätigungsfeld für Demagogen.

Rückkopplungen wie diese bedeuten, dass die Kapitalakkumulation als Selbstzweck menschliches Glück eher vermindert als vermehrt. In diesem Kapitel konnte ich nur einige der möglichen Rückkopplungsschleifen skizzieren. Eingehende Untersuchungen über diese Thematik sollten in die wirtschaftswissenschaftliche Theoriebildung einbezogen werden.

Weiterführende Literatur

Ergründung der Verbindungen zwischen Wirtschaft und menschlichen Werten; Wirtschaftstheorie auf einem anderen Menschenbild

Eisenstein, C. (2013): Ökonomie der Verbundenheit. Wie das Geld die Welt an den Abgrund führte – und sie dennoch jetzt retten kann, München.

Eisenstein, C. (2014): Die schönere Welt, die unser Herz kennt, ist möglich, München.

Eine Begründung, warum es »perfekte Märkte« nicht geben kann, weil die Markttheorie nicht auf dem Tauschvorgang begründet ist

Dietz, R. (2015): Geld und Schuld: eine ökonomische Theorie der Gesellschaft, 4., überarbeitete Auflage, Marburg.

Managementliteratur, nach der Manager nach dem Schema des Homo oeconomicus längst passé sind

Drucker, P. (1999): Management im 21. Jahrhundert, Düsseldorf.

Tapscott, D.; Ticoll, D. (2003): The Naked Corporation: How the age of transparency will revolutionize business, New York.

Weber, W.; Kulothungan, G. (Hrsg.) (2010): Peter Drucker's Next Management: New institutions, new theories and practices, Göttingen.

Siehe auch Literaturangaben am Schluss des 12. Kapitels.

Ein Comicstreifen und ein Kurzfilm, die einige der in diesem Kapitel angesprochenen Themen sehr schön ansprechen

Phil & Olly (2008): The Black Hole. [https://www.youtube.com/watch?v=P5_Msrdg3Hk; 26.12.2016] (Kurzfilm über leistungsloses Einkommen und Gier).

Adams, S. (2016): Dilbert. [http://dilbert.com/; 26.12.2016]

Lohnspiegel-Projekt – gibt Aufschluss über Bezahlung verschiedener Berufe in Deutschland, auch über Unterschiede zwischen der Bezahlung von Frauen und Männern, Teil des internationalen Wageindicator

[http://www.lohnspiegel.de/main]

[http://www.wageindicator.org/main]

Wissenschaftsbetrieb – meistens überaus angepasst, gelegentlich revolutionär

Ritzer, G. (1998): The McDonaldization Thesis: Explorations and Extensions, London.

Kuhn, T. (1979): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a. M.

6 Fünfter Systemfehler: Polarisierung der Vermögen und Einkommen

Die in den vorigen Kapiteln angesprochenen Rückkopplungen haben noch eine weitere problematische Konsequenz: kleine Anfangsunterschiede der Vermögen werden immer weiter vergrößert, denn Gewinner einer Runde des Wettbewerbs haben erhöhte Chancen, in der nächsten Runde noch mehr zu gewinnen, und umgekehrt – Verlierer einer Runde des Wettbewerbs haben verminderte Chancen, in der nächsten Runde aufzuholen. Anders ausgedrückt: je mehr man hat, desto einfacher ist es, noch mehr zu gewinnen; je weniger man hat, desto geringer sind die Chancen des Aufstiegs. Wer hat, dem wird gegeben. So ergibt sich soziale Polarisierung, die zu unverhältnismäßigem Ressourcenverbrauch der Reichen und zu Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit unter den Armen führt.

Empirisch lässt sich leicht beobachten, dass in den meisten kapitalistischen Marktwirtschaften, z. B. jenen in Afrika und Südamerika und Asien, aber auch jenen in Nordamerika und Europa, die Chancen sehr ungleich verteilt sind. Studien wie jene von Thomas Piketty und die Berichte von Oxfam belegen die Polarisierung der Einkommen und Vermögen auf globaler Ebene sowie in einzelnen Ländern; für Deutschland sind die regelmäßig erscheinenden Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung aufschlussreich. Laut Oxfam haben die reichsten 62 Personen inzwischen so viel Vermögen angesammelt wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammen! Diese Entwicklung geht seit den 1970er-Jahren ganz offensichtlich in Richtung immer größerer Polarisierung der Einkommen.

Umverteilung und öffentliche Dienste, die entweder allen oder den besonders Bedürftigen kostenlos zukommen, mäßigen zwar die Tendenz zur sozialen Polarisierung, doch sind sie nur in Ausnahmesituationen in der Lage, diese Tendenz wirklich auszugleichen. Die bemerkenswerteste Ausnahmesituation gab es in den westlichen Industrieländern in den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, doch sollten wir uns daran erinnern, dass dieser Wohlstand mit unverminderter Ausbeutung der Menschen in der sogenannten Dritten Welt einherging. Nachträgliche Umverteilung großer Vermögen ähnelt dem Versuch, zu bremsen während man gleichzeitig Gas gibt,

führt also zu großem Verschleiß und letztlich unbeständigem Erfolg. Wenn man langsamer fahren will, muss man den Fuß vom Gas nehmen und nicht gleichzeitig bremsen und Gas geben.

Welche Mechanismen geben das Gas auf dem Wege zu sozialer Polarisierung? Es sind vor allem folgende:

1. Die Einhegung der Commons
2. Der Arbeitsmarkt unter der Voraussetzung der Trennung von Eigentum und Arbeit
3. Wettbewerb zwischen Unternehmen
4. »Arbeitendes« Geld
5. Spekulative Märkte
6. Vererbung von Vermögen

Diese Mechanismen werden in diesem Kapitel auf der Basis der Vorarbeit in den vorangegangenen Kapiteln weiterbehandelt.

1. Die Einhegung der Commons

Grundvoraussetzung jedes Marktes ist die Definition von Eigentumsrechten. Wenn einige wenige die Eigentumsrechte an lebensnotwendigen Gütern erhalten, werden sie in die Lage versetzt, Abgaben von all jenen zu verlangen, die diese Güter brauchen. Dies ist eine fundamentale Methode der Knappheitserzeugung, die am Anfang des 3. Kapitels am Beispiel des Landes dargestellt wurde. Es handelt sich um die Privatisierung bzw. Einhegung eines Gemeinguts, etwa einer Allmende im klassischen Sinne (z. B. einer Weide, die alle Hirten eines Fleckens nutzen konnten), oder auch einer weiter gefassten Commons. Bei Letzterer braucht es sich nicht um ein Naturgut zu handeln, sondern kann jegliches Gut sein, zu dem viele Menschen beigetragen haben, um das sich viele Menschen kümmern oder das sie brauchen (z. B. Wissen oder eine öffentliche Infrastruktur). Auch im Falle von Naturgütern wie Acker- und Weideland, Fischbeständen usw. haben viele Generationen zur Pflege und Erhaltung des Naturgutes beigetragen, und viele zukünftige Generationen werden hoffentlich vom Ertrag dieser Naturgüter leben können. Diese Gemeingüter sind deshalb ebenso Kultur- wie auch Naturgüter. Im Falle von Wissens-Commons wie z. B. kulturell überliefertem Wissen über die heilsamen Wirkungen von Pflanzen tritt der kulturelle Aspekt lediglich stärker hervor.

Die Einhegung von Commons erlaubt den Eigentümern, kontinuierlich von der Arbeit anderer zu profitieren, jede Leistung der letzteren trägt also zur weiteren Bereicherung der Eigentümer bei. Wenn die ehemaligen Commons durch Geld erworben wurden, erlaubt eine einmalige Zahlung einen zeitlich unbegrenzten Einkommensstrom, der durch Erbschaft über Generationen hinweg weiterläuft. Dies ist eine Art soziales Perpetuum mobile, das, einmal angestoßen, scheinbar ohne Arbeitseinsatz immer weiterläuft. So lassen sich enorme Vermögen anhäufen, z. B. aufgrund von urbanem Landeigentum (das in vielen Städten einer Elite von Landeigentümern erlaubt, erhebliche Macht über die Kommunalpolitik auszuüben), ländlichem Landeigentum, Erdöl und anderen mineralischen Rohstoffen, und intellektuellen Eigentumsrechten (die z. B. die Marktmacht von Microsoft und von großen Pharmaunternehmen begründen).

Seit Jahrhunderten ist gegen die Commons oder Allmenden polemisiert worden, weil sie angeblich zu Übernutzung und mangelnder Pflege der Ressourcen führen. Historisch gibt es allerdings viele Beispiele von Commons, die erfolgreich und nachhaltig bewirtschaftet wurden, denn in Gemeinschaften lebende Menschen vereinbaren fast immer Regeln über den Umgang mit den lokalen Naturgütern. Commons dürfen nicht mit einem rechtlosen Raum verwechselt werden, denn die Gemeinschaft legt fest, wer welche Nutzungsrechte und -pflichten hat. Der springende Punkt ist, dass die Regeln im Konsens festgelegt werden; die Einhegung der Commons bedeutet die Zurückweisung dieses Konsenses durch Interessengruppen mit der nötigen Macht. Die Trennung der arbeitenden Menschen von den Ressourcen, die sie brauchen, ist Grundbestandteil jedes sozialen Klassensystems.

2. Arbeitsmarkt

Solange Unternehmen und die dort hergestellten Produkte nicht den dort arbeitenden Menschen, sondern Privateigentümern, Aktionären oder dem Staat gehören, zählen die Löhne und Gehälter, wie auf Abb. 3.6 dargestellt, als Unternehmenskosten. Der Wettbewerb zwingt die Unternehmen, alle Kostenfaktoren möglichst gering zu halten. Der Kostenfaktor Arbeit ist zwangsläufig sehr wichtig, denn alle Ausgaben gehen letztendlich an Menschen und nicht an die Natur – als Bezahlung für Arbeit, Profite oder Steuern. Auch die Arbeitskosten bei den Zulieferern gehören zu den Arbeitskosten. Die Unternehmen arbeiten am profitabelsten, wenn Arbeitsstellen knapp sind

und also die Verhandlungsposition der Arbeitenden geschwächt ist. Zu den Strategien, Arbeitsstellen knapp zu halten, gehören die Verlagerung der Produktion in Länder mit niedrigen Lohnkosten (das heißt, wo gute Verdienstmöglichkeiten knapp sind) und die Verringerung der erforderlichen Arbeitszeit durch den Einsatz von Maschinen, Computern oder optimierten Arbeitsabläufen. Fatalerweise führt erhöhte Arbeitslosigkeit dazu, dass die berechtigte Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes dazu benützt werden kann, die verbleibenden Erwerbstätigen zu noch mehr Arbeit zu nötigen. Gleichzeitig besteht in immer mehr Bereichen die Möglichkeit, Arbeitsplätze in Billiglohnländer zu verlegen – ob in der Landwirtschaft, der industriellen Fertigung, der Software-Entwicklung oder in einfachen Verwaltungstätigkeiten. Wo die Strategie der Verknappung von Arbeitsplätzen besonders gut klappt, gibt es folgende selbstverstärkende Rückkopplung (oben rechts in Abb. 3.6): Profite werden investiert, um Druck auf die Arbeitenden auszuüben, dadurch werden Löhne verringert, wodurch Profite steigen und in weitere Investitionen der gleichen Art gesteckt werden können. So steigen die Profite immer weiter und die Löhne stagnieren oder sinken, was Polarisierung der Einkommen bedeutet. Gesamtwirtschaftlich gibt es immer noch ein Korrektiv, nämlich dass Profite nur erwirtschaftet werden können durch Verkauf an Konsumenten, die ihr Geld durch Arbeit verdienen, doch hindert dies die Unternehmer nicht daran, die betriebswirtschaftlich sinnvolle Strategie so weit wie möglich zu verfolgen.

Gut organisierte Gewerkschaften können diesen Prozess verlangsamen, aber angesichts der Verlagerung wichtiger Produktionsschritte in andere Länder sind sie fast machtlos. Es gibt viele Regierungen, die Wettbewerbsvorteile durch niedrige Lohnkosten anstreben und zu diesem Zwecke Gewerkschaften unterdrücken. Selbst Bundesstaaten innerhalb von föderal verfassten Ländern, wie z. B. einige der Südstaaten der USA, verfolgen oft eine solche Politik gegeneinander. Dazu kommt die Landflucht in vielen Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas, angetrieben durch Bevölkerungswachstum in Kombination mit sehr konzentriertem Landbesitz, in deren Folge große Massen von Menschen in den rapide wachsenden Städten verzweifelt nach Erwerbsmöglichkeiten suchen. Diese Menschen können fast unbegrenzt ausgenützt werden. Überdies üben internationale Institutionen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die Welthandelsorganisation massiv Druck aus, damit als

Teil des »freien Handels« die Rechte von Investoren (insbesondere von ausländischen Investoren) überall in der Welt gestärkt und die Rechte der Arbeitenden und der Wähler beschnitten werden.

Soziale Polarisierung am Arbeitsmarkt betrifft aber nicht nur den Gegensatz zwischen Kapitalgebern und Arbeitenden. Unter den Arbeitenden können privilegierte Berufsgruppen ihre Besitzstände durch die in Abb. 5.3 dargestellten Mechanismen wahren oder steigern. Berufe mit hohem sozialem Status und Zugangsbeschränkungen durch eine schwierige Ausbildung oder durch lange Karrierewege, für die es eine hohe Nachfrage am Arbeitsmarkt gibt, werden hoch bezahlt. Die Menschen in diesen Berufen können sich dafür einsetzen, dass dies so bleibt – z. B. indem sie die Anforderungen für Berufseinsteiger immer weiter erhöhen. Im akademischen Bereich werden immer mehr Publikationen zur Erlangung einer Professur erwartet. Deswegen publizieren die Akademiker immer mehr (aber nicht unbedingt besser, und eher mit weniger Einfallsreichtum). Dadurch können die Anforderungen noch weiter hochgeschraubt werden. Die Folge ist ein akademisches Prekariat auf der einen Seite und hoch dotierte Professorenstellen auf der anderen. Alle rennen immer schneller, viele stürzen dabei, aber die Zahl der Gewinner vergrößert sich nicht. Auch Gewerkschaften können eine ähnliche Dynamik auslösen, wenn sie schwer ersetzbare Leute in einem kleinen, aber notwendigen Tätigkeitsbereich repräsentieren, deren Arbeit nicht in andere Länder ausgelagert werden kann. Sie können durch harte Verhandlungsführung die Bezahlung der eigenen Mitglieder auf Kosten der restlichen Belegschaft steigern und dadurch eventuell sogar das Unternehmen in Gefahr bringen. Topmanager können schließlich ihre Mittlerfunktion zwischen dem Unternehmen, seiner Belegschaft und den Aktionären ausnutzen, um immer weitere Gehaltserhöhungen, Unternehmensbeteiligungen usw. auszuhandeln. Laut Piketty spielt die übermäßige Bezahlung solcher Manager eine sehr wichtige Rolle bei der Polarisierung der Einkommen in den USA.

Für jede Berufsgruppe in jedem Land ergibt sich ein spezielles Bild, doch scheinen sich die Einkommensunterschiede immer weiter zu verstärken. Insgesamt steigen die Einkommen der reichsten Menschen der Welt ins schier Unermessliche, während Milliarden von Menschen kaum genug zum Leben haben – und oft nicht mal das. Dazwischen gibt es sich verstärkende Kontraste zwischen den Löhnen einfacher Arbeiter und den Bezügen der Manager, zwischen der Be-

zahlung einfacher Dienstleistungen und den Provisionen für Finanzberater, um nur wenige Beispiele zu nennen.

3. Wettbewerb zwischen Unternehmen
Im Markt gibt es wie im 3. Kapitel und Abb. 3.7 erläutert eine starke, selbstverstärkende Rückkopplung: ein profitables Unternehmen kann mehr investieren, um Marktanteile zu gewinnen. Das führt zu größeren Profiten, die nochmals investiert werden können, und so weiter. Dieselbe selbstverstärkende Rückkopplung betrifft konkurrierende Firmen unter umgekehrten Vorzeichen: eine Firma mit vermindertem Marktanteil hat verminderte Profite (oder gar Verluste), weshalb sie weniger investieren kann und deshalb höchstwahrscheinlich weitere Marktanteile verliert. Kleine Anfangsunterschiede werden also tendenziell immer weiter vergrößert und die Verlierer scheiden schließlich vom Markt aus. Dieser Vorgang wird beschleunigt wenn die größten Firmen den Markt dominieren und die Politik in ihrem Sinne beeinflussen können. Dann bestimmen die Gewinner einer Runde des Wettbewerbs die Regeln der nächsten Runde – und räumen damit jeden Zweifel hinweg, wer diese nächste Runde gewinnt! Gerede vom freien Markt dient dann nur noch der Verschleierung dieses Sachverhalts.

Die Oligopole oder Monopole, die aus solch einem Konzentrationsprozess entstehen, bescheren den betreffenden Unternehmen außergewöhnlich hohe Gewinnmargen. Der unternehmerische Mittelstand hat kaum solche Gewinnmöglichkeiten. Starke Gewerkschaften können die großen Unternehmen zwar dazu bringen, hohe Löhne zu zahlen, doch profitieren vor allem die Geschäftsführer und die Hauptaktionäre der großen Unternehmen. Auch dies ist ein wichtiger Treiber der sozialen Polarisierung.

Selbst sehr große Unternehmen gehen gelegentlich pleite, wenn sie zum Beispiel an einem veralteten Geschäftsmodell festhalten, das innovativen Geschäftsmodellen neuer kleiner Konkurrenten nicht standhält. Doch die Regel ist das nicht – IBM ist noch immer ein sehr großes Unternehmen, obwohl es anfänglich die Innovation des PCs verschlafen hat, denn in anderen Bereichen ist diese Firma noch immer führend. Microsoft macht trotz Open-Source Software noch immer riesige Profite, kauft sich Innovationen anderer Unternehmen und schützt die eigenen Innovationen vor Nachahmern. Google versucht sich auf möglichst vielen Märkten zu etablieren, ob durch

eigene Innovationen oder durch den Erwerb anderer Firmen. Keine der dubiosen Praktiken Facebooks vergrault eine nennenswerte Zahl von Kunden, weil sie alle erwarten, dass alle anderen weiterhin bei Facebook bleiben werden und es fast unmöglich erscheint, ein ähnlich starkes Online-Netzwerk in Konkurrenz zum bestehenden aufzubauen.

Glücklicherweise gibt es durchaus einige Mechanismen, absolute Monopolbildung zu verhindern. Massenproduzenten vernachlässigen Nischenmärkte oder erkennen sie gar nicht. Oft werden neue Kundenwünsche anfangs nur von kleinen Unternehmen überhaupt erkannt (meistens weil diese Unternehmer selbst diese Wünsche hegen) und deshalb nur von ihnen bedient. Der Staat unterstützt Unternehmensgründer, ob durch finanzielle Hilfen oder Beratungsangebote. In einigen Wirtschaftsbereichen gibt es nur geringe Vorteile der Größe und daher florieren dort viele kleine Unternehmen. Doch ändert dies nichts daran, dass Tendenzen zu Marktmonopolen zu den wichtigen Mechanismen der sozialen Polarisierung gehören, und dass aktiv gegengesteuert werden muss, damit die Chancen am Markt einigermaßen gerecht verteilt bleiben. Ohne Regulierung im Sinne des Gemeinwesens schafft sich der »freie« Markt selbst ab.

4. »Arbeitendes« Geld

Ein Einzelner, der seine Arbeitskraft verkauft, oder ein Unternehmen, das Waren oder Dienstleistungen verkauft, muss etwas für das resultierende Einkommen leisten. Wer jedoch sein Geld »arbeiten« lässt, muss gar nichts für das resultierende Einkommen tun. Natürlich arbeitet dabei nicht das Geld, sondern die Menschen und Unternehmen, die das geliehene oder investierte Geld einsetzen. Wer mehr Geld hat, kann auch mehr investieren lassen, weshalb es bei steigendem Reichtum leichter wird, noch mehr Einkommen zu erzielen. Der zusätzliche Arbeitsaufwand tendiert gegen null, denn man kann ja einen Vermögensberater beauftragen, die Investitionsmöglichkeiten mit den besten Renditeerwartungen zu finden. Wenn Reiche ohne den Finger zu rühren den von anderen erarbeiteten Reichtum einstreichen, dann führt dies unweigerlich zur weiteren Konzentration der Vermögen und also zu sozialer Polarisierung. Es gilt hier der Spruch: wer hat, dem wird gegeben.

Wie »arbeitet« Geld? Besonders wichtig sind die Verleihung gegen Zins und die Investition gegen Rendite. In beiden Fällen leistet der

Gläubiger bzw. Investor eine einmalige Zahlung an den Schuldner bzw. an das Unternehmen (bei der erstmaligen Ausgabe der Aktie) und kann dann zeitlich unbegrenzte Rückzahlungen erhalten. Die Leistung des Gläubigers oder Investors liegt darin, dem Schuldner bzw. dem Unternehmen Geld bereitzustellen wenn er/es das noch nicht hat. Es ist durchaus berechtigt, sich diese einmalige und begrenzte Leistung honorieren zu lassen – nicht aber durch fortwährende Zahlungen über einen potenziell unbegrenzten Zeitraum. Dies widerspricht der Funktion des Geldes als Tauschmittel unter Gleichen, denn dann darf es nur als Anspruch auf eine klar begrenzte Ware dienen. Wer in ein Geschäft geht und tausend Euro hinlegt, bekommt Waren im Wert von tausend Euro, keinen Anspruch, ohne weitere Zahlungen und bis auf Ewigkeit immer weiter Waren aus diesem Geschäft zu holen. Schon Aristoteles hat diesen Widerspruch des Zinses und der Tauschfunktion des Geldes in seiner Politik erkannt (Buch 1, Teil X). Die Geldverleihung gegen solch hohen Zins, dass die Kapitalsumme nie zurückbezahlt werden kann, die wiederholte Verleihung der gleichen Geldmenge gegen einen normalen Zins und eine Aktie gleichen alle einem Perpetuum mobile, das, einmal angestoßen, immer weiter läuft. So etwas ist physikalisch unmöglich – finanziell sollte es auch unmöglich sein!

Wer eine Aktie kauft, bestimmt, wie lange er sie behält. Das Unternehmen kann Aktien zurückkaufen, muss aber den Preis bezahlen, den die Aktienbesitzer verlangen. Wenn ein Aktienbesitzer Aktien weiterverkauft (ob an das Unternehmen, dessen Aktien er besitzt, oder an Dritte), dann steckt er den gesamten Wertzuwachs der Aktien ein – obwohl ihr Wert durch die Arbeit der Belegschaft des Unternehmens gestiegen ist, nicht durch die Arbeit des Aktienbesitzers. Das Ergebnis ist leistungsloses Einkommen für den Aktienbesitzer. Der Hauptvorteil des Arrangements aus systemischer Sicht ist, dass Aktienbesitzer sich am finanziellen Risiko der Firma beteiligen – falls das Unternehmen pleitegeht, verliert die Aktie ihren Wert; falls es keine Profite abwirft, gibt es keine Dividende. Deshalb sind Aktienbesitzer wie auch die Unternehmen daran interessiert, dass das Unternehmen floriert. Allerdings können die Aktienbesitzer ihre Aktien sofort verkaufen, wenn das Unternehmen in Schwierigkeiten gerät; die Belegschaft kann nicht so einfach aussteigen. Die Aktienbesitzer haben keinerlei Verpflichtung gegenüber dem Unternehmen, seiner Leitung oder seiner Belegschaft, können aber Macht ausüben, um si-

cherzustellen, dass dieses Perpetuum mobile ihnen weiterhin Dividenden liefert. Eigentum ist von Arbeit und Verantwortung getrennt, was zu leistungslosem Einkommen und verpflichtungslosem Eigentum führt.

Im Falle des zinsbelasteten Kredites kann ein Schuldner, wenn er finanziell dazu in der Lage ist, die Schuld rasch abzahlen und so die zeitlich potenziell unbegrenzten Zahlungen auf ein begrenztes Maß reduzieren. Aus Sicht des Kreditnehmers ist das der Hauptvorteil des Darlehens. Allerdings steht dem ein gravierender Nachteil gegenüber: der Kreditgeber beteiligt sich fast nicht am unternehmerischen Risiko – solange der Kreditnehmer zahlungsfähig ist, muss er zahlen; erst bei Insolvenz kann er von seinen Zahlungsverpflichtungen entbunden werden.

Wer einen Kredit schnell zurückzahlen kann, zahlt niedrige Zinsen über einen kurzen Zeitraum, weshalb die Zinsbelastung insgesamt gering ist. Wer jedoch in einer finanziell schwierigen Lage ist, muss höhere Zinsen über einen sehr viel längeren Zeitraum bezahlen. Das bedeutet, dass der Kreditgeber am meisten von jenen einnimmt, die gerade noch zahlen können, solange die gezwungen werden können, immer weiter zu zahlen. Dies wiederum bedeutet, dass der Kreditgeber bis zu einer bestimmten Schwelle an der finanziellen Misere des Schuldners verdient; erst wenn diese schwer zu definierende und zeitlich schwankende Schwelle überschritten und der Kreditnehmer ruiniert ist, verliert auch der Kreditgeber. Deshalb ist es eine sehr profitable Anlagestrategie, an diejenigen zu verleihen, die gerade noch kreditwürdig sind, und dabei in Kauf zu nehmen, dass manche von ihnen scheitern. Dies entspricht in etwa der Strategie traditioneller Geldverleiher in Indien, der »payday loans« in den USA und inzwischen auch in Europa, und der Kreditvergabe an Entwicklungsländer durch IWF und Weltbank. Leider scheinen die hoch gelobten Mikrofinanzinstitutionen eine ganz ähnliche Linie zu verfolgen. Folglich ist das Leihen von Geld gerade für die Ärmsten am teuersten, und Geld wird von ihnen an Wohlhabendere transferiert. Die Gläubiger benutzen die unbezahlte oder langsam abgestotterte Schuld außerdem als ein Machtmittel, um immer neue Dienste von den Schuldnern zu verlangen.

Auch die Menschen der mittleren Einkommensklassen zahlen wesentlich mehr Zinsen (ob direkt durch ihre Schulden oder indirekt durch die in Waren, Mieten usw. enthaltenen Zinskosten), als sie

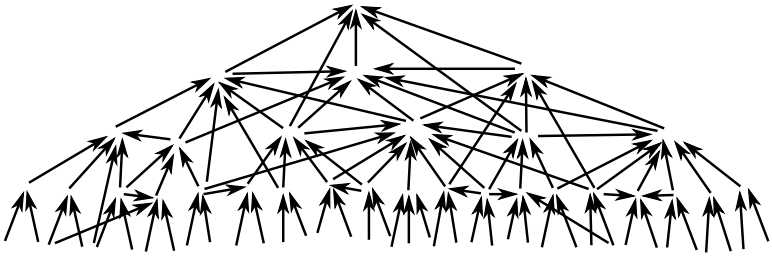
durch ihre Bankkonten einnehmen. Nur etwa die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung nehmen mehr Zinsen ein, als sie zahlen. Der Zins ist deshalb ein probates Perpetuum mobile zur Umverteilung zugunsten der Reichen und trägt zur sozialen Polarisierung bei.

Selbst wenn Schulden abgezahlt werden und aus Sicht des Kreditnehmers also nur eine zeitlich begrenzte Rückzahlung des geliehenen Geldes plus Zinsen bedeuten, kann dieses Geld natürlich sofort wieder verliehen werden. Die einzige Arbeit des Geldverleihers ist die Suche nach einem neuen Kreditnehmer. Der einmalige Einsatz einer Geldmenge kann aus Sicht des Geldverleihers zu einem unendlichen Geldstrom führen, obwohl kein einziger Schuldner unbegrenzt weiterzahlt.

Die Vermietung von Immobilien ergibt einen ähnlichen Effekt wie Geldverleihung gegen Zins, denn sie verfährt nach dem gleichen Prinzip – statt einer Geldsumme gibt der Eigentümer gegen eine jährliche Zahlung ein Stück Land, eine Wohnung oder sonst ein Gut an den Mieter. Allerdings besteht die Miete nur aus Zins und Bezahlung für laufende Aufwendungen des Eigentümers, denn der Mieter erwirbt keine Eigentumsrechte und muss das gesamte Gut wieder zurückgeben, wenn er wieder auszieht. Trotz solcher Unterschiede im Einzelnen ist jedoch festzustellen, dass wie die Gewährung eines Kredites die Vermietung von Land oder einer Immobilie einen zeitlich unbegrenzten Geldrückfluss auslösen kann. Dieser entscheidende Punkt trägt zur sozialen Polarisierung bei.

Das System des Zinses, der Miete und der Rendite bedeutet letztlich einen Transfer von Einkommen von »fleißig zu reich«. Ganz unten stehen Menschen, die von Banken als nicht kreditwürdig eingestuft werden und von Geldverleihern gegen Wucherzinsen Geld leihen. Etwas besser gestellt sind diejenigen, die ein reguläres Einkommen beziehen und deshalb bei Banken kreditwürdig sind, aber fast ihr ganzes Leben Kredite abzahlen – Mieten, Hypotheken, Kreditkarten, Kredite für den Autokauf usw. Viele dieser Menschen haben daneben Geld angelegt und erhalten dadurch Zinsen oder Dividenden, doch fallen die kaum ins Gewicht im Vergleich zu den Zinsen, die sie jeden Monat bezahlen. In einer ähnlichen Stellung befinden sich die meisten kleinen und mittleren (und manche großen) Unternehmen, die Kredite oder ihre Aktionäre bezahlen müssen, aber selbst nur sehr wenig Einkommen durch Geldanlagen oder Kundenkredite erhalten. Auch Regierungen stehen irgendwo in der Mitte, denn einer-

Abbildung 6.1: Flüsse von Zinsen, Dividenden, Kapitalrenditen



seits zahlen sie Zinsen an die Besitzer von Staatsanleihen, an andere Regierungen oder an internationale Finanzinstitutionen, andererseits verleihen sie Geld an andere Regierungen oder an Unternehmen und nehmen die Gewinne ihrer Zentralbanken ein.

Nahe an der Spitze der Pyramide stehen international tätige Investmentbanken, die Geld täglich auf sehr lukrative Weise verschieben, doch eigentlich ihren Anlegern gegenüber verantwortlich sind. Sie können bei Bedarf enormen politischen Druck auf Regierungen ausüben, sie aus jeder Krise herauszuholen. Ganz an der Spitze stehen die Milliardäre, die nichts zu tun brauchen als ihre Vermögensverwalter aufpassen zu lassen, dass ihre täglichen Millioneneinnahmen weiterfließen. Schematisch sind diese Geldflüsse auf Abb. 6.1 dargestellt – man muss sich allerdings vergegenwärtigen, dass an der Basis dieser Pyramide einige Milliarden Menschen stehen, an der Spitze ein paar Hundert.

Die real existierende Funktion des Geldes, ein Perpetuum mobile leistungslosen Einkommens zu erzielen, entspricht keiner der drei Funktionen, durch die Geld in der herkömmlichen Ökonomik definiert wird: Tausch, Wertaufbewahrung und Wertmaßstab. Ein Tausch setzt voraus, dass zwei endliche Güter oder Leistungen gegeneinander getauscht werden; endlich gegen unendlich ist kein Tausch unter Gleichen, sondern eine Abgabe eines Menschen niedrigen Ranges an einen Höhergestellten. Erfunden wurde der Zins im alten Mesopotamien, wo die Tempel oder Paläste Eigentumsrechte an Ackerland und Gütern beanspruchten. Diese Betriebsmittel verliehen sie an Bauern und Kaufleute gegen Zinsen. Es wurde allerdings eine Gegenleistung des Tempels bzw. Palastes erwartet – dieser musste sich

um das Wohlergehen der Gemeinschaft und besonders der Ärmsten kümmern, die sich nicht selbst verpflegen konnten. Außerdem gab es gelegentliche Erlasse aller Schulden der Bauern, Vorläufer der späteren biblischen Jubeljahre. Das heißt, die Abgabe an den Tempel bzw. Palast wurde ausgeglichen durch Gaben des Letzteren an die Gemeinschaft (auch die Gabe ist eine Funktion des Geldes, die normalerweise nicht erwähnt wird!). Auf diese Weise gab es einen Rückfluss des Geldes

Ohne Rückfluss kann ein Geldfluss, wie auf Abb. 6.1 dargestellt, nicht aufrechterhalten werden – so wie Flüsse nur fließen können, wenn Wasser aus dem Meer wieder verdunstet und Wolkenbildung und Regen ermöglicht, und Blut nur fließen kann, wenn es immer wieder zum Herz zurückfließt. Unser gegenwärtiges System gewährleistet aber keine ausreichenden Rückflüsse. Die Menschen am unteren Ende der Pyramide erhalten keine Kapitaleinkünfte und nur geringe Arbeitseinkommen, denn ihnen stehen nur dürftige Erwerbsmöglichkeiten zur Verfügung. Mehr Arbeitseinsatz ihrerseits würde sich kaum lohnen oder ist schlicht unmöglich, weil sie sowieso schon jeden Tag schwer schuften. Staatliche Umverteilung greift nur bedingt, denn einerseits nutzen die Reichen ihren unverhältnismäßigen Einfluss auf die Politik, um die Besteuerung von Kapitaleinkünften zu vermindern, und andererseits erreichen viele staatlichen Ausgaben eher die Mittelklasse als die wirklich Armen. Freiwillige Gaben oder Verzicht der Wohlhabenden fallen gegenüber den jeden Tag fließenden Kapitaleinkünften kaum ins Gewicht. Selbst wohlwollende reiche Stifter entscheiden alleine, wie und wofür ihr Geld auszugeben ist, was keiner demokratischen Norm entspricht. Folglich ist dieses System extrem krisenanfällig: dauernd gibt es Wirtschaftskrisen, zerbrechende Staaten, Kriege und Bürgerkriege, in denen unter anderem um solche Finanzströme gerungen wird. Die Menschen in Europa und Nordamerika vergessen allzu leicht, dass Krise in großen Teilen der Welt der Normalzustand ist.

Der grundlegende Systemfehler ist, dass die Gewährung eines Kredites oder der Kauf einer Aktie einen zeitlich unbegrenzten Fluss von Zinsen oder Dividenden ohne weitere Leistungen des Kreditgebers oder des Aktienkäufers (und seiner Erben) ermöglicht. Eine Mindestanforderung eines vernünftigen Verhältnisses zwischen Leistung und Gegenleistung wäre, dass keine der beiden unendlich werden kann, dass also ein finanzielles Perpetuum mobile ausgeschlossen wird.

5. Spekulative Märkte

Eine Potenzierung erfahren diese Effekte der Finanzwirtschaft, wenn es nicht mehr um Produktion von Gütern und Dienstleistungen zur Befriedigung konkreter menschlicher Bedürfnisse geht, sondern um Kapitalvermehrung durch Spekulation. Die Dynamik solcher Märkte ist auf Abb. 4.2 dargestellt worden. Wie schon im 4. Kapitel erklärt, führen Spekulationsblasen zur Bereicherung einiger Spekulanten auf Kosten jener, die die entsprechenden Vermögenswerte wegen ihres Gebrauchswertes gekauft haben. Wirklich erfolgreich spekulieren kann man aber nur, wenn man mit großen Summen spielt, weil man dadurch erstens das Risiko auf viele verschiedene Vermögenswerte streuen und zweitens hauptberuflich die notwendige Aufmerksamkeit auf die täglichen Marktschwankungen ausrichten kann. Drittens verfügen meist nur besonders einflussreiche Leute über das nötige Insiderwissen, um zuverlässig erfolgreiche Wetten abzuschließen (die letztlich keine Wetten sind, weil das Ergebnis schon im Voraus bekannt ist). Viertens gibt es spekulative Märkte, in denen man schon reich sein muss, um überhaupt teilzunehmen – z. B. der Handel mit den Werken berühmter, meist schon verstorbener Künstler. Dies bedeutet, dass spekulative Märkte besonders zur Bereicherung der Reichen beitragen. Auch hier gilt: wer hat, dem wird gegeben.

Die hohen Renditen spekulativer Märkte führen zum Abfluss von Investitionen aus der Realwirtschaft in die Irrealwirtschaft ohne Leistung und Verantwortung. Deshalb hat die Politik des »leichten Geldes« der Europäischen Zentralbank seit der Finanzkrise von 2007 hauptsächlich zu einer weiteren Aufblähung spekulativer Märkte einschließlich von Derivaten beigetragen, statt die Realwirtschaft anzukurbeln, wie Helge Peukert dargestellt hat.[1] Diese Irrealwirtschaft ist so aufgebläht, dass ihre Finanzwerte sich nur auf Kosten enormer Inflation alle gleichzeitig in Realwerte umtauschen ließen. Doch solange es dazu nicht kommt, können die Profiteure mit ihrem Geld die reale Welt zutiefst in ihrem Sinne beeinflussen, zum Beispiel durch den Kauf von Vermögenswerten, Politikern, Parteien, Verbänden und Medien.

1 Peukert, H. (2015): Das Moneyfest: Ursachen und Lösungen der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise, 2., aktualisierte Auflage, Marburg. Siehe auch weitere Literaturangaben am Schluss des 4. Kapitels.

6. Vererbung von Vermögen

Alle obigen Mechanismen zur Konzentration von Vermögen würden begrenzt, wenn sie mit dem Tod jedes Profiteurs aufhören würden. Der persönliche Erwerb von Vermögenswerten würde zu langen, aber doch nicht wirklich zeitlich unbegrenzten Rückflüssen von Mieten, Zinsen, Renditen, Kapitalgewinnen usw. führen (anders wäre es allerdings im Falle des Eigentums von Konzernen). Wenn jeder Marktteilnehmer von null anfangen müsste, könnten manche zwar immer noch wie ein Bill Gates unermesslich reich werden, doch wären wenigstens die Startbedingungen für alle einigermaßen vergleichbar.

Dem ist natürlich nicht so. Die Erben großer Erbschaften erhalten im Widerspruch zum Leistungsprinzip ein großes unverdientes Einkommen; darüber hinaus brauchen sie sich oft kaum anzustrengen, um dieses Vermögen zu bewahren oder es weiter wachsen zu lassen. Sie haben ihr Vermögen nicht durch unternehmerische Leistung, Erfindungsreichtum oder sonst einen eigenen Beitrag erworben, sondern haben es genau so erhalten wie ein Prinz sein Königreich – durch das Privileg ihrer Geburt. Dieses uralte monarchische Prinzip widerspricht allen liberalen Begründungen des Eigentums diametral. Nach demselben Grundsatz, dass wir über unser Gemeinwesen demokratisch verfügen, statt es erblichen Monarchen zu überlassen, sind wir auch berechtigt zu fordern, dass große Vermögen und andere ähnliche Privilegien nicht nach monarchischem Prinzip an die nächste Generation weitergegeben werden sollen.

Die Hauptinstrumente zur Begrenzung der Erbschaften sind heute die Steuern auf Erbschaften und Schenkungen. Deren Verminderung in den letzten Jahrzehnten hat die soziale Polarisierung angetrieben. Das häufig vorgebrachte Argument, dass die relativ kleinen Erbschaften von Bauern, mittleren oder kleinen Unternehmern und Hauseigentümern erhalten werden sollen, lenkt vom eigentlichen Problem der wirklich großen Erbschaften ab. Die kleineren Erbschaften können nämlich auf recht einfache Weise entlastet werden, wenn man sich darauf besinnt, dass Eigentum Arbeitseinsatz und Verantwortung belohnen soll. Demnach sollte ein Erbe, der sich schon zu Lebzeiten der Eltern im Bauernhof oder Unternehmen eingesetzt hat, Verantwortung übernommen hat usw., Unternehmensanteile je nach dem eigenen Einsatz weitgehend steuerfrei übernehmen können. Andere, zum Beispiel Mitarbeiter im Betrieb, sollten durch ihre Arbeit

und Verantwortung allerdings die gleichen Rechte erwerben können. So würden Betriebe an jene vererbt, die schon gezeigt haben, dass sie sie weiter erfolgreich führen können. Auch die Vererbung persönlichen Eigentums unterhalb gewisser Schwellen kann niedrig besteuert werden, ohne zu sozialer Polarisierung zu führen.

Erbschaften, die über solche Grenzen hinausgehen, sollten allerdings stark begrenzt werden, um soziale Polarisierung zu vermeiden oder rückgängig zu machen. Erbschaft- und Schenkungsteuern sind hierzu ein gutes Mittel und können dazu beitragen, Chancengleichheit für alle herzustellen – z. B. indem mit dem Erlös öffentliche Bildungseinrichtungen finanziert werden.

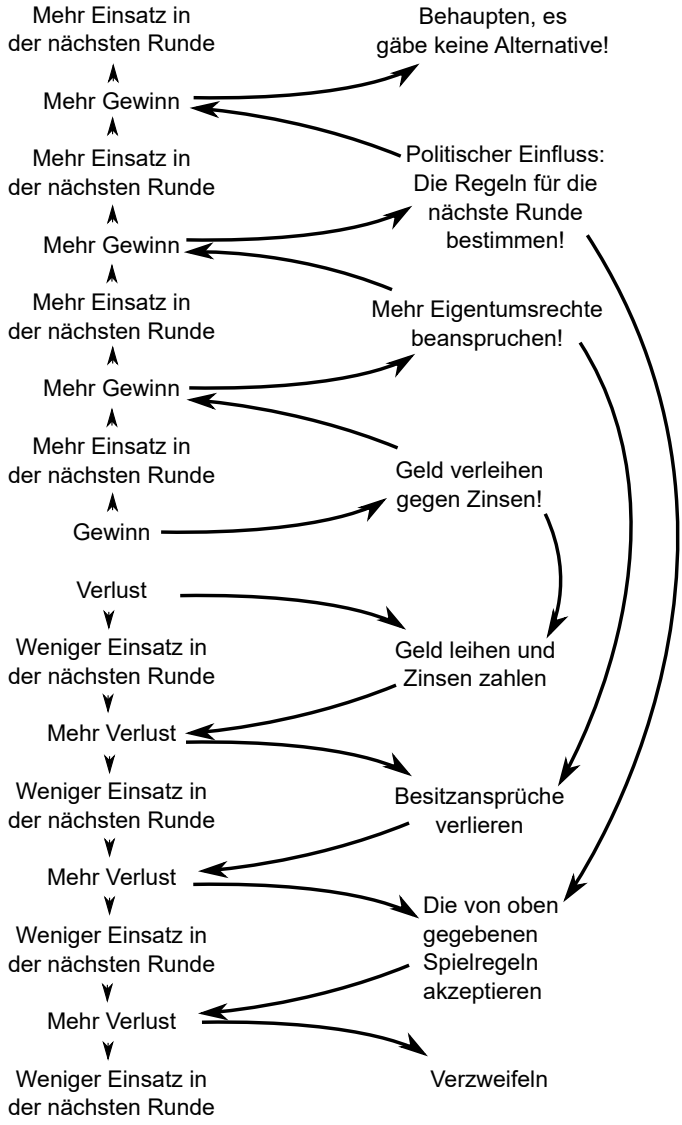
Schlussbemerkungen

Alle sechs hier angesprochenen Mechanismen – Einhegung der Commons, Arbeitsmarkt, Wettbewerb, zeitlich unbegrenzte Kapitaleinkünfte, Spekulation und Erbschaften – führen dazu, dass die Reichen tendenziell einen immer größeren Anteil des Gesamtvermögens erhalten. Wer hat, dem wird gegeben. Die Regeln des Eigentums, der Finanzanlagen und der Erbschaften erzeugen zusammen ein Perpetuum mobile zugunsten der Reichen, das ohne Arbeit der Letzteren immer weiterläuft. Ökonomisch gesprochen handelt es sich um »Renten«, d. h. unverdientes Einkommen. Zahlreiche Statistiken und die Arbeit des Ökonomen Piketty belegen den Trend zur Vermögenskonzentration, der nur zeitweilig nach dem Zweiten Weltkrieg in einigen reichen Ländern unterbrochen wurde. Schematisch ist er auf Abb. 6.2 dargestellt – wer in einer Runde dieses Spiels gewinnt, verfügt über mehr Möglichkeiten, den weiteren Verlauf in seinem Sinne zu beeinflussen. Für Menschen am unteren Ende ist die Lage zum Verzweifeln, während uns führende Leute am oberen Ende auf die eine oder andere Weise vorbeten, es gäbe keine Alternativen.

Diese Systemeigenschaften stehen in tiefem Widerspruch zu dem liberalen Grundsatz, dass Leistung sich lohnen soll. Am unteren Ende muss man schier Übermenschliches leisten, um voranzukommen. Am oberen Ende kann man ohne den Finger zu rühren immer reicher werden. Nur in den mittleren Bereichen machen wir die Erfahrung, dass wir etwas leisten müssen, um mehr Einkommen zu erzielen, und dass dieser Arbeitseinsatz auch wirklich was bringt.

Darüber hinaus führt die Systemeigenschaft des Geldflusses von fleißig zu reich zu fortwährender Instabilität, denn der Rückfluss des

Abbildung 6.2: Soziale Polarisierung

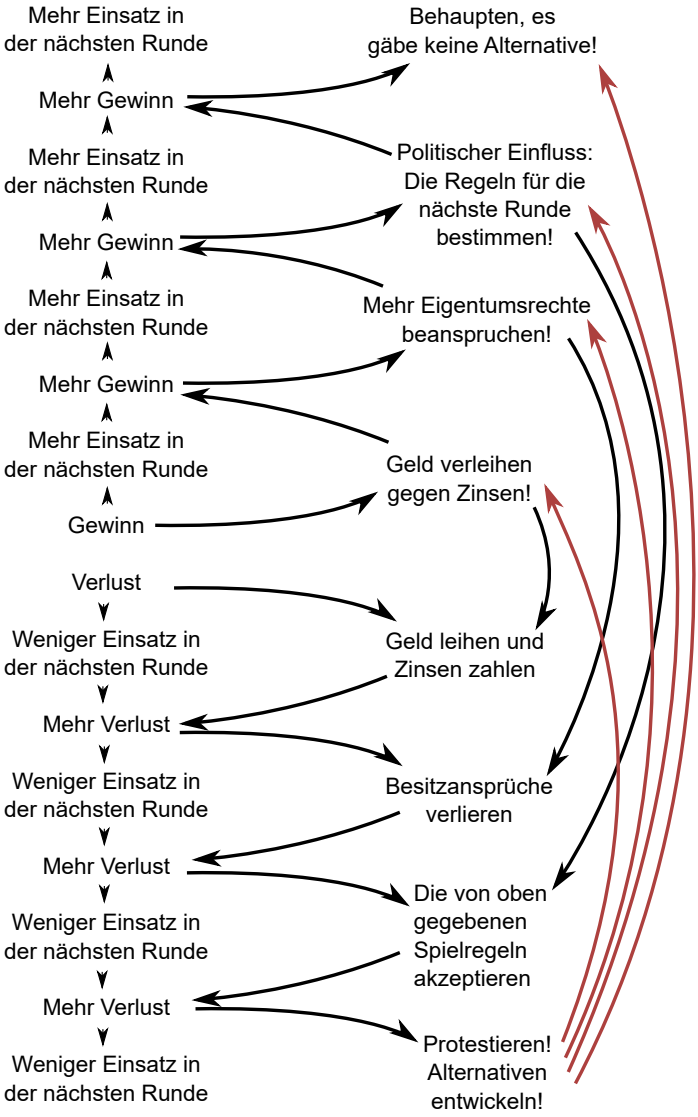


Geldes an die Menschen am unteren Ende der auf Abb. 6.1 dargestellten Pyramide wird nicht gewährleistet. Selbst das Geld, das die Reichen für Luxusgüter ausgeben, landet nur etwa in der Mitte der Pyramide und nicht ganz unten. Dieser Geldkreislauf entspricht einem imaginären Wasserkreislauf, in dem Wolken nur bis zu 200 Meter Höhe gebildet werden und alle Landstriche in höheren Lagen austrocknen, oder einer Blutzirkulation, in der die Adern nur bis zu den Ellenbogen und den Knien, nicht aber bis zu den Händen und den Füßen reichen. Da der Geldfluss nicht ganz unten ankommt, geraten die Menschen dort in die Krise und bald auch die Unternehmen, die von Einnahmen von diesen Menschen leben. Von diesen Unternehmen pflanzt sich die Krise weiter von unten nach oben fort. Am Ende sind die Menschen an der Spitze ganz erstaunt, was sich unten für Wut und Gewalt entlädt.

Überdies ist zu bemerken, dass der Rückfluss von oben nach unten von ganz oben ansetzen muss, denn sonst wird über kurz oder lang nicht nur das untere Ende, sondern auch der mittlere Bereich ausgetrocknet. Ein Ausgleich erfordert gleichzeitig eine Begrenzung der Geldflüsse nach oben und eine Intensivierung der Geldflüsse nach unten.

Die Motivation, soziale Polarisierung zu überwinden, kommt, wie auf Abb. 6.3 dargestellt, vorwiegend von unten. Es gilt, das Gerede der Alternativlosigkeit infrage zu stellen und möglichst konkrete Alternativen zu entwickeln, die der sozialen Polarisierung entgegenwirken und schon jetzt verwirklicht werden können, selbst wenn die Bedingungen derzeit noch nicht förderlich sind. Allerdings wird grundlegender Wandel erst dann geschehen, wenn auch Menschen in der Mitte und an der Spitze der Einkommenspyramide die Störanfälligkeit dieses Systems erkennen und deshalb an Reformen mitwirken. Doch bevor wir zu Handlungsstrategien kommen, sollten wir uns noch eingehender damit beschäftigen, welches die Grenzen der Leistungsfähigkeit des jetzigen Systems wirklich sind. Dieser Aufgabe ist das folgende Kapitel gewidmet.

Abbildung 6.3: Soziale Polarisierung überwinden



Weiterführende Literatur

Dokumentation der Verteilung der Einkommen und Vermögen weltweit und in den wichtigsten Industrieländern

Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.

Detaillierte Daten über die Vermögens- und Einkommensverteilung in vielen Ländern der Welt, zusammengetragen durch die Arbeitsgruppe um Thomas Piketty

Alvaredo, F.; Atkinson, T.; Piketty, T.; Saez, E.; Zucman, G. (Hrsg.) (2015–2016): The World Wealth and Income Database. [http://www.wid.world/#Home:; 26.12.2016].

Dokumentation des Trends zu sozialer Polarisierung weltweit in den letzten Jahren

Oxfam (2016): Ein Wirtschaftssystem für die Superreichen: Wie ein unfaires Steuersystem und Steueroasen die soziale Ungleichheit verschärfen. (Deutsche Kurzfassung). [https://www.oxfam.de/system/files/20160118-wirtschaftssystem-superreiche.pdf; 26.12.2016].

Oxfam (2016): 210 Oxfam Briefing Paper, 18 January 2016: An Economy for the 1%: How privilege and power in the economy drive extreme inequality and how this can be stopped. (Ausführliche englische Fassung). [https://www.oxfam.de/system/files/bp210-economy-one-percent-tax-havens-180116-en.pdf].

Bericht über die Reichen der Welt, der ihren steigenden Reichtum begrüßt (Download nur nach Anmeldung möglich)

Capgemini Consulting (2016): 2016 World Wealth Report. [https://www.worldwealthreport.com/; 25.12.2016] .

Trends in Deutschland

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2001, 2005, 2008, 2013). Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung. [http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Bericht/Archiv/archiv.html; 26.12.2016]. 2017 soll der fünfte dieser Berichte erscheinen.

Faik, J. (2015): Verteilung und Umverteilung von Wohlstand: Bestandsaufnahme und Folgen der sozialen Polarisierung in Deutschland, Tübingen.

Lauterbach, W.; Druyen, T.; Grundmann, M. (Hrsg.) (2011): Vermögen in Deutschland: Heterogenität und Verantwortung, Wiesbaden.

Commons und deren Einhegung

Helfrich, S.; Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2012): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, Bielefeld.

Über die Sicherung von Monopolstellungen durch politische Einflussnahme

Gorelick, S. (1998): Small is Beautiful, Big is Subsidized: How our taxes contribute to social and environmental breakdown, Dartington, Großbritannien.

Eingehende Kritik der Kreditvergabe durch den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank

Peet, R. (2003): Unholy Trinity: the IMF, World Bank and WTO, London.

Kritik der Kreditvergabe durch Mikrofinanzinstitutionen

Klas, G. (2011): Die Mikrofinanz-Industrie: Die große Illusion oder das Geschäft mit der Armut, Berlin.

Rahman, A. (1999): Women and Microcredit in Bangladesh: Anthropological study of the rhetoric and realities of Grameen Bank lending, Boulder, Colorado.

Zur Verteilung der Zinserträge und -lasten

Kennedy, M. (2006): Geld ohne Zinsen und Inflation: Ein Tauschmittel, das jedem dient, 9. Auflage, München.

Die mesopotamische Erfindung des Zinses

Graeber, D. (2012): Schulden: Die ersten 5000 Jahre, Stuttgart.

Hudson, M.; van de Mierop, M. (Hrsg.) (2002): Debt and Economic Renewal in the Ancient Near East, Baltimore.

7 Leistungsgrenzen unseres Wirtschaftssystems

Trotz der in den vorigen Kapiteln besprochenen Fehler ist unser Wirtschaftssystem in der Lage, viele Probleme zu lösen, denn sonst würde es heute nicht mehr existieren. Eine kritische Systemanalyse erfordert deshalb eine Auseinandersetzung mit den Grenzen der Leistungsfähigkeit des Systems: welche Probleme sind innerhalb des Systems lösbar, welche nicht? In diesem Kapitel behandle ich diese Frage im Hinblick auf zwei wichtige Problemfelder: die Energiewende von der Nutzung nicht erneuerbarer auf erneuerbare Energie und das Bevölkerungswachstum.

Energiewende

Fossile Brennstoffe (Kohle, Erdöl und Erdgas) gibt es in großen Mengen, allerdings an relativ wenigen Orten, weshalb die Märkte von wenigen großen Firmen monopolisiert werden können. Das ergibt recht einfache und sehr profitable Geschäftsmodelle. Die führenden Leute der großen Ölfirmen, der privaten Energieversorger, der Auto- und anderer Maschinenbauer setzen sich folgerichtig dafür ein, dass die Grundlagen ihres Erfolges erhalten bleiben. Die meisten Technologien der letzten zwei Jahrhunderte einschließlich unserer Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur basieren auf der reichlichen Verfügbarkeit dieser Brennstoffe. Das Ansinnen, die Nutzung der fossilen Brennstoffe einzustellen, scheint in diesem Lichte besehen utopisch.

Jedoch haben diese Brennstoffe erhebliche Nachteile. Ihr Abbau zerstört ganze Landschaften; ihre Verbrennung verschmutzt die Luft und erzeugt Kohlendioxid und andere Treibhausgase, die das globale Klima auf bedrohliche Weise verändern. Außerdem ist ihre Menge begrenzt, weshalb insbesondere von »Peak Oil« gesprochen wird: bei Fortführung der gegenwärtigen Trends wird in absehbarer Zukunft das verfügbare Erdöl zur Neige gehen. Darüber hinaus erfordert die Vermeidung bedrohlichen Klimawandels, die Nutzung fossiler Brennstoffe drastisch zu vermindern, schon lange ehe sie versiegen – das eigentliche Problem ist nicht die Knappheit der fossilen Brennstoffe, sondern ihre Überfülle.

Die Atomkraft wurde lange als Zukunftsenergie propagiert, doch kommt sie als Alternative nicht in Betracht. Die heute existierende Atomtechnologie ist noch immer unausgereift, denn die Frage der sicheren Lagerung der Abfälle ist noch nirgends in der Welt geklärt worden. Auch der Uranbergbau führt zu enormen Umweltbelastungen. Wirtschaftlich sind die heute existierenden Kraftwerke nur mit massiver staatlicher Unterstützung tragbar. Angeblich umweltfreundliche Techniken der Kernspaltung oder -fusion werden zwar immer wieder in den Medien propagiert, aber von der Anwendungsreife sind sie noch sehr weit entfernt. So viel Zeit haben wir nicht.

Als gangbare Alternative stehen nur die erneuerbaren Energien zur Verfügung – und die haben ganz gewaltige Vorteile. Die Energie von Sonne, Wind, Wasser, Wellen, Meeresströmungen, Gezeiten und der Erdwärme sind alle unerschöpflich, wir können sie gar nicht aufbrauchen. Diese Naturressourcen brauchen nicht oder kaum gepflegt zu werden, weil ihre Erneuerungsfähigkeit durch unsere Nutzung unangetastet bleibt. Wir müssen natürlich darauf achten, dass unsere Infrastruktur zur Nutzung dieser Ressourcen keine verheerenden ökologischen Schäden anrichtet, doch selbst dieses Problem ist im Vergleich zur Infrastruktur der fossilen Energieträger äußerst gering. Auch die Nutzung biologischer Abfälle aus der Land- und Forstwirtschaft zur Erzeugung von Biogas, Holzpellets usw. hat relativ unproblematische Auswirkungen auf die erforderlichen Ressourcen, solange es sich hauptsächlich um Abfallverwertung handelt und nicht um den Anbau von Energiepflanzen auf Kosten der Nahrungspflanzen oder relativ intakter Ökosysteme. Organische Abfälle werden uns immer zur Verfügung stehen, solange Menschen Land- und Forstwirtschaft betreiben und Nahrungsmittel verarbeiten. Das heißt: wir können die Quellen für erneuerbare Energien gar nicht aufbrauchen. Die Gesamtmenge an erneuerbarer Energie ist zudem gewaltig – um nur die Sonnenenergie zu nennen, übersteigt die Energieeinstrahlung der Sonne auf die Erde den Energiebedarf der Menschheit um rund das Zehntausendfache.[1]

Natürlich muss erneuerbare Energie nahe an den Orten erzeugt werden, wo sie gebraucht wird. Andererseits stehen überall ausreichende Quellen erneuerbarer Energie zur Verfügung. Die Mehrheit aller Menschen lebt in Gegenden, wo man sich einen sehr großen

1 Siehe Crastan, V. (2010): Weltweite Energiewirtschaft und Klimaschutz 2009, Berlin, S. 55.

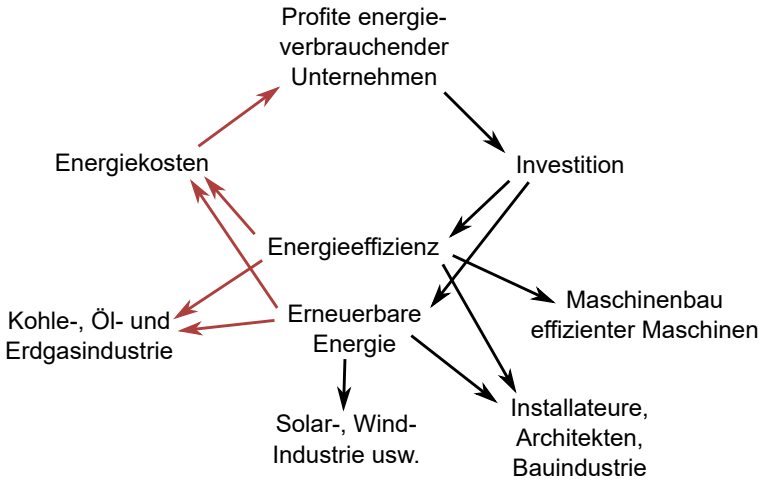
Teil des Jahres auf den täglichen Sonnenschein verlassen kann (d. h. fast ganz Afrika, das Mittelmeergebiet, der Mittlere Osten, Süd- und Südostasien, das südliche China, große Teile Nord- und Südamerikas, fast ganz Australien). Wo immer Menschen leben, gibt es energetisch nutzbare biologische Abfälle aus den Nahrungsabfällen und den menschlichen Fäkalien. Die meisten Großstädte sind in fruchtbaren landwirtschaftlichen Gegenden angesiedelt, wo weitere biologische Abfälle energetisch genutzt werden können. Wo diese Energiequellen nicht ausreichen, können sie in weiten Teilen der Welt schon bei derzeitigem Stand der Technik durch Wind- und Wasserkraft ausreichend ergänzt werden. Da ein sehr großer Teil der Menschheit in Küstennähe lebt, könnte die Nutzung der Energie der Wellen, Gezeiten und Meeresströmungen einen großen Beitrag leisten. Die technische Machbarkeit einer vollständigen Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen ist also gegeben.

Wirtschaftlich können Solar- und Windenergie in weiten Teilen der Welt jetzt schon mit fossilen Energieträgern konkurrieren. Die Stückkosten von Solarkollektoren fallen immer weiter. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien können in vielen ländlichen Gebieten teure Investitionen in den Ausbau von Stromleitungen vermieden werden. Es ist also abzusehen, dass bald schon in der ganzen Welt in den Ausbau von Solarkraft investiert wird, weil sie einfach kostengünstiger ist als Kohle- oder gar Atomstrom. Ähnliches gilt für Windkraft. Im Transportsektor lassen die guten technischen Lösungen noch auf sich warten, doch es dürften sich Methoden finden, Fahrzeuge elektrisch zu betreiben und ausreichenden Strom durch erneuerbare Quellen zu erzeugen.

Komplementär zum Ausbau der erneuerbaren Energien muss in die bessere Energieeffizienz investiert werden. Auch hier gibt es vielversprechende Investitionsmöglichkeiten. Das Rocky Mountain Institute von Amory Lovins zeigt viele profitable Wege auf, den Energieverbrauch von Verkehrsmitteln und Gebäuden auf ein Viertel oder Fünftel jetziger Werte zu senken. Das heißt, die meisten Energiedienstleistungen könnten mit einem Viertel oder Fünftel der gegenwärtig dafür gebrauchten Energie bereitgestellt werden.

All diese Überlegungen führen zu dem Schluss, dass eine selbstverstärkende Rückkopplung, wie auf Abb. 7.1 dargestellt, eine Energiewende antreiben kann und ansatzweise schon tut. Unternehmen investieren einen Teil ihrer Gewinne in Energieeffizienz oder Ener-

Abbildung 7.1: Profitable Investitionen in die Energiewende



gieversorgung durch erneuerbare Energien. Diese Investitionen zahlen sich innerhalb von wenigen Jahren durch verminderte Energiekosten aus, was die Profite der Unternehmen erhöht. Diese Profite können in die Energiewende reinvestiert werden – entweder durch dieselben Unternehmen oder über entsprechende Fonds durch andere Unternehmen. Natürlich können auch alle anderen Organisationen und Haushalte auf diese Weise ihre Energieausgaben senken. Die Investitionen kommen einer ganzen Reihe von Industriezweigen zugute, tragen also zum Wirtschaftswachstum bei, obwohl sie natürlich gleichzeitig die Kohle-, Erdöl- und Erdgasindustrien ruinieren. So geht ökologischer Strukturwandel einher mit schöpferischer Zerstörung, wie Joseph Schumpeter sie beschrieben hat. All dies ist völlig systemkonform und wird als ökologische Modernisierung bezeichnet.

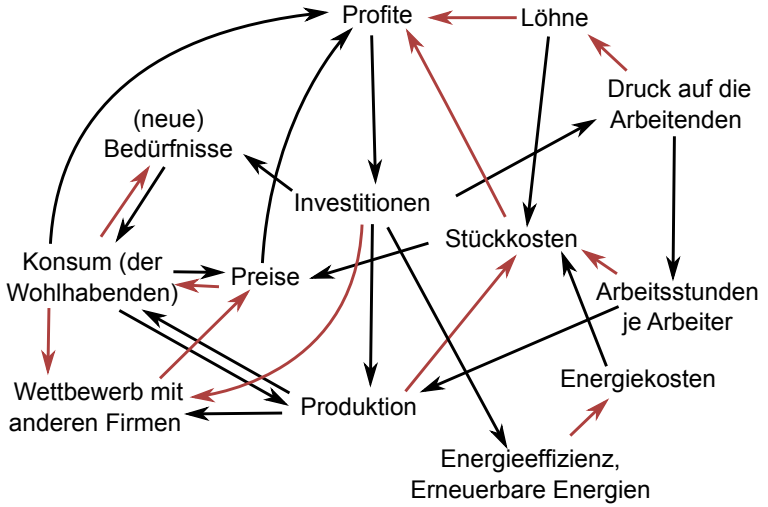
Dieses Szenario wird heute noch behindert durch die politische und wirtschaftliche Macht der Unternehmen, die unsere existierende Energieinfrastruktur betreiben und entsprechende Technologien verkaufen. Sie wollen ihre Pfründe wie z. B. Monopole in der Energieversorgung nicht aufgeben; auch wollen sie ihre langjährigen Investitionen in die Entwicklung fossilgebundener Technologien weiter

ausnutzen. Es gibt aber funktionierende Geschäftsmodelle, die technischen Geräte zur Selbstversorgung mit erneuerbarer Energie an Haushalte, Unternehmen und Kommunen zu verkaufen und in Energieeffizienz zu investieren. Früher oder später wird diese Dynamik die alten Industrien sicher überwinden.

Kann sich diese Dynamik schnell genug durchsetzen, um katastrophalen Klimawandel abzuwenden? Von selbst läuft sie auf keinen Fall, weshalb es wichtig ist, durch Änderung der politischen Rahmenbedingungen den neuen Technologien und Geschäftsmodellen zum Durchbruch zu verhelfen. Einige systemkonforme Methoden, wie zum Beispiel das deutsche Erneuerbare-Energie-Einspeisungsgesetz und seine Nachahmer in anderen Ländern, können rasche Anstiege der erneuerbaren Stromversorgung auslösen. Dieses Gesetz hat allerdings einige gravierende Nachteile hinsichtlich der Verteilung der Nutzen und Kosten. Die Förderung klimaverträglicher Energien ließe sich sinnvoller fördern über eine Steuer auf CO_2-Emissionen, denn so würden z. B. die alten Kohlekraftwerke als Kostentreiber erkannt und möglichst rasch ausgeschaltet, während Erdgaskraftwerke noch eine Weile weiterlaufen würden. Es gäbe daneben starke Anstöße zur Entwicklung neuartiger Verkehrssysteme. Gleichzeitig könnte die Steuerbelastung der Arbeit vermindert werden, was auch nach der herkömmlichen Ökonomik für die gesamte Wirtschaft sehr sinnvoll wäre.

So gesehen erscheint Klimawandel als lösbares Problem, wenn einige Partikularinteressen der veraltenden Industrien überwunden werden und die richtigen steuerlichen und anderen Mittel rechtzeitig und erfolgreich eingesetzt werden. Dies ist allerdings eine verkürzte Sichtweise, denn man muss die Rolle von Profiten und Investitionen in den Unternehmen und der Wirtschaft näher betrachten. Auf Abbildung 7.2 werden die Investitionen in die Energiewende (Abb. 7.1) in den unternehmerischen Kontext privatwirtschaftlicher Unternehmen (Abb. 3.6) eingefügt. Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energieversorgung (unten rechts) – sowie weiter gefasst Investitionen in die Ressourceneffizienz – stehen nun als weitere Handlungsalternative neben Investitionen in Produktion, Arbeitsrationalisierung, Werbung und Ausschaltung der Konkurrenz zur Verfügung. Sie führen zu reduzierten Stückkosten, ohne die eigene Belegschaft in Bedrängnis zu bringen, vermindern also den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital innerhalb des Betriebes.

Abbildung 7.2: Investitionen in die Energiewende durch ein privatwirtschaftliches Unternehmen



Die verminderten Stückkosten erhöhen den Profit, solange Preisverluste den nicht ausgleichen. Höhere Profite können unterschiedlich verwendet werden – entweder das Unternehmen investiert in noch größere Energieeffizienz, solange dort noch etwas zu holen ist, andernfalls investiert es in die Steigerung des Konsums oder der Produktion, oder es zahlt erhöhte Dividenden (die dann in die Finanzmärkte fließen können), oder es zahlt erhöhte Löhne und Gehälter, die den Arbeiterinnen dann zum vermehrten Konsum zur Verfügung stehen. Alle diese Möglichkeiten außer der Investition in Energieeffizienz führen zu vermehrtem Ressourcenkonsum (wenn auch nicht unbedingt von fossilen Brennstoffen). Der Ressourcenkonsum wird folglich von einem Umweltbereich auf andere verlagert – das Klimaproblem wird eventuell gelöst, doch andere Umweltprobleme werden verschärft. Dies ist kaum eine Problemlösung, denn die Menschheit überschreitet schon längst mehrere kritische Grenzwerte der Ressourcennutzung, wie z. B. Ausrottung von Arten und Überdüngung von Gewässern.

Wie steht es jedoch, wenn funktionierender Wettbewerb dazu führt, dass die Preise der verkauften Produkte wesentlich gesenkt werden – die Unternehmen also gezwungen sind, ihre Ersparnisse an

ihre Kunden weiterzureichen? In diesem Fall kurbeln die niedrigen Preise den Konsum an (roter Pfeil von Preisen zu Konsum) und der erhöhte Konsum führt zu verstärkter Produktion. Sollte der Markt für diese Produkte gesättigt sein, wird der Konsum anderer Produkte vermehrt. Auch hier führt größere Energieeffizienz im Endeffekt einfach zur Verlagerung der Umweltschäden von einem Bereich auf andere. Dieser Effekt wird als »Rebound« bezeichnet: größere Ressourceneffizienz wird regelmäßig durch verstärkten Konsum kompensiert, sodass der gesamte Ressourcenverbrauch nicht gesenkt, sondern oft sogar gesteigert wird.

Es kann natürlich sein, dass viele Märkte gleichzeitig gesättigt werden und es nirgends zu mehr Konsum kommt. In diesem Falle investieren die Unternehmen verstärkt in Werbung und die Entwicklung ganz neuer Produkte, um den Konsum trotzdem anzukurbeln. Fruchten selbst diese Investitionen nichts, dann treten wir in die auf Abb. 4.3 (Flussdiagramm einer Wirtschaftskrise) dargestellten Kreisläufe ein. Nachlassendes Wirtschaftswachstum führt zu verringerten reellen Anlagemöglichkeiten, Verlagerung der Investitionen in spekulative Märkte, das Platzen dieser Blasen und schließlich Wirtschaftskrise. Wir könnten sogar in das Szenario eintreten, das Jeremy Rifkin in seinem Buch über die Null-Grenzkosten-Gesellschaft beschreibt: nach der Entwicklung der notwendigen Infrastruktur benötigt die Produktion aller möglicher Güter so wenig Arbeit und erlaubt so geringe Profite, dass das kapitalistische System kollabiert. Ohne gangbare systemische Alternativen ist eine solche Krise kaum zu überwinden.

Das weitere Problem der sozialen Polarisierung würde durch eine Energiewende nur geringfügig tangiert. Immerhin würde eine Energiewende in Bürgerhand die soziale Polarisierung wahrscheinlich etwas abdämpfen, weil ein großer Teil der Energieinfrastruktur und der Wertschöpfung an Millionen von Menschen verteilt würde (auch das wäre schon ein Schritt in Richtung Systemwandel). Jedoch würde ein weiteres Energieproblem kaum tangiert – das Energieproblem der wirklich Armen, z. B. unzähliger Frauen in Südasien oder Afrika, die täglich Reisig sammeln, um ihr Essen zu kochen. Vielleicht könnten selbst die mit kleinen Solarherden versorgt werden, wenn diese auf Dauer billiger wären als Brennholz, doch würde das die finanzielle Ausbeutung der Armen insgesamt kaum mindern. Die wirklich akute soziale Polarisierung würde kaum verändert.

Das Fazit dieser Überlegungen ist, dass Investitionen in eine neue Energieinfrastruktur gleichzeitig zum Wirtschaftswachstum, den Unternehmensgewinnen und der Lösung des Klimaproblems beitragen, solange sie noch mehr kosten, als sie einsparen. Der erfolgreiche Abschluss der Energiewende führt aber innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems entweder zu einer Verlagerung der Umweltprobleme auf andere Bereiche oder zu einer tiefen Wirtschaftskrise. Da weder das eine noch das andere Ergebnis erstrebenswert ist, sollten wir uns überlegen, wie wir dieses System verändern können.

Bevölkerungswachstum

Das rasche Bevölkerungswachstum wird von vielen Umweltschützern als das fundamentalste globale Umweltproblem angesehen – eine immer größere Zahl von Menschen verbraucht und verschmutzt immer mehr natürliche Ressourcen, wir zerstören unsere Lebensgrundlagen, und früher oder später kommt es zum Kollaps. Selbst wenn wir unsere gesamte Energieversorgung auf erneuerbare Energien umstellen, hoch entwickelte Recyclingverfahren entwickeln und dadurch den Verbrauch mineralischer Ressourcen fast auf null vermindern, müssen wir doch immer noch essen. Die Nahrungsproduktion erfordert nicht nur fruchtbaren Boden, sondern auch funktionierende Ökosysteme mit vielfältigen Lebewesen, zum Beispiel Bienen und andere Insekten, die unsere Nahrungspflanzen nur bestäuben können, wenn sie nicht von Pestiziden getötet werden. Alle diese Probleme werden durch Bevölkerungswachstum weiter verschärft.

Glücklicherweise folgt die Weltbevölkerung nicht mehr einer exponentiellen Wachstumskurve. Das prozentuale Wachstum und selbst das absolute Wachstum (in Millionen von Menschen pro Jahr) nimmt seit einiger Zeit stetig ab. Deshalb stellt sich die Frage, ob die bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme in der Lage sind, die Weltbevölkerung rechtzeitig zu stabilisieren.

Zuerst ist die aktuelle Datenlage wichtig, besonders hinsichtlich der Gesamtfertilitätsrate (GFR) – die durchschnittliche Zahl von Kindern, die jede Frau in ihrem Leben zur Welt bringt. Fertilitätsraten geben uns bessere Auskunft über die langfristig zu erwartende Bevölkerungsentwicklung eines Landes als der prozentuale Bevölkerungsanstieg des aktuellen Jahres, weil Letzterer stark durch die Altersstruktur der Bevölkerung, durch Migration und kurzfristige Faktoren beeinflusst wird. Wie sieht es nun damit aus?

Tabelle 7.1: Zahl und Bevölkerung der Länder der Welt und Bundesstaaten Indiens, in denen die Gesamtfertilitätsrate bestimmte Werte erreicht

Gesamtbevölkerungszahlen in den beiden Kolumnen weichen voneinander ab, weil die Zahlen für die Bundesstaaten Indiens sich auf ein früheres Jahr beziehen und einige der kleineren Bundesstaaten auslassen.

GFR	Länder	Bevölkerung (Milliarden und Prozent)	Länder und Bundestaaten Indiens	Bevölkerung (Milliarden und Prozent)
Bis 1,9	77	3,1 (42,4%)	77+10	3,6 (50,1%)
Bis 2,1	90	3,25 (44,4%)	90+11	3,8 (52,8%)
Bis 2,3	107	5,1 (69,2%)	106+14	4,4 (61,5%)
2,4 bis 2,9	28	0,8 (10,8%)	28+4	1,0 (13,9%)
3,0 oder mehr	75	1,47 (20,0%)	75+2	1,8 (24,7%)

Quellen: Population Reference Bureau (2015): Total Fertility Rate, 1970 and 2014. [http://www.prb.org/DataFinder/Topic/Rankings.aspx?ind=17; 15.12.2015] (Daten meist von 2015); Office of the Registrar General, India; Ministry of Home Affairs (2013): Report No. 1 of 2013: Sample Registration System Statistical Report 2012, Neu Delhi. Chapter 3: Estimates of Fertility Indicators. [http://www.censusindia.gov.in/vital_statistics/SRS_Reports_2013.html; 15.12.2015]. (Fertilitätsdaten von 2013, Bevölkerungsdaten von 2011).

Die linken drei Spalten von Tabelle 7.1 zeigen, dass über 40 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern leben, wo die Gesamtfertilitätsrate auf 2,1 oder weniger gefallen ist, wo das Bevölkerungswachstum also in absehbarer Zeit aufhören wird. Allerdings berücksichtigen diese Daten nicht, dass Indien, das zweit-bevölkerungsreichste Land der Welt mit über einer Milliarde Einwohnern, intern nicht nur kulturell, sondern auch hinsichtlich der demografischen Lage sehr vielfältig ist. Das durchschnittliche Bundesland Indiens hat, wie die durchschnittliche Provinz Chinas, eine ähnlich große Bevölkerung wie ein durchschnittliches Land der Welt. Deshalb werden in den rechten beiden Spalten die Bundesländer Indiens wie Nationalstaaten im Rest der Welt behandelt. So gesehen lebt sogar die Hälfte der Welt-

bevölkerung in Ländern mit einer GFR von unter 1,9 (also wirklich auf gutem Wege zur Bevölkerungsstabilisierung) und 52 % leben in Ländern mit einer GFR von 2,1 oder weniger. Das heißt, die Hälfte der Welt hat ihr Bevölkerungswachstums schon gestoppt oder ist auf sehr gutem Wege zu diesem Ziel.

Wenn man noch die Länder mit Fertilitätsraten bis 2,3 Kinder pro Frau zu dieser Gruppe hinzuzählt, dann leben über 60 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern, die schon auf sehr gutem Weg sind, ihre Bevölkerung zu stabilisieren. Hierzu gehören nicht nur die reichen Länder Europas, Nordamerikas und Ostasiens, sondern auch solche Länder wie Thailand, Iran, die Türkei, Brasilien, Argentinien, etliche Länder der Karibik und große Teile Indiens. Es sind längst nicht mehr nur die reichsten Länder der Welt in der Lage, ihre Bevölkerung zu stabilisieren.

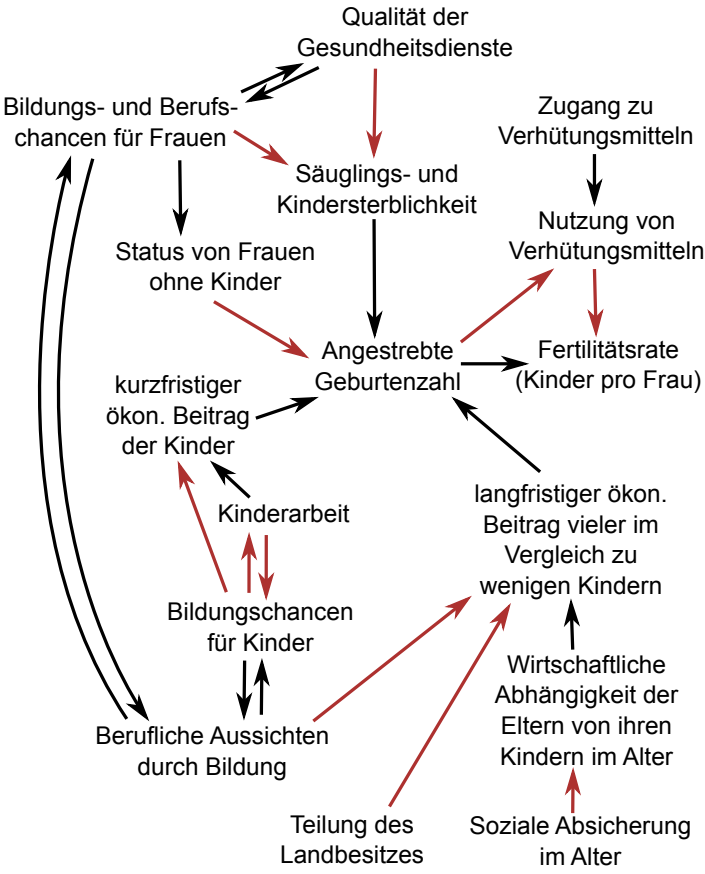
Es gibt natürlich auch Länder, die von einer Stabilisierung der Bevölkerung noch weit entfernt sind – hierzu kann man insbesondere die Länder rechnen, wo die GFR noch bei über 3 liegt. Auch in den meisten dieser Länder ist die Fertilitätsrate in den letzten Jahrzehnten allerdings stark gesunken, selbst in Afrika, wo noch immer die höchsten Raten weltweit zu finden sind. Laut dem US Census Bureau[2] ist die Gesamtfertilitätsrate der ganzen Welt inzwischen bei 2,4 Kindern pro Frau angelangt. Das heißt, selbst die Welt insgesamt ist auf gutem Wege, eine stabile Bevölkerung zu erreichen.

Wie ist es zu dieser Entwicklung gekommen? Auf Abb. 7.3 sind einige der ökonomischen Einflussgrößen zusammengefasst, die in der Literatur zu diesem Thema hervorgehoben werden und nachgewiesenermaßen zumindest in manchen Ländern eine Rolle spielen – wobei die Bedeutung jedes Einflussfaktors je nach Land oder Region sehr stark variiert. Zentral in dieser Grafik ist die angestrebte Geburtenzahl – die Kinderzahl, die das durchschnittliche Paar zur Welt bringen will. Diese Zahl hängt natürlich unter anderem von kulturellen Werten ab, die in der Grafik nicht dargestellt sind; die Grafik soll kein vollständiges Bild abgeben, sondern nur die Faktoren hervorheben, die durch die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu beeinflussen sind.

Ökonomisch betrachtet ist es von besonderer Bedeutung, wie Kinderreichtum die wirtschaftliche Lage der Eltern beeinflusst. Dieser

2 US Census Bureau (2015): International Database. [http://www.census.gov/population/international/data/idb/informationGateway.php; 15.12.2015].

Abbildung 7.3: Ökonomische Einflüsse auf die Fertilitätsrate



Einfluss ist in der Grafik durch die Bezeichnung »ökonomischer Beitrag« der Kinder umrissen. Kurzfristig, das heißt in den ersten zehn bis fünfzehn Lebensjahren, tragen Kinder ökonomisch zur Familie bei, wenn sie in der Landwirtschaft oder einer urbanen Erwerbstätigkeit arbeiten, statt zur Schule zu gehen. Schulkinder können dagegen kein oder nur wenig Geld verdienen; da sie nicht gleichzeitig einer Erwerbsarbeit nachgehen und die Schule besuchen können, stehen diese beiden Optionen im Wettbewerb zueinander (durch die wechselseitigen roten Pfeile dargestellt). Allgemein sind Fertilitäts-

raten meist hoch, wenn Kinder kurzfristig wesentlich zum Einkommen der Familie beitragen. Je weiter Schulbildung verbreitet ist, und je mehr sie tatsächlich zu reellen Einkommensmöglichkeiten junger Erwachsener führt, umso mehr sinken meist die Fertilitätsraten.

Kinder tragen aber auch langfristig zum wirtschaftlichen Wohlergehen ihrer Eltern bei, besonders wenn es keine andere verlässliche Altersabsicherung gibt. Dennoch bedeutet Altersabsicherung durch Kinder nicht unbedingt, dass Kinderreichtum eine Familie reicher macht. In Frankreich entstand als Folge der Revolution eine neue Klasse von kleinen und mittleren Landwirten, die ihr Land nicht unter mehreren Söhnen aufteilen wollten und deshalb ihre Familiengröße beschränkten. Eine kinderreiche Familie wurde schon zu Lebzeiten der Eltern ärmer, erst recht in der nächsten Generation. Dieser Umstand erklärt zumindest teilweise, warum Fertilitätsraten in Frankreich schon ab dem späten 18. Jahrhundert abnahmen – sehr viel früher als in jedem anderen europäischen Land. Solch eine Wirkung gibt es heute in vielen ländlichen Gebieten Asiens und wird in der Grafik durch den roten Pfeil von »Teilung des Landbesitzes« zu »langfristiger ökonomischer Beitrag vieler im Vergleich zu wenigen Kindern« dargestellt.

Wo die beruflichen Aussichten der Kinder stark von ihrer Bildung abhängen und es den Eltern schwerfällt, viele Kinder durch die Schule zu bringen, sind wenige gut ausgebildete Kinder ökonomisch günstiger als viele schlecht ausgebildete. Deshalb tragen berufliche Aussichten durch Bildung ähnlich wie teilbarer Landbesitz zu geringeren Fertilitätsraten bei.

Die angestrebte Geburtenzahl hängt außerdem vom gesellschaftlichen Status der Frauen ab. Frauen, die nur dann gutes Ansehen genießen, wenn sie heiraten und möglichst viele Kinder (meist insbesondere Söhne) gebären, wollen meist ähnlich viele Kinder haben wie ihre Ehemänner. Wenn Frauen allerdings auch durch andere, vor allem berufliche Möglichkeiten zu gesellschaftlichem Status kommen können, stehen diese Möglichkeiten meist im Widerspruch zu einer hohen Kinderzahl. Viele Frauen wollen dann ihre Kinderzahl begrenzen, und sie können ihren Willen besser durchsetzen. Bildungschancen für Kinder und Frauen unterstützen sich potenziell gegenseitig, weil gut gebildete Mädchen später als Lehrerinnen arbeiten können, und weil gut gebildete Mütter ihren Kindern bei den Schularbeiten helfen können.

Die angestrebte Geburtenzahl hängt auch von den Überlebenschancen der Kinder ab. Bei hoher Säuglings- und Kindersterblichkeit bringen Eltern meist mehr Kinder zur Welt, als sie eigentlich haben wollen, falls mindestens eines dieser Kinder frühzeitig stirbt. Das tatsächliche Sterberisiko wird fast unweigerlich überkompensiert, weil man kein halbes oder viertel Kind haben kann, um aktuelle Sterberisiken genau abzubilden. Gute Gesundheitsdienste ermöglichen nicht nur eine verringerte Sterblichkeitsrate und dadurch eine Verminderung der angestrebten Kinderzahlen; sie können außerdem Frauen gute, mit traditionellen Rollenverständnissen vereinbare Verdienstmöglichkeiten bieten. Gut ausgebildete Frauen stehen für solche Gesundheitsberufe zur Verfügung und können ihre Arbeitskraft dort produktiv einbringen; gut ausgebildete Mütter können mehr tun, um das Sterberisiko ihrer Kinder zu vermindern (z. B. durch gute Hygiene). Auch diese Verknüpfungen sind in der Grafik dargestellt.

Schließlich vermitteln mehrere Einflussgrößen zwischen der tatsächlichen und der angestrebten Geburtenzahl. In der Grafik ist davon nur die Verfügbarkeit der Verhütungsmittel angezeigt. Nur wer die Kinderzahl begrenzen will, hat einen Grund, Verhütungsmittel zu benützen; allerdings müssen sie auch zur Verfügung stehen, um benützt zu werden.

Die meisten der zu verminderter Geburtenzahl führenden Einflüsse haben sich in Industrieländern und in Städten früher ausgebreitet als in ärmeren Ländern und auf dem Lande. Prinzipiell können sie allerdings überall verwirklicht werden. Zu einer umfassenden Bevölkerungspolitik gehören folgende Maßnahmen:

- Grundgesundheitsversorgung für alle,
- Grundschulbildung für alle (Mädchen, Jungen, Arme, Reiche),
- Sicherung akzeptabler Berufsaussichten für alle Bevölkerungsschichten,
- Landreform, die den Kleinbauern Eigentumsrechte an dem von ihnen bestellten Land gibt,
- soziale Rentenabsicherung,
- leichter Zugang zu Empfängnisverhütung.

Entsprechende Maßnahmen sind in vielen Ländern realisiert worden, ohne das kapitalistische Wirtschaftssystem umzukrempeln. Ganz umfassend waren sie zwar selten, doch immerhin stabilisierten

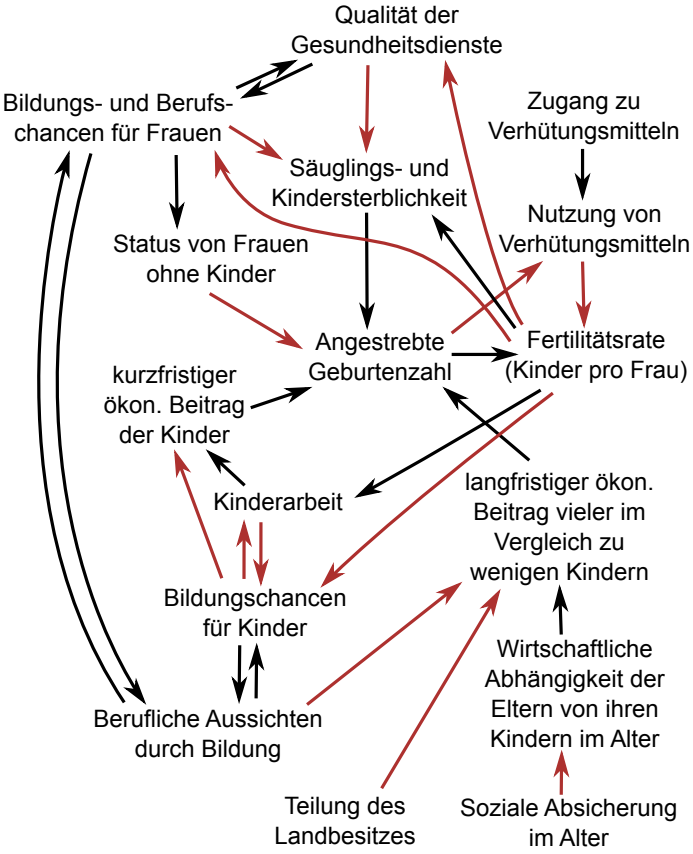
sie die Bevölkerung. Reform innerhalb des Systems reichte aus, nicht nur in den reichen OECD-Ländern, sondern auch unter anderem in Südindien, Sri Lanka, Thailand und dem Iran. Allerdings erfordern die gerade aufgeführten Reformen eine gewisse Umverteilung zugunsten der Armen, besonders durch öffentliche Dienste (Kliniken, Schulen, Rentenversicherung), und eine Neugestaltung zumindest mancher Eigentumsrechte durch Landreform.

Maßnahmen zur Bevölkerungsbegrenzung könnten einige günstige, in Abb. 7.4 dargestellte Rückkopplungen in die Wege leiten – und vielleicht haben sie es auch schon getan. Verminderte Fertilitätsraten können zur besseren Gesundheit der Säuglinge beitragen (unter anderem weil es ihren Müttern besser geht und die Kliniken weniger überlastet sind), mit den Konsequenzen verminderter Säuglingssterblichkeit und Verminderung der angestrebten Geburtenzahl. Verminderte Geburtenjahrgänge können dazu führen, dass Schulen weniger überlastet sind und folglich ein größerer Prozentsatz der Kinder guten Schulunterricht erfährt. Kleinere Familien haben eventuell den Zuverdienst der Kinder weniger nötig, weshalb die Zahl der zur Arbeit gezwungenen Kinder stark vermindert werden könnte. Frauen ohne Kinder oder mit wenigen Kindern können eher einer Berufstätigkeit nachgehen. Alle diese Zusammenhänge können nicht nur zur weiteren Verminderung der Fertilitätsrate beitragen und sich also selbst verstärken, sondern auch die sozialen Errungenschaften besserer Gesundheitsdienste und der Bildung stärken.

Eine erfolgreiche Politik zur Stabilisierung der Bevölkerung ist also ohne revolutionäre Umwälzungen möglich und kann zudem eventuell weitere günstige Entwicklungen zur Begrenzung der sozialen Polarisierung unterstützen. Allerdings bleiben durch eine solche Politik einige weitere systemische Beziehungen nicht oder kaum berührt, als da sind:

- Die in Abbildung 3.8 dargestellte Schleife Profit – Produktion – Kauf – noch mehr Profit.
- Die weitere in Abb. 3.8. dargestellte Schleife Profit – Produktion – Wettbewerb – verminderter Preis – Kauf – noch mehr Profit.
- Die in Abb. 3.9 dargestellten Einflüsse auf die Länge der Zeithorizonte.
- Der in Abb. 6.1 dargestellte Fluss von Zinsen und Dividenden von den Armen zu den Reichen.

Abbildung 7.4: Rückkopplungen der Fertilitätsrate auf ihre ökonomischen Einflussgrößen



Das bedeutet in der Konsequenz, dass eine Stabilisierung der Bevölkerung innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems zwar möglich ist, die weitere Zunahme der Umweltbelastungen damit aber nicht verhindert wird. Dies belegen unter anderem die vielen Länder besonders in Europa, wo die Bevölkerung zwar kaum mehr zunimmt, der Konsum aber sehr wohl. In den reichen Industrieländern breiten sich die Städte immer weiter ins Land aus, immer mehr Flächen werden versiegelt, weitere Straßen werden gebaut, obwohl die Be-

völkerung nur langsam wächst oder gar abnimmt. Eventuell werden mehr Konsumgüter woanders hergestellt und dann importiert, doch bedeutet das letztendlich nichts mehr als eine Verlagerung der Umweltbelastungen ins Ausland.

Diese Analyse der Energiewende und des Bevölkerungswachstums zeigt beispielhaft, dass es innerhalb des gegenwärtigen Wirtschaftssystems durchaus Reformpotenzial gibt, dass dieses aber nicht ausreicht, um die wirklich grundlegenden Zukunftsprobleme erfolgreich zu meistern. Innerhalb der Dynamik des Wirtschaftswachstums lassen sich bestimmte Wachstumstendenzen begrenzen (z. B. das Bevölkerungswachstum oder die Nutzung nicht erneuerbarer Energie), doch verlagern sich das Wirtschaftswachstum und der Ressourcenkonsum dann einfach auf andere Bereiche wie z. B. den Flächenverbrauch. Auch Dienstleistungen und der elektronische Datenverkehr erfordern materielle Infrastrukturen, Gebäude, Büros mitsamt ihren Ausstattungen, Energie usw., entmaterialisieren die Wirtschaft also nicht. Wir müssen uns deswegen überlegen, welche Rückkopplungen wir ändern müssen, um die Probleme wirklich zu lösen und nicht nur zu verlagern. Solchen Überlegungen ist der zweite Teil dieses Buches gewidmet.

Weiterführende Literatur

Arbeiten zu Energiewende aus dem Rocky Mountain Institute (und E. U. von Weizsäcker) behandeln auch den Rebound-Effekt

Weizsäcker, E. U. von; Lovins, A.; Lovins, H. (1995): Faktor Vier: Doppelter Wohlstand – halbierter Naturverbrauch: der neue Bericht an den Club of Rome, München.

Weizsäcker, E. U. von; Hargroves, K.; Smith, M. (2010): Faktor Fünf: die Formel für nachhaltiges Wachstum, München.

Erneuerbare-Energien-Gesetz: eine zusammenfassende Darstellung mit Hinweisen für potenzielle Nachahmer

World Future Council (2016): The German Feed-In Tariff. [http://www.futurepolicy.org/climate-stability/renewable-energies/the-german-feed-in-tariff/; 26.12.2016].

Überschreitung kritischer Grenzwerte der Ressourcennutzung

Rockström et al. (29 Autoren) (2009): A safe operating space for humanity, in: Nature 461, S. 472–475.

Mögliche Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch verringerten Arbeitsbedarf

Rifkin, J. (2014): Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft: Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus, Frankfurt a. M.

Literatur zu Fertilitätsraten und wie sie beeinflusst werden

Jeffery, R.; Jeffery, P. (1997): Population, Gender and Politics: Demographic Change in Rural North India, Cambridge. (Siehe besonders das 3. Kapitel, »In these expensive times«, das unter anderem den Einfluss der Fragmentierung des Landes auf Fertilitätsentscheidungen behandelt).

Livi Bacci, M. (2012): A Concise History of World Population. 5. Auflage. Oxford.

Livi Bacci, M. (1999): Europa und seine Menschen: eine Bevölkerungsgeschichte, München.

Murthi, M. (2002): Fertility Change in Asia and Africa, in: World Development 30 (10), S. 1769–1778.

Lehmijoki, U.; Palokangas, T. (2014): Land Reforms, Status and Population Growth, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA): Discussion Paper No. 8054. [http://ftp.iza.org/dp8054.pdf; 26.12.2016]. (Modellhafte Darstellung, wie Landbesitz das Fertilititätsverhalten beeinflussen kann).

Repetto, R. (1979): Economic Equality and Fertility in Developing Countries, Baltimore.

Demografische Entwicklung Frankreichs im 19. Jahrhundert

Anderson, M. (1996): Population Change in North-Western Europe, 1750–1850, in: Andersen, M. (Hrsg.): British Population History: From the Black Death to the Present Day, Cambridge.

Gummins, N. J. (2013): Marital fertility and wealth during the fertility transition: Rural France, 1750–1850, in: Economic History Review 66 (2), S. 449–476.

II. Teil

Rückkopplungen für eine Wirtschaft der Lebensfülle

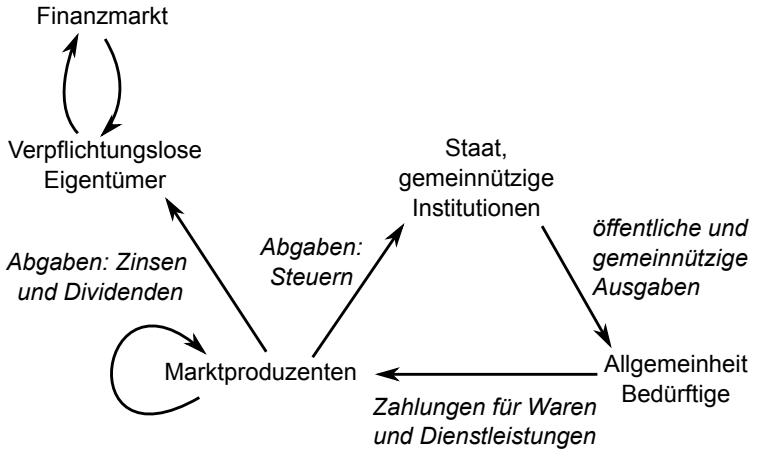
8 Zielsetzung und Zweckbestimmung

Aufgrund der Ausführungen im ersten Teil dieses Buches ist es nun möglich, eine allgemeine Diagnose der Systemfehler unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems zu stellen. Diese Diagnose wiederum bietet die Grundlage einer Zweckbestimmung (Wozu dient die Wirtschaft?) und Zielsetzung (Welche konkreten Ergebnisse soll unsere Wirtschaft in Zukunft erzielen?), die in diesem Kapitel behandelt werden.

Ein Modell der Netto-Geldzirkulation in unserem jetzigen Wirtschaftssystems ist auf Abb. 8.1 dargestellt. Im Dreieck rechts wird Geld, das gesetzliche Zahlungsmittel, für Staatsausgaben oder gemeinnützige Zwecke verwendet. Geld wird dort ausgegeben, wo der Staat oder gemeinnützige Organisationen einen Bedarf erkennen: wer anerkanntermaßen braucht, dem wird gegeben. Auf diese Weise wird Nachfrage in bestimmten Bereichen erzeugt. Im Tauschprozess am Markt (dargestellt unten links) zirkuliert das Geld weiter nach Angebot und Nachfrage und folgt dem Leistungsprinzip: wer etwas gibt, dem wird etwas Gleichwertiges gegeben. Das Leistungsprinzip gilt allerdings nur unvollkommen, da viele Leistungen kaum honoriert werden und niemals zu Eigentumsansprüchen führen, während andere Leistungen über Gebühr honoriert werden. Selbst bei großer Fairness führen Tauschgeschäfte tendenziell zu einer langsamen Polarisierung der Einkommen und Vermögen, weil Gewinner einer Runde des Wettbewerbs für die nächste Runde besser gewappnet sind, und weil manche Menschen weniger leisten können (unter anderem wegen Krankheit, Alter usw.). Deshalb müssen im Sinne des sozialen Ausgleichs der Staat und andere gemeinnützige Organisationen nach Vermögen gestaffelte Steuern und Abgaben einsammeln, um Geld wieder dem ungedeckten Bedarf zuzuleiten. Ausgleich dieser Art ist außerdem notwendig, um Schädigungen Dritter und der Umwelt durch das Wirtschaftstreiben auszugleichen.

Die geltenden Regeln des Eigentums und der Zirkulation des Geldes erlauben allerdings die Erhebung von Abgaben durch Menschen und Institutionen, die keinerlei Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwesen haben, und deren einziges Ansinnen ist, ihr eigenes Vermögen zu mehren. Die Hauptformen dieser Abgaben sind der Zins

Abbildung 8.1: Kapitalistisches Zirkulationssystem



auf entliehenes Geld (der auch einen großen Teil der Mieten ausmacht) sowie Dividenden an Aktionäre. Dieses Geld, dargestellt durch den Pfeil in Richtung verpflichtungsloses Eigentum, wird gezahlt nach dem Prinzip: wer hat, dem wird gegeben. Die Hauptempfänger zahlen unverhältnismäßig wenige Steuern und tragen auch nur einen kleinen Bruchteil ihres Vermögens zu gemeinnützigen Stiftungen bei; stattdessen benützen sie einen großen Teil ihres Vermögens als Anlagen im Finanzmarkt, um ihre Finanztitel noch weiter zu mehren. Auf diese Weise wird kontinuierlich Geld aus den anderen beiden Kreisläufen (bedürfnisorientierte Ausgaben und leistungsorientierter Tausch) abgezogen.

Der unausgesprochene Zweck dieses Systems ist die Bereicherung der verpflichtungslosen Eigentümer – jener Menschen, deren Vermögen durch soziale Perpetuum mobiles immer weiter anschwellen, ohne Verpflichtung gegenüber den Menschen und Institutionen, die ihren Reichtum erwirtschaften. Alles andere wird für diesen Zweck instrumentalisiert. Natürlich können die Eigentümer aus eigenem Verantwortungsgefühl heraus verantwortlich handeln, doch sind sie dazu nicht verpflichtet – und das beschert den besonders verantwortungslosen Eigentümern Wettbewerbsvorteile.

Ein Kreislauf, dem sein Zirkulationsmittel – quasi sein Blut – kontinuierlich entzogen wird, braucht immer neues Zirkulationsmittel, um weiter zu überleben. Solange Geld (und damit die Verfügungsgewalt über Ressourcen) an verpflichtungslose Eigentümer abfließt, ist dauerndes Wachstum notwendig, damit der Staat seine Aufgaben weiter bewältigen kann, damit einiges Geld auch die Bedürftigen erreicht, damit es Mittel gibt, um die schlimmsten Umweltprobleme anzugehen. Dieses Wachstum erfordert unter anderem die Beschaffung von immer mehr Energie und Materialien von außen – das heißt, aus der natürlichen Umwelt. Dies begründet seine Unersättlichkeit. Es handelt sich bei diesem Wachstumszwang um eine Sucht, wie sie im 3. Kapitel definiert wurde: ein Problem wird nur verkürzt gesehen, weshalb ein Symptom behandelt wird, statt die Ursachen zu beheben.

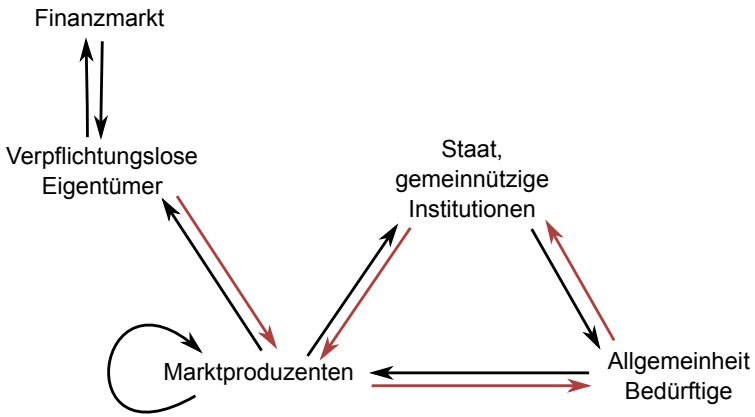
Die Ursachen sind folgende:

- Mangelndes Bewusstsein über die eigentlichen Zwecke des Wirtschaftens, und daher mangelnde Ausrichtung der wirtschaftlichen Strukturen auf diese Zwecke.
- Eigentum, das nicht an Verantwortung und Arbeit gebunden ist, weswegen es für die Mehrheit aller Menschen unmöglich ist, wesentliche Vermögenswerte durch Arbeit und Verantwortung zu erwerben, während eine kleine Minderheit ohne entsprechende Verantwortung und Arbeit außerordentliche Vermögen ansammelt.
- Mangelnde Unterscheidung zwischen Tausch und Abgaben mit dem Ergebnis, dass privilegierte Menschen und Institutionen Abgaben erhalten, ohne entsprechende Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwohl eingehen zu müssen.
- Fehlerhaft Diagnose der Problemlage, die zu Wachstumssucht führt statt zu Problemlösung.

Alle anderen Systemfehler können von den obigen Fehlern abgeleitet werden oder als Bestandteile dieser Fehler betrachtet werden. Hierzu gehören unter anderem die Krisenanfälligkeit, die soziale Polarisierung und die Umweltzerstörung durch dieses Wirtschaftssystem.

Abbildung 8.1 muss allerdings noch etwas modifiziert werden, um den systemtheoretischen Darstellungen der anderen Grafiken angeglichen zu werden – denn dort geht es nicht um Geldflüsse, sondern um Wechselwirkungen aller Art. Das Ergebnis ist in Abb. 8.2 zu

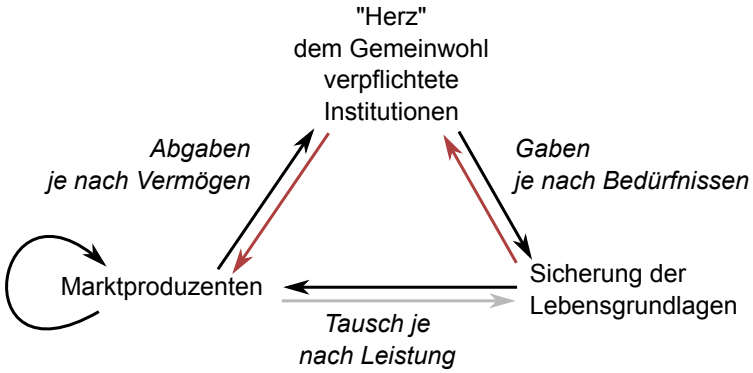
Abbildung 8.2: Kapitalistische Rückkopplungen



sehen. Die Geldflüsse aus Abb. 8.1 werden alle als schwarze Pfeile übernommen, weil sie den Empfängern zu weiterem Wachstum verhelfen. In umgekehrter Richtung werden allerdings rote Pfeile eingefügt, wenn es keine direkte Gegenleistung vergleichbaren Ausmaßes gibt. Der rote Pfeil unten in der Grafik stellt dar, dass gesellschaftlich Benachteiligte gezwungen werden, zu ungünstigen Konditionen zu arbeiten, und dass Naturgüter übermäßig beansprucht werden. Menschen, die zu günstigen oder fairen Konditionen arbeiten, sind im Tauschkreislauf unten links zu finden, wo kein roter Pfeil eingetragen ist (es wird also angenommen, dass der Tausch beiden Seiten einen Vorteil bringt).

Die Akteure im Tauschkreislauf benötigen keine unverhältnismäßigen staatlichen Leistungen, doch müssen sie Steuern und andere Abgaben zahlen, damit der Staat seine Funktionen wahrnehmen kann. Diese Abgaben sind für die Wirtschaftsakteure eine durch einen roten Pfeil dargestellte Belastung. Auch die Zahlungen von Zinsen, Dividenden, Mieten usw. an verpflichtungslose Eigentümer bedeuten Belastungen, die durch einen roten Pfeil dargestellt sind. Schließlich wird der Staatshaushalt belastet durch Ausgaben im Sinne des Gemeinwohls oder zur Unterstützung für die im Markt Benachteiligten. Kunden im Finanzmarkt versprechen sich Renditen, weshalb es hier keine roten Pfeile gibt; hier gibt es allerdings wie

Abbildung 8.3: Funktionierendes Gesellschaftliches Zirkulationssystem



auch im Tauschkreislauf nicht nur das Potenzial des selbstverstärkenden Wachstums, sondern auch der selbstverstärkenden Krise.

Der durch das rechte Dreieck dargestellte Kreislauf sähe ohne die roten Pfeile wie eine selbstverstärkende Rückkopplung aus – mehr Wirtschaft erlaubt mehr Staatseinnahmen, die bessere Sozial- und Umweltleistungen ermöglichen, die wiederum Kundschaft für die Wirtschaftsunternehmen darstellen. Allerdings vermögen die staatlichen und gemeinnützigen Ausgaben die sozialen und ökologischen Schäden in der Regel nur partiell zu reparieren, weshalb die Praxis ganz anders aussieht. Außerdem werden, wie schon erwähnt, erhebliche Geldmengen (und damit Ressourcen) an die verpflichtungslosen Eigentümer und die Finanzmärkte abgezogen, weshalb es eher zu einer Abwärtsspirale kommt, die durch immer neue Wachstumsschübe ausgeglichen werden muss..

Abbildung 8.3 zeigt einen stark vereinfachten Gegenentwurf. In dieser Grafik gibt es kein verpflichtungsloses Eigentum: grundsätzlich kann man Eigentumsrechte nur erwerben, wenn man etwas leistet und Verantwortung übernimmt. Andererseits: Arbeit und Mitverantwortung führen zu Eigentums- oder Nutzungsrechten! Eigentumsrechte sind hierbei zu definieren als Rechte, eine Sache alleine oder zusammen mit anderen zu nutzen und Unbefugten vorzuenthalten, an andere weiterzugeben oder zu veräußern, unter

gewissen Umständen auch zu zerstören, aber immer unter dem Vorbehalt der Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen, das diese Rechte anerkennt und damit erst erzeugt hat. Diese Rechte brauchen weder alle gleichzeitig vorhanden noch in einer einzigen natürlichen oder juristischen Person vereinigt zu sein. Wenn viele verschiedene Menschen eine Sache (z. B. ein Unternehmen, eine Organisation oder eine natürliche Ressource) nutzen oder pflegen, ist es sinnvoll, Eigentumsrechte je nach ihren Beiträgen auf mehrere Personengruppen zu verteilen.

Finanztransaktionen sind nach Abb. 8.3 als Tausch unter Gleichen statt als Abgaben an Vermögende organisiert, weshalb sie in den Marktprozess integriert und nicht separat dargestellt werden. Da der Abfluss des Reichtums an unverantwortliches Einkommen versiegt, brauchen Geldmenge und Vermögenswerte nicht immer weiter zu wachsen, um das System zu erhalten.

Tendenzen zur sozialen Polarisierung wären wegen der leistungsgerechteren Verteilung des Eigentums gegenüber der jetzigen Situation zwar sehr geschwächt, würden aber noch immer existieren. Auch negative Auswirkungen auf die Umwelt würden durch die Bindung des Eigentums an Verantwortung reduziert, aber nicht ausgeschlossen. Die geringere Ausbeutung der Umwelt und der sozial Schwachen wird durch den grauen Pfeil symbolisiert. Da der Markt niemals alle Ungleichgewichte vermeiden oder ausgleichen kann und da viele Aufgaben zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen gemeinsames Handeln erfordern, sind kollektive, staatliche, öffentliche, gemeinnützige Organisationen notwendig, die von Marktteilnehmern je nach ihrem Vermögen Abgaben erheben, um ihre Aufgaben bewältigen zu können. Die Arbeit dieser Organisationen wird im Vergleich zur heutigen Situation erleichtert, weil die sozialen und ökologischen Probleme wegen des verpflichteten Eigentums erheblich vermindert worden sind. Die Sicherung der allgemeinen Liquidität gehört zu den öffentlichen Aufgaben und wird von staatlichen, gemeinnützigen oder genossenschaftlichen Organisationen gewährleistet. Öffentliche und gemeinnützige Institutionen erkennen, wo es ungedeckte Bedürfnisse gibt, indiziert beispielsweise durch Preise, die die Herstellungskosten nicht decken können (extrem billige Grundnahrungsmittel zeigen an, dass arme Leute zu wenig Kaufkraft haben, und können von Landwirten nicht kostendeckend angebaut werden). Kurzfristig können Geldmittel zur unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung an die

Bedürftigen geleitet werden; langfristig sollten die Bedürftigen nach Möglichkeit in die Lage versetzt werden, erfolgreich am Marktgeschehen teilzunehmen und Eigentum zu erwerben.

Die öffentlichen Institutionen erfüllen außerdem regulative Funktionen. Sie erkennen Umweltschäden und ziehen die Verursacher zur Verantwortung. Zahlungen der Verursacher werden verwendet, um umweltfreundliche Verfahren zu fördern und Schäden zu beheben. Die öffentlichen Institutionen erkennen, wo es inflationäre Tendenzen gibt, und entwickeln Strategien, um dort spekulative Märkte zu unterbinden, den Bedarf zu senken oder Monopole aufzulösen. Schließlich definieren die öffentlichen Institutionen den Rahmen, innerhalb dessen die Regeln des gesamten Systems ausgehandelt werden; sie müssen sicherstellen, dass alle Teilnehmer gleichberechtigt miteinander verhandeln können und dass die Belange zukünftiger Generationen und der Natur den nötigen Nachdruck erhalten. Die Gesamtheit dieser Funktionen gewährleistet, dass genug Geld und Ressourcen in die Sicherung der gemeinsamen Lebensgrundlagen fließen.

Ein solches System setzt voraus, dass möglichst viele Teilnehmer die Funktionsbedingungen des gesamten Systems verstehen – so, wie jede Zelle eines Organismus die DNA mit den Strukturinformationen des gesamten Organismus enthält. Dieses Verständnis entwickelt sich am effektivsten in einer fraktalen und subsidiären Struktur, in der jede Organisation ähnliche interne Strukturen aufweist wie das System als Ganzes, und Entscheidungen so lokal wie möglich, so zentral wie unbedingt erforderlich getroffen werden. Die Mitglieder einer Organisation machen unter sich aus, wie sie ihre Ressourcen verwenden und wie viel ihnen die Leistungen aller Mitarbeitenden bis hinauf zu Geschäftsführern und Managern wert sind. Einzelne Organisationen entwickeln eigene Methoden, setzen eigene Ziele, finden innovative Lösungen. Auf diese Weise entwickelt sich das ganze System weiter fort und meistert neue Herausforderungen.

Die beiden Grafiken legen nahe, dass die Produzenten von Gütern und Dienstleistungen profitieren würden, wenn sie von den Abgaben an verpflichtungslose Eigentümer befreit würden. Hierin liegt eine Möglichkeit des Wandels: Marktteilnehmer, die neue Wirtschaftsformen inklusive solidarischer Finanzsysteme in Eigenregie aufbauen, sollten infolge der geringeren Abgaben in Zeiten des Wachstums finanziell solider wirtschaften können und in Zeiten der Krise sehr viel

bessere Überlebenschancen haben. Diese Vorteile könnten ein sehr wichtiger Hebel sein, um Wandel einzuleiten.

Als Zielvorgabe dient Abb. 8.3 allerdings nur bedingt, denn man kann nicht einfach das verpflichtungslose Eigentum und die Finanzmärkte der Abb. 8.2 abschaffen und so ein nachhaltiges System schaffen. So funktionieren lebende Systeme nicht, denn sie müssen jeden Tag überleben, mitsamt der Strukturen, die sich eigentlich überlebt haben. Stattdessen werden bestehende Elemente umfunktioniert und ihre Beziehungen untereinander verändert. Auf diese Weise entwickelten sich zum Beispiel die Mittelohrknochen der Säugetiere aus Knochen, die das Kiefergelenk stabilisierten, aber dort nicht mehr gebraucht wurden.[1] Dementsprechend muss eine Strategie des Wandels darauf abzielen, die problematischen Elemente in Abb. 8.2 relativ behutsam umzugestalten und ihre Verbindungen so zu verändern, dass das funktionale Ergebnis weitgehend der Abb. 8.3 entspricht. Die sich ergebenden Strukturen mögen aus technischer Sicht übermäßig kompliziert und unzweckmäßig erscheinen, doch es muss ein historisch gangbarer Weg vom jetzigen zum angestrebten Zustand gefunden werden. Reale historische Entwicklungslinien sahen selten effizient aus. Die folgenden Kapitel geben einige Anregungen, wie dieser Weg gestaltet werden könnte.

Zweckbestimmung der Wirtschaft

Einige Systemmerkmale eines lebensfähigen Wirtschaftssystems sind nun schon definiert. Zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem gehört eine echte Kreislaufführung des Zirkulationsmittels, mit klaren Definitionen der Mechanismen und Funktionen der Gabe, des Tauschs und der Abgabe. Doch es fehlt noch eine Grundvoraussetzung eines nachhaltigen Wirtschaftssystems: die Zweckbestimmung, wozu dieses System überhaupt existiert. Es wurde in diesem Kapitel schon angedeutet, dass die Wirtschaft nicht der Bereicherung der verpflichtungslosen Eigentümer dienen und dass sie Bestand haben soll, doch alleine reichen diese Vorgaben als Zweckbestimmung nicht aus.

Wie schon im 2. Kapitel erwähnt, ist das Geldverdienen bzw. die Akkumulation von Kapital keine gute Zweckbestimmung eines Wirt-

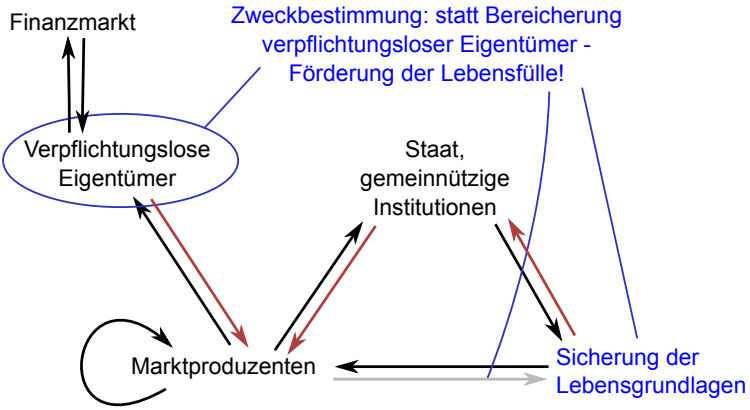
1 Zur Evolution der Gehörknöchelchen der Säugetiere, siehe Zrzavý, J.; Burda, H.; Storch, D.; Begall, S.; Mihulka, S. (2013): Evolution: Ein Lese-Lehrbuch, Berlin und Heidelberg, S. 287: »Kiefergelenke, Gehörknöchelchen und Reichert-Gaupp-Theorie.«

schaftssystems. Geld ist ein Mittel, kein Zweck. Aus der Sicht eines Einzelnen dient Geld dem Zweck der Bedürfnisbefriedigung und der Sicherung des Lebensunterhaltes. Aus der Sicht eines Unternehmens oder jeglicher Organisation (auch des Staates) erfüllt Geld den Zweck, sich selbst zu erhalten oder zu wachsen. Auch aus der Sicht des Gemeinwesens erfüllt Geld einen ähnlichen Zweck – es soll so eingesetzt werden, dass das Gemeinwesen heute und auch in Zukunft florieren kann. Geld schadet dem Gemeinwesen, wenn es so verwendet wird, dass es diesem Zwecke zuwiderläuft. Innerhalb des Gemeinwesens erfüllt Geld seinen Zweck, wenn es Menschen und Organisationen dazu anregt, zur Lebensfähigkeit des Gemeinwesens beizutragen.

Hiermit ist schon ein Hauptzweck des Wirtschaftens angesprochen: uns in der Gegenwart und Zukunft am Leben zu halten. Da unser Wirtschaften heute die gesamte Biosphäre und Atmosphäre beeinflusst, müssen wir außerdem darauf achten, dass wir die Stabilität der Atmosphäre und der Ökosysteme erhalten. Aufgrund des modernen, liberalen Verständnisses der Menschenrechte, dass nämlich jeder Mensch gleiche Rechte hat und das Leben jedes Menschen gleich wertvoll ist, sollte unser Wirtschaften danach streben, allen Menschen gute Lebensbedingungen zu ermöglichen. Entsprechend dieser Zielsetzung könnte sich jeder Nationalstaat das Ziel setzen, dass alle Menschen innerhalb des Staates gut leben können und die natürlichen Ressourcen im Staatsgebiet erhalten werden, ohne die Menschen und die natürlichen Ressourcen anderer Staaten zu schädigen. Entsprechend könnten sich Unternehmen und Organisationen das Ziel setzen, positiv zum Leben ihrer Mitarbeiter, Kunden und Zulieferer beizutragen, Unbeteiligten nicht zu schaden und pfleglich mit natürlichen Ressourcen umzugehen.

Den angestrebten Zustand, dass sich alle Menschen, die Ökosysteme und eine möglichst große Vielfalt anderer Lebewesen guter Lebensbedingungen erfreuen und dass diese guten Lebensbedingungen auch für die Zukunft erhalten werden, nenne ich »Lebensfülle«. Die Mehrung einer sorgfältig definierten Lebensfülle könnte als Zweck einer »Wirtschaft der Lebensfülle« erklärt werden. Als Folge würde, wie auf Abb. 8.4 dargestellt, verpflichtungsloses Einkommen infrage gestellt, die Sicherung der Lebensgrundlagen in den Vordergrund der öffentlichen Bemühungen gerückt, und die Marktteilnehmer würden verpflichtet, zur Sicherung der Lebensgrundlagen beizutragen. Wegen des sorgfältigeren Umgangs der Marktteilnehmer mit den Le-

Abbildung 8.4: Zweckbestimmung einer Wirtschaft der Lebensfülle



bensgrundlagen müssten Staat und gemeinnützige Organisationen geringere Ausgleichsleistungen tätigen und könnten die ihnen verbleibenden Aufgaben besser bewältigen.

In einer Wirtschaft der Lebensfülle bedeutet »Wachstum« die Mehrung der Lebensfülle. Eine solche Ökonomie wäre keine »Post-Wachstums-Ökonomie«, sondern eine Wirtschaft eines ganz anderen Wachstums, das sich im ursprünglichen Wortsinne auf wachsende Lebewesen bezieht statt auf tote Materie oder Zahlungsmittel. Dieses Wachstum zielt auf den Zweck des Wirtschaftens statt auf die Mittel (wie zum Beispiel Geld in Form von Profit oder BIP). Effizienz in einer Wirtschaft der Lebensfülle bedeutet, unerfreuliche Arbeitszeit, natürliche Ressourcen, Geld, Kapital usw. möglichst sparsam einzusetzen, um möglichst viel Lebensfülle zu erreichen.

Ein politisches Ziel der Mehrung der Lebensfülle ergäbe im Gegensatz zum jetzigen Wachstumsbegriff einen kohärenten Orientierungsrahmen. Das BIP gibt uns nämlich keine Orientierung, welche wirtschaftlichen Aktivitäten gefördert werden sollten und welche nicht. Das BIP wird vermehrt, wenn manche Menschen daran verdienen, einen Schaden anzurichten, und andere Menschen bezahlt werden, diesen Schaden zu beheben. Es mehrt sich, wenn Menschen Verkehrsunfälle erleiden und im Krankenhaus behandelt werden. Es

wächst, wenn Menschen Medikamente einnehmen, die ihnen nicht helfen. Es wächst, wenn mehr Menschen im Auto im Verkehrsstau stehen – obwohl sie alle schneller ihr Ziel erreichen würden, wenn sie alle mit dem Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs wären. Es wächst, wenn mehr Leute Rechtsstreitigkeiten haben. Es wächst, wenn Immobilien spekulativ verteuert werden.

Alle solche Fälle können nicht aus dem BIP herausgerechnet werden, weil die Erreichung eines Zieles grundsätzlich nicht durch Bestandsaufnahme der Mittel festgestellt werden kann. Nur weil jemand ein Auto besitzt, hat er sein Ziel noch nicht erreicht! Man muss schon feststellen, wo er sich befindet und ob das sein Ziel ist. Entsprechende Messmethoden müssen auch für die Wirtschaft entwickelt werden. Erst dann können wir feststellen, ob die wirtschaftlichen Mittel zweckdienlich eingesetzt worden sind und welche Bereiche der Wirtschaft wachsen, schrumpfen oder ganz verschwinden sollen. Zum Wachstum gehört auch Tod; ohne Tod gibt es weder Erneuerung noch Innovation.

Erfassung der Lebensfülle

Wie können wir »Lebensfülle« definieren und messen? Methodisch gibt es prinzipiell zwei sich ergänzende Ansätze. Der erste besteht aus Befragungen, um festzustellen, inwieweit die Menschen eines Erhebungsgebietes mit ihren Lebensbedingungen zufrieden sind, denn jeder Mensch kann letztlich die eigene Erfahrung der Lebensfülle am besten beurteilen. Der zweite Ansatz besteht aus der Erfassung messbarer Indikatoren, besonders in Hinsicht auf die Integrität natürlicher und sozial-ökologischer Systeme.

Es gibt inzwischen eine Vielzahl von Maßstäben, die den Erfolg einer Wirtschaft messen sollen, wie z. B. der Index of Sustainable Economic Welfare, der General Progress Indicator, der Sustainable Development Index, der Sustainable Society Index, der Environmentally Responsible Happy Nations Index und Bhutans Gross National Happiness Index. Wirklich durchgesetzt hat sich allerdings noch keiner dieser Indikatoren. Manche von ihnen sind konzeptionell fehlerhaft, weil sie nicht sauber zwischen Mittel und Zweck der Wirtschaft unterscheiden. Außerdem werden oft »objektive« Indikatoren verwendet, wo es eigentlich darum gehen sollte, festzustellen, wie zufrieden die Menschen sind (die ausreichende Versorgung mit Wohnraum kann man z. B. am besten durch Fragen ermitteln, ob die

Menschen sich in ihren Wohnräumen wohlfühlen, und nicht durch eine Quadratmeterzahl pro Person). Man sollte möglichst zwei Fehler vermeiden: erstens Bedürfnisse zu implizieren, die gar nicht existieren, und zweitens anzunehmen, dass alle wichtigen Bedürfnisse befriedigt sind, sobald »objektive« Zielvorgaben erreicht worden sind.

Auf der Ressourcenseite messen die oben genannten Indikatoren die Fülle oder Knappheit der Ressourcen vorwiegend auf nationaler Ebene, während die meisten Entscheidungen über Ressourcennutzung auf lokaler oder regionaler Ebene zu treffen sind. Eine detaillierte kartografische Erfassung wäre hier zweckdienlicher.

Das hier folgende Konzept zur Messung von »Lebensfülle« soll diese Nachteile vermeiden. Es besteht aus zwei Komponenten: erstens eine repräsentative Umfrage zur Erfassung der Bedürfnisbefriedigung, zweitens eine Kartierung der Qualität der natürlichen und sozial-ökologischen Ressourcen.

Als erste Komponente soll mit den Methoden der Meinungsforschung die Bevölkerung eines Erhebungsgebietes regelmäßig befragt werden. Die Befragten werden aufgefordert, nach einem Schema wie auf Tabelle 8.1 (am Ende des Kapitels) ihre Befindlichkeit in 20 bis 25 Lebensbereichen anzugeben. In jedem Bereich reicht die mögliche Befindlichkeit von -2 (großem Mangel) bis zu +2 (höchster Zufriedenheit und Lebensfülle). Fünf Abstufungen von sehr schlecht bis sehr gut mit einem neutralen Mittelfeld folgen einer leicht verständlichen Logik, die in unzähligen Befragungen verwendet wird. Der Frage nach der Befindlichkeit kann jeweils noch eine zweite Frage folgen, wie wichtig der befragten Person der betreffende Bereich ist. Zum Beispiel könnte eine befragte Person hinsichtlich der Frage 1 auf Tabelle 8.1 angeben, dass ihr die Luftverschmutzung wahrscheinlich schadet (Wert von -1), aber dass ihr das nicht so wichtig ist. Außerdem sollten einige demografische Daten (Alter, Geschlecht usw.) erhoben werden, um die Zufriedenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen vergleichen zu können.

Die Fragen auf Tabelle 8.1 sind nur ein grober Entwurf, der noch sorgfältig ausgearbeitet werden muss. Die konkrete Ausgestaltung der Fragen sollte auf die kulturellen und ökonomischen Besonderheiten jedes Landes Rücksicht nehmen (z. B. hinsichtlich der Beschreibung qualitativ hochwertiger Ernährung in Frage 5). Es geht nicht darum, weltweit die gleichen Fragen zu stellen, um internationale Vergleiche anzustellen, die nur für internationale Prioritätensetzun-

gen wirklich nützlich sind (z. B. Entscheidungen eines Ministeriums für Entwicklungshilfe, in welche Projekte und Länder es seine Geldmittel lenken soll). Vielmehr soll die Entscheidungsfindung innerhalb eines Landes unterstützt werden, indem man feststellt, wo die Einwohner den größten Handlungsbedarf sehen. Besonders negative Werte zeigen unmittelbaren Handlungsbedarf an, während eine Häufung von Nullwerten eher auf einen langfristigen Bedarf hinweist, bessere Optionen zu entwickeln. Lösungsansätze sollten systematisch hinsichtlich ihrer Wirkungen auf alle potenziell betroffenen Lebensbereiche bewertet werden.

Da statistisch repräsentative Werte durch Erhebungen unter wenigen Tausend Personen gewonnen werden können, wäre es finanziell möglich, Daten sehr häufig und kleinräumig zu sammeln und somit die Auswirkungen konkreter politischer Maßnahmen zeitnah einzuschätzen. Dies würde die Erfolgskontrolle verbessern und damit zu verantwortlicher Politik beitragen.

Die zweite Komponente der Messung der Lebensfülle soll die Fülle natürlicher und sozial-ökologischer Ressourcen erfassen (siehe Tabelle 8.2). Auch hier ist eine Skala von -2 (schwer beschädigt) bis +2 (in hervorragendem Zustand) sinnvoll. Umweltdaten, die in vielen Ländern sowieso schon regelmäßig erfasst werden, könnten so in eine auch für Normalbürger leicht verständliche Form gebracht werden. Die Daten über die Qualität des Landes, des Wassers, der Luft, der Tier- und Pflanzenwelt könnten in geografischen Informationssystemen (GIS) erfasst werden, um zur Entscheidungsfindung in der Raum- und Stadtplanung, im Umwelt- und Naturschutz beizutragen. Daten zur Energie und Materialnutzung könnten in das Design von Produktionsabläufen und in die Architektur einfließen. Statistische Erfassungen aller dieser Daten könnten in die Prioritätensetzung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einfließen.

Beide Komponenten wären nicht nur für Regierungen und Gebietskörperschaften interessant, sondern auch für große und kleine Unternehmen und für Organisationen aller Art. Sie könnten diese Informationen zum Beispiel in ihren Bedarfs- oder Marktanalysen verwenden oder ihre eigenen Auswirkungen auf die Umwelt abschätzen. Die Ressourcenkartierung könnte, je nach ihrer Auflösung, das lokale Ressourcenmanagement unterstützen. Selbst Einzelpersonen könnten den Fragebogen zur Befindlichkeit ausfüllen, um sich über ihren persönlichen Handlungsbedarf Gedanken zu machen.

Die Daten wären natürlich auch für die Wissenschaft höchst interessant. Man könnte beispielsweise untersuchen, inwieweit die subjektive Zufriedenheit der Menschen über ihre Atemluft mit der objektiv gemessenen Luftqualität korreliert, oder ob Wahlergebnisse mit verschiedenen Aspekten der Befindlichkeit der Wähler korrelieren. Die Fragestellungen wären schier unerschöpflich.

Die Daten zur Lebensfülle könnten dazu beitragen, politische Ziele klarer zu fassen. Parteien könnten Stellung beziehen, welche Aspekte der Lebensfülle sie besonders fördern wollen, wo sie den größten Handlungsbedarf sehen – und damit auch, wie die Erfolge ihrer Politik zu messen sind. Auch andere politisch aktiven Verbände und Unternehmen könnten ihre Ziele in den Begriffen der erfassten Lebensfülle ausdrücken. Die politische Debatte bezöge sich nicht mehr auf »Wachstum« allgemein (wobei der Einfluss jeder einzelnen politischen Maßnahme auf das BIP gar nicht abzuschätzen ist), sondern darauf, welche Aspekte der Lebensfülle eigentlich wachsen sollen – und welche nicht. Schon dadurch dürfte sich die Qualität der politischen Debatte verbessern!

Zweckbestimmung für Organisationen

Das Prinzip, dass Geld kein Selbstzweck sein soll, gilt für einzelne Institutionen genauso wie für die gesamte Wirtschaft. Natürlich ist die Erzielung eines ausreichenden Nettoeinkommens für jede mit Geld wirtschaftende Organisation überlebenswichtig, eine Bedingung ihrer weiteren Existenz. Doch ein über das Geld hinausgehender Zweck verleiht der Erwirtschaftung eines Nettoeinkommens eine ganz andere Bedeutung: sie ist nun ein notwendiges, aber nicht ausreichendes Mittel zur Erreichung des Unternehmenszweckes. Bei gemeinnützigen Organisationen oder öffentlichen Einrichtungen ist das selbstverständlich – ein öffentliches Energieversorgungsunternehmen, das seiner Aufgabe der Energieversorgung nicht gerecht wird, hat seinen Zweck verfehlt. Das gilt allerdings ebenso für einen privatwirtschaftlichen Energieversorger, der z. B. ein regionales Monopol ausnützt, weiterhin Zahlungen seiner Kunden kassiert, aber nur unregelmäßig überteuerten Strom liefert. Aus gesellschaftlicher Sicht erfüllt der Profit nur seinen Zweck, wenn er den Unternehmen einen Anreiz gibt, etwas gesellschaftlich Nützliches zu leisten!

In einer Wirtschaft der Lebensfülle würde von jedem Unternehmen erwartet, dass es sich einen an menschlichen Bedürfnissen und

an vermehrter Lebensfülle orientierten Zweck verleiht. Auch ohne solche eine Vorgabe steht es natürlich schon jetzt jedem Unternehmen frei, sich solch einen Zweck zu geben.

Wieso sollte ein gewinnorientiertes Unternehmen das tun? Dazu gibt es handfeste Gründe. Erstens kann eine Zweckbestimmung dazu dienen, dem eigenen Handeln einen Fokus zu geben: auf diese Geschäftsfelder wollen wir uns mit unserer vollen Energie konzentrieren, auf jene nicht. Zweitens kann ein mit Überlegung formulierter Zweck die Belegschaft intrinsisch und nicht nur extrinsisch motivieren, ihr Bestes zu leisten. Aus eben diesen Gründen entwickeln viele Unternehmen jetzt schon Visionen und Missionen. Eine den Werten der Lebensfülle verpflichtete Zweckbestimmung könnte darüber hinaus aber auch dazu beitragen, neue Geschäftsfelder auszumachen und auf veränderte Marktbedingungen oder Kundenwünsche einzugehen.

Ein Beispiel soll dies verdeutlichen. Autohersteller verkünden, dass sie die besten und in ihrer Klasse umweltverträglichsten Fahrzeuge herstellen und ihre Kunden befriedigen wollen. Ihr eigentliches Ziel ist allerdings ihr eigenes Wachstum und ihre Profitmaximierung. Solches Denken führt meist nicht nur zur Konzentration auf das Geld, sondern auch auf die bestehende Produktpalette, denn es ist kurzfristig stets einfacher, weiterhin dieselben oder ähnliche Produkte zu verkaufen. Autos haben diese Unternehmen meist schon seit Beginn der Unternehmensgeschichte gebaut, und darauf konzentrieren sie sich weiterhin. Autos sind jedoch auf Tabelle 8.1 nicht zu finden – dafür aber Mobilität: »Ich kann überall hin, wo ich hin will oder muss, und bin zufrieden mit der mir zur Verfügung stehenden Auswahl an Verkehrsmitteln.«

Diese Definition der Lebensfülle wirft einige Fragen für Autohersteller auf. Ist das Auto überall wirklich ein geeignetes Transportmittel? Wären z. B. ganz andere Transportsysteme in den emporschießenden Großstädten Asiens sinnvoller? Welches wären die Systemeigenschaften eines nachhaltigen Transportsystems, das möglichst wenig urbanen Raum und andere Ressourcen in Anspruch nimmt, und das Menschen möglichst individuell, schnell und reibungslos, eventuell mit Gepäck, über Entfernungen von unter fünfzig Kilometern befördert? Durch solche Fragestellungen könnten sich ganz neue Geschäftsfelder entwickeln, die den Autoherstellern heute völlig entgehen. Ein Autohersteller, der sich den Zweck setzte,

»Wir ermöglichen unseren Kunden, ihre Ziele möglichst komfortabel, reibungslos, flexibel, sicher und umweltverträglich zu erreichen«, könnte ganz neue Produktideen entwickeln und dort Marktführer werden.

Um wirklich ernst genommen zu werden, sollte der an der Lebensfülle orientierte Unternehmenszweck allerdings rechtliche Priorität vor dem finanziellen Gewinn erhalten. Warum das? Gewinn soll nur einen Anreiz darstellen, gesellschaftlich Nützliches zu tun. Gesellschaftliche Nützlichkeit darf aber nicht mit Profitabilität verwechselt werden, sonst wären zum Beispiel viele illegale Geschäfte als gesellschaftlich sehr nützlich zu bezeichnen. Das gesellschaftlich Nützliche ist dadurch zu definieren, dass es zur Lebensfülle beiträgt. Gewinn ist dann gut, wenn er als Mittel zu solch einem Zweck dient – genau wie ein Hammer nützlich ist, wenn er beim Bau eines Hauses, nicht aber, wenn er zur Ausübung von Gewalt verwendet wird. Wenn man feststellt, der Hammer sei kein Selbstzweck, bedeutet das nicht, dass man den Hammer fortwirft, wenn man ein Haus bauen will – ganz im Gegenteil, der Hammer ist dort sogar ein notwendiges (wenn auch nicht ausreichendes) Werkzeug! Einem Unternehmen einen über den Gewinn hinausgehenden Zweck zu geben, heißt also nicht, das Gewinnstreben aufzugeben, sondern es einem vernünftigen Zweck zu widmen.

Beispiele der rechtlich verbindlichen Zweckgebung von Unternehmen gibt es in »social businesses«, »benefit corporations« und manchen hybriden Organisationsformen – z. B. ein gemeinnütziger Verein, der einen Teil seiner Aktivitäten in eine GmbH auslagert, deren Gewinn dem Verein zugutekommt. Auch Unternehmen, die sich verpflichten, eine Gemeinwohlbilanz zu erstellen und zu beachten, gehören in dieses Umfeld. Ein rechtlich definierter Unternehmenszweck dieser Art erlaubt dem Unternehmen die Freiheit, den Gewinn nicht zu maximieren, sondern zu optimieren. Im Falle einer »benefit corporation« mit einem sozialen Zweck haben die Aktionäre keinen Rechtsanspruch auf Gewinnmaximierung, denn die ist ja erklärtermaßen nicht das vorrangige Unternehmensziel. Das Unternehmen muss stattdessen darlegen, wie seine Aktivitäten den vorrangigen Unternehmenszielen dienen. Die Verfahren der Unternehmens- und Rechnungsprüfung müssen entsprechend angepasst werden.

Möglicherweise würden sich manche Unternehmen mit einer rechtlich verbindlichen Zielsetzung kaum von Firmen mit gewöhnli-

chen, rechtlich unverbindlichen »Visionen« unterscheiden. Doch auf längere Sicht könnte sich eine neue Unternehmenskultur herausbilden, die großen Wert auf Innovation und intrinsische Motivation legt und damit neuartige unternehmerische Perspektiven eröffnet.

Nicht profitorientierte Organisationen wie zum Beispiel Verbände, Vereine und öffentliche Unternehmungen dienen satzungsgemäß bestimmten Zwecken. Auch diese Organisationen haben Budgets und in Geld ausgedrückte Ziele (wie etwa die schwarze Null). Rechtlich ist das Geld klar Mittel zum Zweck (obzwar sich manche »gemeinnützigen« Organisationen in zweifelhafte Richtungen bewegen). Im Sinne der Lebensfülle ist es jedoch für jede Organisation ratsam, gelegentlich zu überprüfen, inwiefern ihre eigene Zielsetzung zur Lebensfülle beiträgt, und dahingehend die eigenen Aktivitäten zu überdenken oder fortzuentwickeln. Meist wird das weniger die Rechtsform betreffen als die internen Strukturen und Organisationskultur.

Private Unternehmen, die sich freiwillig einen Zweck im Sinne der Lebensfülle oder des Gemeinwohls geben, sind heute die Ausnahme. Es ist aber zu hoffen, dass entsprechende Zwecksetzungen zu politischem und wirtschaftlichem Erfolg beitragen und sich deshalb immer weiter verbreiten. Regierungen könnten solch einen Trend durch Förderung entsprechender Unternehmensberatungen beschleunigen. Wenn solche Unternehmensmodelle eine gewisse Häufigkeit erreichen, kann vielleicht hinreichender politischer Druck entwickelt werden, sie per Gesetz zur Regel zu machen. Vorschriften, dass Aktiengesellschaften im Sinne der Profitmaximierung der Aktionäre zu wirtschaften haben, könnten dann durch gesetzliche Verpflichtungen ersetzt werden, sich mit der Lebensfülle zu vereinbarende Zwecke zu setzen. Solche Gesetzesänderungen würden zu einem wirklichen Systemwandel beitragen.

Damit rechtlich festgelegte Zwecke der Lebensfülle wirklich priorisiert werden, dürfen sie allerdings nicht nur auf dem Papier stehen, sondern die Eigentümer jedes Unternehmens müssen wirklich an ihnen interessiert sein. Deswegen ist es notwendig, nicht nur die Zweckgebung, sondern auch die Eigentumsstrukturen zu ändern. Darum geht es im folgenden Kapitel.

Tabelle 8.1: Erfassung der Lebensfülle Teil I. Erfassung der persönlichen Befindlichkeit

Wie befinden Sie sich? Bewerten Sie Ihre eigene Befindlichkeit nach folgendem Schema:
-2: Wichtige Bedürfnisse sind unbefriedigt, Knappheit
-1: Zwischen -2 und 0

Bereich	-2
1. Luftqualität	Die Luftverschmutzung macht mich krank.
2. Wasserversorgung (Menge)	In meinem Haushalt gibt's nicht genug Wasser für Sauberkeit und Gesundheit.
3. Wasserqualität	Mein Trinkwasser ist verschmutzt und macht mich krank.
4. Nahrung (Menge)	Ich habe nicht genug zu essen und bin oft hungrig.
5. Nahrung (Qualität)	Meine Nahrung besteht vorwiegend aus Getreide (Brot, Reis usw.) oder Kartoffeln; frisches Gemüse oder Fleisch und Fisch kann ich mir nicht leisten.
6. Kleidung	Mit meiner Kleidung kann ich nicht ohne Scham auf die Straße gehen.
7. Wohnraum	Meine Wohnung bzw. mein Haus schützt mich nicht vor schlechtem Wetter.

0: Wichtige Bedürfnisse sind befriedigt, doch auf letztlich nicht ganz befriedigende Weise
1: Zwischen 0 und 2
2: Bedürfnisse sind auf lebensbejahende Weise erfüllt, Zufriedenheit, Lebensfülle

0	+2
Den Einfluss der Luftverschmutzung auf meine Gesundheit kann ich nicht beurteilen.	Die Luft hier ist sauber.
In meinem Haushalt haben wir gerade ausreichend Wasser, dass wir sauber und gesund sein können.	In meinem Haushalt haben wir reichlich Wasser.
Ob das Trinkwasser wirklich sauber und gesund ist, weiß ich nicht, bzw. ich kaufe sicherheitshalber Wasser in Flaschen.	Mein Trinkwasser ist sauber.
Ich habe meistens genug zu essen und bin selten wirklich hungrig.	Ich habe immer genug zu essen.
Ich habe ausreichend zu essen und kann mir eine ausgewogene Ernährung (z. B. mit frischem Gemüse und Fleisch) leisten, sie kommt aber vorwiegend aus Massenproduktion.	Meine Ernährung ist ausreichend und gesund, vorwiegend aus naturverträglichem Anbau (z. B. ohne Pestizide und mit wenig Chemikalien).
Meine Kleidung ist ausreichend; mit ihr bin ich ein normales Mitglied der Gesellschaft.	Meine Kleidung ist ausreichend; ich kann mit ihr darstellen, wer ich bin oder sein will.
Meine Wohnung bzw. mein Haus bietet ausreichenden Schutz, aber ich fühle mich dort nicht wirklich wohl.	In meiner Wohnung bzw. meinem Haus fühle ich mich rundum wohl.

Tabelle 8.1: Fortsetzung

Bereich	-2
8. Körperliche Unversehrtheit	Ich fürchte mich vor Gewalttaten, weil die häufig vorkommen, wo ich lebe oder arbeite.
9. Körperliche Gesundheit	Ich bin häufig krank oder leide an einer chronischen Krankheit.
10. Psychische Verfassung	Ich bin oft deprimiert oder ärgere mich sehr, habe große Angst oder habe Schwierigkeiten, mit den Anforderungen des täglichen Lebens fertigzuwerden.
11. Gesundheitsversorgung	Wenn ich krank bin, muss ich öfter auf ärztliche Behandlung verzichten.
12. Menschliche Beziehungen	Ich fühle mich oft einsam oder im Stich gelassen oder werde misshandelt.
13. Geschlechtsrollen	Ich fühle mich durch Erwartungen, wie ich mich als Mann/Frau zu verhalten habe, stark in meinem Leben beeinträchtigt.
14. Bildung	Wegen unzureichender Bildung fehlt mir der Zugang zu einem Beruf, den ich gerne ausüben würde, oder zu einer Berufung, der ich gerne nachgehen würde.

0	+2
Ich fürchte mich nicht vor Gewalttaten, aber vor Unfällen, bzw. ich fühle mich in meiner Nachbarschaft nicht ganz sicher.	Ich kann mich sorglos in meinem Umfeld bewegen und brauche mich weder vor Gewalt noch vor Unfällen zu fürchten.
Meistens bin ich nicht gerade krank, aber mir geht es oft nicht besonders gut oder mir fehlt die Energie und Lebenskraft.	Ich bin normalerweise voller Energie und erfreue mich voller Gesundheit.
Ich bin meistens emotional ausgeglichen. Angenehme und unangenehme Gemütszustände halten sich mehr oder weniger die Waage.	Ich kenne alle Empfindungen der Angst, Wut, Trauer usw.; sie sind mir wertvolle Hinweise, um meinen Weg zu finden, genau wie Freude und Hingabe, die ich ebenso intensiv erlebe.
Wenn ich krank bin, werde ich ärztlich versorgt, aber ich fühle mich in meinen Bedürfnissen nicht wirklich ernst genommen.	Wenn ich krank bin, werde ich ärztlich versorgt von Menschen, denen ich voll vertraue und die meine Bedürfnisse voll berücksichtigen.
Ich komme mit den Menschen in meinem Leben recht gut zurecht, selbst wenn wir uns nicht immer verstehen.	Ich habe eine vertrauensvolle und innige Beziehung zu mindestens einem Menschen und komme mit den meisten Menschen gut zurecht.
Ich fühle mich zwar manchmal eingeengt durch Erwartungen, wie ich mich als Mann/Frau zu verhalten habe, aber kann doch machen, was ich wirklich will.	Ich kann mich frei entfalten ohne jede Behinderung durch Erwartungen, wie ich mich als Mann/Frau zu verhalten habe.
Meine Bildung hat mich befähigt, den von mir vorgezogenen Beruf zu ergreifen. Sie hat mich jedoch nicht ermutigt, einer eigenen Berufung nachzugehen.	Meine Bildung hat mich befähigt und ermutigt, einen anspruchsvollen Beruf zu ergreifen oder einer eigenen Berufung nachzugehen.

Tabelle 8.1: Fortsetzung

Bereich	-2
15. Erwerbsarbeit	Ich suche nach einer Erwerbsarbeit, finde aber keine.
16. Ehrenamtliche Arbeit oder Arbeit im Haushalt	Ich muss übermäßig viel unbezahlt arbeiten, mit wenig Anerkennung oder Dank.
17. Finanzielle Sicherheit	Ich weiß nicht, wo ich das Geld für morgen herholen soll.
18. Sicherheit im Notfall (z. B. Hochwasser, Feuer)	In einem Extremfall wäre eine Erholung für mich fast unmöglich oder würde Jahre dauern.
19. Spiritualität	Ich habe keine Gelegenheit, mich mit spirituellen Dingen zu beschäftigen; oder meine Beschäftigung mit spirituellen Dingen stößt auf große Ablehnung.
20. Lebensweg	Mir fehlt die Orientierung: ich weiß nicht welchen Lebensweg ich einschlagen will, oder wie ich mich diesbezüglich entscheiden soll.
21. Mobilität	Meine Mobilität ist gering; ich habe Schwierigkeiten, für mich wichtige Orte zu erreichen. Meine Berufswahl oder andere Möglichkeiten sind dadurch eingeschränkt.

0	+2
Ich habe eine Erwerbsarbeit, von der ich leben kann, aber sie inspiriert mich nicht bzw. das Arbeitsklima ist durchwachsen. Oder: ich habe keine Arbeit, suche aber auch keine.	Ich habe eine Arbeitsstelle und bin sehr zufrieden mit der Bezahlung und dem Betriebsklima, finde die Arbeit hochinteressant und sinnvoll, kann mich dort verantwortungsbewusst einbringen.
Meine unbezahlte Arbeit überlastet mich nicht, ich mache sie ganz gerne und erhalte auch Anerkennung und Dank.	Meine unbezahlte Arbeit mach ich mit Freude und Engagement, weitgehend selbstbestimmt, werde anerkannt dafür.
Finanziell komm ich ganz gut hin, brauche mir über das tägliche Auskommen keine Gedanken zu machen.	Ich bin finanziell gut abgesichert und brauche mir auch über das Einkommen im Alter keine Sorgen zu machen.
In einem Extremfall würde die Erholung wohl schon klappen, mithilfe aus der Gemeinschaft.	In einem Extremfall würde die Erholung sicher klappen; ich würde bestimmt viel Unterstützung bekommen.
Ich kann mich mit spirituellen Dingen beschäftigen so viel ich will, aber mir fehlt das Interesse oder in meinem Umfeld interessiert sich niemand dafür.	Ich beschäftige mich mit spirituellen Dingen und erlebe dabei großen Rückhalt in meinem sozialen Umfeld.
Ich habe einen klaren Weg im Leben, der sich durch meine Lebensumstände ergeben hat. Ich bin mit diesem Weg zufrieden.	Ich habe selbstbestimmt einen erfüllenden Lebensweg gefunden, oder bin dabei, ihn zu finden.
Ich kann überall hin, wo ich hin will oder muss, doch bin ich eingeschränkt in der Wahl der Verkehrsmittel, oder die Mobilität ist für mich recht teuer.	Ich kann überall hin, wo ich hin will oder muss, und bin zufrieden mit der mir zur Verfügung stehenden Auswahl an Verkehrsmitteln.

Tabelle 8.1: Fortsetzung

Bereich	-2
22. Politische Beteiligung	Ich habe keine Gelegenheit zu politischer Beteiligung, denn Menschen mit meinen Überzeugungen werden verfolgt.
23. Wohnort, Heimat	Ich fühle mich deplatziert, wo ich lebe, habe hier keinen Anschluss. .

Tabelle 8.2: Erfassung der Lebensfülle Teil II. Fülle der natürlichen und sozial-ökologischen Ressourcen

-2: Ressourcen werden offensichtlich übernutzt und beschädigt.
-1: Zwischen -2 und 0
0: Ressourcen werden nach minimalen Regeln der Nachhaltigkeit genutzt, doch gibt es indirekte Folgeschäden (z. B.: Waldbestand wird gewahrt, aber die Biodiversität wird vermindert).

1: Land	-2
Ackerland	Offensichtliche, schwerwiegende Probleme wie Bodenerosion, beschädigte Bodenstruktur, Verlust von organischer Materie oder Nährstoffen, Monokultur, Vergiftung durch Pestizide usw.
Weideland	Übermäßig oder unausgeglichen beweidet; Unkraut überwuchert das Land oder es gibt offensichtliche Bodenerosion.
Wald und Forstwirtschaft	Übermäßige Abholzung ohne Regeneration; Waldbestand und Biodiversität werden schwer geschädigt.

0	+2
Ich kann mich zwar politisch beteiligen, doch verspüre ich wenig Lust dazu, weil es ja doch nichts bringt.	Ich beteilige mich gerne in politischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten, denn so kann ich positiv zum Leben der Menschen beitragen.
Ich fühle mich an meinem Wohnort wohl, doch fühle ich mich nicht ganz heimisch.	Ich fühle mich an meinem Wohnort vollkommen daheim.

+1: Zwischen 0 und +2
+2: Ressourcen werden so genutzt, dass sie weiter vermehrt werden können und das gesamte Ökosystem bereichert wird (z. B. Landwirtschaft baut die Böden auf und fördert die Biodiversität).

0	+2
Die Böden werden einigermaßen erhalten und der Gebrauch von Pestiziden und anderen Agrarchemikalien hält sich in Grenzen, doch auf lange Sicht dürften diese Grenzen nicht ausreichen.	Die Landwirtschaft wird mit großer Rücksicht auf Bodenqualität, genetische Vielfalt, Biodiversität und Resilienz betrieben; bei stabilen Klimabedingungen jahrhundertelang zukunftsfähig.
Die Bodenqualität wird bewahrt, aber die Biodiversität oder die Wasserqualität wird beeinträchtigt (Überlastung mit Nährstoffen).	Das Land wird nachhaltig beweidet; Biodiversität und Nährstoffkreisläufe bleiben intakt.
Holznutzung ist nachhaltig angelegt, ignoriert aber Belange der Biodiversität.	Nutzung des Waldes beachtet die nachhaltige Produktion wie auch Biodiversität.

Tabelle 8.2: Fortsetzung (Teil 1: Land)

1: Land	-2
Naturschutzgebiete	Trotz gesetzlichen Schutzes sind menschliche Eingriffe wie z. B. unkontrolliertes Jagen offensichtlich.
Wüste, Tundra, alpine Gebiete	Nutzungen beschädigen ökologische Kreisläufe (z. B. Skigebiete, die zu Erosion führen).
Bergbaugebiet	Bergbau zieht die Gegend in Mitleidenschaft, z. B. durch Abraum, chemische Rückstände und Veränderung der Hydrologie.
Müllablagerung und Abfallbehandlung	Abfälle werden ohne Rücksicht auf Boden-, Wasser- oder Luftqualität abgelagert oder verbrannt.
Industrie	Industrieanlagen, die ohne Rücksicht auf Boden-, Wasser- und Luftqualität entworfen und betrieben werden.
Urbane Räume	Urbane Räume, die einseitig im Hinblick auf technische Erfordernisse gestaltet worden sind, ohne Rücksicht auf die Erfordernisse des menschlichen, sozialen Lebens.

0	+2
Die Landschaft ist in naturnahem Zustand, aber der Schutz ist unwirksam oder ruft lokalen Widerstand hervor.	Das Gebiet wird effektiv vor schädlichen Eingriffen geschützt, mit starkem Rückhalt in der ansässigen Bevölkerung.
Weitgehend von Menschen in Ruhe gelassen.	Weitgehend von Menschen in Ruhe gelassen; externe Belastungen (z. B. durch Klimawandel) werden eingedämmt.
Bergbau verursacht ökologische Schäden, aber die werden nach technischer Möglichkeit minimiert und es gibt Pläne zur Renaturierung.	Erfolgreich wiederhergestellte Bergbaugebiete.
Abfälle werden so abgelagert, dass Auswirkungen auf Boden, Wasser und Luft minimiert werden. »Downcycling« oder Recycling mit schädlichen ökologischen Auswirkungen.	Anlagen zum fast vollständigen Recycling von Abfällen, mit minimalen ökologischen Auswirkungen (z. B. Kompostierung von Biomüll).
Industrieanlagen mit Filtern und ähnlichen Maßnahmen, um Umweltverschmutzung nachträglich zu begrenzen (»end of pipe«).	Industrieanlagen, in denen der gesamte Produktionsprozess so gestaltet wurde, dass Ressourcenverbrauch und Umweltschäden minimiert werden.
Vielfältige, gemischte urbane Räume, in denen es Raum zur menschlichen Entfaltung gibt, jedoch ohne wirkliche Konsequenz gestaltet (unter anderem: großes Konfliktpotenzial im Verkehr).	Vielfältige urbane Räume mit hoher Erlebnisqualität, die zum Verweilen einladen und wo man sich sicher und wohlfühlen kann.

Tabelle 8.2: Fortsetzung (Teile 2 und 3: Wasser und Luft)

2: Wasser	-2
Grundwasser	Schwer von Schadstoffen belastet; Grundwasserspiegel entweder stark erhöht oder abgesenkt.
Fließgewässer	Schwer verschmutzt, nur wenige Fisch- und Pflanzenarten überleben. Wassermenge entweder saisonal oder ganzjährig stark verändert.
Küstengewässer	Schwer verschmutzt oder überfischt; viele Meereslebewesen dadurch betroffen.

3: Luft	-2
Emissionen (jeder Schadstoff ist an der Quelle zu messen)	Schwerwiegende Emissionen mit regionalen bis kontinentalen oder globalen Auswirkungen
Immissionen (die Konzentration jedes Schadstoffs ist in der Luft zu messen)	Schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit vieler Lebewesen sind zu befürchten und zu erkennen.

0	+2
Grundwasser ist nur moderat von Schadstoffen belastet; Grundwasserspiegel ist stabil.	Keine Verschmutzung des Grundwassers; Grundwasserspiegel nicht durch Menschen beeinflusst.
Gewässer ist nur moderat verschmutzt; einheimische Artenvielfalt überlebt; das Gewässer ist durch Eingriffe wie Kanalisierung tief greifend beeinflusst.	Es gibt fast keine Wasserverschmutzung; unverminderte Artenvielfalt; der Fluss folgt weitgehend seinem natürlichen Lauf und kann sich frei bewegen.
Moderat verschmutzt; Fischerei wird reguliert, aber ohne Nutzungskonflikte wirklich zu lösen.	Kaum Wasserverschmutzung; Fischerei nachhaltig und im Einvernehmen mit den Fischern reguliert.

0	+2
Mäßige Emissionen mit höchstens lokalen Auswirkungen.	Keine Emissionen von Stoffen, die natürlicherweise nicht in der Atmosphäre vorkommen. CO_2-Emissionen durch Pflanzenwachstum ausgeglichen.
Mäßige Auswirkungen auf Tiere und Pflanzen; nur besonders empfindliche Bio-Indikatoren sind betroffen.	Reine Luft; es gibt keine erkennbaren Auswirkungen auf Tiere oder Pflanzen.

Tabelle 8.2: Fortsetzung (Teil 4 und 5: Energie und Biologie)

4: Energie	-2
Erzeugung	Erzeugung aus fossilen oder nuklearen Brennstoffen; ungelöste Probleme der Emissionen und der Abfalllagerung.
Gebäude	Schlecht isolierte Gebäude mit großem Heiz- und Kühlbedarf; energiefressende Geräte. Keine Energieerzeugung vor Ort.
Industrie	Energiefressende Erzeugung von Produkten ohne Rücksicht auf Effizienz im Sinne der Lebensfülle.
Personenverkehr	Verkehr im Auto oder Flugzeug.
Gütertransport	Transport per Flugzeug, Lastwagen, ineffizienten Zügen, oder mit schmutzigen Brennstoffen betriebenen Schiffen. Schlecht koordiniert: viele Leerfahrten.

5: Biologie	-2
Lebensraum	Schwer geschädigte Landschaft, wenig vom ursprünglichen Ökosystem ist noch zu erkennen.
Einzelne Art	Ausgestorben.

0	+2
Erzeugung aus erneuerbaren oder unerschöpflichen Quellen; Probleme entstehen durch Rohstoffabbau (z. B. Metall), Chemikalien und Flächennutzung.	Nutzung menschlicher Energie, erneuerbarer oder unerschöpflicher Quellen; kaum Verbrauch an Naturgütern; keine Beeinträchtigung der Landschaft.
Gebäude mit niedrigem Energiebedarf nach gängigem Stand der Technik; energiesparende Geräte. Energieerzeugung teilweise vor Ort.	Passivhausstandard; energiesparende Geräte; Energieerzeugung vor Ort oder in der Nähe aus erneuerbaren Quellen.
Energiesparende Erzeugung von Produkten, die selbst energiesparend und zweckmäßig gestaltet sind.	Energiesparende Erzeugung von Produkten, die im Sinne der Lebensfülle maximal effizient gestaltet sind.
Verkehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln konventioneller Bauart.	Verkehr zu Fuß, per Rad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die fast emissionsfrei betrieben werden.
Transport per sauberem Schiff oder Bahn; kurze Wege auch per Laster. Koordinierung, um Leerfahrten zu vermeiden.	Transport per sauberem Schiff oder Bahn; kurze Wege per Laster, alle mit möglichst geringen Emissionen. Kleine Transporte mit Lastenrad. Koordinierung, um unnötige Fahrten zu vermeiden.

0	+2
Vom Menschen intensiv genutzte Landschaft, in der viele heimische Tier- und Pflanzenarten in moderater Zahl leben.	Intakte Landschaft; die meisten heimischen Tier- und Pflanzenarten leben unvermindert weiter.
Existiert in stark verminderter Zahl im Vergleich zu einem Basisjahr (z. B. 1500 oder 1800).	Existiert in unverminderter Zahl im Vergleich zu einem Basisjahr (z. B. 1500 oder 1800).

Tabelle 8.2: Fortsetzung (Teil 6: Materialien)

6: Materialien	-2
Verpackungen	Aufwendig, zum einmaligen Gebrauch, nicht recycelt und nicht recycelbar.
Kurzlebige Konsumgüter	Übermäßiger und gedankenloser Verbrauch, nicht recycelt und nicht recycelbar.
Konsumierbare Produktionsinputs	Übermäßiger Gebrauch ohne Rücksicht auf ökologische Wirkungen, kaum recycelt oder recycelbar (z. B. Agrarchemikalien).
Langlebige Konsumgüter	Geplante Obsoleszenz, modisch rasch veraltend, schwer reparierbar, energiefressend, nicht recycelt, nicht recycelbar.
Gebäude	Energieaufwendig, Verwendung vieler gesundheits- oder umweltschädlicher Materialien, schlechte Wohnqualität, nicht auf Dauer angelegt.
Infrastrukturen (z. B. Verkehr, Wasser)	Energieaufwendig und für entsprechende Nutzungen ausgelegt, rasche Abnutzung, aus umweltschädlichen Materialien (z. B. Autobahnen).

0	+2
Aufwendig, aber aus recycelten Materialien und recycelbar.	Schlicht, recycelt, recycelbar im Sinne eines Cradle-to-Cradle-Konzeptes.
Verbrauch mit Bedacht, aber innerhalb von Strukturen, die den raschen Verbrauch fördern; recycelt und recycelbar.	Abläufe so gestaltet, dass möglichst wenig verbraucht wird; recycelt, recycelbar im Sinne eines Cradle-to-Cradle-Konzeptes.
Umsichtiger Gebrauch mit Rücksicht auf ökologische Auswirkungen, Verwendung umweltfreundlicher Produkte (z. B. integrierter Schädlingsschutz).	Optimierung des gesamten Prozesses, um den erforderlichen Gebrauch und Recycling zu optimieren (z. B. Polykultur mit biologischem Schädlingsschutz).
Haltbar gestaltet, energiesparend, sinnvoller Einsatz recycelter Materialien, recycelbar.	Sehr haltbar, leicht reparier- und erweiterbar (z. B. modulare Bauweise), energiesparend, Cradle-to-Cradle-Konzept.
Energiesparend, mäßiger Gebrauch gesundheits- oder umweltschädlicher Materialien, gute Wohnqualität, lange Zeit zu gebrauchen.	Höchste Energieeffizienz, Design um problematische Materialien zu minimieren und Wohnwert zu maximieren, auf Dauer und flexible Nutzung angelegt.
Moderat energieaufwendig oder für energiesparende Nutzungen ausgelegt, moderate Abnutzung, geringerer Materialeinsatz (z. B. Bahnlinien).	Optimiert, um bei minimalem Platz-, Material- und Energieaufwand möglichst hohe Leistung zu erzielen (z. B. Radweg).

Weiterführende Literatur und Links

Überblick über einige der alternativen Wirtschaftsindikatoren

Bossel, H. (1999): Indicators for Sustainable Development: Theory, Method, Applications. A Report to the Balaton Group, Winnipeg.

Webseiten zu einigen existierenden Indikatoren für nachhaltige Wirtschaft

Environmental Footprint (World Wildlife Fund):

http://footprint.wwf.org.uk/

Gross National Happiness Index (Bhutan):

http://www.grossnationalhappiness.com/

Happy Planet Index (New Economics Foundation):

http://www.happyplanetindex.org/

Sustainable Society Index (Sustainable Society Foundation):

http://www.ssfindex.com/

Literatur über verschiedene Formen des sozialen Unternehmertums

Bornstein, D. (2009): Die Welt verändern: Social Entrepreneurs und die Kraft neuer Ideen, 3. Aufl., Stuttgart. (Englischer Originaltitel: How to Change the World).

Felber, C. (2012): Die Gemeinwohl-Ökonomie: Eine demokratische Alternative wächst, Wien.

Ritchie-Dunham, J. (2014): Ecosynomics: The Science of Abundance, Belchertown, Massachusetts, USA.

Shaper, M. (Hrsg.) (2010): Making Ecopreneurs: Developing Sustainable Entrepreneurship, 2. Auflage, Farnham, Großbritannien.

Schwarz, S. (2014): Social Entrepreneurship Projekte: Unternehmerische Konzepte als innovativer Beitrag zur Gestaltung einer sozialen Gesellschaft, Wiesbaden.

9 Arbeit, Eigentum und Verantwortung besser verbinden

Eine erfolgreiche Transformation zu einer Wirtschaft der Lebensfülle erfordert neue Regelungen, wer auf welche Weise Eigentums- und Nutzungsrechte erwerben kann und welche Pflichten mit diesen Rechten verbunden sind. Eigentumsrechte sind hier wie im vorigen Kapitel (S. 121) als Teil eines gesamten Komplexes von Eigentums-***beziehungen*** der gegenseitigen Verpflichtung zu definieren. Damit würde dem in Artikel 14 des deutschen Grundgesetzes ausgesprochenen Grundsatz, dass Eigentum verpflichtet und dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll, der nötige Nachdruck verliehen. Dies kann anhand jedes im ersten Teil dieses Buches behandelten Systemfehlers begründet werden:

1. Systemfehler: Umkehrung von Mittel und Zweck. Wenn Unternehmen, Organisationen und Naturgüter Menschen oder Institutionen gehören, die nur am Profit interessiert sind, dann wird der Profit fast zwangsläufig zum Selbstzweck – egal, welcher Zweck offiziell gilt. Eigentümerinnen, die ein persönliches Anliegen an dem über den Profit hinausgehenden Unternehmenszweck haben, oder die sich mit der Landschaft und ihren Bewohnerinnen einschließlich zukünftiger Generationen tief verbunden fühlen, können jedoch das Prinzip verinnerlichen, dass der Profit ein notwendiges, aber nicht ausreichendes Mittel für andere Zwecke ist.

2. Systemfehler: Wert der knappen Waren. Der Wert der knappen Waren ergibt sich daraus, dass Eigentümerinnen anderen Menschen eine notwendige oder begehrenswerte Sache vorenthalten und sie dadurch zwingen können, ihnen einen Dienst zu tun, um an diese Sache zu gelangen. Die Ausbeutung solcher Knappheit ist nur zu rechtfertigen, wenn eine Eigentümerin selbst den größten Teil der notwendigen Arbeit geleistet hat, die betreffende Sache zu erzeugen oder zu pflegen. Wenn es sich jedoch um Naturgüter handelt, die niemand erzeugt hat, oder um Sachen, die eine größere Zahl von Menschen in gemeinsamer Arbeit erzeugt oder gepflegt hat, dann sollten gerechterweise alle beteiligten Menschen am Eigentum beteiligt sein. Dazu gibt es kollektive Eigentumsformen, die allen erlauben, entweder durch Einsatz von Arbeit und Verantwortung oder als Menschen-

recht am Eigentum teilzuhaben. Demokratische und partizipative Verfahren können und sollen die Mitspracherechte aller Miteigentümerinnen sichern. Dadurch werden Anreize vermindert, Güter künstlich zu verknappen, und stattdessen Anreize geschaffen, sie im Interesse aller Beteiligten zu bewirtschaften und zu pflegen.

3. Systemfehler: Wachstumssucht. Die Wachstumssucht ergibt sich aus dem vergeblichen Unterfangen, gleichzeitig die Privilegien verpflichtungsloser Eigentümerinnen zu wahren und Wirtschaftskrisen und Verelendung der Armen zu vermeiden. Unendliches Wachstum herkömmlicher Art ist allerdings unmöglich, weshalb entweder die Eigentumsrechte beschnitten oder immer schärfere Wirtschaftskrisen und Verarmung der Masse der Menschheit hingenommen werden müssen. Die Bewahrung des Status quo schadet letztlich selbst den privilegierten Menschen, weshalb die einzig sinnvolle Alternative in der Reform der Eigentumsbeziehungen besteht.

4. Systemfehler: Förderung problematischer menschlicher Eigenschaften. Eigentum in seiner jetzigen Form erlaubt es reichen Menschen, ohne eigene Leistung immer mehr zu erhalten, nach dem Prinzip: wer hat, dem wird gegeben. Dies verleitet zu Gier. Je ungleicher das Eigentum verteilt ist, umso mehr können die Reichen ihrem Prestigebedürfnis durch teuren Konsum frönen. Schließlich legitimiert das Konzept des Homo oeconomicus den Eigentümer als eine Art Robinson Crusoe, der ohne Rücksicht auf andere über sein Eigentum verfügt. An Arbeitsleistung und Verantwortung gekoppelte Eigentumsbeziehungen ohne uneingeschränkte Herrschaft über das Eigentum können diese Tendenzen vermindern.

5. Systemfehler: Soziale Polarisierung. Das bestehende Eigentumsrecht untergräbt das liberale Prinzip, dass Leistung (Verantwortung und Arbeit) sich lohnen soll, indem es dieses Prinzip mit dem hierarchischen Prinzip vermischt, dass dem gegeben wird, der schon hat. Es erlaubt den Reichen, ohne Arbeit immer reicher zu werden, während die Armen zu nichts kommen, egal, wie hart sie sich abrackern. Genossenschaftliche Eigentumsformen erlauben dagegen eine sehr viel ausgewogenere Beurteilung der Leistung und setzen damit das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit konsequenter um als private Eigentumsformen, während sie außerdem für eine gleichmäßigere Verteilung des Vermögens und des Einkommens sorgen.

Es lohnt sich, die Inkonsequenz der liberalen Begründungen des Eigentums weiter auszuführen. Nach Locke soll, wer seine Arbeit mit

dem Boden vermischt, einen durch Eigentumsrechte garantierten Anspruch auf den Lohn seiner Arbeit erhalten. Doch wer hat seine Arbeit mit dem Boden vermischt? Alle, die den Boden bearbeitet haben – auch Tagelöhner. Entsprechendes gilt natürlich auch für Mitarbeit in einem Unternehmen. Dieses Grundprinzip des Liberalismus bedeutet in seiner Konsequenz, dass das meiste Produktivvermögen Genossenschaften gehören sollte.

Auch die Erbschaft an Familienangehörige ist durch den liberalen Grundsatz, dass Eigentum die Belohnung für Arbeit und Anreiz für Verantwortung darstellen soll, nicht zu rechtfertigen. Die Erben haben allein durch ihre Familienmitgliedschaft nichts geleistet. Wenn sie im Familienbetrieb mitgearbeitet haben, dann schon – aber dann sollten alle anderen, die ähnliche Beiträge im Betrieb geleistet haben, ähnliche Erbschaftsrechte erhalten. Tatsächlich hat das Erbschaftsrecht nichts mit den philosophischen Begründungen des Liberalismus zu tun, sondern geht auf uralte Zeiten und die Familie als vorrangige soziale Institution zurück.

Nur begrenzt lässt sich der Erwerb einer Sache mit Geld durch das Prinzip des Eigentums als Lohn der Arbeit und Anreiz zu Verantwortung rechtfertigen. Das Geld mag zuvor durch Arbeit erworben worden sein, in welchem Falle das Eigentum, das durch Tausch gegen Geld erworben worden ist, richtigerweise als Lohn vorangegangener Arbeit aufgefasst werden kann. Wenn Eigentum den Lohn der Arbeit darstellen soll, darf es jedoch nur beanspruchen, wer es nicht bloß durch einmalige Bezahlung erworben hat, sondern es auch weiterhin nutzt und pflegt.

Im Falle des allermeisten persönlichen und Haushaltseigentums können wir davon ausgehen, dass diese Bedingung zutrifft. Wer jedoch eine Sache kauft, damit andere sie nutzen und ihm Abgaben zahlen (Miete, Dividenden usw.), sollte seine Eigentumsrechte in einem geregelten Verfahren an die Nutzerinnen abtreten. Denn eine Mieterin, die eine Wohnung oder Immobilie in Besitz nimmt, kümmert sich ab diesem Zeitpunkt um diese Sache – und sollte sich durch pfleglichen Umgang langsam Eigentumsrechte erwerben. Es wäre deshalb konsequent, wenn Mietverträge über längere Zeiträume (z. B. von über einem Jahr) grundsätzlich einen bestimmten Anteil jeder Mietzahlung als Anzahlung auf den Kauf der Wohnung oder der Immobilie verzeichnen würden. Der restliche Teil der Miete wäre die Bezahlung an die Vermieterin für laufende Kosten und Dienstleistungen.

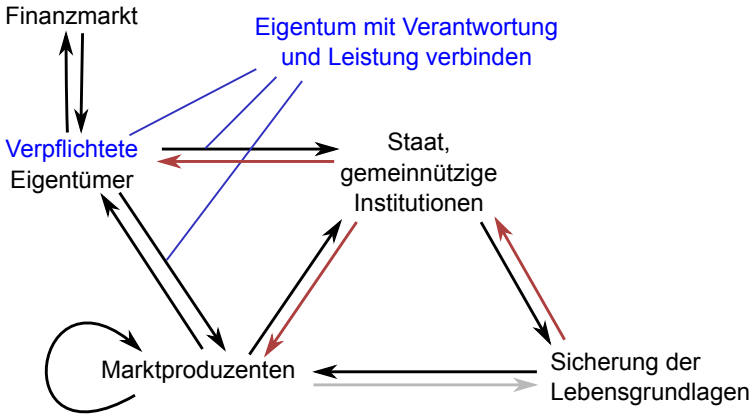
So würden langjährige Mieterinnen langsam zu Eigentümerinnen. Ähnliches sollte für Landwirte gelten, die gepachtetes Land bewirtschaften. Die etwas komplizierteren Eigentumsverhältnisse müssten beim Weiterverkauf der Immobilie oder beim Wegzug der Mieterin berücksichtigt werden. Das anzustrebende Ergebnis wäre eine sehr viel weitere Streuung des gesamten Immobilien- und Landeigentums in die Hände derjenigen, die diese Sachwerte tatsächlich nutzen. Dies wäre wohlgemerkt lediglich die logische Konsequenz der liberalen Begründung des Eigentums.

Schließlich sollte nicht unerwähnt bleiben, dass viele bestehende Gesetze durchaus auf dem Gedanken gründen, dass Eigentum verpflichtet und dass durch Arbeit und Verantwortung gewisse Rechte erworben werden. Bebauungspläne, Regelungen des Waffenbesitzes, der Abfallbeseitigung, des Umweltschutzes und vieler anderer Bereiche schränken Eigentumsrechte zum Schutze des Gemeinwohls ein. Nichterwerbstätige Ehepartner (meist Ehefrauen) erwerben durch ihre geteilte Verantwortung in der Gütergemeinschaft Anrechte am gemeinsamen Eigentum, selbst wenn es nicht mit von ihnen verdientem Geld gekauft worden ist. Solche Regelungen sollen hier nicht im Einzelnen behandelt werden, doch viele können sinnvollerweise weiterentwickelt werden. Zum Beispiel sorgt die geregelte Abfallbeseitigung dafür, dass weggeworfenes Eigentum der Allgemeinheit möglichst wenig Schaden zufügt. Doch könnte man auch verpflichtet werden, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, dass weggeworfenes Eigentum auch noch von anderen Menschen genutzt werden kann, dass es also nicht nur keinen Schaden anrichtet, sondern Nutzen erzeugt. Dies betrifft z. B. essbare Lebensmittel, die in riesigen Mengen im Lebensmittelhandel vergeudet werden. Menschen werden sogar daran gehindert, sich weggeworfene Nahrungsmittel anzueignen. Deshalb ist es sinnvoll, wie in Frankreich im Februar 2016 geschehen, Lebensmittelhändler zu verpflichten, unverkaufte, aber noch essbare Nahrungsmittel an Hilfsorganisationen zu spenden.[1]

Ganz fundamentale Voraussetzung aller Verantwortung ist Klarheit, welche konkreten Personen verantwortlich sind. Instrumente wie z. B. Briefkastenfirmen, die diesen Tatbestand verschleiern, sollten deshalb grundsätzlich verboten werden. Vermögenswerte, deren

1 Siehe Le Monde (2016): La loi sur la lutte contre le gaspillage alimentaire adoptée au parlement. [http://www.lemonde.fr/planete/article/2016/02/03/la-loi-sur-la-lutte-contre-le-gaspillage-alimentaire-adoptee-au-parlement_4858807_3244.html; 26.12.2016].

Abbildung 9.1: Verbindung von Eigentum mit Verantwortung und Leistung



Eigentümer nicht ausfindig zu machen sind, sollten als herrenloses Gut betrachtet und vom Staat eingezogen werden – wer sich nicht als Eigentümer zu erkennen gibt, verdient den Schutz seines Eigentums nicht, denn er verweigert sich der minimalen Verpflichtung des Eigentums.

In diesem Kapitel geht es um die Frage, wie Eigentumsbeziehungen konsequent nach dem Grundsatz ausgestaltet werden könnten, dass man durch Arbeit und Verantwortung Eigentumsrechte erwirbt – und ohne Leistung und Verantwortung keine Eigentumsrechte erhält bzw. bestehende Eigentumsrechte verwirkt. Die Konsequenz einer entsprechenden Transformation der Eigentumsbeziehungen ist in Abb. 9.1 zu sehen: verpflichtungsloses Eigentum wird in Eigentum umgewandelt, das mit Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwesen und anderen Marktteilnehmern verbunden ist. Je nach Kontext eignen sich verschiedene Ausgestaltungen der Eigentumsbeziehungen, z. B. genossenschaftliche Eigentumsformen für Unternehmen und andere Organisationen, und Commons (oft als Einschränkung der Eigentumsrechte) für Güter und Ressourcen, die in einer größeren Gemeinschaft oder einem losen Netzwerk gepflegt und genutzt werden. Außerdem sollten wir uns auf die öffentlichen Güter und deren demokratische Verwaltung zurückbesinnen.

Unternehmertum und Genossenschaften

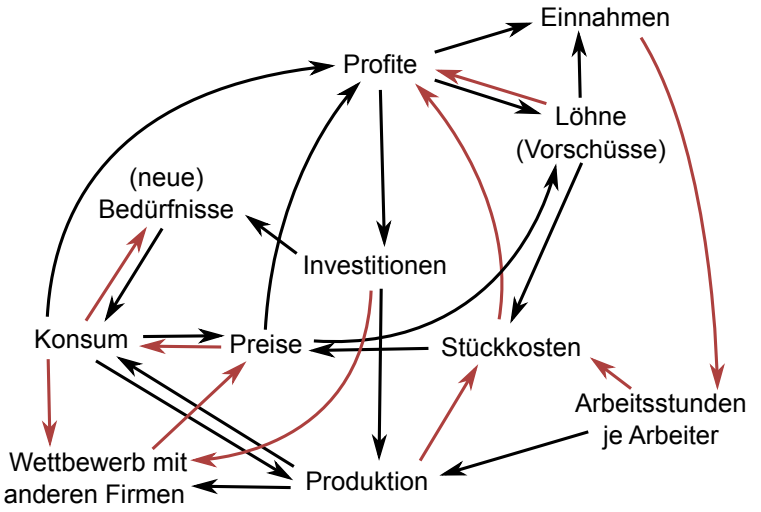
Wer ein Privatunternehmen gründet, muss viel investieren – gedankliche Arbeit des Entwurfes eines Erfolg versprechenden Unternehmenskonzeptes und der Strategie seiner Umsetzung, Zeit, entgangenes Einkommen, Informationsbeschaffung, Kontaktaufnahme und -pflege, Anfangsinvestitionen und vieles mehr. Zur Zeit der Unternehmensgründung hat die Gründerin deshalb den weit überwiegenden Teil der bisherigen Arbeit geleistet und trägt fast die gesamte Verantwortung. Auch andere haben durch Beratung, eigenen Arbeitseinsatz oder durch Kreditvergabe einiges geleistet, aber zu diesem Zeitpunkt kann eine Einzelunternehmerin mit Fug und Recht das gesamte Unternehmenseigentum für sich beanspruchen.

Im Verlauf der Zeit ändert sich aber die Lage. Je mehr Mitarbeiterinnen über einen längeren Zeitraum zum Unternehmen beitragen, desto geringer ist der anteilige Beitrag der Gründerin. Deshalb wäre es leistungsgerecht, Unternehmensanteile allmählich an die Belegschaft zu übertragen. Dieser Prozess könnte so gestaltet werden, dass die Gründerin während ihrer aktiven Zeit einen großen Anteil des Eigentums behält und ihr ein auskömmliches Einkommen bis an ihr Lebensende gesichert wird. Nach ihrem Tod würde das gesamte Unternehmen an die Belegschaft übergeben und würde damit in eine Genossenschaft umgewandelt. Im Falle eines kleinen Familienbetriebes ohne Angestellte könnte der Betrieb vollständig in Familienbesitz bleiben.

Schon längere Zeit existierende Unternehmen könnten auf ähnliche Weise schrittweise ins Eigentum ihrer Belegschaften übertragen werden. Im Falle von Aktiengesellschaften müssten Unternehmensanteile planmäßig von den Aktionären zurückgekauft werden, um einen solchen Transfer zu ermöglichen. Natürlich können Genossenschaften auch von Anfang an als solche gegründet werden.

In Arbeitergenossenschaften sind die meisten Mitarbeiterinnen gleichzeitig Miteigentümerinnen (gewöhnlich müssen sie einige Monate Vollzeit arbeiten, um am Eigentum beteiligt zu werden). Dies bedeutet, dass Eigentumsanteile an Arbeit und Mitverantwortung gebunden sind. Die Miteigentümerinnen nehmen regelmäßig an Versammlungen teil, um an wichtigen unternehmerischen Entscheidungen mitzuwirken. Sie entscheiden unter anderem über die Gehaltsstruktur bis hinauf zum Management, wie viel Geld sie noch bevor das Betriebsergebnis bekannt ist, als Gehälter auszahlen, wie viel des

Abbildung 9.2: Systemische Beziehungen einer Arbeitergenossenschaft



erwirtschafteten Profits sie investieren oder als Rücklage ansparen und wie viel sie an sich selbst als Dividende auszahlen. Jede Miteigentümerin ist somit gleichzeitig Arbeiterin und Unternehmerin, was nicht immer leicht unter einen Hut zu bringen ist. Aber Verantwortung soll ja auch nicht einfach sein – sie soll zu verantwortungsvollem Handeln führen!

Die resultierenden systemischen Wechselwirkungen in einer Arbeitergenossenschaft sind auf Abb. 9.2 dargestellt, mit einigen wichtigen Unterschieden im Vergleich zu einem profitmaximierenden privatwirtschaftlichen Unternehmen (Abb. 3.6). Am Markt, in Konkurrenz mit anderen Unternehmen, tritt die Arbeitergenossenschaft zwar ähnlich auf wie private Unternehmen. Sie ist daran interessiert, mehr Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte zu finden, und wirbt für sie. Sie versucht, ihre Produkte zu möglichst hohen Preisen zu verkaufen, aber unterbietet die Preise ihrer Konkurrenten, falls der Markt dies erfordert. Deshalb ähnelt die linke Seite der Grafik einem konventionellen Unternehmen im gleichen Marktsegment.

Die rechte Seite der Grafik unterscheidet eine Genossenschaft allerdings wesentlich von einem typischen privatwirtschaftlichem Unternehmen. Eine Genossenschaft setzt ihre eigenen Mitarbeiterinnen

nicht unter Druck und Existenzangst. Sie investiert deshalb nicht in Billiglohnländern, um Arbeitsplätze im eigenen Land wegzurationalisieren – höchstens, um Arbeitsplätze im eigenen Land zu erhalten! Deshalb fehlt in dieser Grafik die Kategorie »Druck auf die Arbeitenden«.

Auch die Löhne spielen in einer Genossenschaft eine andere Rolle als in einem Privatunternehmen. Letzteres versucht, die Löhne als Kostenpunkt möglichst gering zu halten. In einer Genossenschaft sind sie jedoch der wichtigste Teil des Einkommens der Eigentümerinnen! Deren Gesamteinkommen errechnet sich aus der Summe der Gehälter (Vorschüsse auf das Betriebsergebnis) und der ausgeschütteten Profite. Das monetäre Ziel der Genossenschaft ist also, die Summe von Gehältern und Profiten hoch zu halten, nicht die Profite alleine. Deshalb können hohe Profite im vergangenen Jahr die Genossenschaft veranlassen, die Gehälter im kommenden Jahr zu erhöhen, damit die Mitarbeiterinnen nicht bis zum Jahresende warten müssen, bis die Gewinne ausgeschüttet werden. Auf diese Weise gibt es eine Rückkoppelung von Profiten zu Löhnen, die es in privatwirtschaftlichen Betrieben so nicht gibt. In Letzteren erlauben höhere Profite natürlich auch höhere Löhne, aber die müssen in der Regel zuerst von Gewerkschaften hart erkämpft werden! Das Ziel, die Einkommen zu erhöhen, muss jedoch abgewogen werden gegen ein weiteres Ziel: nicht allzu viel arbeiten zu müssen, d. h. Wochenarbeitszeiten zu begrenzen oder zu vermindern. Falls eine Genossenschaft so hohe Einnahmen erzielt, dass die Mitarbeiterinnen lieber mehr Freizeit statt mehr Einkommen haben wollen, können sie sich entscheiden, Arbeitszeiten zu reduzieren.

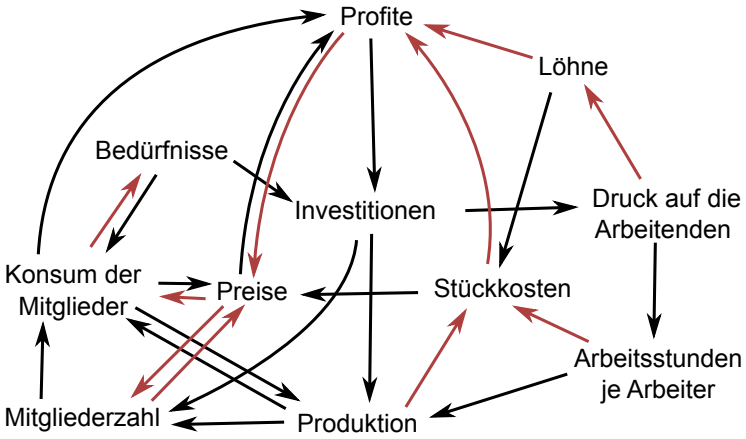
Auch im Falle einer Absatzkrise, wie sie in einer allgemeinen Wirtschaftskrise häufig vorkommt, handelt eine Genossenschaft anders als ein Privatunternehmen. Letzteres verkleinert die Belegschaft, soweit es keine sehr baldige Erholung der Verkaufszahlen erwartet – eventuell so radikal, dass die verbleibenden Arbeiterinnen trotz der verminderten Produktion länger arbeiten müssen, während ihre ehemaligen Kolleginnen arbeitslos geworden sind. Dieses Verhalten verstärkt die Krise, weil Arbeitslose nur wenig Geld ausgeben können, und die noch Erwerbstätigen aus Angst vor der Entlassung unnötige Ausgaben möglichst vermeiden. Wenn alle weniger ausgeben, fällt der Absatz anderer Unternehmen, die ihrerseits ihre Belegschaft vermindern. Eine Genossenschaft in der Krise beschäftigt jedoch

weiterhin möglichst alle Miteigentümerinnen – wenn nötig, gibt es Kurzarbeit bei vermindertem Einkommen für alle, oder Rücklagen der Genossenschaft werden als Gehälter ausgezahlt. Auch in diesem Falle vermeiden viele Arbeiterinnen unnötige Ausgaben, da sie ja weniger Geld in der Tasche haben. Allerdings sind sie nicht erwerbslos, und sie greifen eher auf eventuell vorhandene Ersparnisse zurück, weil sie zuversichtlicher sind, ihren Job zu behalten. Eine Gegend, in der Arbeitergenossenschaften einen großen Teil der Wirtschaft ausmachen, sollte demnach durch eine Wirtschaftskrise weniger stark betroffen werden als eine vergleichbare Gegend ohne Arbeitergenossenschaften. Tatsächlich konnte ein solcher Effekt im spanischen Baskenland festgestellt werden, denn die Mondragón-Kooperativen, die dort die größte Unternehmensgruppe sind, haben während der Krise ab 2008 kaum Mitarbeiter entlassen.

Dieses Modell einer Arbeitergenossenschaft gründet auf der Annahme, dass die Geldeinnahmen (allerdings Gesamteinnahmen, nicht nur Profite) als Unternehmensziel fungieren. Falls eine Genossenschaft jedoch nach Vorgabe des vorigen Kapitels einen weitergehenden Unternehmenszweck hat, verändern sich die Rückkopplungen – doch hängt deren Ausgestaltung sehr von den konkreten Produkten oder Dienstleistungen ab, die sie herstellt, kann also nicht allgemein modelliert werden. Selbst auf den alleinigen Zweck des Geldverdienens ausgerichtete genossenschaftliche Geschäftsmodelle dürften allerdings ohne große Gefahren verallgemeinert werden, solange die Genossenschaften ihre Märkte nicht dominieren können. Realisieren lassen sich solche Modelle unter anderem im produzierenden Gewerbe (Haushaltsgegenstände, Kleidung, Papier, Buchdruck, Werkzeuge usw.), Einzelhandel, Gastronomie, Hotels, Verlagswesen, und in vielen Dienstleistungen.

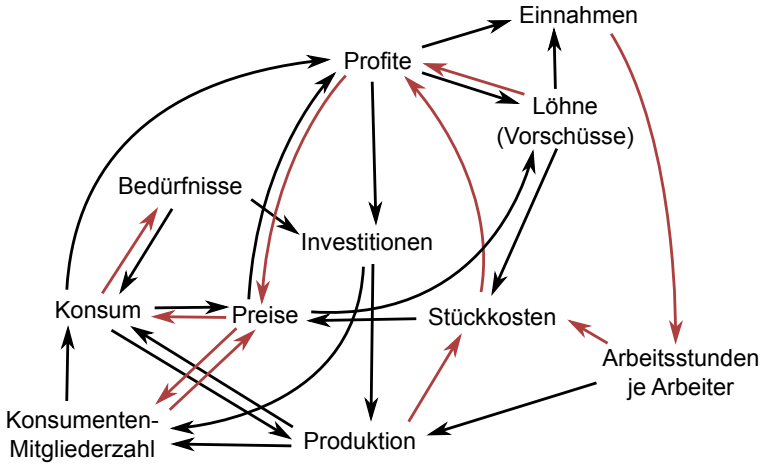
Als Mittel gegen die Gefahren monopolistischer Strukturen dienen nicht Arbeiter-, sondern Konsumgenossenschaften. Wichtige Handlungsmöglichkeiten betreffen Lebensmittel, Wohnungen, Versicherungen, Energie- und Wasserversorgung und finanzielle Dienstleistungen. Allgemein geht es den Mitgliedern darum, Güter oder Dienstleistungen selbst zu gestalten und zu einem vernünftigen Preis zu beziehen. Energiegenossenschaften sind in Europa zum Beispiel meist gegründet worden, um preisgünstig Energie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen, und viele Lebensmittelkooperativen spezialisieren sich auf lokale und biologische Nahrungsmittel.

Abbildung 9.3: Systemische Beziehungen einer Konsumgenossenschaft



Systembeziehungen einer reinen Konsumgenossenschaft, deren Angestellte keine Mitgliedsrechte haben, sind auf Abbildung 9.3 dargestellt. Die Arbeitsverhältnisse gleichen deshalb einem privatwirtschaftlichen Betrieb wie auf der rechten Seite von Abb. 3.6. Die linke Seite sieht jedoch ganz anders aus, denn hier bestimmen die Bedürfnisse der Genossenschaftsmitglieder das Geschehen. Investiert wird nicht, um Bedürfnisse anzuregen, sondern es wird investiert, weil die Investorinnen etwas brauchen. Nicht für Investitionen benötigte Profite führen direkt zu Preisnachlässen – denn die Eigentümerinnen, d. h. Konsumenten, haben die Genossenschaft unter anderem gegründet, um zu günstigen Preisen einkaufen zu können. Tendenziell gibt es deswegen nur sehr geringe Profite. Produktion spiegelt direkt den Bedarf und Konsum der Mitglieder, die ihre Wünsche als Miteigentümerinnen geltend machen. Deswegen gibt es keine großen Marketingkampagnen, um Mitgliedern mehr Konsum anzudrehen. Stattdessen wird um neue Mitglieder geworben, besonders wenn die bestehende Mitgliederzahl keine preisgünstige, den Bedürfnissen entsprechende Produktpalette erlaubt. Niedrige Preise helfen, neue Mitglieder zu werben, und hohe Preise schrecken sie ab – oder führen zum Verlust bisheriger Mitglieder. Eine höhere Mitgliederzahl erlaubt

Abbildung 9.4: Systemische Beziehungen in einer kombinierten Arbeiter- und Konsumgenossenschaft



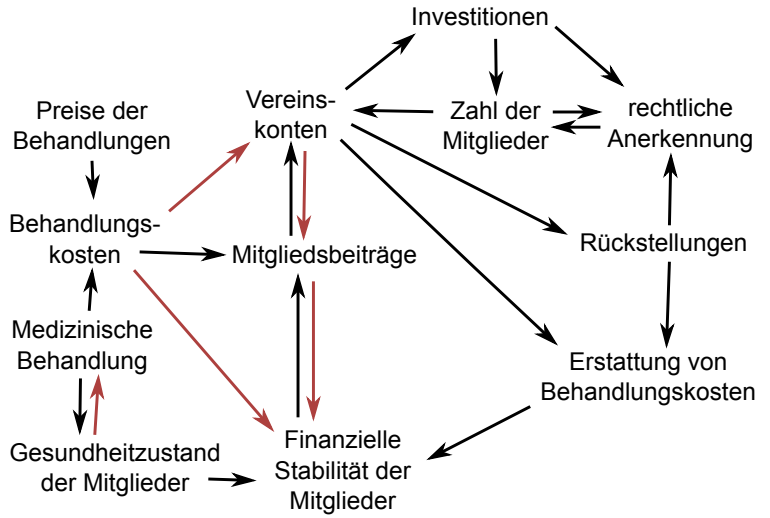
es zumeist, die Preise zu senken. Wettbewerb mit anderen Firmen, der natürlich auch bei Konsumgenossenschaften eine Rolle spielt, wurde in dieser Grafik außer Acht gelassen, weil er nicht notwendig ist, um Preise zu begrenzen (darum kümmern sich ja schon die Mitglieder). Falls es trotz geringer Preise zu hohen Profiten kommt, werden sie letztlich an die Mitglieder ausgeschüttet.

Die systemischen Beziehungen verändern sich nochmals, wenn die Genossenschaft den Konsumenten und den Arbeiterinnen gehört – zum Beispiel wenn eine große Zahl von Konsumenten und eine weit kleinere Zahl von Arbeiterinnen verschieden geartete Genossenschaftsanteile besitzen. Dies ist ab einer bestimmten Größe sinnvoll: wenn eine Konsumgenossenschaft viele Aufgaben nur durch bezahlte Kräfte erledigen kann oder eine Arbeitergenossenschaft ihren Markt dominiert. Das Ergebnis kann durch Zusammenfügung der rechten Seite von Abb. 9.2 mit der linken Seite von Abb. 9.3 dargestellt werden (siehe Abb. 9.4). In einer solchen Genossenschaft stellt sich die Frage, ob Profite dazu dienen sollen, die Löhne der Arbeiterinnen zu erhöhen oder die Preise zu senken. Indirekt kann eine Preissenkung natürlich die Profite erhöhen, indem sie zu neuen Mitgliedschaften und erhöhtem Absatz führt, aber das kann man im Voraus nicht wis-

sen. Falls eine Preissenkung nicht zu diesem Erfolg führt, kann sie schlecht rückgängig gemacht werden. Andererseits werden höhere Löhne höchstens einen geringen Einfluss auf den Konsum der Arbeiterinnen (als gleichzeitige Konsumenten-Mitglieder) ausüben, weil sie den größten Teil ihres erhöhten Arbeitseinkommens woanders ausgeben werden. Es gibt hier erhebliches Konfliktpotenzial! Die Genossenschaft muss über gute interne Strukturen verfügen, um solch einen Konflikt fair auszutragen. Investitionsentscheidungen können aber im Vergleich zu Privatunternehmen erleichtert werden, weil bestimmte Optionen wegfallen: investiert wird nicht, um Arbeiterinnen unter Druck zu setzen oder neue Konsumwünsche zu erzeugen, sondern nur, um die Produktion zu verbessern oder neue Mitglieder zu werben.

Wie kann eine genossenschaftliche Organisationsform im konkreten Fall aussehen? Hier soll als Beispiel Solidago angeführt werden. Rechtlich ist Solidago zwar keine Genossenschaft, sondern ein Verein, doch arbeitet diese Organisation im Prinzip wie eine Genossenschaft. Solidago ist eine Solidargemeinschaft für Gesundheit und dient der Absicherung ihrer Mitglieder im Krankheitsfall, ähnlich wie eine Krankenversicherung – allerdings gestalten die Mitglieder alle Bestimmungen und Abläufe selbst. Die Grafik (Abb. 9.5) fußt auf meinen Erfahrungen und Beobachtungen als aktives Mitglied seit Anfang 2015. Der Hauptzweck dieser Organisation ist der Schutz der finanziellen Stabilität der Mitglieder im Krankheitsfall (unten in der Grafik). Da dieser Schutz am größten ist, wenn die Mitglieder gar nicht erst krank werden, und da die Mitglieder selbst gesund bleiben wollen, ist der Gesundheitszustand der Mitglieder (unten links in der Grafik) das wichtigste zu wahrende Gut. Daraus folgt, dass Salutogenese, die Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit, einen hohen Stellenwert genießt – man redet darüber, und die Mitglieder der Ortsgruppen sollen einander nicht nur finanziell, sondern auch emotional unterstützen. Mitglieder mit gesundheitlichen Fragen oder Anliegen sollen in Solidago gute Ansprechpartnerinnen finden. Da solche Fragen oft nur vertrauensvoll behandelt werden können, soll jedes Mitglied innerhalb der Organisation eine Patin als Vertrauensperson aussuchen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich je nach Bedarf mit anderen Mitgliedern über Gesundheitsthemen auszutauschen. Schließlich wird den Mitgliedern größtmögliche Freiheit gewährt, ihre bevorzugten Therapieformen eigenverantwortlich

Abbildung 9.5: Solidago, eine solidarische Absicherung im Krankheitsfall



zu wählen, weil sie ja selbst das größte Interesse daran haben, im Krankheitsfalle wieder gesund zu werden.

Wie werden die finanziellen Kosten behandelt? Mitglieder, deren Gesundheitszustand sich verschlechtert, suchen medizinische Behandlung, um wieder zu gesunden (umgekehrt gehen sie selten zum Arzt, solange sie gesund sind). Dies ist unten links dargestellt. Die medizinische Behandlung kostet Geld, gemäß Preisen für Gesundheitsdienste, die von Solidago nicht beeinflusst werden können. Ohne Solidago oder eine Krankenversicherung würden diese Kosten direkt die finanzielle Stabilität der Mitglieder gefährden. Tatsächlich werden die Kosten aus Vereinskonten bezahlt (zunächst aus dem Konto der Ortsgruppe, bei Bedarf aus dem Konto einer Regionalgruppe oder des Bundesverbandes) und vermindern den Kontostand also dort.

Die Vereinskonten werden gespeist aus den Mitgliedsbeiträgen, die so errechnet worden sind, dass die durchschnittlich auftretenden gesundheitlichen Kosten damit abgedeckt werden können (höhere Gesundheitskosten führen also mit einiger Verspätung zu höheren

Beiträgen). Die Beiträge richten sich ähnlich wie die der gesetzlichen Krankenkassen nach dem Einkommen, allerdings sollen Solidago-Mitglieder 10 Prozent ihres Gesamteinkommens einzahlen und nicht wie gesetzlich Versicherte 15 Prozent ihres Gehaltes aus abhängigen Beschäftigungsverhältnissen. Die Erstattung der Beiträge aus den Vereinskonten dient zur Wiederherstellung der finanziellen Stabilität im Krankheitsfall. So oder so kommt das Geld für die medizinische Behandlung aus den Taschen der Mitglieder (daher die rote Linie von den Beiträgen zur finanziellen Stabilität der Mitglieder). Regelmäßige und kalkulierbare Mitgliedsbeiträge bedeuten allerdings eine geringere Belastung als plötzliche, unvorhersehbare und unvermeidliche Ausgaben im Falle einer schweren Krankheit, weshalb Solidago insgesamt zur finanziellen Stabilität der Mitglieder beiträgt.

Die Grafik zeigt keine Wechselwirkungen mit Arbeiterinnen, weil derzeit fast alle Arbeit ehrenamtlich erledigt wird. Zur Arbeit gehört die Verwaltung und die strategische Arbeit des Vorstandes, die Arbeit in den Ortsgruppen (Vorstände, Kassenwarte, Treuhänderinnen) und die Teilnahme an den regelmäßigen Mitgliederversammlungen. Allerdings ist neuerdings eine Teilzeitstelle mit der zentralen Buchführung beauftragt worden, und ein starker Anstieg der Mitgliederzahl könnte eine stärkere Professionalisierung der Arbeit erforderlich machen.

Um auch für Extremfälle (z. B. eine Häufung kostenintensiver Krankheiten) gewappnet zu sein, muss Solidago Rückstellungen machen (rechts in der Grafik). Für diesen Zweck und den laufenden Betrieb nicht benötigte Mittel (neben Geld vor allem die Zeit seines Vorstandes) investiert Solidago zurzeit vorrangig, um rechtliche Anerkennung als anderweitige Absicherung neben privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen zu erlangen und um seine Mitgliederzahl zu erhöhen. Mehr Mitglieder ermöglichen mehr politischen Einfluss, der die Anerkennung wahrscheinlicher macht; umgekehrt würde eine Anerkennung sehr zur Gewinnung neuer Mitglieder beitragen. Mehr Mitglieder würden mit ihren finanziellen und anderen Beiträgen die Stabilität der Organisation und ihrer Mitglieder festigen.

Solidago hat im Gegensatz zu herkömmlichen Versicherungen kein Interesse daran, ungerechtfertigte Ängste zu schüren, damit Mitglieder sich übermäßig versichern. Das würde den Mitgliedern (und damit Solidago selbst) nicht nützen und würde die Vereinskonten

nur zeitweilig anschwellen lassen, weil bei fehlenden Ausgaben früher oder später die monatlichen Beiträge gesenkt würden. Die Mitglieder selbst gehen in der Regel verantwortlich mit ihren Ansprüchen um, weil sie wissen, dass sie damit zunächst das gemeinsame Konto ihrer eigenen Ortsgruppe belasten, über dessen Höhe alle in der Gruppe im Bilde sind. Außerdem weiß jedes Mitglied, dass die eigenen Beiträge nicht in einer großen anonymen Masse verschwinden, sondern der größte Teil direkt vor Ort verwaltet wird. Das eigene Verhalten (ob als abgesichertes Mitglied oder als Mitglied, das Verwaltungsaufgaben übernimmt) hat auch von anderen bemerkbare Auswirkungen auf das Ortsgruppenkonto. Solche Transparenz fördert verantwortungsvolles Handeln und senkt tendenziell die Gesundheitskosten, ohne den Mitgliedern hohe finanzielle Kosten aufzubürden.

An den regelmäßigen Mitgliederversammlungen treffen die Mitglieder grundlegende Entscheidungen über die Konditionen und die Gestaltung ihrer Gesundheitsabsicherung. Sie brauchen sich nicht mit dem zufriedenzugeben, was ihnen geboten wird. Sie vermeiden intransparente Vertragsgestaltung, wie sie leider bei privaten Krankenversicherungen gang und gäbe ist. Nicht Konkurrenz am Markt, sondern die Selbstbestimmung der Mitglieder als Miteigentümerinnen führt zu einem bedarfsgerechten Angebot. Dieses Vorgehen ist sehr viel effektiver als der fragwürdige Wettbewerb in einem Marktsegment mit langjährigen Vertragsbindungen und höchst intransparenten Angeboten.

Wie in jeder Organisation gibt es natürlich auch in Solidago Konfliktpotenzial. Nicht alle wollen ihrem Einkommen entsprechend einzahlen. Was als Gesundheitsausgabe zählt, erlaubt einen gewissen Interpretationsspielraum. Manche Mitglieder vertragen sich persönlich schlecht, haben verschiedene Ansichten über den besten Weg zur Anerkennung oder haben unterschiedliche Verhältnisse zu Geld. Allerdings hat Solidago keinerlei Interesse daran, überhöhte Beitragszahlungen zu verlangen oder seine Mitglieder gegen imaginäre Risiken zu versichern. Der Verein ist nicht in der Lage, überhöhte Gehälter auszuzahlen, und von seiner Struktur her wird sich das auch in Zukunft nicht ändern. Kurz ausgedrückt: Solidago kümmert sich um das Wohl seiner Mitglieder, weil es aus seinen Mitgliedern besteht. Derzeit erfordert der Verein zwar einen großen persönlichen Zeiteinsatz seitens vieler seiner Mitglieder, doch auch dieser könnte sich verrin-

gern wenn der Verein weiter wächst und die Verfahrensabläufe routinierter werden.

Es könnten noch viele Beispiele von Genossenschaften beschrieben werden, doch würde das in diesem Kontext zu weit führen. Das Beispiel Solidago soll zeigen, wie Interessengegensätze privatwirtschaftlicher Betriebe durch genossenschaftliche Organisation entschärft werden können, bzw. wie die gesellschaftlichen Rollen so verändert werden können, dass verantwortliches Handeln gefördert wird.

Eine Umwandlung der meisten Unternehmen in Genossenschaften würde die auf Abb. 3.7 dargestellte Tendenz zur Monopolbildung schwächen und ihre negativen Auswirkungen verringern. Ganz ausschalten würde sie diese Tendenz jedoch nicht. Genossenschaften, die im Wettbewerb gegen andere Genossenschaften Marktanteile gewinnen, können wie privatwirtschaftliche Marktgewinner mehr investieren, um ihre Vorteile weiter auszubauen. Auch sie können durch politischen Einfluss die Rahmenbedingungen in ihrem Sinne verändern, den Eintritt neuer Marktwettbewerber behindern oder die Rückzugsnischen ihrer Konkurrenten erobern. Andererseits gibt es bei Genossenschaften weniger starke Größenvorteile, weil Größe nicht unbedingt zu besseren Löhnen führt, dafür aber die interne Kommunikation und Entscheidungsfindung erschweren kann. Die negativen Auswirkungen eines Monopols werden in Konsumgenossenschaften in Grenzen gehalten, weil deren Mitglieder weiterhin entscheidungsberechtigt sind. Falls eine ansehnliche Minderheit sich in einer Genossenschaft nicht durchsetzen kann, kann sie geschlossen austreten und eine neue Genossenschaft gründen, die in diesen Mitgliedern auch schon einen festen Kundenstamm hat. Gerade im Falle von Konsumgenossenschaften könnten Tendenzen zur Monopolbildung auf diese Weise effektiv unterbunden werden, da es in einer großen Organisation oft Gruppen mit etwas verschieden gearteten Bedürfnissen gibt, die sich nicht gut aufgehoben fühlen und deshalb ausscheren.

Die negativen Auswirkungen potenzieller Machtausübung durch Genossenschaften ließen sich weitgehend vermeiden, wenn der Genossenschaftsgedanke noch konsequenter ausgestaltet würde durch die systematische Einbeziehung aller relevanten Stakeholder bei der Entscheidungsfindung und durch die Weiterentwicklung partizipativer Verfahren. Einen interessanten Weg in diese Richtung hat der

Hamburger Getränkehersteller und -lieferant Premium Cola unternommen: hier werden alle Stakeholder, die mitreden wollen, in einer Konsensdemokratie an den Entscheidungen beteiligt. Im 12. Kapitel wird das Thema der Vertiefung der Demokratie noch weiterverfolgt.

Neben der Genossenschaftsform werden derzeit außerdem eine Vielzahl ähnlicher Organisationsformen im Rahmen der »solidarischen Ökonomie« aktiv entwickelt. Außerdem gibt es ähnliche Entwicklungen, wie social enterprise, open companies, benefit corporations und stakeholder ownership. Marjorie Kelly nennt dies treffend »ownership design« bzw. Eigentumsgestaltung. Es ist hier unmöglich, diese Vielfalt angemessen darzustellen. Im Sinne einer Wirtschaft der Lebensfülle kommt es darauf an, dass die Eigentümerinnen ein vitales Interesse am eigentlichen Zweck des Unternehmens haben und deshalb den Profit wirklich nur als Mittel und nicht als Zweck des Unterfangens betrachten. Außerdem sollten möglichst die Interessen all derer, die zum Unternehmenserfolg beitragen und die ohne Eigentumsrechte vernachlässigt werden könnten, im Eigentum vertreten sein.

Infolge solcher Eigentumsgestaltung werden Konflikte zwischen unterschiedlichen Interessengruppen innerhalb des Unternehmens schon frühzeitig geregelt und bewältigt, statt dass sie weiter gären und sich eventuell an ganz anderer Stelle entladen. Verantwortliche Unternehmen vermeiden soziale Konflikte schon im Vorfeld, indem sie sie intern offen ansprechen und zu einer einvernehmlichen Lösung kommen.

Commons

Genossenschaftliche Formen sind für Unternehmen und ähnliche Organisationen sehr geeignet, doch sind sie in anderen Bereichen weniger anwendbar. Netzwerke von Akteuren, von denen manche hauptberuflich und andere ehrenamtlich, manche stetig und andere nur gelegentlich an einem gemeinsamen Projekt mitarbeiten, können nicht so streng organisiert werden. Auch die Nutzer einer gemeinsamen Ressource, wie z. B. eines Wald-, Weide- oder Fischfanggebietes, lassen sich nicht unbedingt als Genossenschaft organisieren. Hier geben Commons, die schon im 6. Kapitel besprochen wurden, einen besseren Bezugspunkt.

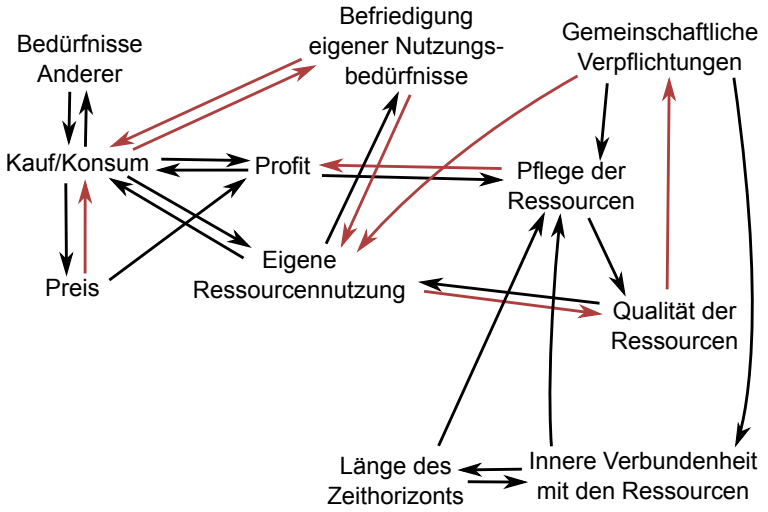
Der englische Begriff »commons« bezieht sich wie das deutsche Wort Allmende traditionell auf ein von einer Dorfgemeinschaft ge-

nutztes Gelände im Kontext der Land-, Forst- oder Viehwirtschaft. Formal brauchte das Land den Nutzerinnen nicht zu gehören, oft war es sogar Eigentum eines Monarchen oder Adeligen, der mit der Allmende direkt nichts zu tun hatte. Kolonialregierungen haben solche Allmenden rechtlich fast nie anerkannt, sondern haben sie höchstens de facto zugelassen. Die Gemeinschaft hatte jedoch traditionelle ungeschriebene Besitzrechte, die sie nach Kräften verteidigte. Es gab Regeln, wer welche Ressourcen wie und wann nutzen durfte, damit diese Ressourcen auch in Zukunft noch zur Verfügung stehen würden. Da so gut wie jeder jeden anderen kannte, brauchten Regelverletzungen oft gar nicht mit klar definierten Strafen geahndet zu werden – ein schlechter Ruf war schon Strafe genug. Im Zuge der Ausbreitung des Kapitalismus und Kolonialismus wurden solche Allmenden zunehmend privatisiert bzw. »eingehegt«; in England nannte sich das »enclosure of the commons«.

Heute bezeichnet der Begriff »Commons« im deutschen Sprachraum die Anwendung ähnlicher Bewirtschaftungsprinzipien auf vielfältige Bereiche in und außerhalb der Landwirtschaft. Manche alte Commons existieren heute noch, während laufend neue Commons für neue Anwendungsbereiche entwickelt werden. Sie bauen auf der Erkenntnis, dass viele Ressourcen nur gemeinsam gepflegt werden können, und dass dies gegenseitige Verpflichtungen erfordert. Vom Staat lässt sich die notwendige Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit oft nicht durchsetzen, besonders wenn die verantwortlichen Amtsträger weit entfernt sitzen, von den Ressourcen vor Ort und ihren Nutzungsarten relativ wenig Ahnung haben und sich vielleicht nicht mal wirklich darum scheren und deswegen leicht korrumpierbar sind. Privatisierung führt oft entweder dazu, dass sich einige wenige an der gesamten Ressource bereichern, oder dass sich niemand um die Ressource als Ganze kümmert (von einem Wald, der als Vielzahl unabhängiger kleiner Parzellen bewirtschaftet wird, bleibt meist bald nichts mehr übrig). Die Institution der Commons überzeugt auch aus Gerechtigkeitsgründen: jeder, der die Ressource braucht oder pflegt, kann an ihr teilhaben, nach Regeln, die von allen Beteiligten untereinander ausgemacht werden.

Einige systemischen Wechselwirkungen einer Commons sind auf Abb. 9.6 dargestellt, die Elemente aus Abbildungen 3.8 (Ökologischer Kontext von Produktion und Preisen) und 3.9 (Einflüsse auf den Zeithorizont) weiterverarbeitet. Die Mitglieder der Commons, die gleich-

Abbildung 9.6: Systemische Beziehungen einer Commons



zeitig auch Mitglieder einer Gemeinschaft sind, nutzen die Ressourcen entweder selbst (»Befriedigung eigener Nutzungsbedürfnisse«) oder verkaufen sie bzw. Produkte, die sie daraus hergestellt haben. Zum Beispiel verzehren Fischerinnen einen Teil ihres Fangs selbst und verkaufen den Rest. Im Falle einer Wissens-Commons tauschen die Beteiligten ihre Erkenntnisse untereinander aus, lernen dabei voneinander und nutzen manche der so gewonnenen Erkenntnisse für den eigenen Lebensunterhalt. Es kann hier natürlich Zielkonflikte geben – je mehr man von einem materiellen Gut verkauft, umso weniger hat man für sich selbst übrig, und umgekehrt. Im Falle immaterieller Güter können schwierige Wertkonflikte entstehen. Wie attraktiv es ist, Güter aus den Commons zu verkaufen, hängt nicht zuletzt vom Preis ab – wenn der sehr niedrig ist, wird gar nichts verkauft; wenn er sehr hoch ist, kann es schlimmstenfalls zu einem Ausverkauf kommen, der die Ressource und die Bedürfnisse der Gemeinschaftsmitglieder in Mitleidenschaft zieht.

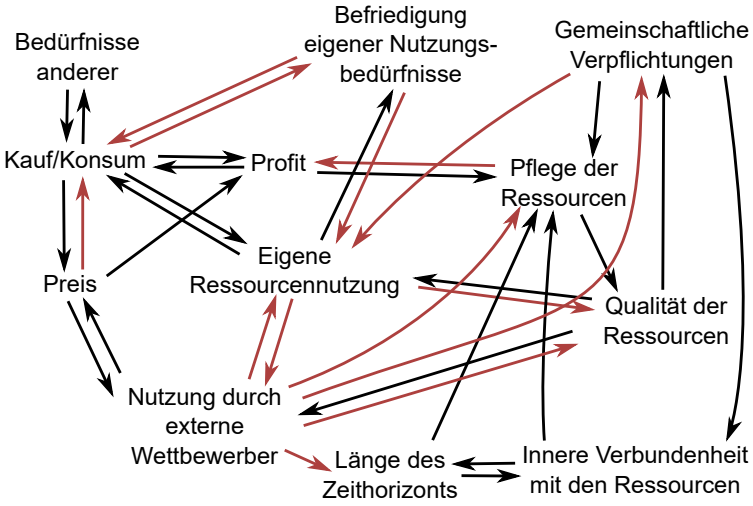
Bestimmte Arten der Ressourcennutzung beschädigen die Menge und Qualität der Ressourcen, doch muss Letztere bewahrt werden, um weiter produzieren zu können. Die Mitglieder der Commons er-

kennen diese Wechselwirkung, weshalb sie gemeinschaftliche Verfahren entwickeln, um Minderungen der Ressourcenqualität zu korrigieren. Insbesondere erarbeiten sie Regeln zur Schonung und Pflege der Ressourcen. Ohne »gemeinschaftliche Verpflichtungen« würden manche Mitglieder wegen ihrer eigennützigen Profit- oder Nutzungsinteressen die Pflege der gemeinsamen Ressourcen vernachlässigen. Die Gemeinschaft pflegt kulturell einen langen Zeithorizont und eine tiefe Verbundenheit mit den Ressourcen, damit allen bewusst ist, dass die Zukunft ihrer Kinder von ihrer heutigen Pflege der Ressourcen abhängt. So ergeben sich starke ausgleichende Rückkoppelungen: eine Verminderung der Ressourcenqualität führt zu verstärkten gemeinschaftlichen Verpflichtungen, die Ressourcen zu schonen und aktiv zu pflegen, bis die Qualität der Ressourcen wiederhergestellt worden ist.

Die Grafik geht davon aus, dass die Bedürfnisse der Mitglieder der Commons begrenzt sind – schon deswegen, weil die Befriedigung dieser Bedürfnisse eigene Arbeit erfordert. Es gibt deshalb eine ausgleichende Rückkopplung zwischen Ressourcennutzung und der Befriedigung der Nutzungsbedürfnisse. Am Markt kann es aber durchaus sein, dass ein größeres Angebot noch größere Nachfrage auslöst, d. h. appetitanregend wirkt, besonders wenn die Produkte in einem großen Markt wohlhabender Menschen angeboten werden. Diese Dynamik kann für die Commons und das Gemeinschaftsgefühl gefährlich werden, wenn manche Mitglieder die lokalen Nutzungsregeln wegen der großen Verdienstmöglichkeiten am Markt missachten.

Unzählige Commons, die zum Beispiel von Elinor Ostrom und ihren Kollegen beschrieben worden sind, zeigen, wie nachhaltig dieser Ansatz zur Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen sein kann – oft trotz der Versuchungen des Marktes. Der Erfolg ist natürlich an einige Voraussetzungen gebunden, vor allem dass es eine funktionierende Gemeinschaft mit gemeinsamen Werten gibt, die ihre Ressourcen erfolgreich gegen Angriffe von außen verteidigt. Gegen kolonialistische Raubzüge und staatliche Eingriffe zugunsten reicher Menschen und mächtiger Unternehmen sind und waren viele Commons nicht gefeit. Als Teil dieser Angriffe wurden und werden sie oft falsch dargestellt – vor allem wird behauptet, bei Commons gäbe es keine Regeln, keine Nutzungsbeschränkungen, und deshalb könne sich einfach jeder nehmen, was er will (so z. B. im berühmten Essay von Garrett Hardin über die »Tragödie« der Commons). In so einem

Abbildung 9.7: Commons im Spannungsfeld mit externen Wettbewerbern



Falle handelt es sich jedoch nicht um Commons, sondern um etwas ganz anderes: freien Zugang. Letzterer ist nur im Falle von solchen Nutzungen ratsam, die weder die betreffenden Ressourcen schädigen noch deren erneute Erzeugung infrage stellen (wie zum Beispiel die Nutzung der Luft zum Atmen).

Wenn sich mächtige Menschen über die Regeln einer Commons hinwegsetzen, dann verkommt diese leicht in einen Zustand des ungehinderten Zugangs. Es entsteht die auf Abb. 9.7 dargestellte Dynamik. Die Nutzung durch »externe Wettbewerber« konkurriert direkt mit der Nutzung durch die lokale Bevölkerung. In Extremfällen wird die Nutzung durch die lokale Bevölkerung völlig unterdrückt und die Commons bricht zusammen. In weniger gravierenden Fällen wird die lokale Nutzung stark eingeschränkt. Die externen Wettbewerber scheren sich zunächst gar nicht um die Pflege der Ressourcen und beschädigen sie stark. Der Preis für die Ressourcen steigt wahrscheinlich, weil externe Märkte mit kaufkräftigen Kunden erschlossen werden.

Häufig wird ein Naturgut erst durch Kolonialisierung zu einer wichtigen Ressource, wie zum Beispiel Gummi aus brasilianischen Gummibäumen oder die Federn indonesischer Paradiesvögel. In solchen Fällen werden die Ressourcen, die von den Einheimischen zum Leben benötigt werden, eher indirekt betroffen (allerdings dadurch nicht unbedingt weniger stark!). Die lokale Bevölkerung kann ihre eigenen Bedürfnisse kaum mehr befriedigen. Manche laufen notgedrungen zu den Ausbeutern über, sofern ihnen das gestattet ist. Da ihr einstiger Lebensunterhalt unmöglich geworden ist, versuchen sie, durch den neuen Markt Geld zu verdienen. Sie geben ihre alte Religion und Wertvorstellungen auf – damit oft auch ihre Seelenruhe. Viele verlieren die Hoffnung, vernachlässigen gemeinschaftliche Verpflichtungen, flüchten sich in Alkoholkonsum. Die Qualität der Naturressourcen nimmt dermaßen ab, dass ihre Verminderung nicht mehr zu einer Verstärkung der gemeinschaftlichen Verpflichtungen führt, sondern zu ihrer Aufgabe. Es verbreitet sich die bittere Erkenntnis, dass es sich ja doch nicht lohnt, sich für die Erhaltung der Natur einzusetzen (der Pfeil von »Qualität der Ressourcen« zu »gemeinschaftliche Verpflichtungen« wandelt sich von rot zu schwarz). Der Zeithorizont aller Beteiligten verkürzt sich, weil alle meinen, wenn ich mir nichts hole, dann tun's andere. Jede weitere Verschlechterung der Ressourcen verstärkt die Hoffnungslosigkeit und schwächt dadurch die gemeinschaftlichen Verpflichtungen noch weiter – eine ausgleichende Rückkoppelung hat sich in einen selbstverstärkenden Teufelskreis verwandelt. Die gesamte Gemeinschaft ist zerstritten und hält kaum noch zusammen.

Oft entdecken Sozialwissenschaftlerinnen traditionelle Commons inmitten dieses Zerfallsprozesses. Der vorherige Zustand ist kaum noch zu rekonstruieren und die erinnerten Geschichten der Einheimischen erscheinen fast zwangsläufig als Verklärungen der Vergangenheit. Doch es ist eigentlich kaum erstaunlich, dass Menschen Ressourcen pflegen, von denen sie wissen, dass ihre Kinder und Kindeskinder auch in Zukunft auf sie angewiesen sein werden. Als denkende Menschen haben sie soziale Strukturen entwickelt, um die nötige Pflege zu gewährleisten und allen Mitgliedern der Gemeinschaft ausreichenden Zugang zu den Ressourcen zu sichern – ausreichend im Sinne ihrer eigenen Vorstellung des guten Lebens. Erstaunlich wäre eher das Gegenteil, denn ohne solche Strukturen wäre eine kleine Gemeinschaft kaum überlebensfähig und würde bald einge-

hen. Erstaunlich ist das Vorgehen unserer eigenen Kultur, die trotz allen Geredes von der Zukunft einen enorm kurzen Zeithorizont aufweist. Diese unsere Kultur ist nur lebensfähig, solange immer neue Ressourcen erschlossen werden können, doch sind überlebenswichtige Ressourcen begrenzt, und Commons zeigen Wege auf, wie begrenzte Ressourcen gleichzeitig ökologisch nachhaltig und sozialverträglich genutzt und gepflegt werden können.

Deshalb ist es jetzt an der Zeit, Prinzipien der Commons wiederzubeleben. Ganz verschwunden sind sie glücklicherweise nie, weshalb wir auf bewährte Ansätze zurückgreifen können. In einer modernen Commons definiert man zunächst mehr oder weniger scharf eine Ressource und eine Gruppe ihrer Nutzerinnen – das heißt all jener, deren Leben irgendwie von dieser Ressource abhängt und für die es ein wichtiges Anliegen ist, sie zu erhalten. Die Nutzerinnen klären im Gespräch miteinander, wie die Ressource zu nutzen und zu pflegen ist, wer wann und wie viel entnehmen darf, wer wie zur Pflege beitragen muss usw. Sie vereinbaren, was passiert, wenn jemand diese Regeln verletzt. Viele dieser Vereinbarungen ergeben sich natürlich nicht im abstrakten Gespräch, sondern im Verlauf der Praxis. Wenn ein belastbarer Konsens über diese Fragen entsteht, kann sich die durch den Verhandlungsprozess und die gemeinsame Arbeit entstandene Gemeinschaft höchstwahrscheinlich auch selbst regulieren und die Regeln fortwährend weiterentwickeln und veränderten Bedingungen anpassen. Sie kann dabei sehr hohe lokale Akzeptanz erzielen, besonders wenn es ein gutes Zusammenspiel der Commons mit staatlichen Institutionen gibt.

Eine höchst interessante Studie zu einer solchen Entwicklung hat Arun Agrawal über Waldnutzung in Kumaun an den Hängen der Himalajas in Nordindien verfasst. Als die britische Kolonialregierung die lokale Bevölkerung Anfang des 20. Jahrhunderts von den Wäldern ausschloss, gab es aus Protest weitverbreitete Brandstiftungen. Die Regierung erkannte schließlich, dass sie die gesamten Wälder unmöglich gegen Brandstifter schützen konnte, und versuchte stattdessen, die Dorfbewohner in den Schutz, aber auch die gemeinsame Nutzung der Wälder einzubinden. Diese Politik wurde nach der Unabhängigkeit Indiens fortentwickelt und auf viele weitere Wälder des Landes ausgedehnt (allerdings sind sowohl das koloniale Erbe als auch die postkolonialen Institutionen sehr heterogen und meistens nicht so positiv zu bewerten wie in diesem Beispiel). Die in den

Dörfern Kumauns zur Pflege und Nutzung des Waldes aufgebauten Strukturen haben sich inzwischen als sehr erfolgreich erwiesen und weisen viele Merkmale von Commons auf. Interessanterweise wurden sie nicht in allen Dörfern eingeführt, sondern wurden langsam immer weiter ausgedehnt, weshalb Agrawal seine Befragungen in Dörfern mit und ohne diese Institutionen durchführen konnte. In zwei Befragungsrunden 1989 und 1993 konnte er sogar Veränderungen in Dörfern beobachten, in denen in der Zwischenzeit entsprechende Strukturen aufgebaut worden waren. So konnte Agrawal zahlreiche Belege finden, dass die institutionelle Entwicklung in diesen Dörfern tatsächlich dazu beigetragen hat, dass sich die Dorfbewohnerinnen tatkräftig für den Schutz ihres Waldes einsetzen und allgemein ein stärkeres Interesse an Belangen des Umweltschutzes entwickelt haben.

Es gibt unzählige weitere Beispiele, wie Commons weiter praktiziert, wiederbelebt oder neu hervorgebracht werden. Es würde hier zu weit führen, weitere Beispiele zu nennen, zumal da unter anderem das von Elinor und Vincent Ostrom aufgebaute Institut an der Indiana University in den USA hervorragende Forschungsarbeit in diesem Gebiet leistet und eine digitale Bibliothek mit vielen einschlägigen Forschungsberichten unterhält. Zudem gibt es die International Association for the Study of the Commons, die regelmäßige Konferenzen organisiert und eine wissenschaftliche Zeitschrift herausgibt.

Eine wichtige Voraussetzung erfolgreicher Commons muss allerdings erwähnt werden – sie erfordern eine funktionierende Gemeinschaft, in der sich genug Menschen finden, die ausreichend Zeit und Energie in den Aufbau der nötigen sozialen Strukturen investieren. Solche Gemeinschaften sind meist lokal oder haben, wie im Falle vieler Wissens-Commons, trotz geografischer Streuung ein großes Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt. Ressourcen, die sich in geografisch überschaubare Gebiete unterteilen lassen (zum Beispiel Wälder, Weiden, Fischereigebiete an Meeresküsten oder im Süßwasser), können potenziell komplett in lokale Commons aufgeteilt werden (genau so wie sie auch in private Parzellen aufgeteilt werden können). Man kann die gemeinsam genutzte Ressourcen als kollektives Eigentum der Mitglieder der Commons betrachten.

Allerdings gibt es auch Ressourcen, die nicht so leicht aufgeteilt werden können und die wir alle gemeinsam nutzen. Von besonderer Wichtigkeit sind die Atmosphäre und der Wasserkreislauf. Erstere

kann nicht aufgeteilt werden, während Flüsse und Bäche zwar abgegrenzt werden können, und Meere in Verwaltungsbereiche aufgeteilt werden können, doch fließt das Wasser immer weiter oder verdunstet. Sind Prinzipien der Commons auch auf solche Ressourcen anwendbar, die oft als »globale Commons« bezeichnet werden?

Im Falle von globalen Commons überschneidet sich der Begriff der Commons in der Praxis mit dem Begriff der öffentlichen Güter. Wir delegieren viele gemeinschaftlichen Aufgaben und Verantwortlichkeiten an den Staat und entlasten uns dadurch. Statt dass wir alle aktiv unsere gemeinsamen Aufgaben anpacken, zahlen wir Steuern an den Staat, der Menschen hauptamtlich anstellt, diese Aufgaben professionell zu bewältigen. Zum Beispiel ist die Überwachung der Luft- und Wasserqualität in allen Ländern, wo diese Aufgabe überhaupt wahrgenommen wird, primär Staatsaufgabe. Das hat gute Gründe und braucht hier nicht infrage gestellt zu werden.

Der Gedanke der Commons greift hier auf einer höheren Ebene. Jede Gebietskörperschaft kann zwar innerhalb ihres eigenen Gebietes die Wasserverschmutzung regeln, Flüsse begradigen, Dämme bauen und so weiter, doch betreffen alle diese Handlungen oder ihre Unterlassung auch flussabwärts gelegene Gebiete. Eine hierarchisch höhere Gewalt kann die entstehenden Interessenkonflikte nicht unbedingt regeln, besonders im Falle von Flüssen, die internationale Grenzen überqueren. Der Commons-Gedanke kann hier so angewandt werden, dass Repräsentanten aller Gebietskörperschaften und anderer betroffener Interessengruppen sich als Commons zusammentun, um ihre gemeinsame Nutzung eines Wassereinzugsgebietes zu regeln. Ähnliches gilt für die Atmosphäre und andere globale oder überregionale Güter, die wir gemeinsam nutzen.

Eine weitere Überschneidung mit öffentlichen Gütern ergibt sich, wenn die Naturressourcen eines Landes als die Commons aller Bewohner des Landes betrachtet werden, wie der amerikanische Ökonom Henry George das getan hat. Da niemand diese Naturressourcen geschaffen hat, sollte auch niemand privilegierte Eigentumsrechte darüber haben und dadurch unverdientes Einkommen auf Kosten anderer erhalten. George schlug zur Lösung dieses Problems vor, Land und natürliche Ressourcen so hoch zu besteuern, dass der Knappheitswert dieser Güter nicht privaten Eigentümern, sondern dem Gemeinwesen zugute käme. Arbeit dagegen solle nicht besteuert werden. Auf ähnlichen Gedankengängen beruhen Vorschläge einer

ökologischen Steuerreform und der Ansatz von Peter Barnes, den er in seinem Buch »Capitalism 3.0« beschreibt.

Laut Barnes sollen Luftqualität und einige weitere Ressourcen als das Gemeingut der Nation betrachtet und von einer Treuhandanstalt verwaltet werden. Jede Staatsbürgerin soll einen gleichen, unveräußerlichen Anteil an dieser Treuhand besitzen. Jährlich soll die Treuhand Nutzungsrechte versteigern, z. B. Emissionsgenehmigungen für Kohlendioxid an die Unternehmen, die fossile Brennstoffe in Verkehr bringen. Diese Kosten sollen die Unternehmen an ihre Kunden weiterreichen. Das heißt, jeder soll je nach eigenem Konsum einzahlen. Nach Abzug der Verwaltungskosten soll die Treuhand an alle Bürgerinnen genau gleiche Anteile auszahlen, weil jeder einen genau gleichen Anteil am Gesamtvermögen hat. Die gleiche Logik könnte auch auf andere Ressourcen wie zum Beispiel mineralische Ressourcen und, nach den Vorgaben von Henry George, auf Bodenbesitz angewandt werden.

Solch ein System würde ökologisch sinnvollerweise Ressourcenverbrauch verteuern und gleichzeitig der sozialen Polarisierung entgegenwirken, weil arme Menschen weniger konsumieren und deswegen weniger in den Fonds einzahlen würden, als sie daraus erhielten, während reiche Leute umgekehrt mehr einzahlen würden, als sie erhielten. Dieser Transfer könnte zu einem bedingungslosen Grundeinkommen beitragen oder stattdessen einen (im 11. Kapitel beschriebenen) selbstbestimmten Gemeinwohldienst weitgehend oder ganz finanzieren. Durch Senkung vieler Sozialausgaben könnten Löhne steuerlich entlastet werden, was zu mehr Beschäftigung führen sollte, während der Ressourcenverbrauch verteuert und deshalb gesenkt würde.

Barnes' Vorschläge können jedoch noch weiterentwickelt bzw. korrigiert werden. Erstens sieht Barnes vor, dass alle Einwohnerinnen eines Landes durch ihre Konsumausgaben in den Fonds einzahlen, aber nur Staatsbürgerinnen aus ihm bezahlt werden. Gerechterweise sollten alle, die sich ständig legal in einem Land aufhalten, Zahlungen aus der Treuhand erhalten, weil sie ja auch regelmäßig einzahlen. Zweitens müssten Wege gefunden werden, auch ressourcenexportierende Länder zur Einführung solcher Fonds zu bewegen, damit sich Ressourcenverbrauch und Industrie nicht einfach dorthin verlegen, wo die geringsten Gebühren gefordert werden. Die ärmeren Menschen in diesen Ländern würden von einer solchen Umver-

teilung profitieren, weshalb entsprechende Handelsvereinbarungen auch ihnen zugutekommen würden. Drittens müssten effektive und gleichzeitig demokratische Verfahren der Entscheidungsfindung der Treuhandfonds entwickelt werden.

Ein weiterer Bereich der Commons, der hier zumindest in Kürze angesprochen werden sollte, bezieht sich auf Wissen und speziell intellektuelle Eigentumsrechte. Diese werden damit begründet, die Arbeit von Künstlern, Schriftstellern, Verlagen, Wissenschaftlern und Erfindern solle sich finanziell lohnen, und vom Staat geschützte Verkaufsmonopole in Form von Copyright und Patenten seien die geeigneten Mittel für diesen Zweck. Der erste Teil dieser Begründung ist richtig, der zweite Teil nur bedingt, da es auch andere Formen der Vergütung kreativer, wissenschaftlicher oder erfinderischer Arbeit gibt, und da intellektuelle Eigentumsrechte schon längst weit über ihre legitime Begründung hinausgeschossen sind. Sie werden zunehmend als absolute Rechte betrachtet, die keine Begründung außer den Profitinteressen großer Wirtschaftsunternehmen benötigen (denn die sind es, die ihre immer weitere Ausweitung fordern). Copyright gilt zum Beispiel 70 Jahre über den Tod des Autors hinaus; zu rechtfertigen ist dieses Monopol als Belohnung kreativer Leistung jedoch nur bis zum Zeitpunkt des Todes des Autors. Auch Verlage brauchen nicht durch Monopole belohnt zu werden, die leicht ein Jahrhundert ab Veröffentlichung eines Buches währen können; sie wären mit einem Copyright von 20 Jahren ab Veröffentlichung eines Buches ausreichend bedient.

Das Konzept der Wissens-Commons, die vor Privatisierungen zu schützen sind, kann zur Begrenzung intellektueller Eigentumsrechte beitragen. Es baut auf der Erkenntnis, dass wir alle Wissen nutzen, das andere erarbeitet haben, und dass wir niemals als einzelne, heroische Erfinderin auftreten, die aus dem Nichts etwas völlig Neues erfindet. Stattdessen wird Wissen von vielen erzeugt, und oft ist es unmöglich, jeden einzelnen Beitrag zu einer Innovation zu bewerten. Außerdem verliert niemand Wissen, wenn sich jemand anderes dieses Wissen aneignet – man kann nur soziale oder ökonomische Vorteile verlieren, die sich aus exklusivem Wissen ergeben. Stattdessen erleichtert frei verfügbares Wissen viele Innovationen. Deshalb sollte möglichst viel Wissen frei verfügbar sein, damit es sich jeder aneignen, für eigene Zwecke nutzen und weiter mehren kann. Andererseits sollen Wissensbeiträge ausreichend honoriert werden und das

Wissen verantwortlich genutzt werden. Durch einvernehmliche Entwicklung entsprechender Vereinbarungen entstehen Wissens-Commons. Der Schutz der Wissens-Commons erfordert die Begrenzung intellektueller Eigentumsrechte, damit vergangene kreative, wissenschaftliche und erfinderische Arbeit einen angemessenen Lohn erhält, zukünftige Innovation aber nicht übermäßig behindert wird.

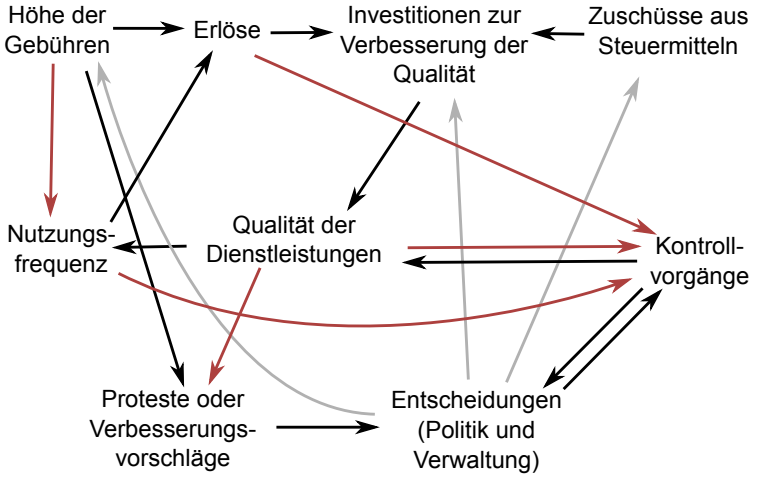
Die verschiedenen hier dargestellten Ansätze zu Commons sind alles andere als homogen in ihrer Definition der Commons oder in ihrer Herangehensweise. Sie können und sollen hier nicht alle bewertet werden. Sie gehen allerdings alle davon aus, dass viele Güter fairerweise gemeinsam zu bewirtschaften sind und dass dazu gerechte und nachhaltige Verfahren erforderlich sind. Sie schränken Eigentumsrechte ein oder teilen sie anders auf und fügen ihnen bestimmte Verpflichtungen zu. Sie dienen dem Zweck, Arbeitsleistung, Verantwortung und Nutznießung der gemeinsam genutzten Ressourcen oder des kollektiven Eigentums in ein vernünftiges Verhältnis zueinander zu bringen.

Öffentliche Infrastrukturen

Viele Aufgaben werden heute zu Recht von öffentlichen Diensten wahrgenommen – Aufgaben, die der Allgemeinheit dienen oder die jedem zugänglich sein sollen, oder die Betreibung von Infrastrukturen, die nur als zusammenhängendes Netz gut funktionieren. Es ginge weit über den Anspruch dieser Grundlegung hinaus, auf alle diese Funktionen einzeln einzugehen. Stattdessen behandle ich stichpunktartig die öffentlichen Infrastrukturen wie Wasserversorgung, Abwasserbehandlung, Abfallbeseitigung, Unterhaltung der Transportwege (Straßen, Schienen, Kanäle usw.), öffentlichen Nahverkehr, Strom- und Gasleitungen. Diese sind zentrale Teile der öffentlichen Dienste.

Diese Infrastrukturen werden zumeist von öffentlichen Versorgern betrieben, aus tadelloser Begründung: es sind sogenannte »natürliche Monopole«, wo es kaum zweckmäßig ist, zwei oder mehr Anbieter nebeneinander arbeiten zu lassen. Ein privater Anbieter hätte die Tendenz, die Preise bis an oder über die Schmerzgrenze zu steigern. Zwar ist es möglich, private Anbieter regulatorisch zu binden, damit sie ihre Preise unterhalb bestimmter Grenzen halten. Doch dann halten sie sich vielleicht mit den Investitionen zurück, also muss man auch die Investitionstätigkeit regeln. Doch dann gibt

Abbildung 9.8: Qualitätssicherung öffentliche Infrastruktur



es noch weitere fragwürdige Methoden, um Kosten einzusparen, also müssen auch diese Methoden geregelt und kontinuierlich überprüft werden. All dies ist zwar möglich, erfordert aber fast genauso viel Verwaltungsgeschick seitens des Staates wie der eigene Betrieb der Infrastruktur. Es ist einfacher, diese Aufgaben von öffentlichen Unternehmen erledigen zu lassen, solange deren Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen gesichert ist.

Wie funktioniert die Qualitätssicherung in einem öffentlichen Unternehmen? Abbildung 9.8 zeigt mögliche Rückkopplungen, zum Beispiel im öffentlichen Nahverkehr. Die Qualität der Dienstleistungen beeinflusst die Nutzungsfrequenz und dadurch die Erlöse. Kontrollmechanismen im normalen Betrieb achten auf diese und andere Kontrollwerte, damit alles gut läuft. Wenn es nicht gut läuft, dann gibt es Korrekturmöglichkeiten durch interne Rückmeldungen sowie Beschwerden, Proteste oder Verbesserungsvorschläge von Nutzerinnen, den Medien, Vereinen, Unternehmen usw. Diese Rückmeldungen werden von den Entscheidungsträgerinnen entweder im betreffenden Amt oder an übergeordneten politischen Stellen beurteilt und eventuell in veränderte Handlungen umgesetzt. Eine Häufung von Beschwerden über die Qualität der Dienstleistungen kann dazu führen, dass zusätzliche Steuermittel oder erhöhte Gebühren zur Ver-

besserung der Qualität investiert werden. Die Einflussgrößen auf die verfügbaren Steuermittel sind auf der Grafik nicht dargestellt. Erhöhte Gebühren können zwar zu erhöhten Einnahmen führen und dadurch höhere Investitionen erlauben, sie können aber auch zu verminderter Nutzung führen und also nichts bringen, oder sie können große, politisch brisante Proteste auslösen. Die Entscheidungen sind also nicht immer einfach.

Aus Sicht der Systemerhaltung müssen die Rückkopplungen zur Sicherung der Qualität erhalten bleiben. Ansonsten tritt leicht folgender Teufelskreis ein: die Qualität verschlechtert sich, folglich sinkt die Nutzungsfrequenz und damit die Erlöse und die Investitionen, sodass sich die Qualität weiter verschlechtert. Eventuell werden auch noch die Gebühren erhöht, um den Gesamterlös konstant zu halten, in welchem Fall die Nutzungsfrequenz noch schneller sinkt. Es verbleiben nur noch diejenigen Nutzerinnen, die keine andere Wahl haben, dafür aber für schlechte Dienstleistungen stark zur Kasse gebeten werden.

Was tun, wenn es Beschwerden wegen hoher Gebühren und schlechter Qualität zugleich hagelt? Seit dem neoliberalen Siegeszug Anfang der 80er-Jahre wurden private Investoren als die Heilsbringer angesehen: sie sollten viel Geld investieren, damit alles wieder gut würde. Große Investoren verfügen zwar durchaus über das nötige Kapital, bloß fordern sie es auch bald mit Rendite wieder zurück. Eine Stadt, die sich heute etwas nicht leisten kann, wird sich diese Sache inklusive Kapitalrenditen höchstwahrscheinlich auch in ein paar Jahren nicht leisten können. Die Lösung ist also nicht in einem großen kapitalistischen Unternehmen zu finden, sondern in anderen Finanzquellen oder einem anderen Lösungsansatz: Können die gleichen oder ähnlichen Dienstleistungen auch billiger erbracht werden?

Die Stadt Curitiba in Brasilien ist ein gutes Beispiel, wie solch neue Lösungsansätze gefunden wurden. In den 70er- und 80er-Jahren wuchs diese Stadt sehr schnell, mehr öffentlicher Verkehr mit der Kapazität einer U-Bahn sollte her, doch eine U-Bahn wäre für die Stadt viel zu teuer gewesen. Die Stadtplaner unter dem Bürgermeister Jaime Lerner kamen stattdessen auf die Idee, eigene Busspuren und teilweise sogar -straßen einzurichten. Statt herkömmlicher Bushaltestellen wurden Plattformen gebaut, auf denen Passagiere ihre Fahrkarten kauften und von denen sie auf gleicher Ebene in die Busse ein- und aussteigen konnten. So konnten Busse ohne Schaffner, zu einem Bruchteil der Baukosten und mit der gleichen Frequenz wie

U-Bahnen fahren. Mit diesem Beispiel hat Curitiba inzwischen weltweit Schule gemacht.

Manchmal können Ansätze der Commons oder von Genossenschaften die öffentlichen Dienste verbessern oder ergänzen. In Cochabamba, einer der drei größten Städte Boliviens, wurde zur Jahrtausendwende die Wasserversorgung privatisiert; Wasser wurde unerschwinglich und selbst das eigenständige Einsammeln und Verteilen von Regenwasser wurde verboten. Es gab Massenproteste und schließlich wurde die Wasserversorgung wieder in die öffentliche Hand übertragen. Doch ist diese Stadt auch ein gutes Beispiel, wie sich Menschen selbst organisieren und versorgen können, indem sie Regenwasser von ihren Dächern auffangen und in der Nachbarschaft verteilen. Damit übernehmen sie einen Teil der Wasserversorgung und vermindern das Problem des Sturmwasserabflusses. In unzähligen Städten der Welt reicht die Wasserversorgung nicht aus und die öffentlichen oder privaten Wasserleitungen erreichen nur die Wohlhabenden, während die Armen mit verschmutztem oder überteuertem Wasser aus Tankwagen vorliebnehmen müssen. Zur Verbesserung dieser Lage könnten die öffentlichen Versorgungsunternehmen mit lokalen Gruppen zusammenarbeiten, die ihre eigenen Systeme zum Auffangen, Filtern, Aufbewahren und Verteilen von Wasser aufbauen. So könnten sich öffentliche und genossenschaftliche Organisationsformen ergänzen, um umfassende und gleichzeitig erschwingliche Versorgungssysteme aufzubauen. In größerem Maßstab ist eine andere bolivianische Großstadt, Santa Cruz, vorangeschritten – dort sorgt eine Konsumkooperative seit den 1970er-Jahren für die gesamte Wasserversorgung und bietet eine für lateinamerikanische Verhältnisse außergewöhnliche Versorgungssicherheit.

Fazit

Das Prinzip, dass Eigentum verpflichtet, ist schon heute im Grundgesetz verankert und schlägt sich in vielen Gesetzen nieder, muss aber konsequenter umgesetzt werden. Entsprechende Grundlagen gibt es schon. Viele Genossenschaften und ähnliche Unternehmen behaupten sich erfolgreich am Markt und in der Gesellschaft. Auch Commons kann man mit einiger Aufmerksamkeit fast überall finden, und öffentliche Dienste sowieso. Sie alle geben Methoden an die Hand, Eigentumsrechte mit Arbeit und Verantwortung zu verknüpfen. Doch sollen sie nicht die Ausnahme bleiben oder von verpflich-

tungslosen Organisationsformen verdrängt werden können. Deshalb muss es letztendlich auch Gesetzesänderungen geben. Viele Naturgüter könnten gesetzlich als »Commons« oder »Allmende« erkannt und damit dem Privateigentum entzogen werden, mit Vorgaben, wie sie zu schützen sind. Einkommen-, Erbschaft-, Vermögen- und Körperschaftsteuern könnten die Umwandlung von Aktiengesellschaften in Genossenschaften begünstigen. Allen Unternehmen und Einzelpersonen könnten bestimmte Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit auferlegt werden. Bildungs- und Weiterbildungsangebote könnten diese Maßnahmen unterstützen. All diese Bemühungen würden jedoch nur Stückwerk bleiben, solange unser Geld- und Finanzsystem kurzfristig orientiertes, spekulatives, im kruden Sinne eigennütziges und gieriges Verhalten fördert. Deshalb ist das nächste Kapitel der Reform der Finanzordnung gewidmet.

Weiterführende Literatur

Aufsatz, wie man der Verpflichtung des Eigentums größeren Nachdruck verleihen könnte

Scherhorn, G. (2011): Die Welt als Allmende: Marktwirtschaftlicher Wettbewerb und Gemeingüterschutz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28–30. [http://www.bpb.de/apuz/33212/die-welt-als-allmende-marktwirtschaftlicher-wettbewerb-und-gemeingueterschutz; 26.12.2016].

Einführung zu einem Symposion über die soziale Funktion des Eigentums in den USA und Lateinamerika; siehe auch die weiteren Beiträge zum Symposion

Foster, S.; Bonilla, D. (2011): The Social Function of Property: A Comparative Law Perspective, in: Fordham Law Review 80, S. 101–113, 2011; Fordham Law Legal Studies Research Paper No. 1960022. [http://ssrn.com/abstract=1960022; 26.12.2016].

Eine kleine Auswahl von Methoden, wie Eigentümer sich ihrer Verantwortung durch Verschleierung entziehen

Institute on Taxation and Economic Policy (2015): Delaware: An Onshore Tax Haven. [http://itep.org/itep_reports/2015/12/delaware-an-onshore-tax-haven.php#.VyX_Zb6TIrd; 28.12.2016].

Citizens for Tax Justice (2016): American Corporations Tell IRS the Majority of Their Offshore Profits Are in 10 Tax Havens. [http://ctj.org/ctjre-

ports/2016/04/american_corporations_tell_irs_the_majority_of_their_offshore_profits_are_in_10_tax_havens.php#.VyYh3L6TIre; 28.12.2016].

Internationale Datenbank über finanzielle Intransparenz, mit detaillierten Berichten über einzelne Länder

Tax Justice Network (2015): Financial Secrecy Index. [http://www.financialsecrecyindex.com/introduction/introducing-the-fsi; 28.12.2016].

Webseiten zweier wichtiger Genossenschaftsverbände und von im Kapitel erwähnten genossenschaftlichen und ähnlichen Organisationen

International Cooperative Alliance: http://ica.coop/

European Federation for Renewable Energy Cooperatives: https://rescoop.eu/

Mondragón Genossenschaften: http://www.mondragon-corporation.com/

Solidago: http://solidago-bund.net/

Premium-Cola: http://www.premium-cola.de/

Die Genossenschaft Mondragón in der Wirtschaftskrise

Deutsche Welle (2012): Erfolg trotz Krise – die spanische Genossenschaft Mondragón. [http://www.dw.com/de/erfolg-trotz-krise-die-spanische-genossenschaft-mondrag%C3%B3n/av-6703525; 28.12.2016].

Thomas, H.; Alperovitz, G. (2013): Mondragón and the System Problem, in: Truthout. [http://www.truth-out.org/news/item/19704-mondragon-and-the-system-problem; 28.12.2016].

Tonio, M. (2009): Mondragón: Demokratisch in die Krise, in: Zürich: Die Wochenzeitung. [https://www.woz.ch/-1641; 28.12.2016].

Ownership design

Kelly, Majorie (2012): Owning Our Future: The Emerging Ownership Revolution, San Francisco.

Online-Ressourcen zu Commons

Indiana University, Digital Library of the Commons: http://dlc.dlib.indiana.edu/dlc/

Indiana University Ostrom Workshop: https://ostromworkshop.indiana.edu/

International Association for the Study of the Commons: http://www.iasc-commons.org/

Im Text erwähnte Autoren zu Commons und verwandten Themen

Agrawal, A. (2005): Environmentality: Technologies of Government and the Making of Subjects, Durham, North Carolina, USA.

Barnes, P. (2008): Kapitalismus 3.0: Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter, Berlin.

George, H. (1881): Fortschritt und Armuth: Eine Untersuchung über die Ursache der industriellen Krisen und der Zunahme der Armuth bei zunehmendem Reichthum, Berlin. (Englischer Originaltitel: Progress and Poverty: An Inquiry into the Causes of Industrial Depressions, and of Increase of Want with Increase of Wealth. The Remedy).

Ostrom, E. (2013): Die Verfassung der Allmende: Jenseits von Markt und Staat, 3. Nachdruck, Tübingen. (Englischer Originaltitel: Governing the Commons).

Die Innovationen Curitibas

Cervero, R. (1998): The Transit Metropolis: A Global Inquiry, Washington, D. C.: Chapter 10, Creating a Linear City with a Surface Metro: Curitiba, Brazil.

Konflikte und Lösungen die Wasserversorgung in Cochabamba und Santa Cruz betreffend

Olivera, O., with Lewis, T. (2004): Cochabamba! Water War in Bolivia, Cambridge.

Ruiz-Mier, F.; van Ginneken, M. (2008): Consumer Cooperatives for Delivery of Urban Water and Sanitation Services, A World Bank publication. [http://documents.worldbank.org/curated/en/752011468338513828/Consumer-cooperatives-for-delivery-of-urban-water-and-sanitation-services;jsessionid=UUEEDGbH1PAGGVD7JSSeyqZX 28.12.2016].

10 Dienendes Finanzwesen

Wenn Geld Mittel zum Zweck ist, dann sind Finanzdienste das Mittel zur Beschaffung des Mittels zum Zweck. Als solches hat die Finanzwirtschaft eine dienende Funktion, ähnlich wie die Achse eines gut geölten und justierten Rads. Ein solches Rad verursacht kaum Energieverluste und erlaubt die leichte Kontrolle des Fahrzeugs; man denkt beim Fahren kaum an das Rad und schon gar nicht an die Achse. Auf ähnliche Weise würde ein gut funktionierendes Finanzwesen einen minimalen Anteil des BIPs ausmachen und Preisschwankungen rasch ausgleichen. Von diesem Idealbild ist die gegenwärtige Finanzwirtschaft Lichtjahre entfernt, denn sie hat sich zur Herrscherin der Wirtschaft aufgeschwungen, statt ihr zu dienen. Sie verschlingt Ressourcen, anstatt dazu beizutragen, Ressourcen effizient im Sinne der Lebensfülle zu verwenden. Auch hier haben sich Mittel und Zweck verkehrt.

In diesem Kapitel widme ich mich der Frage, wie ein dienendes Finanzsystem aussehen könnte, das den weiteren schon erarbeiteten Vorgaben entspricht:

- Zeitlich unbegrenzte Rückflüsse von Geld gegen einmalige Zahlung (z. B. Zinsen und Dividenden) sind als Abgaben zu bezeichnen; sie verpflichten die Empfänger zu Gaben im Sinne des Gemeinwesens.
- Investoren, die keine Verpflichtung im Sinne des Gemeinwesens eingehen, dürfen im Tausch gegen eine reine Geldinvestition weder zeitlich unbegrenzte Rückzahlungen noch Eigentumsrechte erhalten, denn diese verpflichten zu Verantwortung und Arbeit. Investoren teilen das Risiko auf partnerschaftliche Weise mit Kreditnehmern oder Unternehmern.
- Die Kontrollfunktion von Preisen erfordert, dass steigende Preise zu fallender Nachfrage und fallende Preise zu steigender Nachfrage führen; die Rahmenbedingungen spekulativer Märkte müssen so korrigiert werden, dass diese Kontrollfunktion wiederhergestellt wird.
- Um ohne Krisen, Erzeugung von Verelendung und Wachstumssucht zu zirkulieren, darf Geld nicht nur zu den Reichen fließen,

sondern es muss auch einen gleich großen und regelmäßigen Rückfluss von den Reichsten an die Ärmsten bzw. an alle geben.

Dem Gemeinwesen verpflichtete Finanzinstitutionen

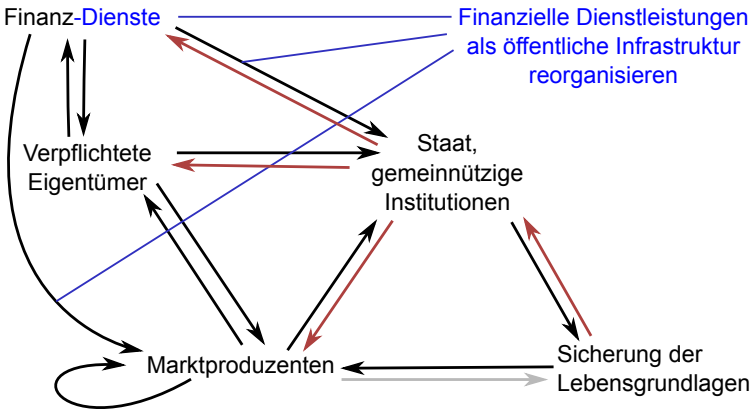
Als Zirkulationsmittel der Gesellschaft und als Träger gesellschaftlichen Wertes ist Geld Teil der lebensnotwendigen Infrastruktur einer jeden heute existierenden Gesellschaft. Auch die Verkehrswege und Häfen dieses Geldes, also die Finanzinstitutionen, gehören zu dieser Infrastruktur. Wer von ihr ausgeschlossen wird, hat kaum wirtschaftliche Chancen. Es wäre also nichts weiter als konsequent, diese Infrastruktur als jedem zugängliche öffentliche Infrastruktur zu gestalten. Banken und andere Finanzinstitutionen wären demnach einerseits berechtigt, Abgaben in Form von Zinsen zu erheben, andererseits aber verpflichtet, ihre Profite in den Dienst des Gemeinwesens oder ihrer Kunden zu stellen. Die Wirkung einer solchen Maßgabe auf das kapitalistische Zirkulationssystem wird auf Abb. 10.1 dargestellt.

Man könnte sich das Finanzwesen ähnlich vorstellen wie einen Verkehrsverbund, in dem viele verschiedene Verkehrsunternehmen, darunter auch private, eine einheitliche Tarifstruktur entwickeln, ihre Angebote aufeinander abstimmen, und Verfahren zur Verteilung der Einnahmen vereinbaren. Aus Sicht des Kunden erscheint der Verkehrsverbund als ein einheitliches System, obwohl er aus vielen verschiedenen Subunternehmen besteht. Auf analoge Weise könnten die verschiedenen, historisch gewachsenen Strukturen des Finanzsystems als öffentliche Infrastruktur integriert werden. Ähnliches ist auch schon in anderen Bereichen bewerkstelligt worden; zum Beispiel sind in den Niederlanden die vormals gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen zu einem einheitlichen Tarif- und Leistungssystem zusammengefasst worden.

Dem Gemeinwesen verpflichtete Banken existieren heute schon in verschiedenen Rechtsformen:

- Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, wie zum Beispiel Landesbanken und Sparkassen;
- Genossenschaftsbanken, wie zum Beispiel Volks- und Raiffeisenbanken, die GLS Bank, die dänische Merkur-Bank, die schwedische JAK-Bank und credit unions in englischsprachigen Ländern;
- Banken, die durch gemeinnützige Stiftungen kontrolliert werden, wie zum Beispiel die Triodos-Bank;

Abbildung 10.1: Umstrukturierung finanzieller Dienste als öffentliche Infrastruktur



- Caja Laboral, die Bank der Mondragón-Genossenschaftsgruppe, die Ersparnisse der Genossenschaften als Kredite innerhalb der Gruppe bereitstellt.

In der Global Alliance for Banking on Values haben sich inzwischen 28 Banken mit Zielsetzungen der nachhaltigen Entwicklung und der Menschenrechte verbündet; die Rechtsformen dieser Banken variieren je nach Zielsetzung und Land. Zu dieser Gruppe gehören unter anderem die oben erwähnten GLS Bank, Merkur-Bank und Triodos-Bank. Ihre Erfahrungen könnten nicht nur für Neueinsteiger lehrreich sein, sondern auch für etablierte Sparkassen und Raiffeisenbanken, die sich oft allzu sehr an die Praktiken der Privatbanken angeglichen haben.

In einer Wirtschaft der Lebensfülle würden diese Arten von Banken das Bankgeschäft dominieren. Außerdem gäbe es eine wichtige Rolle für Banken, die einer Unternehmensgruppe gehören und ausschließlich Kredit- und Finanzgeschäfte innerhalb dieser Gruppe abwickeln, deren Finanzkapital also klar im Dienste des Industriekapitals steht. Diese Banken sollten keine Geschäfte mit Privatkunden oder anderen Unternehmen außerhalb der Unternehmensgruppe tätigen, denn sonst würden sie zu gewöhnlichen Privatbanken. Letztere würden in einer Wirtschaft der Lebensfülle dazu gebracht, dem Ge-

meinwesen verpflichtete Geschäftsmodelle zu entwickeln. Sie könnten zum Beispiel in das Eigentum gemeinnütziger Stiftungen überführt werden, um ihre Profite für gemeinnützige Zwecke einzusetzen. Auch für andere Finanzinstitutionen wären entsprechende Lösungen zu verallgemeinern oder zu entwickeln. Grundsätzlich gilt: die mit Finanzdienstleistungen verbundenen Privilegien sollen mit der Verpflichtung einhergehen, dem Gemeinwohl zu dienen.

Geldschöpfung und -zirkulation

Abgesehen von den Finanzinstitutionen ist das Geld selbst der wichtigste Teil der Finanzinfrastruktur. Wie insbesondere im 8. Kapitel erörtert, muss die Geldmenge im gegenwärtigen System andauernd wachsen, damit verpflichtungslose Eigentümer immer reicher werden können, ohne dass der Realwirtschaft das Zirkulationsmittel ausgeht und eine Krise ausbricht. In diesem System wird immer neues Geld geschöpft, vorwiegend durch die Erzeugung von Krediten: die Zentralbank verleiht Buchgeld an alle anderen Banken; Letztere verleihen ein Vielfaches dieses Geldes (als »Giralgeld«) an Unternehmen und Privatpersonen, die dieses Geld in der Realwirtschaft investieren und so in Verkehr bringen. Außer während Zeiten »billigen Geldes« (wenn der Leitzins sehr niedrig ist) ergeben sich aus diesem Geschäft große Gewinne für die Privatbanken. Das ist Teil ihres Geschäftsmodells. Da diese Gewinne in der Regel nur wenigen Menschen zugutekommen, tragen sie zur weiteren Konzentration der Einkommen und Vermögen und damit zum Wachstumszwang bei.

Die im vorigen Kapitel vorgeschlagenen Reformen der Eigentumsbeziehungen würden den Wachstumszwang erheblich vermindern und würden eine sehr viel bessere Kreislaufführung des Geldes ermöglichen – es würde sich also nicht in wenigen Händen immer weiter konzentrieren und sich anderen so gut wie ganz entziehen. Die notwendige Rolle der Geldschöpfung würde folglich erheblich vermindert und somit auch die Größe der Gewinne, die durch Geldschöpfung zu erzielen sind. Die Geschäftsmodelle aller Finanzinstitutionen müssten an diese neue Realität angepasst werden.

Darüber hinaus wäre aber auch die Methode der Geldschöpfung zu überdenken, mit Berücksichtigung der Funktion des Geldes als Zirkulationsmittel der Gesellschaft. Im jetzigen System verleihen Banken Geld an Unternehmen, die dies dann investieren, um neue Produkte auf den Markt zu bringen. Dies trägt kaum zur Befriedigung der Be-

dürfnisse armer Menschen oder zur Lösung der wichtigen Menschheitsprobleme bei, denn man kann Waren nur an Menschen verkaufen, die Geld haben, und viele Problemlösungen sind nicht als Waren zu verpacken. Infolge der ungleichmäßigen Verteilung des Reichtums ist es gewinnträchtiger, wohlhabende Menschen dazu zu bewegen, mehr ihres Geldes für weitere überflüssige Dinge auszugeben. Dorthin gehen also die meisten privatwirtschaftlichen Investitionen.

Die ganze Problematik könnte aber genau umgekehrt angegangen werden. Man gehe davon aus, dass Geld dazu dienen soll, dass alle Menschen in einer arbeitsteiligen Gesellschaft gut leben können. Es wäre eine politische Aufgabe, festzustellen, wo es Nachfrage ohne Kaufkraft gibt, die im Sinne der Lebensfülle bedient werden sollte. Wenn es z. B. viele Arbeitslose gibt, dann soll denen entweder direkt Geld gegeben werden oder ihnen sollen Möglichkeiten gegeben werden, sich im Sinne des Gemeinwesens zu betätigen und dafür bezahlt zu werden (mehr dazu im nächsten Kapitel). Wenn es nicht genug Wohnungen gibt, dann sollen Wohnungen gebaut werden (es reicht nicht, Obdachlosen Wohngeld auszuzahlen, denn dadurch werden keine neuen Gebäude errichtet, sondern bloß die Mieten erhöht). Wenn nicht genug für den Naturschutz getan wird, dann sollen mehr Leute in diesem Bereich angestellt und mehr in die entsprechende Bildung investiert werden. Wenn es notwendig ist, Treibhausgasemissionen zu senken, dann muss eine neue Energieinfrastruktur aufgebaut werden. Indem Geld in die Bereiche gelenkt wird, wo ein ungedeckter Bedarf besteht, wird dort Nachfrage erzeugt. Die Nachfrage regt Unternehmen an, zu investieren und sich das nötige Kapital zu besorgen, unter anderem durch Bankkredite. Daher entsteht Wachstum, wo es gebraucht wird.

Wo soll das benötigte Geld hergeholt werden? Erstens durch Besteuerung, wobei die Steuerpolitik darauf zu achten hat, dass große Vermögen nicht immer größer werden (dies ist ein Symptom einer unzulänglichen Kreislaufführung des Geldes). Zweitens durch Geldschöpfung. Der Staat soll hierbei sein Privileg nutzen, Geld »aus dem Nichts« zu erzeugen, wie heute Bargeld erzeugt wird. Dieses Geld sollte ohne Verschuldung als Bar- oder Buchgeld nach parlamentarischen Beschlüssen in Umlauf gebracht werden. Solange den Ausgaben tatsächliche Bedürfnisse gegenüberstehen und die Kapazitäten bestehen, diese Bedürfnisse zu befriedigen, werden solche Ausgaben nur moderate inflationäre Wirkungen ausüben. Diese wären aller-

dings zu begrüßen als Preissignale, die Investitionen in den betreffenden Wirtschaftssektoren anzuregen.

Neben dieser Geldschöpfung durch Staatsausgaben kann Geld natürlich weiterhin durch Kreditvergabe geschöpft werden, doch sollte diese Praxis eine geringere Rolle spielen als heute und sollte auf keinen Fall im vergeblichen Versuch verwendet werden, die Wirtschaft in Krisenzeiten anzukurbeln. Solange das Privileg der Geldschöpfung durch Kreditvergabe Banken vorbehalten bliebe, die ihre Profite im Sinne des Gemeinwohls verwenden, würde diese Form der Geldschöpfung mit einer Wirtschaft der Lebensfülle vereinbar sein. Das Ziel entspräche dem Vorhaben des Vollgeldes (das Geldschöpfung nur durch die Zentralbank vorsieht), doch würde es nicht durch die Zentralisierung der Geldschöpfung in einer einzigen Institution erreicht, sondern umgekehrt durch die Dezentralisierung der Verpflichtungen der Zentralbank auf alle Banken.

Auf längere Sicht sollte eine wie auf Abb. 10.1 dargestellte Geldzirkulation dazu führen, dass nur wenig neues Geld erzeugt werden müsste. Der konstante Abfluss des Geldes an das verpflichtungslose Eigentum durch die Finanzwirtschaft würde vermieden; dieses Geld würde stattdessen an produktive Unternehmen, Staat und gemeinnützige Organisationen weiterfließen. Diese wären in der Lage, die Deckung fast aller wichtigen ungedeckten Bedürfnisse durch Kreislaufführung des existierenden Geldes zu gewährleisten.

Es bleibt anzumerken, dass Zahlungsmittel nicht nur in Form des vom Staat und Banken hergestellten Geldes existieren, sondern auch in Form einer Vielzahl von Komplementär- und Regiowährungen. Diese sollen unter anderem lokale Wirtschaftskreisläufe anregen, gemeinwohlorientierte Unternehmungen unterstützen oder der Konzentration der Vermögen entgegenwirken. Viele experimentieren mit zinslosem Geld oder sogar mit negativen Zinsen. Bisher sind solche Währungen nur in Krisenzeiten wirklich erfolgreich gewesen (z. B. Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre, argentinische Krise zur Jahrtausendwende). Einige beschränken sich auf ganz bestimmte Zwecke und sind dabei durchaus erfolgreich (z. B. Pflege alter Menschen in Japan, Nachhilfeunterricht in Brasilien, gegenseitige Kreditvergabe von kleinen und mittleren Unternehmen in Sardinien). Trotz ihres bisher mäßigen Erfolges sind sie ein sehr wichtiges Experimentierfeld, das notwendige Impulse für die Entwicklung des allgemeinen Geldsystems liefern kann. Sie erlauben es, im kleinen Maßstab Ideen

auszuprobieren, bevor sie eventuell in größerem Maßstab bei ungleich höherem Risiko angewandt werden. Deshalb sollten sie vom Staat nicht nur toleriert, sondern auch unterstützt werden.

Finanzanlagen

Eine öffentliche Finanzinfrastruktur der Banken und der Geldschöpfung wäre ein fundamentaler Bestandteil einer Wirtschaft der Lebensfülle. Doch auch die Art ihrer Dienstleistungen sollte überdacht werden. Banken sollen ihren Kunden natürlich weiterhin Konten bereitstellen und den Zahlungsverkehr erleichtern. Von besonderer Wichtigkeit sind jedoch Anlagen, durch die das Geld von Anlegern für unternehmerische Investitionen zur Verfügung gestellt wird.

Bei der Gestaltung finanzieller Anlagen sollten zwei Aspekte beachtet werden: erstens soll, wer etwas Konkretes leistet bzw. konkrete Verantwortung übernimmt, dafür belohnt werden, und zweitens soll niemand zeitlich unbegrenzte Rückzahlungen gegen einmalige Einzahlungen (ein Perpetuum mobile) erwarten dürfen. Betroffen sind hiervon insbesondere Aktien und ihre Dividenden sowie zinsbelastete Kredite. In der islamischen Finanz und in verschiedenen ethischen Geldanlagen gibt es schon verschiedene Finanzinstrumente dieser Art, doch werde ich hier versuchen, auf der Basis der hier vorgestellten Gedanken die Grundmerkmale möglicher Finanzanlagen in einer Wirtschaft der Lebensfülle zu erarbeiten.

Gewinnanteile

Wenn Eigentum an Verantwortung und Leistung gebunden werden soll, dann dürfen Eigentumsanteile von Unternehmen nur an Menschen gehen, die konkrete Verantwortung übernehmen oder im Unternehmen arbeiten. Aktionäre, die nichts im Unternehmen leisten, sondern lediglich Geld vorgeschossen haben, können demnach nicht als Eigentümer des Unternehmens gelten. Die Aktien sollten deshalb nicht als Unternehmensanteile, sondern als Gewinnanteile behandelt werden. Damit der einmaligen Einzahlung keine unbegrenzte Rückzahlung folgt, müssen die Gewinnanteile zeitlich begrenzt bleiben – das heißt, Gewinnanteile sollen nur für eine vereinbarte Dauer von Jahren zu kaufen sein. Falls der Aktieninhaber vorzeitig verstirbt, sollten die verbleibenden Gewinnanteile verfallen – das heißt, an das Unternehmen zurückgehen (andernfalls würden sie nämlich an jemanden gehen, der nichts dafür bezahlt oder getan hat).

Der Aktionär übernimmt zwar keine direkte Verantwortung im Unternehmen (soll also dort keine Eigentumsrechte haben), doch auch sein Eigentum am Gewinnanteil bedeutet eine gewisse Verantwortung gegenüber dem Unternehmen, von dem er profitiert. Diese Verantwortung könnte so zum Ausdruck gebracht werden, dass der Aktionär seine Gewinnanteile nur mit Einverständnis des Unternehmens verkaufen dürfte. Zum Beispiel: Ein Investor hat auf dreißig Jahre befristete Gewinnanteile an einem kleinen Start-up-Unternehmen gekauft. Da die Zukunft des Unternehmens zur Zeit des Kaufs sehr ungewiss war, waren diese Gewinnanteile recht billig, aber das Unternehmen hatte großen Erfolg und die Gewinnanteile werfen nach 15 Jahren hohe Dividenden ab. Das ist für den Investor eine sehr gute Sache, aber er will seine Gewinnanteile verflüssigen. Um sie zu verkaufen, braucht er die Einwilligung des Unternehmens. Nicht der Investor, sondern das Unternehmen hat durch seine Arbeit den Wert der Gewinnanteile so anwachsen lassen; allerdings hätte es ohne das Anfangskapital von Leuten wie diesem Investor gar nicht erst starten können. Investor und Unternehmensführung verhandeln miteinander und vereinbaren, dass die Hälfte des Kapitalgewinns durch den Verkauf der Gewinnanteile an das Unternehmen fließt, die andere Hälfte an den Investor. Nun sucht der Investor nach einem Käufer seiner Gewinnanteile und der Erlös wird zwischen ihm und dem Unternehmen aufgeteilt.

Um sich vor Betrug zu schützen, hätten Inhaber befristeter Gewinnanteile Anspruch auf die gleichen finanziellen Daten und Rechnungsprüfungen wie heutzutage Aktieninhaber. Wenn Daten gefälscht würden, hätten die Anteils-Inhaber Anspruch auf Schadensersatz. Unternehmerische Entscheidungen sollten aber ganz klar Sache der Unternehmensführung sein.

Gewinnanteile nach einem solchen Schema würden einerseits Unternehmen erlauben, ihr Kapital zu erhöhen, ohne deswegen auf ewige Zeiten Dividenden an Unbeteiligte zahlen zu müssen, und andererseits Einzelpersonen oder Institutionen erlauben, überschüssiges Kapital anzulegen. Zur Alterssicherung könnten Gewinnanteile mit so langen Laufzeiten verwendet werden, dass die Befristung für den Investor kaum eine Rolle spielen würde. Allerdings würden Erben leer ausgehen, da diese Gewinnanteile gemäß Leistungsprinzip nach dem Tod des Käufers verfallen würden. Unternehmen in der Start-up-Phase könnten Gewinnanteile bis zu einem bestimmten

Prozentsatz des Gesamtgewinns verkaufen, um an Kapital zu kommen. Der verbleibende Gewinn würde unter den Eigentümern des Unternehmens aufgeteilt. Eine Staffelung der Laufzeiten der Gewinnanteile würde es erlauben, den Mitarbeitern des Betriebs allmählich zunehmende Unternehmens- und damit Gewinnanteile zu übertragen, ohne dass die Unternehmensgründer ihren Prozentsatz des Gewinns schmälern müssten. So könnten Privatunternehmen langsam in Genossenschaften umgewandelt werden. Alternativ könnten verfallene Gewinnanteile neu verkauft werden, um neues Kapital in den Betrieb zu holen.

Befristete Gewinnanteile ähneln dem islamischen Finanzinstrument namens Mudarabah. Beides sind Gewinnanteile ohne Eigentumsrechte am Unternehmen und sind auf einen festen Zeitraum begrenzt. Mudarabah in seiner ursprünglichen Form sieht allerdings eine einzige Rückzahlung des geliehenen Geldes und eines vorher vereinbarten Anteils des Gewinns am Ende der Laufzeit vor. Dieses Finanzinstrument diente ursprünglich reisenden Kaufleuten, die am Anfang einer Reise einen Kredit aufnahmen, um Ware zu kaufen, und am Ende der Reise den Kredit zurückzahlten. Inzwischen gibt es viele Varianten dieses Konstruktes für verschiedene Geschäftsmodelle, angepasst an die Konkurrenz mit westlichen Finanzinstrumenten. Die ursprüngliche Fassung des Mudarabah ist wohl eine faire Methode zur Finanzierung von Einzelprojekten, während das hier dargestellte Konzept befristeter Gewinnanteile eher für die Finanzierung von Geschäftstätigkeiten über einen längeren Zeitraum geeignet wäre. Die Vereinbarkeit moderner Varianten des Mudarabah mit dem Konzept der Wirtschaft der Lebensfülle wäre einzeln zu überprüfen.

Insgesamt würden zeitlich begrenzte Gewinnanteile ohne Eigentumsrechte ähnliche Vorteile wie jetzige Aktien aufweisen, würden Kapitaleinkünfte aber wesentlich begrenzen und nicht vererbbar sein. Für Unternehmen wäre dies eine günstige Art der Kapitalbeschaffung, doch die Konditionen für Investoren wären weniger attraktiv als herkömmliche Aktien. Eine Umsetzungsstrategie könnte zunächst darauf abzielen, das Interesse von Unternehmern an solchen Anlageformen zu wecken. Dann könnten Finanzinstitutionen und Politiker dazu bewegt werden, entsprechende Angebote zu entwickeln und rechtlich zu unterstützen.

Verzinsliche Kredite

Am Anfang dieses Kapitels wurde gefordert, dass zeitlich unbegrenzte Rückflüsse von Geld gegen einmalige Zahlung (z. B. Zinsen) die Empfänger zu Gaben im Sinne des Gemeinwesens verpflichten sollen. Außerdem sollen Investoren das Risiko auf partnerschaftliche Weise mit Kreditnehmern teilen. Demnach dürfte eine dem Gemeinwohl verpflichtete Bank Kredite gegen Zinsen vergeben, aber keine Zinsen an ihre Privatkunden auszahlen. Sie müsste die Zahlungsbedingungen so gestalten, dass das Risiko gleichmäßig zwischen ihr und den Kreditnehmern geteilt würde, und sie dürfte das Risiko nicht auf andere abschieben (z. B. durch Handel mit Derivaten). Im Klartext: sie müsste auf dem Risiko sitzen bleiben, denn nur so wird verantwortliche Kreditvergabe gewährleistet. Verzinste Kredite unter Geschäftspartnern wären nach diesen Vorgaben nicht zulässig (bzw. die entsprechenden Forderungen könnten vor Gericht nicht durchgesetzt werden), doch könnten Unternehmen einer Bank empfehlen, ihren Geschäftspartnern Kredite zu gewähren.

Alternativen zu Zinszahlungen an Bankkunden können durchaus erdacht werden. Statt Zinsen dürfte eine dem Gemeinwohl verpflichtete Bank Dividenden an ihre Eigentümer auszahlen. Eine Genossenschaftsbank, die ihren Konteninhabern gehört, dürfte also Dividenden statt Zinsen an Konteninhaber verteilen. Öffentliche Banken oder Banken im Besitz von gemeinnützigen Stiftungen (die ihre Gewinne an den Staat bzw. die Stiftung abführen) könnten ihren Kunden stattdessen gebührenfreie Konten gewähren und ihnen zusätzliche freie Dienstleistungen anbieten, um sie bei der Stange zu halten. Banken aller Art leisten ja schon etwas für ihre Kunden, nämlich die Bereitstellung eines sicheren Gelddepots und die Erleichterung des Zahlungsverkehrs; selbst bei null Zinsen würden die meisten Menschen deshalb weiterhin ihre Bankkonten behalten.

Wie könnten Zinsen so gestaltet werden, dass das Risiko gleichmäßig zwischen Bank und Kreditnehmer aufgeteilt würde? Eine Möglichkeit wäre die Festlegung von Höchstgrenzen der Zinsen, bezogen nicht nur auf den jährlichen Zins, sondern auch auf den kumulativen Zins seit Vergabe eines Kredites. Auf diese Weise würden quasi unendliche Zinszahlungen ausgeschlossen. Ein Rechenbeispiel soll dies verdeutlichen. Tabelle 10.1 zeigt eine Begrenzung des kumulativen Zinses, die anfangs relativ hohe, aber mit der Zeit immer geringere Zinszahlungen erlaubt. Zudem darf der gesamte Zins niemals

Tabelle 10.1: Beispiel einer Festsetzung eines kumulativen Höchstzinses

Verstrichene Zeit	Höchstzinssumme (% des Kredites)	Verstrichene Zeit	Höchstzinssumme (% des Kredites)
1 Monat	2	4 Jahre	21,0
2 Monate	3	5 Jahre	23,4
3 Monate	4	6 Jahre	25,8
4 Monate	5	7 Jahre	27,6
6 Monate	6	8 Jahre	29,4
8 Monate	7	9 Jahre	30,6
10 Monate	8	10 Jahre	31,8
1 Jahr	9	11 Jahre	32,4
2 Jahre	14	12 + Jahre	33,0
3 Jahre	18		

33 Prozent der ursprünglich verliehenen Summe übersteigen; wenn er diese Schwelle erreicht hat, dient jeder zusätzlich gezahlte Cent der Tilgung. Die genauen Zahlenwerte im Beispiel sind weniger wichtig als die asymptotische Form der Kurve – die Höchstgrenze steigt zunächst steil an, wird aber immer flacher.

Wie würde sich solch eine Zinsbegrenzung konkret auswirken? Ein innerhalb von wenigen Jahren getilgter Kredit mit moderatem Zins (z. B. 5 oder 6 %) würde gar nicht betroffen, weil die Zinsen während der gesamten Laufzeit weit unter der Höchstgrenze bleiben würden. Bei hohen Zinsen und geringen monatlichen Zahlungen würde die Höchstgrenze jedoch bald erreicht. Wenn diese Begrenzung z. B. am Ende des zweiten Jahres erreicht würde (14 Prozent des ursprünglichen Kredites), dann würden im dritten Jahr höchstens 4 Prozent (bezogen auf den ursprünglichen Kredit) als Zinsen berechnet, und alle weiteren Zahlungen würden als Tilgung des Ka-

Tabelle 10.2: Auswirkungen einer Festlegung des Höchstzinses auf die Abzahlung von Schulden

Die Berechnungen beziehen sich auf einen Kredit von 10.000 Euro und einen Zins von 0,8 % Zinsen monatlich (10,03 % im Jahr) bei verschiedenen monatlichen Abzahlungen, mit und ohne Zinsbegrenzung nach Tabelle 10.1.

Zahlung/ Monat	Gesamtzahlung ohne Zinsgrenze	Jahre ohne Zinsgrenze	Gesamtzahlung mit Zinsgrenze	Jahre mit Zinsgrenze	Effektiver Zins mit Zinsgrenze
83	34585	34,75	13330	13,42	4,66
100	20198	16,83	13228	11,08	5,54
120	16545	11,5	13016	9,08	6,29
150	14347	8,00	12633	7,08	7,31
200	12822	5,42	12237	5,17	8,47
300	11677	3,25	11672	3,25	10,00
400	11202	2,33	11202	2,33	10,03
600	10766	1,50	10766	1,50	10,03
813	10569	1,083	10569	1,083	10,03
960	10483	0,916	10483	0,916	10,03

pitals gelten – selbst wenn nach dem ursprünglichen Zinssatz mehr Zinsen fällig wären. Der Kreditnehmer würde durch baldige Rückzahlung wie bei einem herkömmlichen Kredit Zinszahlungen vermeiden, doch könnten die Zinsen nicht ins Unermessliche steigen.

Tabelle 10.2 führt das Rechenbeispiel weiter, bezogen auf einen Kredit von 10.000 Euro mit anfänglicher Zinsrate von 0,8 Prozent monatlich (10,03 Prozent jährlich). Die erste Zeile zeigt die Zahlungen eines Schuldners, der monatlich kaum mehr als den anfänglichen Zins (80 Euro im Monat) zu zahlen vermag. Er muss bei einem herkömmlichen Kredit ohne Zinsgrenze am Ende mehr als das Dreifache der ursprünglichen Schuld zurückzahlen und braucht dazu 34 Jahre.

Da der Kreditnehmer sehr viel mehr zurückzahlt, als er ursprünglich geliehen hat, erzeugt der Zins das Risiko der Zahlungsunfähigkeit, statt es zu kompensieren. Mit Zinsbegrenzung stößt derselbe Kreditnehmer nach zehn monatlichen Zahlungen von jeweils 0,8 Prozent Zinsen an die Zinsbegrenzung. Danach zahlt er nach der (monatlich berechneten) Zinsbegrenzung. Ab jetzt dient ein großer Teil jeder Monatszahlung der Schuldentilgung. Die Zinsen in den ersten 12 Jahren (zuletzt 5 Euro im Monat) erzeugen dennoch einen Anreiz, zügig zu zahlen. Die Zahlungen der letzten 17 Monate sind gänzlich zinsfrei, allerdings geht es dann nur noch um die Abzahlung von 12,65 Prozent des ursprünglichen Kredites und der Schuldner hat bis dahin schon fast 20 Prozent mehr zurückgezahlt, als er ursprünglich geliehen hat.

Je mehr der Kreditnehmer jeden Monat zahlt, umso weniger macht sich die Zinsbegrenzung bemerkbar. Bei einer Abzahlung von 300 Euro monatlich werden nur noch die Zahlungen vom 23. bis zum 25. Monat reduziert und der Kreditnehmer merkt kaum etwas von der Zinsbegrenzung. Wer in der Lage ist, mehr als 300 Euro im Monat zurückzuzahlen, zahlt wenige Zinsen und wird von der Zinsbegrenzung nicht tangiert.

Aus Sicht der Bank ist der effektive Zins in der rechten Spalte der Tabelle besonders interessant – also der Zins, der letztlich zum selben Ergebnis monatlicher Tilgung führen würde wie die kumulative Zinsbegrenzung. Je länger sich die Abzahlung hinzieht, umso geringer ist der effektive Zins. Folglich führen Zahlungsschwierigkeiten des Kreditnehmers zu Mindereinnahmen für die Bank, und beide sollten nur an Kreditgeschäften mit überschaubarem Risiko interessiert sein. Für Menschen, die infolge einer solchen Regelung an keine Kredite mehr herankämen, wären verzinsliche Kredite höchstwahrscheinlich sowieso keine gute Option.

Dieses Rechenbeispiel soll keine Vorgabe für konkrete Regelungen geben, sondern lediglich darstellen, dass Zinsen nicht nach dem üblichen mathematischen Verfahren festgelegt werden müssen. Stattdessen können mathematische Funktionen verwendet werden, die den Zins nicht immer weiter wachsen lassen.

Vermögenspools

Ein sehr großer Teil unserer finanziellen Sicherheit (z. B. Rentenversicherungen) hängt derzeit von verzinslichen Anlagen oder von Akti-

en ab, die nach den hier entwickelten Gesichtspunkten nicht zulässig wären. Solche Anlagenfonds tragen dazu bei, dass sehr große Kapitalmengen relativ begrenzten Anlagemöglichkeiten hinterherrennen und dadurch die Inflation der Vermögenswerte anheizen. Wie könnte finanzielle Absicherung ohne diese zweifelhaften Elemente gestaltet werden?

Die traditionelle Form der umlagefinanzierten Rente ist das wirklich nachhaltige Modell: Es wird ein Vermögenspool gebildet. Alle Einzahlenden erwerben sich einen Anspruch auf spätere Auszahlungen. Im Umlageverfahren stammen die heutigen Auszahlungen an Rentner vorwiegend oder ausschließlich aus den heutigen Einzahlungen der Arbeitenden. Falls die Altersstruktur erwarten lässt, dass in Zukunft eine geringere Zahl von Arbeitenden einer größeren Zahl von Rentnern gegenübersteht, dann müssen Rücklagen gebildet werden, die für Investitionen zur Verfügung stehen. Die Gesamtinvestitionsmenge ist aber erheblich geringer als im Falle individueller Investitionen.

Ähnlich strukturierte Vermögenspools lassen sich für viele Zwecke und von vielen verschiedenen Trägern aufbauen. Mit ihnen können Gruppen von Menschen gemeinsame Projekte finanzieren oder sich gegen Risiken versichern. Als Gründer kommen Privatpersonen, Vereine, Unternehmen und Unternehmensgruppen infrage. Die Einzahlenden behalten kollektiv die Verfügungsgewalt über die eingezahlten Mittel. Sie teilen sich die Arbeit und Verantwortung, um gemeinsam mehr zu leisten, als jeder für sich alleine erreichen könnte.

Eindämmung der Spekulation

Im 4. Kapitel wurde anhand von Abb. 4.2 dargelegt, wie Preise in spekulativen Märkten genau die falschen ökonomischen Signale setzen und dadurch wilde Preisschwankungen auslösen. Deshalb sollten die Rahmenbedingungen so verändert werden, dass die Preissignale wieder richtig funktionieren. Das passiert, wenn die allermeisten Käufer an der Nutzung und nicht am gewinnbringenden Wiederverkauf der Vermögenswerte interessiert sind.

Die oben vorgeschlagenen Gewinnanteile wären der Spekulation fast vollständig entzogen, weil sie nur mit Erlaubnis des Unternehmens verkäuflich wären. Der besonders gefährliche Hochfrequenzhandel wäre ganz unmöglich, weil die Einholung der Erlaubnis einige Zeit in Anspruch nehmen würde. Darüber hinaus könnte das betrof-

fene Unternehmen einen Teil des Veräußerungsgewinns einfordern und dadurch den Anreiz zum Weiterverkauf stark vermindern.

Das Prinzip der Verpflichtung des Eigentümers könnte auch andere spekulative Märkte sehr effektiv beruhigen. Wem gegenüber ist der Eigentümer verpflichtet? All jenen, die durch seine Entscheidungen, einschließlich der Veräußerung, betroffen werden. Er sollte sein Eigentum also nicht ohne deren Einverständnis veräußern dürfen. Der benötigte Zeitaufwand dürfte Spekulanten schon beim Kauf eines Vermögenswertes abschrecken.

Bei Immobilien könnte sich das so auswirken: Ein Investor kauft eine Immobilie als langfristige Anlage. Die Immobilie wird vermietet. Die Mieter erwerben sich durch ihre Mieten langsam Eigentumsanteile an der Immobilie. Der Haupteigentümer verkauft seinen Eigentumsanteil nur mit dem Einverständnis jener Mieter, die schon bestimmte Rechte erworben haben. Da die Mieter bei einem Weiterverkauf finanzielle oder andere Nachteile befürchten, verhandeln sie mit dem Käufer, bis er ihnen gewisse Garantien vertraglich zusichert. Erst dann stimmen sie dem Verkauf zu. Der Haupteigentümer kann seinen Anteil also durchaus veräußern, doch ist dieses Prozedere so kompliziert, dass niemand alleine aus Spekulation auf Wertsteigerung eine Immobilie kauft.

Im Kunstmarkt wäre eine Vorschrift erwägenswert, bei besonders teuren Verkäufen alter Kunstwerke einen bestimmten Prozentsatz des Erlöses für die Förderung heutiger Künstler zu stiften. Der (oft schon längst verstorbene) Künstler würde zwar nicht mehr profitieren, dafür würden aber jungen, noch unbekannten Kreativen neue Chancen eröffnet.

Der Devisenmarkt bereitet ein großes Feld für Spekulation, denn weit über 90 Prozent des Handels sind rein spekulativ; nur ein geringer Prozentsatz des Umtauschs ist durch konkrete Investitionen, internationalen Handel oder Reisen motiviert. Es gibt diesbezügliche Vorschläge, Transaktionssteuern (die Tobin-Steuer) einzuführen und den Hochfrequenzhandel zu unterbinden. Eine sehr geringe Steuer würde den Devisentausch für Handel, Investitionen und Reisen kaum beeinflussen, sollte aber ausreichen, die Devisenspekulation weitgehend zu unterbinden, da diese schon kleinste Fluktuationen der Umtauschkurse ausnützt und verstärkt. Die Erlöse könnten für Projekte von globaler Bedeutung, wie zum Beispiel die Abwendung des Klimawandels, verwendet werden.

Jegliche Interventionen zur Beruhigung spekulativer Märkte sind anhand ihrer Verstetigung der Preisbewegungen zu bewerten. Sollte dieser Erfolg ausbleiben, müssen die Interventionen neu überdacht werden.

Fazit

Die Reform des Finanzwesens als öffentliche Infrastruktur, die Neugestaltung der Finanzinstrumente im Sinne eines fairen Tauschs unter Gleichen und die weitgehende Abschaffung spekulativer Märkte würden das Finanzwesen in den Dienst des Gemeinwohls und der Lebensfülle stellen. Die finanziellen Perpetuum mobiles würden abgeschafft. Enorme Geldströme würden durch solche Maßnahmen in neue Richtungen geleitet. Auf Abb. 10.1 würden die Zahlungen der Marktteilnehmer an die Finanzindustrie vermindert, dafür aber die Zahlungen der Finanzinstitutionen an die Marktteilnehmer und an den Staat und gemeinnützige Institutionen vergrößert. Die auf Abb. 6.1 dargestellte Pyramidenstruktur würde wesentlich verändert, da die Geldflüsse nach oben vermindert würden und Geld von der Spitze wieder abfließen würde. Doch wir müssen uns noch eingehender mit dem unteren Ende der Pyramide befassen, damit die Geldflüsse dort ausgeglichener werden. Mit diesem Thema beschäftigt sich das nächste Kapitel.

Weiterführende Literatur

Webseiten von Banken und Bankengruppen, die an alternativen Wegen der Finanz interessiert sind

GLS Bank: https://www.gls.de/privatkunden/

Merkur-Bank: https://www.merkur.dk/

JAK-Bank: https://www.jak.se/

Triodos-Bank: https://www.triodos.de/de/privatkunden/

Caja Laboral: https://www.laboralkutxa.com/es/particulares

Global Alliance for Banking on Values: http://www.gabv.org/

European Federation of Ethical and Alternative Banks and Finance Companies (FEBEA): http://www.febea.org/

Beschreibung des deutschen Bankensystems, das einige Eigenschaften eines Verbunds der öffentlichen Infrastruktur aufweist

Behr, P.; Schmidt, R. (2015): The German Banking System: Characteristics and Challenges. White Paper 32. Frankfurt: SAFE (Sustainable Architecture for Finance in Europe). [http://safe-frankfurt.de/fileadmin/user_upload/editor_common/Policy_Center/Behr_Schmidt_German_Banking_System.pdf; 28.12.2016].

Plädoyer für ein neues Geldsystem, mit Ähnlichkeiten mit den hier dargestellten Gedanken über Finanz als öffentliche Infrastruktur

Mellor, M. (2015): Debt or Democracy: Public Money for Sustainability and Social Justice, London.

Webseiten von Organisationen, die Vollgeld propagieren

International Movement for Monetary Reform: http://internationalmoneyreform.org/

Monetative: http://www.monetative.de/

Neue Geldordnung: http://neuegeldordnung.de/

Informationen zu alternativen und Regionalwährungen

Lietaer, B.; Arnsperger, C.; Goerner, S.; Brunnhuber, S. (2013): Geld und Nachhaltigkeit: von einem überholten Finanzsystem zu einem monetären Ökosystem. Ein Bericht des Club of Rome, EU-Chapter, Berlin.

Webseite von Bernard Lietaer: http://www.lietaer.com/

Einführungen in die Islamische Finanz

Choudhury, M. A.; Hoque, M. Z. (2004): An Advanced Exposition of Islamic Economics and Finance, Lewiston, New York, USA.

Iqbal, Z.; Mirakhor, A. (2011): An Introduction to Islamic Finance: Theory and Practice, Singapore.

Nethercott, C.; Eisenberg, D. (Hrsg.) (2012): Islamic Finance: Law and Practice, Oxford.

Vermögenspools

Markus Distelberger (2016): Vermögenspool. [http://www.vermoegenspool.at/; 28.12.2016].

11 Grundsicherung

Die in den vorigen Kapiteln propagierten Systemveränderungen würden die soziale Polarisierung unserer Gesellschaft stark vermindern, denn sie würden Geldflüsse von unten nach oben verringern und Eigentümerinnen zur Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen verpflichten. Kapitaleinkünfte würden sehr viel gleichmäßiger verteilt, und verbleibende Profite im Finanzsektor würden für gemeinnützige Zwecke bereitgestellt. Genossenschaftliche Organisationsformen würden zu Gehaltsspannen führen, die von ihren Mitarbeiterinnen als gerecht empfunden würden. Die Einkünfte erwerbstätiger Menschen würden deshalb sehr viel leistungsgerechter sein als heute. Steuern und Abgaben auf Gemeingüter stünden für gemeinnützige Zwecke und zur Erhaltung der Lebensgrundlagen zur Verfügung. Jedoch wären wichtige Probleme im Hinblick auf die nicht erwerbstätige Bevölkerung weiterhin ungelöst.

Das Problem der Arbeitslosigkeit wäre nämlich nicht aus der Welt geschafft. Nicht nur Privatunternehmen, sondern auch miteinander konkurrierende Genossenschaften suchen nach Möglichkeiten, Arbeitsprozesse zu rationalisieren. Letztere vermeiden zwar nach Möglichkeit Entlassungen, aber auch für sie ist es vorteilhaft, wenn sie mit weniger Leuten mehr produzieren können. Wenn Genossenschaften höhere Arbeitsproduktivität erzielen, der Gesamtkonsum aber nicht weiter steigt, können die benötigten Güter und Dienstleistungen in weniger Arbeitsstunden hergestellt werden. Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien erlauben potenziell enorme Produktivitätssprünge, die bei ausfallendem Wirtschaftswachstum zu Einstellungsstopps führen könnten – selbst wenn Genossenschaften das Wirtschaftsgeschehen dominierten. Darüber hinaus gibt es natürlich auch immer Menschen, die aus den verschiedensten Gründen erwerbsunfähig sind. Deshalb muss es Lösungen für erwerbslose Menschen geben.

Dieser soziale Ausgleich ist derzeit sehr unzureichend geregelt. Erwerbslose Menschen, die nicht durch die Arbeitslosenversicherung getragen werden, erhalten erst dann eine staatliche Grundsicherung, wenn sie fast all ihr Vermögen aufgebraucht haben und in eine sehr prekäre Lage gekommen sind – nicht gerade die optimalen Voraus-

setzungen, um sich wieder aufzurichten. Es wird von ihnen verlangt, sich aktiv um Stellen zu bewerben – doch diese Forderung allein tut nichts, die Zahl der verfügbaren Stellen zu mehren. Als Ergebnis bewerben sich mehr Leute um jede offene Stelle, mehr Stellenbewerbungen werden – zumeist flüchtig – gelesen, und mehr Bewerberinnen werden abgewiesen, mit entsprechend negativen Auswirkungen auf deren Selbstwertgefühl und Zuversicht. Jenen Empfängerinnen, die geringfügige Erwerbstätigkeiten finden, wird ein großer Teil ihres Verdienstes von der Grundsicherung abgezogen, unterm Strich bekommen sie also nur einen sehr geringen Zusatzverdienst (wer z. B. 400 Euro verdient, dem werden 240 Euro von der Grundsicherung abgezogen). Dadurch wird der Anreiz, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, erheblich vermindert. Um die Leistungsempfängerinnen dennoch zur Arbeit zu treiben, drohen Strafen, falls sie Erwerbsmöglichkeiten ablehnen oder einen Zuverdienst verheimlichen. Es wimmelt geradezu von gegensätzlichen Anreizen in diesem System.

Wie sollte eine Grundsicherung aber besser gestaltet werden? Welchen Anforderungen sollte sie genügen? Als Erstes wäre zu betonen, dass Leben in Menschenwürde als Menschenrecht anzuerkennen ist. Dazu gehört eine kulturell und in Hinsicht auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten eines Landes definierte Mindestversorgung, bzw. in einer monetarisierten Gesellschaft ein Mindesteinkommen. Darüber hinaus sollte die Grundsicherung so gestaltet sein, dass sie die Empfängerinnen in die Lage versetzt, sie motiviert und anregt, im Sinne der Lebensfülle zum Gemeinwesen beizutragen. Auch dies ist Teil der Menschenwürde, denn als Menschen sind wir immer Teil einer Gemeinschaft und wollen für unsere Beiträge anerkannt bzw. in einer monetarisierten Gesellschaft bezahlt werden. Umgekehrt hat es noch keine Gemeinschaft gegeben, die ihre Mitglieder materiell und ideell unterstützt, ohne dass sie etwas hierfür leisten müssen. Die Grundsicherung sollte einem so verstandenen Leistungsprinzip entsprechen und dabei Leistung nicht nur »fordern und fördern«, sondern auch anregen und motivieren.

Viele öffentliche Leistungen entsprechen diesen Anforderungen recht gut, wie z. B. die Arbeitslosenversicherung, gesetzliche Krankenkassen und Rentenversicherung, öffentliche Schulen und Universitäten, öffentliche Büchereien und viele weiteren öffentlichen Dienstleistungen. Die Grundsicherung (Hartz IV) jedoch nur in sehr eingeschränktem Maße. Aus linker Sicht sind die heutigen Sozialleis-

tungen zu knauserig und an zu viele und oft demütigende Bedingungen geknüpft und lassen deshalb zu viele Menschen durch die vielen Lücken fallen. Aus wirtschaftsliberaler Sicht bedeutet der rasche Entzug von Sozialleistungen bei geringfügiger Beschäftigung eine übermäßige Verringerung des finanziellen Anreizes, nach Arbeit zu suchen (allerdings wird dort die Lösung oft darin gesehen, die Sozialleistungen von vorneherein sehr kurz zu halten). Aus konservativer Sicht fördern Sozialleistungen soziales Schmarotzertum auf Kosten der Allgemeinheit. Gewissermaßen stimmen alle diese Einwände; es ist deshalb an der Zeit, Instrumente zu entwickeln, Menschen in schwierigen Lagen abzusichern, aber sie so nicht sitzen zu lassen – und ihnen zu helfen, solche misslichen Lagen überhaupt zu vermeiden.

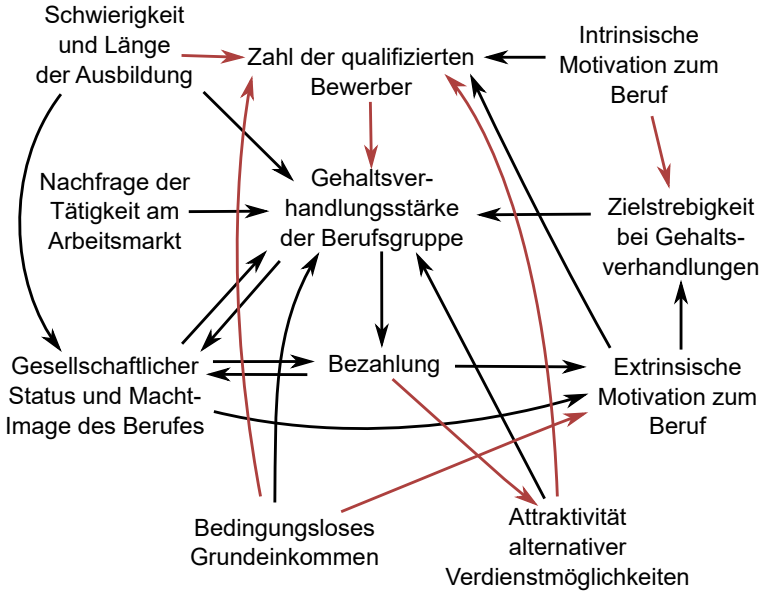
Ein oft diskutierter Lösungsansatz bestünde aus einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE). Ich setze mich hier mit dem BGE auseinander, und stelle einige seiner möglichen Vorteile heraus. Allerdings entspricht es den oben genannten Anforderungen an eine Grundsicherung nur teilweise, besonders in Hinsicht auf die Motivation zu Leistung. Stattdessen schlage ich deshalb im letzten Teil dieses Kapitels einen »selbstbestimmten Gemeinwohldienst« vor und skizziere, wie er gestaltet werden könnte.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Ein bedingungsloses Grundeinkommen soll bedingungslos an alle Einwohnerinnen oder Bürgerinnen eines Landes ausgezahlt werden und zur Bestreitung eines Lebensunterhaltes ausreichen. In Finnland soll ein Pilotprojekt dieser Art gestartet werden. Einige deutsche Varianten schlagen vor, dass jede Person in Deutschland bedingungslos rund 1000 Euro im Monat erhalten soll, damit sie bei bescheidenen Ansprüchen alleine von diesem Geld ordentlich wird leben können. Die meisten Menschen würden allerdings mehr verdienen wollen und würden deshalb Erwerbsarbeiten nachgehen. Da jede noch so geringe Erwerbsarbeit das Einkommen mehren würde, gäbe es keine Anreize, nicht zu arbeiten. Da andererseits niemand arbeiten müsste, um zu überleben, würde die Verhandlungsstärke gerade ungelernter Arbeiterinnen gestärkt.

Der mögliche systemische Einfluss eines BGE auf Gehälter kann mithilfe von Abbildung 11.1 nachvollzogen werden. Es würde einerseits wie »alternative Verdienstmöglichkeiten« die Verhandlungspo-

Abbildung 11.1: Einfluss eines Bedingungslosen Grundeinkommens auf die Bezahlung eines Berufes



sition der Arbeitenden stärken, denn sie könnten leichter auf eine Arbeitsstelle verzichten. Besonders für gering bezahlte Arbeitsstellen würden sich wahrscheinlich weniger Menschen bewerben. Die Löhne und Gehälter müssten deshalb erhöht werden, um weiterhin Mitarbeiterinnen gewinnen zu können. Gleichzeitig dürfte ein BGE, im Gegensatz zu alternativen Arbeitsmöglichkeiten, die extrinsische Motivation vermindern: den Arbeitenden wäre nicht ganz so wichtig, wie viel sie am Arbeitsplatz verdienen, weil sie ja mindestens das BGE sowieso erhalten würden. Sie dürften, ob individuell oder kollektiv als Gewerkschaften, weniger zielstrebig um Gehaltserhöhungen verhandeln, was dem gerade erwähnten Druck zur Lohnerhöhung entgegenwirken würde. Diese entgegengesetzten Trends würden sich wahrscheinlich je nach Branche unterschiedlich auswirken.

Manche Leute würden aus freier Entscheidung auf eine Erwerbsarbeit verzichten und stattdessen aus intrinsischer Motivation un-

bezahlten, kreativen oder gemeinnützigen Tätigkeiten nachgehen. Da sich diese Leute aus dem Erwerbsleben zurückziehen würden, könnte das Problem der unfreiwilligen Erwerbslosigkeit stark vermindert werden (obwohl besagte kreative Tätigkeiten endgültig zu brotlosen Künsten werden könnten). Für schlecht bezahlte, monotone, aber gefährliche Tätigkeiten gäbe es höchstwahrscheinlich einen Arbeitskräftemangel. Unternehmen würden ihre Anstrengungen verstärken, durch Mechanisierung oder den Einsatz von Informationstechnologien den Bedarf für solche Arbeit zu verringern oder aber diese Arbeiten in Länder ohne bedingungsloses Grundeinkommen zu verlagern. Diese Verminderung der Arbeitsstellen sollte allerdings keine schlimmen sozialen Folgen haben, da alle wenigstens ihr Grundeinkommen bekämen, und da der weitverbreitete freiwillige Rückzug vom Arbeitsmarkt das Problem der unfreiwilligen Erwerbslosigkeit stark verringern würde.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte zur Verwirklichung des Leistungsprinzips beitragen, indem es leicht wäre, ein geringes, und schwieriger, ein hohes Einkommen zu verdienen. Der Arbeitskräftemangel würde nämlich die Arbeitssuche erleichtern und damit die eigentliche Schwierigkeit für die Mehrzahl der Erwerbslosen vermindern. Manche Leute würden vielleicht gar nichts Nützliches tun, aber Verfechter eines BGE erwarten, dass dieses Problem sehr begrenzt sein würde, entweder wegen des menschlichen Tatendrangs oder wegen der positiven Anreize, einer Erwerbsarbeit nachzugehen.

Trotz dieser Argumente gibt es jedoch auch schwerwiegende Einwände gegen ein BGE. Einer betrifft die Größenordnung der umzulenkenden Geldströme, die auf Tabelle 11.1 aufgeführt sind. Verschiedene Modelle eines BGE in Deutschland sehen einen Finanzbedarf von 730 bis 870 Mrd. Euro vor. Natürlich könnten manche Sozialleistungen mit einem BGE verrechnet werden, und auf den ersten Blick liegen die gesamten Sozialtransfers in Deutschland von rund 846 Mrd. Euro in der gleichen Größenordnung. Allerdings sind die größten Posten die Sozialversicherungen, die kaum von einem BGE ersetzt werden können. Die Rentenversicherung ist eine spätere Auszahlung von Arbeitseinkommen, auf die die Empfängerinnen einen Anspruch haben. Die Krankenversicherung dient der Absicherung im Krankheitsfall und nicht dem Grundeinkommen. Ähnliches gilt für viele weitere Sozialtransfers. Die Sozialleistungen, die ein BGE

ersetzen könnte, wären im Wesentlichen die »Förder- und Fürsorgesysteme« (Kinder- und Familiengeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe, Kinder- und Jugendhilfe), die sich auf etwa 153 Mrd. Euro im Jahr summieren. Dazu könnte man noch staatliche Beihilfen rechnen, die z. B. die Renten für arme Menschen aufstocken. In der Summe käme man mit diesen Beträgen auf höchstens 250 Mrd. Euro, die infolge eines BGE entfallen könnten. Es würden also 500 bis 600 Mrd. Euro für ein volles BGE fehlen. Das gesamte Steueraufkommen in Deutschland beträgt etwa 680 Milliarden Euro. Die gesamte Steuerbelastung der Bundesbürger müsste also knapp verdoppelt werden, um ein BGE voll zu finanzieren.

Die Größenordnung eines BGE kann auch mit dem Bruttoinlandsprodukt Deutschlands von rund 3600 Milliarden Euro verglichen werden. Das heißt, durch ein BGE würde mindestens ein Fünftel der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes umverteilt.

Theoretisch wäre es möglich, Geld in solchen Größenordnungen umzuverteilen. Die Besteuerung der Umwelt- und Naturgüter und der Vermögen und Erbschaften sowie die Beiträge der Finanzindustrie zum Gemeinwesen, die in den vorigen Kapiteln angeregt wurden, könnten einen wesentlichen Teil der Finanzmittel bereitstellen. Allerdings sind solche Steuern eher darauf ausgelegt, die große Rolle des Finanzwesens und der ererbten Vermögen zu vermindern und den Verbrauch der Naturgüter zu senken. Die Folge davon wäre, dass diese Steueraufkommen selbst begrenzt würden. Es wäre also höchstwahrscheinlich notwendig, auch die Einkommen direkt zu besteuern. Die veränderten Eigentumsverhältnisse, die besonders im 9. Kapitel thematisiert wurden, würden dazu führen, dass es sehr viel weniger wirklich hohe Einkommen und Vermögen gäbe. Das bedeutet, dass das meiste des umverteilten Geldes direkt oder indirekt der Mittelklasse entzogen würde und dann zum großen Teil den gleichen Menschen wieder zurückgegeben würde. Dies hätte einige problematische Auswirkungen.

Erstens würden ein BGE und die dazu notwendige Besteuerung höchst widersprüchliche Signale aussenden. Wer Einkommen aus Arbeit oder unternehmerischer Tätigkeit bezieht, meint eigentlich immer, dass er es auch verdient hat. Einen großen Teil dieses Einkommens als Steuern zahlen zu müssen, erzeugt das Gefühl, ungerecht behandelt worden zu sein. Dann wieder Geld als bedingungsloses Grundeinkommen zurückgezahlt zu bekommen, ohne dass

Tabelle 11.1: Für ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland relevante Zahlen (jeweils Mrd. Euro)

Finanzvolumen eines BGE	730-870
Sozialleistungen 2013	846
Sozialversicherungen (Renten, Kranken, Pflege, Unfall, Arbeitslosen)	524
Sondersyst. (Landwirte, private Kranken-/Pflegeversich.)	27
Systeme des öff. Dienstes (Pensionen, Beihilfen)	65
Arbeitgebersysteme (Entgeltfortzahlung, betriebliche Altersversorgung)	76
Soziale Entschädigung, Wiedergutmachung	3
Förder- und Fürsorgesysteme (Kindergeld, Familienleistungsausgleich, Grundsicherung für Arbeitsuchende, Kinder- und Jugendhilfe, Sozialhilfe)	153
Davon: Wichtigste Zuschüsse aus Steuergeldern	281
Rentenversicherung	90
Krankenversicherung	38
Förder-/Fürsorgesysteme	153
Steuereinnahmen 2015	680
Bundesregierung	282
Länder	268
Gemeinden	101
EU	30

Quellen: Blaschke, R. (2012): Grundeinkommen und Grundsicherungen – Modelle und Ansätze in Deutschland, Mai 2011. [https://www.grundeinkommen.de/content/uploads/2012/08/12-06-modelle-tabelle.pdf; 11.8.2016]; Statistisches Bundesamt (2015): Statistisches Jahrbuch: Deutschland und Internationales, Wiesbaden: Tabelle 8.1: Sozialbudget nach Institutionen 2013; Bundesministerium der Finanzen (2016): Entwicklung der Steuereinnahmen: Aktuelle Daten und historische Zeitreihen. [http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/Steuereinnahmen/entwicklung-der-steuereinnahmen.html; 11.8.2016].

man dafür was getan hat, könnte einige Verwirrung auslösen. Es ist schwer zu sagen, wie Menschen mit diesen Signalen umgehen würden. Es ist eine ganz andere Sache, von vorneherein weniger Geld zu verdienen und auch weniger Steuern zu bezahlen – man gewöhnt sich daran, und solange andere, die Ähnliches leisten, ähnlich viel verdienen, fühlt man sich einigermaßen gerecht behandelt.

Zweitens würden diejenigen, die nur vom BGE leben, kaum würdevoller leben als heutige Sozialhilfeempfängerinnen. Materiell hätten sie ein etwas höheres Einkommen, und sie bräuchten ihre Bedürftigkeit nicht nachzuweisen, um ihr Einkommen zu erhalten. Doch wenn man von einem Menschen nichts erwartet, dann behandelt man ihn schon dadurch als jemanden, dessen Beiträge zur Gesellschaft man nicht schätzt. In anderen Worten: die Gesellschaft würde durch ein BGE bekunden, dass sie sich nicht dafür interessiert, was die Bezieherinnen des BGE tun oder lassen. Das wäre ein ganz fatales Signal. Einkommen an eine Bedingung (z. B. eine Leistung) zu binden, ist nämlich an sich nicht verwerflich. Es ist die Art der Bedingung, die entwürdigend sein kann – wenn zum Beispiel Menschen, die eigentlich leistungsfähig sind, nachweisen und damit zugeben müssen, dass sie unfähig sind, eine bezahlte Tätigkeit zu finden. Wenn ihnen stattdessen die Möglichkeit gegeben würde, einer sinnvollen bezahlten Tätigkeit nachzugehen, würde ihnen sehr viel besser geholfen. Manche selbst motivierte Leute würden den BGE zwar dazu nutzen, etwas für das Gemeinwohl zu tun, doch viele andere würden mit ihrer Zeit wenig Sinnvolles anfangen – wie es viele Sozialhilfeempfängerinnen jetzt schon tun. Entsprechendes Verhalten recht weniger Menschen würde ausreichen, ein BGE in der öffentlichen Wahrnehmung völlig zu diskreditieren. Die Empfängerinnen würden genauso gering geschätzt wie heute.

Drittens würde eine sehr hohe Steuerbelastung Menschen noch stärker als heute dazu veranlassen, Strategien zur Steuervermeidung und -hinterziehung zu finden. Steueroasen hätten Hochkonjunktur, und die staatlichen Bemühungen, die Steuerflucht zu verhindern, müssten auf ein noch nie dagewesenes Maß verstärkt werden.

Viertens würde die Staatsquote enorm erhöht. Dies würde zwangsläufig bedeuten, dass auch staatliche Institutionen mächtiger würden und politische Macht stärker zentralisiert würde. Solche Zentralisierung der Macht könnte viele demokratische Errungenschaften infrage stellen und wäre kaum begrüßenswert.

Selbstbestimmter Gemeinwohldienst

Wie könnte eine allgemeine Absicherung der Bevölkerung ohne diese Nachteile eines bedingungslosen Grundeinkommens erzielt werden? Eine Möglichkeit, die ich hier ins Gespräch bringen will, besteht darin, neben dem regulären Arbeitsmarkt und den bestehenden Sozialhilfen eine dritte Einkommensmöglichkeit zu etablieren: einen selbstbestimmten Gemeinwohldienst (SGD). Der Grundgedanke ist, dass jeder legal im Land lebende Mensch vorschlagen könnte, eine gemeinwohlorientierte Arbeit zu leisten; nach Bewilligung des Antrags würde er von einer staatlichen oder gemeinnützigen Institution für diese Arbeit bezahlt. Dadurch hätten alle leistungsfähigen Einwohnerinnen die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt durch sinnvolle Arbeit für das Gemeinwesen zu verdienen. Das eigene Vorschlagsrecht würde bedeuten, dass die Erwerbsarbeit den Interessen und Fähigkeiten der Arbeitenden entspräche. Die Arbeitsverpflichtung würde einen Nachweis der Bedürftigkeit überflüssig machen. Wer trotz Leistungsfähigkeit nicht bereit wäre, einen SGD zu leisten, müsste sich mit der wesentlich geringeren Sozialhilfe begnügen.

Ein selbstbestimmter Gemeinwohldienst in Deutschland könnte wie folgt ausgestaltet werden: jeder Mensch mit ständiger Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland habe die Möglichkeit, eine Halbzeitarbeit im Sinne des Gemeinwohls zu verrichten und dafür 1000 Euro im Monat zu verdienen. Wer einen SGD leisten will, erklärt bei einer kommunalen Behörde per Antrag, welche Arbeit er leisten will. Zum Beispiel kann er bei einem gemeinnützigen Verein eine soziale oder umweltschützende Tätigkeit ausüben oder ein eigenes soziales Projekt in der Nachbarschaft starten oder ein wissenschaftliches oder künstlerisches oder kulturelles Projekt initiieren. Außerdem soll er darstellen, wie und von wem seine Leistung belegt werden soll und wie seine Tätigkeit regulär bezahlte Beschäftigungsverhältnisse bei bestehenden Institutionen ergänzen und nicht duplizieren wird. Im Falle einer Arbeit im Rahmen einer bestehenden gemeinnützigen Organisation kann jemand aus dieser Organisation die Arbeitsleistung belegen. Im Falle von individueller Projektarbeit können entweder die Menschen, denen die Leistungen zugutekommen, oder die Leute, mit denen die Gemeinwohldienstleistende regelmäßig zusammenarbeitet, ihre Leistung belegen. Nach Bewilligung des Antrags fängt die Antragstellerin mit dem SGD an; sie darf gleichzeitig bis zu Halbzeit einer anderen Erwerbsarbeit nachgehen. Im Falle einer Ab-

lehnung kann sie mit Unterstützung der betreffenden Behörde ihren Antrag überarbeiten und erneut einreichen.

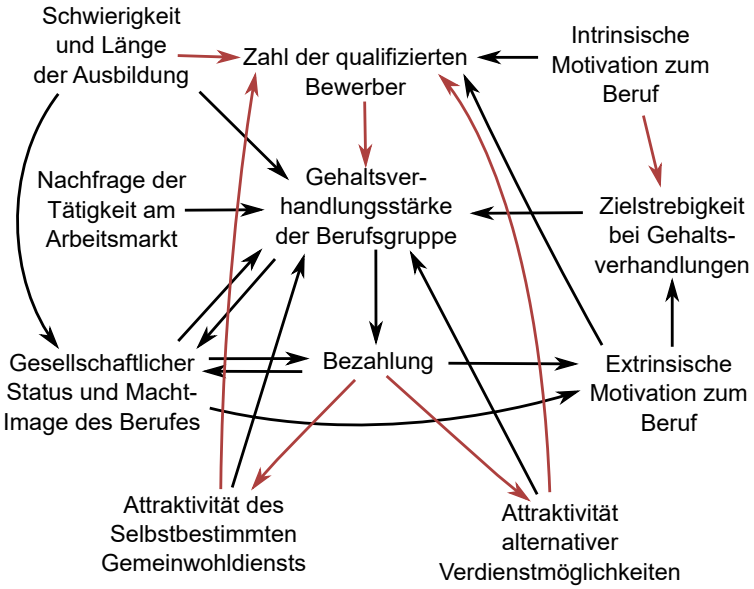
Ein selbstbestimmter Gemeinwohldienst könnte folgende positiven Wirkungen entfalten:

1. Entlastung des Arbeitsmarktes zugunsten der Arbeitenden: Auf Abb. 11.2 entspräche der SGD einer alternativen Verdienstmöglichkeit mit großer intrinsischer Attraktivität und mit hoher extrinsischer Attraktivität für Geringverdienende (sprich: einem relativ guten Verdienst). Viele Leute würden den SGD deshalb einer anderen Erwerbstätigkeit vorziehen und sich ganz oder teilweise vom gewöhnlichen Arbeitsmarkt zurückziehen. Sie würden den SGD entweder statt oder neben einer Teilzeitstelle leisten und dabei entweder auf eine Teil- oder Vollzeitstelle verzichten. Dies würde die Erfolgsaussichten aller anderen Arbeitsuchenden erhöhen. Unternehmen würden besonders im Niedriglohnbereich unter Druck gesetzt, bessere Konditionen anzubieten, damit ihre Angestellten nicht in den SGD abwandern. Außerdem würde, im Gegensatz zum BGE, die Motivation der Arbeitenden und der Gewerkschaften, Lohnerhöhungen auszuhandeln, keineswegs verringert.

2. Gerechtere Einkommensverteilung. Schon der erste Punkt würde zu einer gerechteren Einkommensverteilung führen. Hinzu kommt noch ein zweiter Effekt in gleicher Richtung, weil man neben dem SGD höchstens eine Halbzeittätigkeit verrichten dürfte. Menschen, die bisher höchstens Halbzeit arbeiteten, könnten ihre bisherige Erwerbsarbeit beibehalten und durch den SGD ihren Gesamtverdienst erhöhen. Wer jedoch eine Vollzeitstelle aufgeben oder in eine Halbzeitstelle umwandeln würde, um einen SGD auszuüben, müsste den Verlust dieses Verdienstes gegen die Bezahlung des SGDs verrechnen. Das heißt, gut verdienende Leute müssten finanzielle Einbußen hinnehmen, wenn sie einen SGD leisten wollten, während sich schlecht verdienende Leute finanziell verbessern könnten

Wohlsituierte Haushalte könnten sich nur in ganz speziellen Situationen durch einen SGD finanziell besserstellen. Zum Beispiel könnte eine nicht oder nur geringfügig erwerbstätige Angehörige eines Menschen mit hohem Einkommen einen SGD leisten. In diesem Fall würde die betreffende Person ihr individuelles (geringes) Einkommen verbessern, was durchaus im Sinne der sozialen Gerechtigkeit sein könnte (wenn zum Beispiel eine nicht berufstätige Hausfrau ihre finanzielle Abhängigkeit von ihrem Mann verringerte). Wohlha-

Abbildung 11.2: Einfluss eines selbstbestimmten Gemeinwohldienstes auf die Bezahlung eines Berufes



bende Rentnerinnen könnten einen SGD leisten. Auch weitere ähnliche Möglichkeiten sind denkbar, könnten aber durch entsprechende Regelungen ausgeschlossen oder begrenzt werden.

3. Wertschätzung der Beiträge der Gemeinwohldienstleistenden: Den Menschen, die den SGD leisten, würde signalisiert, dass das Gemeinwesen ihre Dienste schätzt, und dass sie demzufolge eine wichtige soziale Rolle spielen. Dies ist ein notwendiger Aspekt der sozialen Inklusion. Auch das öffentliche Ansehen der Bezieherinnen wäre voraussichtlich hoch.

4. Förderung des Gemeinwohls: Viele wichtige Tätigkeiten im Sinne des Gemeinwohls werden heute entweder unterlassen oder ehrenamtlichen Helferinnen überlassen. Letztere arbeiten mit großer Leidenschaft, leiden aber auch oft an Burn-out oder müssen ihr Engagement den Anforderungen ihres Berufslebens unterordnen. Das Ehrenamt wird deshalb vor allem von wohlsituierten Menschen,

alten oder jungen Leuten mit ausreichend Zeit ausgeübt und nicht von Menschen, die jeden Tag hart arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Folglich fehlen dem Ehrenamt tatkräftige Menschen aus wichtigen sozialen Milieus, die dort erkennen können, was für Beiträge wirklich gebraucht werden. Solche Leute könnten durch einen SGD mobilisiert werden. Das dafür ausgegebene Geld dürfte sich sehr bezahlt machen.

5. Förderung sozialer Innovation: Viele Menschen suchen nach Möglichkeiten, sich sinnvoll in der Gesellschaft einzubringen. Sie erkennen, wo in ihrem sozialen Umfeld Bedarf besteht, kennen ihre eigenen Fähigkeiten und Talente und suchen ihre eigenen Berufungen. Allerdings taugen gerade die dringendsten gemeinnützigen Tätigkeiten selten zum Verdienst eines Lebensunterhalts, denn sie sind unter anderem deshalb so dringend, weil man mit ihnen kaum Geld verdienen kann. Der SGD würde es Menschen erlauben, innovative Wege zu finden, soziale und ökologische Probleme zu lösen, ohne gleich ihre ganze Kraft auf die Suche nach Finanzierung aufzuwenden.

6. Berufliche Qualifizierung: Manche Leute könnten den SGD für ihre berufliche Qualifizierung nutzen. Ein mögliches Szenario: Eine junge Frau erkennt einen sozialen Bedarf und macht sich fast sofort daran, als SGD-Leistende etwas Nützliches zu tun. Bald gewinnt sie an Erfahrung, kann die konkreten positiven Wirkungen ihrer Tätigkeit darstellen und knüpft neue Kontakte. Dadurch gewinnt sie Partnerinnen und entwickelt einen Geschäftsplan, der ihr erlaubt, diese Aufgabe Vollzeit und in größerem Stil zu bewältigen. Der SGD war für sie ein Schritt in die Selbstständigkeit, mit sehr mäßigem Risiko. Anderen SGD-Leistenden könnten die gewonnenen Erfahrungen helfen, sich erfolgreich um eine Stelle zu bewerben.

7. Effektiver Einsatz öffentlicher Mittel: Sozialhilfen gibt es erst nach Prüfung der Bedürftigkeit. Sie erreichen aber nicht immer die intendierten Empfängerinnen, denn einerseits täuschen manche Leute Bedürftigkeit vor, und andererseits schämen sich andere ob ihrer Bedürftigkeit und stellen keinen Antrag. Beim Gemeinwohldienst käme es nicht auf die Bedürftigkeit an, sondern auf die Bereitschaft, etwas für das Gemeinwohl zu leisten. Da man darauf stolz sein kann, wäre es unwahrscheinlich, dass sich bedürftige Menschen wegen dieser Bedingung nicht melden würden. Andererseits wäre es auch kein Schaden für das Gemeinwesen, wenn weniger Bedürftige den SGD leisteten, weil sie ja etwas für ihr Einkommen täten

und dafür recht moderat bezahlt würden. Um Betrug zu verhindern, müssten SGD-Leistende lediglich nachweisen, dass sie die versprochene Arbeit leisten und höchstens Halbzeit einer anderen Erwerbstätigkeit nachgehen. Das würde zwar einen gewissen Verwaltungsaufwand erfordern, doch würde im Gegenzug nützliche Arbeit für das Gemeinwesen geleistet. Insgesamt ergäbe sich eine sehr zielgerichtete Ausgabe öffentlicher Mittel.

8. Abschwächung von Rezessionen: Bei starkem Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung würden relativ wenige Menschen den SGD leisten, bei Krisen und hoher Arbeitslosigkeit relativ viele. Gerade inmitten von Krisen gäbe es größeren ungedeckten Bedarf und folglich mehr sinnvolle Tätigkeitsfelder für SGD-Leistende. Die garantierten Erwerbsmöglichkeiten würden Existenzängste während der Rezession vermindern und damit Konsumausgaben stabilisieren. Der SGD würde insgesamt also antizyklisch das Wachstum moderieren und Rezessionen abschwächen.

Ein selbstbestimmter Gemeinwohldienst könnte in kleinem Maßstab eingeführt werden, um zunächst Erfahrungen zu sammeln und Verfahren zu optimieren. Danach könnte er allmählich bis zur Erreichung eines definierten Ziels erweitert werden (z. B.: Verminderung der Arbeitslosenquote auf 1 Prozent oder Erhöhung des Angebots an SGD-Stellen auf mindestens 80 Prozent der Nachfrage). Als Träger kämen im Sinne der institutionellen Innovation neben der Bundesregierung auch Landes- und Kommunalregierungen sowie gemeinnützige Stiftungen infrage, die jeweils etwas unterschiedliche Kriterien und Verfahren verwenden könnten. Als Finanzquellen kämen neben dem gewöhnlichen Steueraufkommen Ökosteuern oder -abgaben, Erbschaft- und Vermögensteuern, und Gewinne der dem Gemeinwohl verpflichteten Finanzinstitutionen infrage – das heißt Quellen, die nicht die Arbeit belasten, sondern entweder zu einem verminderten Einkommensgefälle oder zu vermindertem Ressourcenverbrauch beitragen.

Die direkten Kosten eines Gemeinwohldienstes beliefen sich auf die Zahl der SGD-Leistenden multipliziert mit ihrer Bezahlung – bei einer Bezahlung von 1000 Euro im Monat und einer Million SGD-Leistenden in Deutschland wären das 12 Milliarden Euro im Jahr, bei mehreren Millionen SGD-Leistenden entsprechend mehr. Die Netto-Kosten für den Staat wären eher geringer, weil manche den SGD leisten würden, statt andere Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen,

und weil sie manche kostenträchtige sozialen und ökologischen Probleme anpacken würden. Wie viele Menschen sich für solch einen Dienst interessieren würden, ist natürlich im Voraus nicht genau abzuschätzen. Die Kosten ließen sich durch Begrenzung der angebotenen Stellen allerdings problemlos steuern, und die positiven wie auch negativen Auswirkungen ließen sich sehr gut abschätzen, wenn ein SGD zunächst in kleinem Maßstab eingeführt und dann allmählich erweitert würde.

Die hier angestrebten Effekte würde der Gemeinwohldienst erzielen, wenn jede ernsthafte Antragstellerin eine sehr große Aussicht auf Erfolg hätte (z. B.: eine 80-prozentige Chance). Ein SGD als realistische Option für jede Einwohnerin hätte große Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und auf die Lebensplanung von Millionen von Menschen. Er würde die alltägliche Vereinsarbeit unterstützen, die heute nur mit ehrenamtlichen Helferinnen zu machen ist – aber dabei oft nicht gerade optimal. Darüber hinaus könnten viele Einzelprojekte gestartet werden, z. B. könnten SGD-Leistende kleine Forschungsprojekte, kreative Projekte im öffentlichen Raum, Bildungsprojekte und vieles andere mehr unternehmen. Wenn ihre Projekte über das Maß eines SGD-Projektes hinauswachsen würden, könnten die beteiligten Personen andere Finanzierungsmöglichkeiten finden und aus der SGD-Förderung aussteigen. Die freigestellten SGD-Mittel stünden dann für neue Projekte zur Verfügung. Außerdem könnten SGD-Mittel helfen, in Notsituationen schnell und zeitlich begrenzt Hilfe zu leisten.

Insgesamt würde ein selbstbestimmter Gemeinwohldienst die am Anfang dieses Kapitels gestellten Anforderungen sehr viel besser erfüllen als die gegenwärtige Praxis oder ein bedingungsloses Grundeinkommen. Alle gesunden Menschen in arbeitsfähigem Alter hätten die Möglichkeit, den Anreiz und die Anregung, entweder im gewöhnlichen Arbeitsmarkt oder als SGD einen ausreichenden Lebensunterhalt zu verdienen und dabei etwas Nützliches zu leisten. Ein bedingungsloses Grundeinkommen für bestimmte Menschengruppen (z. B. Kinder, alte Menschen, Behinderte) könnte den SGD ergänzen.

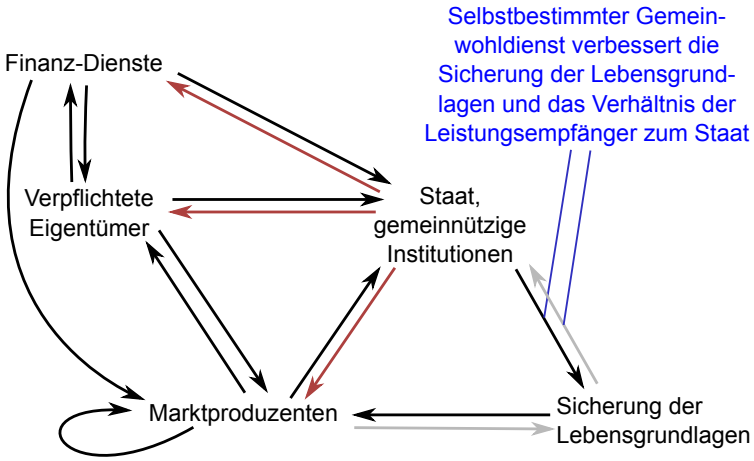
Kritikerinnen mögen einwenden, man solle das Ehrenamt nicht durch Bezahlung entwerten, oder viele der Tätigkeiten von SGD-Leistenden sollten von Vollzeit tariflich bezahlten und professionell ausgebildeten Menschen geleistet werden. Der Gemeinwohldienst soll den unbezahlten Tätigkeiten und den regulären Arbeitsverhält-

nissen aber nur als dritte Option zur Seite stehen. Vieles, das getan werden sollte, wird derzeit nicht gemacht, oder es wird von Menschen geleistet, die durch diese Arbeit eigentlich überfordert sind. Der SGD würde Menschen neue Möglichkeiten eröffnen, mit Freude an der Sache etwas zu leisten und dafür auch bezahlt zu werden. Ihr Einkommen durch sinnvolle Tätigkeit würde im Gegensatz zu Sozialleistungen oder einem BGE zu ihrem Selbstwertgefühl beitragen. Regierungsämter, Unternehmen und andere Organisationen müssten weiterhin normale Arbeitsverträge anbieten, um verlässliche, stetig arbeitende und qualifizierte Menschen zu gewinnen; die entsprechenden Stellen wären also nicht gefährdet. Vollzeit arbeitende Menschen könnten sich auch weiterhin im Ehrenamt genau so betätigen, wie sie es heute schon tun.

Viele Befürworterinnen eines bedingungslosen Grundeinkommens werden einen selbstbestimmten Gemeinwohldienst ablehnen, weil er ja nicht bedingungslos wäre. Doch sehen fast alle Strategien einer schrittweisen Einführung eines BGE zunächst Bedingungen vor, die das BGE auf bestimmte Bevölkerungsgruppen beschränken. Die Bedingung eines selbstbestimmten Gemeinwohldienstes könnte genau einen solchen Schritt darstellen, der das BGE zu Anfang auf solche Leute beschränkt, die dies – bezeugt durch ihren Arbeitseinsatz – auch wirklich wollen. Falls sich mit der Zeit eine gesellschaftliche Unterstützung für eine wesentlich massivere Umverteilung des Einkommens als hier vorgesehen entwickeln sollte, und falls die gesellschaftlich als notwendig erachtete Arbeitszeit noch wesentlich verringert werden sollte, könnten die Arbeitsanforderungen an die SGD-Leistenden allmählich vermindert werden, bis selbst Vollzeit-Erwerbstätige den SGD problemlos leisten könnten. Dann würde sich der SGD kaum mehr von einem bedingungslosen Grundeinkommen unterscheiden.

Unter heutigen Bedingungen halte ich jedoch einen Gemeinwohldienst politisch sehr viel durchsetzbarer als ein bedingungsloses Grundeinkommen und glaube, dass er ein wesentlich effektiveres Mittel wäre, um mehr Einkommensgerechtigkeit zu erzielen, viele Menschen zur Bewältigung der großen sozialen und ökologischen Herausforderungen zu mobilisieren und soziale Innovationen zu fördern, ohne überwältigende Geldströme umzulenken oder gegenwärtiges Leistungsdenken völlig umzukrempeln. Er könnte zur Entstehung einer neuen Arbeitskultur beitragen, in der jeder Haushalt seine

Abbildung 11.3: Beitrag zur Sicherung der Lebensgrundlagen durch einen selbstbestimmten Gemeinwohldienst



eigene optimale Kombination aus herkömmlicher Erwerbsarbeit, Gemeinwohldienst, Selbstversorgung, Ehrenamt, Teilen und Schenken und Muße finden würde und flexibel auf die Wechselfälle des Lebens reagieren könnte. Wie auf Abb. 11.3 dargestellt, könnte ein Gemeinwohldienst die Sicherung unserer Lebensgrundlagen stärken, sowohl als direktes Einkommen für Menschen, die dieses brauchen, wie auch durch die Leistungen, die sie im Gegenzug erbringen.

Fazit

Es ist im Sinne der Lebensfülle anzustreben, dass jeder in Menschenwürde leben kann und dazu ein ausreichendes Einkommen hat, und dass die Grundsicherung nicht nur »fördert und fordert«, sondern auch ermöglicht, anregt und motiviert, dass Menschen sich für das Gemeinwesen einsetzen.

Diese Bedingungen lassen sich meines Erachtens weitgehend erreichen wenn:

- Sozialleistungen ein menschenwürdiges Minimaleinkommen gewährleisten,

- ein selbstbestimmter Gemeinwohldienst praktisch allen die Option gibt, eine sinnvolle, moderat bezahlte Tätigkeit auszuüben,
- die Gehaltsstrukturen in Unternehmen und anderen Organisationen durch die gesamte Belegschaft ausgehandelt werden (was bedeutet, dass auch die gering Entlohnten über die Bezahlung der Führungskräfte mitbestimmen),
- Kapitaleinkünfte (d. h. Abgaben, die nicht dem Prinzip von Tausch unter Gleichen entsprechen) stark vermindert und mit konkreten Leistungen oder finanziellen Verpflichtungen an das Gemeinwesen verbunden werden.

Die in diesem und den vorigen zwei Kapiteln vorgestellten Maßnahmen könnten dieses Ergebnis wahrscheinlich erzielen. Doch wären alle diese Maßnahmen ohne die Weiterentwicklung demokratischer und partizipativer Verfahren der Entscheidungsfindung nicht möglich. Diesem Thema ist das folgende Kapitel gewidmet.

Weiterführende Literatur und Links

Netzwerk Grundeinkommen (fordert ein bedingungsloses Grundeinkommen; die Webseite bietet aktuelle Informationen, Dokumente und Links zu weiteren Organisationen)

https://www.grundeinkommen.de/

Finnisches Pilotprojekt zu bedingungslosem Grundeinkommen

Blaschke, R. und Walther, U. (2015): Grundeinkommen in Finnland? [https://www.grundeinkommen.de/09/12/2015/grundeinkommen-in-finnland.html; 10.8.2016]

Wehner, P. (2015): Finnland experimentiert mit Grundeinkommen. [http://www.grundeinkommen.de/22/06/2015/finnland-experimentiert-mit-grundeinkommen.html; 10.8.2016]

Literatur über bedingungsloses Grundeinkommen

Blaschke, R. (2013): Teil der Lösung: Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen, Zürich.

Flassbeck, H. (2012): Irrweg Grundeinkommen: die große Umverteilung von unten nach oben muss beendet werden, Frankfurt a. M.

Jacobi, D.; Strengmann-Kuhn, W. (Hrsg.) (2012): Wege zum Grundeinkommen, Berlin. [http://www.strengmann-kuhn.de/fileadmin/media/MdB/strengmann-kuhn_de/Positionspapiere_Autorenpapiere/Wege_zum_Grundeinkommen.pdf; 15.8.2016].

Neuendorff, H. (Hrsg.) (2009): Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg.

Werner, G. (Hrsg.) (2012): Das Grundeinkommen: Würdigung – Werte – Wege, Karlsruhe.

.

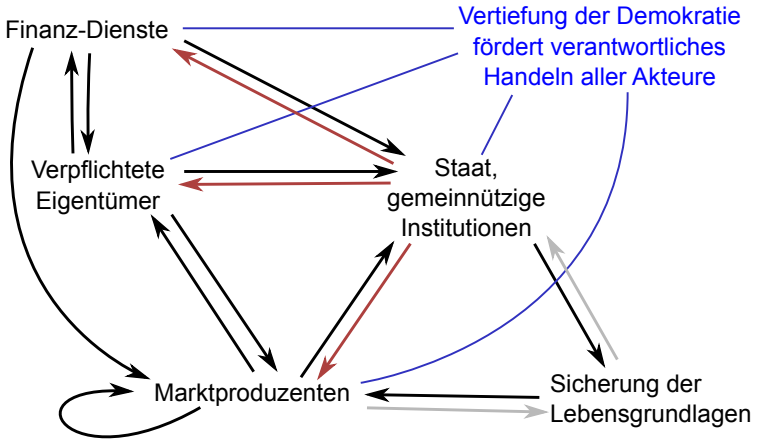
12 Vertiefung der Demokratie in Politik und Wirtschaft

Die in den vorangegangenen Kapiteln angeregten Veränderungen erfordern eine Weiterentwicklung und Vertiefung der Demokratie. Traditionell werden Unternehmen fast wie Diktaturen, Heere oder feudale Besitztümer aufgefasst, in denen hierarchische Strukturen den Führern erlauben, ihre Untergebenen wie eine einzige große Maschine arbeiten zu lassen. Solch ein Bild ist eigentlich längst nicht mehr zeitgemäß, besonders im Hinblick auf innovative Unternehmen, die neue, demokratischere Methoden mit flachen Hierarchien entwickeln – unter anderem, weil sich nur so die Kreativität und der Erfindungsreichtum der Mitarbeiter mobilisieren lassen. Dennoch kann, solange Demokratie nur als politisches und nicht auch als ökonomisches Konzept aufgefasst wird, »die Wirtschaft« – das heißt, die Lenker der großen Konzerne – einen überproportionalen Einfluss auf »die Politik« – das heißt, die politischen Führer – ausüben. So lange ist auch politische Demokratie noch unzureichend verwirklicht.

Um demokratische Ansprüche tatsächlich zu verwirklichen, sollten wir uns Unternehmen und andere Organisationen eher wie kleine Demokratien vorstellen und uns fragen, welche politischen Strukturen für sie am geeignetsten sind. Die Folge wäre eine Demokratisierung aller Institutionen im wirtschaftlichen Kreislauf, wie auf Abb. 12.1 dargestellt.

Unser Denken über Demokratie wird leider geprägt vom Konflikt zwischen Parteien, die entgegengesetzte Positionen einnehmen, entgegengesetzte Interessengruppen vertreten und sich möglichst vollständig durchsetzen, sobald sie eine parlamentarische Mehrheit gewonnen haben. Folgerichtig suchen sie nach Führungspersönlichkeiten, die sich gegen ihre Gegner durchsetzen. Analoge Strukturen gibt es auch in Unternehmen: eine konservative Regierungspartei (das Management) steht im Clinch mit einer mehr oder weniger sozialistischen Opposition (der Gewerkschaft). Leider verleiten solche Demokratiemodelle leicht zu einer Ausrichtung auf kurzfristige Vorteile für die eigene Fraktion, zu gruppenegoistischen Auslegungen der Sachverhalte und zur Negierung der eigenen Verantwortung, wenn etwas offensichtlich schiefläuft. Außerdem kann es zu gegen-

Abbildung 12.1: Vertiefung der Demokratie



seitigen Blockaden kommen, die durch faule Kompromisse überwunden werden. Doch gibt es Besseres?

Besseres gibt es durchaus. Es gibt Methoden

- die Mitglieder einer Gruppe oder einer Organisation zu motivieren, Eigeninitiative und Verantwortung zu übernehmen,
- alternative Lösungsansätze zu erproben, um sie zu bewerten und die besten weiterzuentwickeln,
- Personen mit den besten Fähigkeiten des Interessenausgleichs statt des größten Durchsetzungsvermögens zu finden,
- vielfältige Optionen anzubieten, aus denen sich jeder die bestgeeignete aussuchen kann, statt einer einzigen Option, die der Mehrheit einigermaßen passt, einer wesentlichen Minderheit aber nicht,
- die wirklich Interessierten an Entscheidungen zu beteiligen, ohne Entscheidungsprozesse ewig in die Länge zu ziehen.

Dieses Kapitel soll beispielhaft einige solcher Methoden vorstellen und zeigen, welche Rolle sie in einer Wirtschaft der Lebensfülle spielen könnten.

Realisierung von Visionen und Zielen

Jede Organisation, die sich weiterentwickeln will, muss sich Ziele setzen – und dazu ist es förderlich, eine Vision der Zukunft der Organisation und ihres Umfelds zu entwickeln. Die im 8. Kapitel vorgeschlagene Zweckbestimmung jeder Organisation lässt sich so in Begriffe und Bilder fassen. Wirklich überzeugende Formulierungen der Vision, des Zwecks und der Ziele erfordern die Mitarbeit nicht nur des Managements, sondern auch von Mitarbeitern, Kunden, Zulieferern und anderen Stakeholdern. Sie sollten bei der Erarbeitung der Vision möglichst Spaß haben und sich nicht zu sehr in der Diskussion über Einzelheiten verzetteln.

Hier kann der Management-Ansatz »Appreciative Inquiry« sehr hilfreich sein, der von einer Gruppe um David Cooperrider in Cleveland, USA entwickelt wurde. Er stellt die Frage in den Fokus, wann und unter welchen Bedingungen die Organisation am leistungsfähigsten gewesen ist, die Arbeit für die Organisation am meisten Freude gemacht hat, die Zusammenarbeit am besten lief. Wie können regelmäßig die optimalen Bedingungen erzeugt und damit die bisherigen Bestleistungen zum Normalfall gemacht werden? Der Fokus auf Optimierung statt Problemlösung soll die Aufmerksamkeit auf die schon vorhandenen positiven Potenziale statt auf die Probleme richten und dadurch Energie für Erneuerung freisetzen.

Appreciative Inquiry wird in vier Phasen oder »four Ds« aufgeteilt – Discovery, Dream, Design und Destiny.[1] In der Entdeckungsphase werden viele Beteiligten befragt, wann sie gute Erlebnisse bei der Mitarbeit in der Organisation hatten und welche Bedingungen dazu beigetragen haben. Die Ergebnisse werden als Geschichten verdichtet und in der Traumphase (Dream) aufgearbeitet, um Visionen für die Zukunft zu entwickeln. In dieser Phase können große Gruppen von Menschen zusammenkommen und ihre Gedanken austauschen. In der dritten, Design-Phase, wird ausgearbeitet, wie diese Träume realisiert werden können – auch hier können viele Menschen mitwirken, aber in kleineren Gruppen als in der vorangegangenen Phase. Schließlich geht es in der letzten Phase an die Umsetzung. Diese Methodik wird inzwischen vielerorts in vielen Varianten angewendet.

Eine weitere, von John Croft und Vivienne Elanta entwickelte Methode nennt sich »Dragon Dreaming«. Ihr Ziel ist, Träume zu realisie-

1 Eine vollständigere Beschreibung findet sich in: Cooperrider, D.; Whitney, D. (2005): Appreciative Inquiry: A Positive Revolution in Change, San Francisco.

ren und die Verbindung der Menschen mit der Erde und miteinander wiederherzustellen. Auch hier gibt es vier Phasen, von denen das Träumen diesmal an erster Stelle steht – die Teilnehmer träumen, wo sie hin wollen, und teilen einander diese Träume mit. Danach folgen Phasen der Planung, der Umsetzung und des Feierns. Croft betont, dass wir immer wieder feiern sollten, um uns bewusst zu werden, was wir erreicht haben, und um Energie für die weitere Arbeit zu tanken. Die vier Phasen können laufend wiederholt werden.

Bei Ansätzen wie Appreciative Inquiry und Dragon Dreaming geht es nicht darum, Interessengegensätze auszuhandeln und die mächtigste Meinung umzusetzen, sondern Visionen zu finden, die alle begeistern. In Appreciative Inquiry wird gefragt, was eine Organisation zum Leben bringt, während im Dragon-Dreaming nach »Win-win-win«-Szenarien gesucht wird, die zur persönlichen Bereicherung, der Stärkung der Gemeinschaft und der Lebensfülle auf der Erde (»well-being and flourishing of all life«) beitragen. Wenn solche Lösungen gefunden worden sind, ziehen alle am gleichen Strang, weil sie von der Sache überzeugt sind. Deshalb ist es in der Design- oder Planungsphase wichtig, die Strukturen so zu gestalten, dass alle Beteiligten ihre Kreativität und ihren Gedankenreichtum produktiv einbringen können, damit die Lebensfülle aller Beteiligten gesteigert wird und sich die Organisation als Ganze innovativ weiterentwickeln kann.

Entscheidungsfindung

Natürlich löst eine Vision nicht alle Probleme. Interessengegensätze und Meinungsverschiedenheiten gibt es immer und sind notwendig, um weiter zu denken und nicht in Selbstgefälligkeit zu verfallen. Doch wie gehen wir mit Meinungsunterschieden um? Wenn die jeweils Mächtigsten ihre Meinung ohne die gebotene Rücksicht durchsetzen, leidet die Lernfähigkeit aller, schlimmstenfalls wird die Organisation gespalten oder einige gehen in die innere Emigration. Es ist deshalb wichtig, Gedanken aus allen Richtungen aufnehmen zu können. Allerdings darf man nicht in Beliebigkeit verfallen, das »Sowohl-als-auch« mag zwar sehr nett sein, neigt aber dazu, Probleme vor sich hin zu schieben. Außerdem muss eine Organisation mit Querschlägern umgehen können, die durch eigenwilliges Beharren auf dem eigenen Standpunkt Konsens torpedieren können.

Alternativen zu einer Diktatur der Mehrheit (in der sich eine knappe Mehrheit durchsetzen kann) oder der Querulanten (die ent-

stehen kann wenn absoluter Konsens gesucht wird) bieten Verfahren wie systemisches Konsensieren und soziokratische Entscheidungsfindung.

Systemisches Konsensieren

Durch systemisches Konsensieren kann man unter beliebig vielen Alternativen zuverlässig diejenige mit der größten Zustimmung finden. Im Standardverfahren bekundet jeder seinen »Widerstand« gegen jede Alternative oder jeden Kandidaten durch Zahlenwerte von null (kein Widerstand, volle Unterstützung) bis zehn (sehr großer Widerstand). Zur Wahl steht oft eine extreme Möglichkeit wie zum Beispiel Austritt aus der Organisation, damit Teilnehmer klarmachen können, welche Alternativen sie zu akzeptieren bereit sind und welche nicht. Die Alternative mit der geringsten Summe von Widerstandswerten gewinnt. Wenn mehrere weithin akzeptierte Alternativen miteinander vereinbar sind, können sie auch kombiniert werden. Eine Alternative oder ein Kandidat mit schwacher Unterstützung der Mehrheit, aber vehementer Ablehnung einer wesentlichen Minderheit wird meist abgelehnt. Deswegen setzen sich polarisierende Alternativen oder Kandidaten selten durch. Stattdessen gewinnen eher die Alternativen, mit denen alle gut leben können, und die Kandidaten, die zwischen den verschiedenen Standpunkten und Interessengruppen zu vermitteln verstehen.

Das systemische Konsensieren hat den besonderen Vorteil, dass über beliebig viele Möglichkeiten oder Kandidaten in einem einzigen Wahlgang abgestimmt werden kann. Dieser Vorteil soll hier anhand französischer Präsidentenwahlen dargestellt werden. Im ersten Wahlgang gibt es dort viele Kandidaten; falls keiner die absolute Mehrheit gewinnt, gibt es einen zweiten Wahlgang mit den beiden Bestplatzierten. In den letzten paar Präsidentschaftswahlen gab es eine zersplitterte Linke mit mehreren Kandidaten, ein oder zwei gemäßigt rechte Kandidaten und einen extrem rechten Kandidaten (vom Front National). Die Linken und gemäßigt Rechten nehmen sich innerhalb des eigenen politischen Lagers die Stimmen weg, doch die Linken noch mehr als die Rechten. Deshalb erhielten 2002 der gemäßigt rechte Jacques Chirac und der extrem rechte Jean-Marie Le Pen im ersten Wahlgang die meisten Stimmen. Im zweiten Wahlgang durfte der aussichtsreichste linke Kandidat Lionel Jospin nicht antreten, obwohl er sicher sehr viel mehr Stimmen hätte gewinnen kön-

nen als Le Pen. Stattdessen mussten linke Wähler zähneknirschend Chirac wählen, um eine Wahl Le Pens zu verhindern. Diese Wahl hätte sich stattdessen in einem einzigen Wahlgang durch systemisches Konsensieren erledigen lassen. Le Pen als polarisierender Kandidat hätte sehr viele sehr negative Stimmen bekommen und hätte trotz der knapp 17 Prozent, die ihn allen anderen Kandidaten vorzogen, klar verloren. Da jeder Wähler mehr als einen Kandidaten hätte unterstützen können, hätten sich politisch ähnliche Kandidaten nicht gegenseitig aus dem Rennen geworfen. Es hätte jemand gewonnen, der viele Menschen im eigenen politischen Lager überzeugte, aber auch Sympathie in anderen politischen Lagern gewinnen konnte. Auch die zweit- und drittplatzierten Kandidaten wären eher Menschen gewesen, die zu einem zivilen politischen Diskurs statt zu einer Spaltung der Gesellschaft beitrugen. Die positiven Auswirkungen dieses Wahlmodus auf das politische Klima im Lande wären beachtlich; der Front National wäre auch heute unter Marine Le Pen wahrscheinlich eine recht schwache politische Kraft.

In den USA würden Präsidentschaftswahlen nach systemischem Konsensieren neue Parteibildungen ermöglichen. Kandidaten weiterer Parteien neben den Demokraten und Republikanern werden in den bestehenden Mehrheitswahlen praktisch ausgeschlossen, weil die Wähler wissen, dass jede Stimme für eine »dritte Partei« praktisch weggeworfen ist, gleichzeitig aber dem politischen Gegner nützt. Deshalb stimmen sie für das aus ihrer Sicht »kleinere Übel« unter den beiden großen Parteien. Systemisches Konsensieren böte Wählern die Möglichkeit, den wirklich favorisierten Kandidaten voll zu unterstützen, den aus ihrer Sicht zweitbesten Kandidaten weniger stark zu unterstützen und den völlig ungewollten Kandidaten stark abzulehnen. Neue Parteien hätten die Chance, sich zu etablieren, während stark polarisierende Kandidaten benachteiligt würden. Bei den Wahlen 2016 hätte Bernie Sanders neben Hillary Clinton kandidieren können, Donald Trump hätte neben einem konventionellen Republikaner und vielleicht auch noch einem Libertären kandidieren müssen, und die Amerikaner hätten sich über sehr viel mehr Wahlmöglichkeiten freuen dürfen. Das Wahlergebnis wäre bestimmt anders ausgefallen.

Das Verhältniswahlrecht mit einer Fünfprozenthürde erlaubt neuen Parteien, sich zu etablieren und den alten Konkurrenz zu machen, und zwingt politische Gegner gelegentlich zu Koalitionsbildun-

gen. Das fördert politische Erneuerung durch Bildung neuer Parteien sowie die Bereitschaft zum Konsens. Systemisches Konsensieren wird hier bei Parlamentswahlen nicht gebraucht.

In Parlamentsabstimmungen könnte Systemisches Konsensieren Blockaden auflösen, zu einem eher auf Ausgleich ausgerichteten Diskurs führen und selbst bei unklaren Mehrheitsverhältnissen Entscheidungen ermöglichen. Keine Partei oder Koalition könnte Gesetze durchboxen, die bei einer großen Minderheit auf starke Ablehnung stoßen, oder die der Koalitionspartner oder manche der eigenen Parteimitglieder nur grollend unterstützen. Außerdem könnte über mehrere Varianten eines Gesetzesvorhabens gleichzeitig abgestimmt werden, ohne zuerst über jede vorgeschlagene Änderung abstimmen zu müssen. Damit würden sich viele taktische Spielchen erübrigen und die Ergebnisse würden nicht durch die Reihenfolge der Abstimmungen bestimmt.

Obwohl die hier angeführten Beispiele aus der hohen Politik gezogen sind, ist systemisches Konsensieren prinzipiell auf allen Organisationsebenen anwendbar. Gerade kleine oder auf freiwilliges Engagement angewiesene Organisationen können durch herkömmliche Wahlverfahren, die polarisierende Kandidaten und Lösungsangebote favorisieren, auseinandergerissen oder in ihrer Lebensfähigkeit stark geschwächt werden. Deshalb könnte systemisches Konsensieren für viele Organisationen überlebenswichtig sein. Leider kennen jedoch wenige Menschen dieses Verfahren und wenden es schon deshalb nicht an. Dieses und andere ähnliche Verfahren geben aber Alternativen an die Hand, wie man demokratische Entscheidungsfindungsprozesse so gestalten kann, dass für alle akzeptable Lösungen gesucht und gefunden werden.

Soziokratie

Im Gegensatz zum systemischen Konsensieren beziehen sich soziokratische Verfahren auf die gesamte Organisationsstruktur und Entscheidungen in der alltäglichen Geschäftsführung. Gerard Endenburg hat diese Verfahren erstmals in den 1960er-Jahren entwickelt und im eigenen Elektrotechnik-Unternehmen eingeführt, um dort die Bedingungen eines selbstorganisierenden Systems zu schaffen. Effektive Rückkopplungsschleifen sollen sicherstellen, dass die notwendigen Informationen zur rechten Zeit zur Verfügung stehen und auch zur Entscheidungsfindung genutzt werden. Soziokratische Verfahren re-

geln, wer wo wie mitspricht, damit Entscheidungsprozesse transparent und auf Konsens ausgerichtet sind und möglichst alle relevanten Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Alle beteiligten Personen sollen in ihrer Eigenständigkeit bestätigt werden, damit sie mit Engagement und kreativ zur Selbstorganisation beitragen. Inzwischen sind diese Verfahren in vielen weiteren Organisationen eingeführt worden, und es gibt Vereine in mehreren Ländern, die das Modell propagieren.

In einer soziokratisch verfassten Organisation wird für jeden Arbeitsbereich (wie zum Beispiel Produktentwicklung, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit) ein Kreis von etwa fünf bis sieben Personen gebildet, der Grundsatzentscheidungen trifft (das Tagesgeschäft wird nach allgemein üblichen Verfahren erledigt). Je nach Komplexität der Organisation kann es innerhalb jedes Bereiches hierarchisch gegliederte Unterabteilungen mit ihren eigenen Kreisen geben. Jeweils zwei Personen repräsentieren einen unteren Kreis im nächsthöheren Kreis – eine dieser Personen wird vom höheren Kreis als Leiter bestimmt, die andere wird in dem unteren Kreis als Vertreter gewählt. Kreise auf der gleichen Ebene sollen sich personell überschneiden, um gut miteinander zu kommunizieren. Jeder Kreis organisiert sich selbst, trifft Entscheidungen, führt diese aus und evaluiert die Ergebnisse, um zukünftig bessere Entscheidungen treffen zu können. Dadurch werden effektive Rückkopplungsschleifen innerhalb jedes Kreises geschaffen; die doppelte Überschneidung verschiedener Kreise schafft gute Rückkopplungen innerhalb der gesamten Organisation.

Bei Abstimmungen innerhalb eines Kreises, ob es nun um die Wahl eines Funktionsträgers oder um einen Beschluss geht, wird per »Konsent« entschieden. Das heißt, es wird eine Option gewählt, die große Unterstützung erfährt und gegen die keiner schwerwiegende Einwände hat. Ein solcher Einwand muss mit Bezug auf die Erreichung der gemeinsamen Ziele der Organisation begründet werden. Das Verfahren beginnt mit einer bildformenden Runde, in der alle nötigen Informationen gesammelt werden. Vor Wahlen eines Funktionsträgers müssen z. B. alle Gruppenmitglieder die Aufgaben des Amtes und die Qualifikationen der Kandidaten kennen. Als Zweites sagt jeder in einer meinungsbildenden Runde, welche Entscheidung er favorisiert und warum. Es wird reihum gesprochen, alle sollen einander zuhören, es gibt innerhalb der Runde keine Diskussion. Vor-

schläge können in weiteren meinungsbildenden Runden modifiziert werden, um auf begründete Einwände einzugehen und größeren Konsens zu erreichen. Wenn alle bereit sind, erfolgt eine abschließende Konsentrunde – nun sagen alle noch mal der Reihe um, welche Entscheidung sie favorisieren. Es gilt am Ende eine Mehrheitsentscheidung, vorausgesetzt niemand hat schwerwiegende begründete Einwände. Wenn schwerwiegende Einwände eines Mitglieds nicht ausgeräumt werden können, wird die Entscheidung vertagt. Der Kreis sucht aber weiter nach Lösungsmöglichkeiten, bis ein Konsent erreicht wird. In der Praxis scheint diese Methode meistens zu großem Konsens zu führen.

Die soziokratische Methode zielt darauf ab, dass alle Beteiligten voll hinter den letztlich gefassten Beschlüssen stehen und sie deshalb auch tatkräftig verwirklichen. Zudem sollen die Entscheidungen auf guter Information beruhen, was nur dann erreicht wird, wenn alle gehört werden – und nicht nur die Wichtigtuer. Natürlich erfordert diese Methode eine gewisse Bildung aller Beteiligten, eine neue Organisationskultur. Die Beteiligten müssen einander zuhören und sich ehrlich bemühen, für alle tragbare Lösungen zu finden. Diese Methode lässt sich deshalb nicht ohne Weiteres von heute auf morgen in einer Organisation einführen. Jedoch kann sie eine Organisation dazu führen, nachhaltigere Entscheidungen zu treffen und letztlich stabiler zu werden.

Bezeichnenderweise bemerkte Jan Koppels als Generaldirektor des niederländischen Unternehmens SOV Catering Services, das soziokratische Methoden in den 1980er-Jahren einführte: »Denn auch das ist eine Besonderheit soziokratischer Organisationen: Sie fühlen sich als Teil der komplexen Kreisstruktur der Gesellschaft – der Allgemeinheit verpflichtet; der Gewinn ist nicht mehr Hauptziel der Unternehmung, sondern nur noch Indikator für die Qualität des Wirtschaftens.«[2] Angesichts solcher Erfahrungen, die auch in einigen anderen Organisationen in den Niederlanden und inzwischen auch in den USA und Frankreich den Erfolg dieses Ansatzes bestätigen, scheint die Soziokratie geradezu prädestiniert für den Einsatz in einer Wirtschaft der Lebensfülle.

2 Siehe Soziokratie (ohne Datum): Stimmen von Anwendern und Experten der Soziokratie, S. 5. [http://soziokratie.org/wp-content/uploads/2012/06/stimmen-von-anwendern-und-experten-soziokratie1.1.pdf,; 28.12.2016]. Das Zitat stammt von 1990.

Fazit

Methoden wie Appreciative Inquiry, Dragon Dreaming, Systemisches Konsensieren und Soziokratie stehen nicht alleine auf weiter Flur; auch andere ähnliche Verfahren ermöglichen bessere Entscheidungsfindung, indem sie die Kreativität aller Beteiligten fördern und die Bedürfnisse aller Betroffenen berücksichtigen, ohne Entscheidungsprozesse ins Endlose zu verlängern. Sie funktionieren am besten, wenn alle Beteiligten gewaltfreie Kommunikation beherrschen und konstruktiv mit ihren eigenen inneren Konflikten umzugehen verstehen. Dazu ist Bildungsarbeit nötig, und natürlich können die Verfahren immer noch weiter optimiert werden. Doch zeigen diese Beispiele, dass es ein beachtliches Instrumentarium gibt, Organisationen so zu führen, dass sie allen Betroffenen gegenüber verantwortlich handeln. Dieses Instrumentarium gilt es in immer mehr Organisationen und politischen Bereichen anzuwenden.

Die weitere Verbreitung dieser Methoden würde dazu führen, dass die meisten Menschen sich beruflich oder ehrenamtlich in verantwortlicher demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung üben würden. Dies hätte positive Auswirkungen auf ihre Fähigkeit und Bereitschaft, sich verantwortungsvoll als Bürger im Gemeinwesen einzubringen – ob bei Wahlen, öffentlichen Versammlungen, Volksabstimmungen oder partizipativen Verfahren bzw. überall, wo die Teilhabe der Bürger stattfinden soll und kann. Eine solche Vertiefung der Demokratie würde die Möglichkeit einiger weniger, die Spielregeln im eigenen Interesse zu manipulieren, wesentlich einschränken. Auch dies würde die soziale Polarisierung stark vermindern und die Nachhaltigkeit unserer Entscheidungen fördern. Alle auf Abb. 12.1 dargestellten Rückkopplungen würden geschmeidiger laufen.

Weiterführende Literatur und Links

Appreciative Inquiry

Appreciative Inquiry Commons: https://appreciativeinquiry.case.edu/

Bruck, W.; Müller, R. (2011): Wirkungsvolle Tagungen und Großgruppen: Ziele, Wirkfaktoren und Designs: Appreciative Inquiry, World Café, Open Space, Open Space-Online, RTSC, Zukunftskonferenz, klassische Tagung, Berlin (Books on Demand).

Cooperrider, D.; Whitney, D. (2005): Appreciative Inquiry: A Positive Revolution in Change, San Francisco.

Zur Bonsen, M.; Maleh, C. (2012): Appreciative Inquiry: Der Weg zu Spitzenleistungen: Eine Einführung für Anwender, Entscheider und Berater, 2. Auflage, Weinheim.

Dragon Dreaming

Dragon Dreaming Webseite: http://www.dragondreaming.org/

Blanke, C.; Croft, J.; Dasi, M.; Koglin, I. (2013–2015): Dragon Dreaming Project Design E-Book. [http://www.dragondreaming.org/about-us/the-international-e-book/; 28.12.2016].

Systemisches Konsensieren

Webseite des Instituts für Systemisches Konsensieren: http://www.sk-prinzip.eu/

Paulus, G.; Schrotta, S.; Visotschnigg, E. (2013): Systemisches Konsensieren: Der Schlüssel zum gemeinsamen Erfolg, Holzkirchen.

Soziokratie

Buck, J.; Endenburg, G. (2005): Die kreativen Kräfte der Selbstorganisation. [http://soziokratie.org/wp-content/uploads/2012/01/Die_Kreativen_Kraefte_der_Selbstorganisation.pdf; 28.12.2016].

Gewaltfreie Kommunikation

Holler, I. (2012): Trainingsbuch gewaltfreie Kommunikation: abwechslungsreiche Übungen für Selbststudium, Seminare und Übungsgruppen, 6. Auflage, Paderborn.

Lindemann, G.; Heim, V. (2010): Erfolgsfaktor Menschlichkeit: Wertschätzend führen – wirksam kommunizieren, 2. Auflage, Paderborn.

Rosenberg, M. (2012): Gewaltfreie Kommunikation: eine Sprache des Lebens, 10. Auflage, Paderborn. (Englischer Originaltitel: Nonviolent Communication: A Language of Life).

13 Transformationsstrategie

Die vorangegangenen Kapitel thematisieren, welche institutionellen Veränderungen uns auf einen nachhaltigen Pfad zu mehr Lebensfülle bringen könnten. Zusammen umfassen sie grundlegende Veränderungen im gesamten wirtschaftlichen Kreislauf, die in Abb. 13.1 noch mal zusammengefasst werden. Doch wie kommen wir zu diesem angestrebten Zustand? Wer soll diese Veränderungen durchführen, und aus welchen Motiven? Wie sollen mächtige wirtschaftliche, staatliche und gesellschaftliche Institutionen dazu gebracht werden, sich zu wandeln? Widerspricht nicht alle Macht diesem Wandel? Eine kritische Systemanalyse muss solche Fragen durch Vorlage einer Transformationsstrategie beantworten.

Systemwandel passiert, wenn neue Regeln eingeführt und befolgt werden. Wenn ein ganzes Wirtschaftssystem verändert werden soll, bedeutet Regelveränderung in vielen Fällen Gesetzesänderungen, die zum Teil durchgreifende Veränderungen verlangen. Eine Regierung ist aber kaum in der Lage, solch schwerwiegende Gesetzesänderungen ohne Unterstützung wichtiger Wirtschaftsinteressen durchzu-

Abbildung 13.1: Zusammenfassung der Systeminterventionen für eine Wirtschaft der Lebensfülle

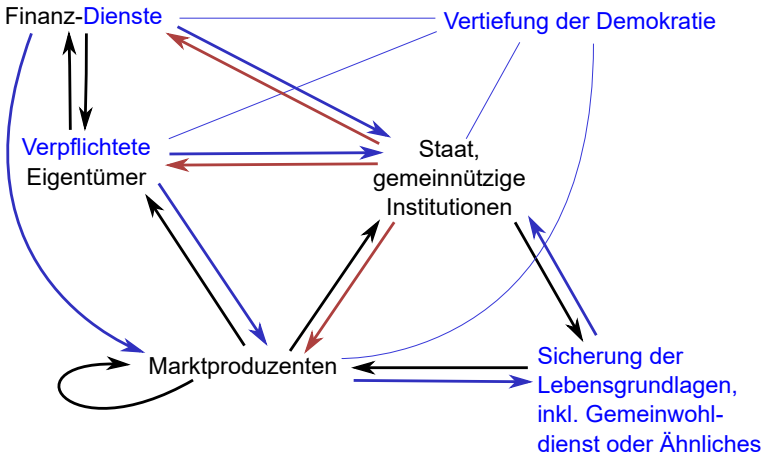
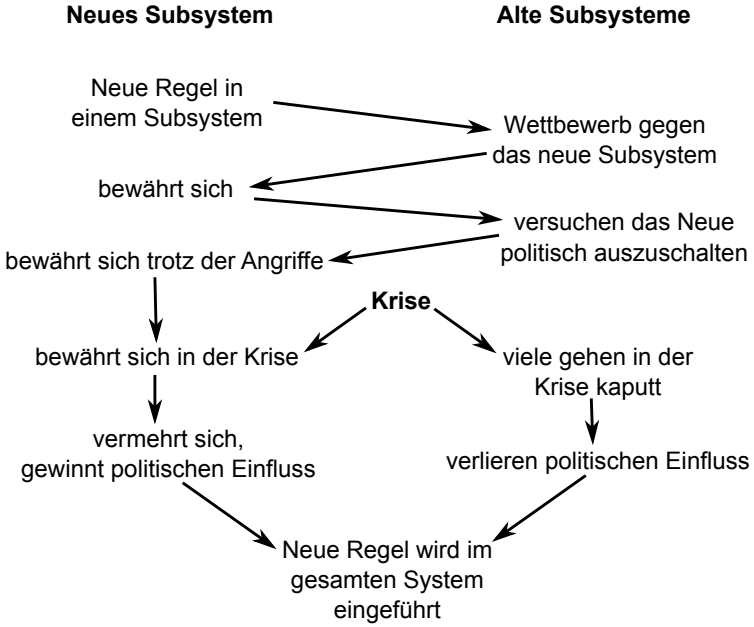


Abbildung 13.2: Flussdiagramm Systemwandel



setzen. Deshalb kann man sich nicht alleine auf die Politik verlassen, um das System zu verändern.

Wie ist Systemwandel dann möglich? Ein möglicher Pfad wird in Abb. 13.2 dargestellt. Als Erstes führt ein Subsystem für sich selbst neue Regeln ein – zum Beispiel wird eine Genossenschaft gegründet, die nach anderen Regeln verfährt als privatwirtschaftliche Unternehmen, oder eine Kommunalregierung unterstützt eine von Bürgern getragene Regiowährung, oder eine Landesregierung führt neue Verfahren der Bürgerbeteiligung ein.

Das Subsystem kann sich bewähren, obwohl das bestehende Umfeld nicht gerade förderlich ist. Wenn es sich bewährt, muss es früher oder später mit den alten, nach den herkömmlichen Regeln verfahrenden Subsystemen konkurrieren. Möglicherweise scheitert es, aus welchen Gründen auch immer – dann ist es nichts mit dem Systemwandel. Andernfalls behauptet es sich trotz des Wettbewerbs. In diesem Fall kann es sein, dass sich die alten Subsysteme bedroht fühlen

und auf politischem Wege versuchen, das neue Subsystem auszuschalten – zum Beispiel durch Regeländerungen, die es scheitern lassen, oder durch unbegründete, aber teure Gerichtsverfahren. Es gibt natürlich auch andere Reaktionsmöglichkeiten; eine offensichtlich erfolgreiche Regeländerung, die wenig Strukturwandel erfordert, könnte zum Beispiel von den alten Subsystemen einfach übernommen werden.

Das neue Subsystem kann an politischen Attacken zugrunde gehen – auch dann ist es vorbei mit dem Systemwandel. Andernfalls bewährt es sich trotz der Attacken. Dann gibt es wahrscheinlich weitere Nachahmer, doch reicht dies nicht zu einem Wandel des gesamten Systems, denn die meisten Subsysteme (z. B. Unternehmen, Verbände, Kommunal- und Landesregierungen) halten weiterhin an den alten Regeln fest. Wenn die alten Systemregeln fest verankert und die neuen Regeln nicht gerade systemkonform sind, kann sich dieser Zustand lange hinziehen. Vielleicht werden die systemwidrigen Subsysteme sogar gezwungen, sich immer weiter anzupassen.

Falls das Gesamtsystem schlecht an seine Umwelt (zum Beispiel das planetare Ökosystem) angepasst ist, dann stellen sich allerdings unweigerlich Krisen ein. In einer Krise kann sich vieles vormals Festgefahrene verändern. Um Veränderungen auszulösen, muss eine Krise nicht unbedingt außerordentlich groß sein, sie muss nur irgendwie das bestehende System aufrütteln. Die Nuklearexplosion in Fukushima bedeutete zum Beispiel eine Legitimationskrise für die deutsche Atomkraft, durch die sie einen Großteil ihrer Unterstützung aus der CDU verlor; das Atomdesaster hatte jedoch in den meisten anderen Ländern sehr viel geringere Wirkungen. Die Perestroika in der Sowjetunion führte zum Zusammenbruch aller Regierungen im Ostblock. Die Weltfinanzkrise 2008 ruinierte etliche Finanzinstitutionen, Unternehmen und Einzelpersonen. In der argentinischen Wirtschaftskrise im Jahr 2000 verloren die meisten Menschen plötzlich Zugang zu ihren Bankkonten. In jedem dieser Fälle ergaben sich Möglichkeiten, systemweite Regeln neu zu definieren.[1]

1 Zum Verlauf der Finanzkrise, siehe Quellen am Schluss des 4. Kapitels. Zur Rolle von Komplementärwährungen während der argentinischen Krise, siehe North, P. (2007): Money and Liberation: The Micropolitics of Alternative Currency Movements, Minneapolis, Chapter 8: Surviving Financial Meltdown: Argentina's Barter Networks. Die wichtigen Geschehnisse rund um die Transformation in Osteuropa und die deutsche Abkehr von der Atomenergie nach Fukushima dürften hinlänglich bekannt sein, dass Quellenangaben hier nicht nötig sind.

Damit sich neue Regeln und Praktiken in und nach einer Krise durchsetzen können, müssen sie schon irgendwo erprobt worden sein. Hypothetische Gedankenmodelle reichen nicht aus, denn die Zeit drängt und niemand ist bereit, lange zu experimentieren und Fehler zu machen. Alternative Energien gab es 2011 in Deutschland zuhauf, und die rot-grüne Vorgängerregierung hatte längst einen Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen und geplant, weshalb eine Energiewende nach Fukushima nur aus der Schublade herausgeholt zu werden brauchte. Ein »dritter Weg« neben Sozialismus und Kapitalismus etablierte sich nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems nicht, weil viel zu wenige Menschen sich im Ostblock unter den widrigen politischen Umständen ernsthaft mit solchen Möglichkeiten beschäftigt oder sie gar erprobt hatten. Stattdessen wurden gut finanzierte und scheinbar anwendungsreife Rezepte aus dem Westen übernommen. Nach der Weltfinanzkrise 2008 gab es keinen systemischen Wandel, doch immerhin interessierten sich sehr viel mehr Menschen für Alternativen wie z. B. ethische und islamische Banken, die dadurch an Bedeutung gewannen. Während der Krise in Argentinien wurden alternative Währungen plötzlich zum Zahlungsmittel für Millionen von Menschen, doch überforderte das schnelle Wachstum die Tauschsysteme, weshalb sie inmitten eines Korruptionsskandals wieder in sich zusammenfielen. Außerdem verloren die meisten Menschen Interesse an Komplementärwährungen, sobald sie wieder an ihr gewöhnliches Geld herankamen.

Systemwandel kann also durch eine Krise herbeigeführt werden, sofern systemische Alternativen zur Anwendung bereitstehen. Wie groß muss eine Krise sein, um Wandel einzuläuten? Das hängt zum Teil davon ab, wie gut entwickelt, weit verbreitet und gründlich durchdacht die Alternativen sind. Wenn sie quasi in den Startlöchern stehen, dürfte ihnen selbst eine recht geringfügige Krise zum Durchbruch verhelfen. Dies war 2011 in Deutschland hinsichtlich der Abkehr von der Atomkraft der Fall; auch alternative Währungen in Argentinien waren zur Jahrtausendwende in der Lage, plötzlich den Handel unter Millionen von Menschen zu ermöglichen. Obwohl sie schon längst praktikable Finanzmethoden entwickelt hatten und in diesem Sinne stark aufgestellt waren, hatten alternative Finanzinstitutionen 2008 nicht die mediale Präsenz oder den politischen Einfluss, um als Systemalternativen wirklich wahrgenommen zu werden. »Dritte Wege« im Ostblock existierten 1989 nur als Denk-

gebilde von Dissidenten und hatten gegen die rasch eingeflogenen westlichen »Experten« über den Aufbau des Kapitalismus aus den Ruinen des Staatssozialismus keine Chance. Selbst der totale Zusammenbruch der früheren Ordnung half deshalb den linken Dissidenten nicht weiter.

Diese Überlegungen legen eine Strategie des Systemwandels nahe, alternative Institutionen stetig und beharrlich aufzubauen, selbst wenn es unter den herrschenden Verhältnissen unmöglich erscheint, dass sie je zur Regel werden. Je besser erprobt, je weiter verbreitet, je besser bekannt diese neuen Institutionen sind, umso größer stehen ihre Chancen, sich im Falle einer Krise durchzusetzen. Wenn sie dagegen bei Ausbruch der Krise nur als intellektuelle Gebilde existieren, haben sie keine Chance auf Realisierung. Das bedeutet, dass die Alternativen schon im bestehenden System lebensfähig sein müssen. Es muss Menschen geben, die sie auch unter heutigen Umständen sinnvoll finden und bereit sind, sie mit ihrem Engagement, ihrer Verantwortung, ihrem Geld mitzutragen. Gleichzeitig müssen die Beteiligten eine gewisse Geduld mitbringen – sie dürfen nicht erwarten, dass diese Institutionen alleine den Systemwandel herbeiführen werden. Keine einzelne Institution vermag das, und selbst alle alternativen Institutionen zusammen vermögen das nicht, solange die Umstände nicht förderlich sind. Während der scheinbar ereignisarmen Zeit sollten diese Institutionen jedoch ihre internen Prozesse der Entscheidungsfindung optimieren, ihre Methoden schlüssig in diversen Medien darstellen und durch Workshops und andere Unterrichtsmethoden bekannt machen. So stehen sie bereit, sich rasch zu vermehren, sobald sich die Gelegenheit ergibt.

Welche Gruppen und Institutionen kommen infrage, schon heute die in den vorangegangenen Kapiteln vorgeschlagenen Strukturen aufzubauen – obwohl keine von ihnen alleine zum Systemwandel ausreicht? Dies sind die strategischen Partner für einen Systemwandel nach diesem Szenario. Sie sind zu verknüpfen mit den wichtigsten in diesem Buch angeregten Maßnahmen für eine Wirtschaft der Lebensfülle (siehe Tabelle 13.1). Jeder der Systemfehler, die im 1. Teil des Buches erörtert wurden, kann durch mehrere dieser Maßnahmen angegangen werden, doch müssen sie kombiniert und nicht jede für sich wirken. Die Tabelle ordnet die Maßnahmen den Organisationsebenen zu, auf denen sie umgesetzt werden können – von Unternehmen und Verbänden bis hin zu den Vereinten Nationen. Es stellt sich

folglich die Frage, welche Akteure auf den verschiedenen Ebenen die vorgeschlagenen Maßnahmen entweder schon anwenden oder dazu motiviert werden könnten.

Bevor diese Frage angegangen wird, lohnt es sich aber noch, die Rolle einzelner Menschen hervorzuheben. Letztlich sind es nämlich Individuen, die sich zusammentun, um neue gesellschaftliche Strukturen zu schaffen oder Wandel in bestehenden Organisationen anzuregen. Auch Sie, liebe Leserin, können als Einzelne sofort systemische Analyse im eigenen Leben anwenden – wie wirken sich Ihre eigenen Handlungen auf andere aus, und durch welche Rückkopplungen werden Sie selbst wiederum betroffen? Welche Rückkopplungen gibt es innerhalb der Organisation, wo Sie arbeiten, oder in den Vereinen, deren Mitglied Sie sind? Ist Ihr Geld an der aktuellen Bank oder Sparkasse gut aufgehoben, und entsprechen Ihre aktuellen Anlagen ethischen Grundsätzen? Falls Sie in der Lage sind, eine Organisation zu beeinflussen, können Sie vorschlagen, einen Unternehmenszweck durch einen Prozess der Appreciative Inquiry oder Dragon Dreaming einzuführen, systemisches Konsensieren oder soziokratische Verfahren zu erproben, die Eigentumsform zu ändern, neuartige Finanzierungswege zu prüfen oder die Finanzreserven bei fairen Finanzinstitutionen zu deponieren. Darüber hinaus können Sie sich natürlich je nach Ihren Neigungen politisch engagieren. Solche individuellen Handlungsmöglichkeiten sollten in sämtlichen im Folgenden aufgeführten Strategien mitgedacht werden.

Transformation auf der Ebene von Unternehmen und Vereinen

Warum sollte ein privatwirtschaftliches Unternehmen jegliche der in Tabelle 13.1 aufgeführten Veränderungen vornehmen? Erwägenswerte Gründe gibt es schon heute. Eine über den Profit hinausgehende und durch ein partizipatives Verfahren erarbeitete Zweckbestimmung kann die gesamte Belegschaft viel stärker motivieren als jede Gehaltserhöhung, denn sie gibt der Arbeit einen Sinn. Sie regt Mitarbeiter an, innovative Ideen einzubringen und zu verwirklichen. Die neue, an menschlichen Bedürfnissen orientierte Zweckgebung kann zur besseren Gestaltung bestehender Produkte oder zur Einführung ganz neuer Produktlinien führen, an die bisher noch niemand gedacht hat. Gewinn, der als Mittel zum Zweck dient, kann so potenziell Teil einer selbstverstärkenden Rückkopplungsschleife werden, die am Ende den Gewinn sogar noch erhöht – auch wenn das nicht

Tabelle 13.1: Maßnahmen und Organisationsebenen für eine Wirtschaft der Lebensfülle

Maßnahme	Systemfehler	Organisationsebene
Zweckbestimmung der Wirtschaft	1, 2	4, 5
Entwicklung von Indikatoren der Lebensfülle	1, 2	1–5
Zweckbestimmung einzelner Unternehmen	1, 2	1
Commons aufbauen	1, 2, 3, 4, 5	1–5
Genossenschaften aufbauen	1, 3, 4, 5	1–4
Erbschaft- und Vermögensteuern erhöhen	3, 5	3–4
Gebühren für Gemeingüter/Ökosteuern heben	2, 3	2–5
Finanzwirtschaft als öffentliche Infrastruktur reorganisieren	1, 3, 5	3–4
Finanzinstrumente ohne unbegrenzte Zahlungsverpflichtungen entwickeln und fördern	3, 4, 5	1–5
Grundsicherung einführen (z. B. SGD)	3, 4, 5	2–4
Neue Methoden der demokratischen Entscheidungsfindung betreiben und fördern	1, 2, 4, 5	1–5

Systemfehler: 1: Verkehrung von Mittel und Zweck; 2: Nur knappe Güter haben einen Wert; 3: Wachstumszwang; 4: Problematische Auswirkungen auf menschliche Eigenschaften; 5: Soziale Polarisierung.
Organisationsebene*:* 1: Organisationen (Unternehmen, Vereine, NGOs usw.); 2: Kommunen; 3: Bundesländer; 4: Staaten; 5: Internationale Organisationen (EU, UN, Untergliederungen der UN, internationale Vereinbarungen usw.)

der eigentliche Sinn der Sache ist und nicht als alleinige Motivation herhalten sollte. Selbst wenn der Gewinn um keinen Cent gesteigert wird, aber das Betriebsklima besser wird und das Unternehmen aktiver zum Gemeinwohl beiträgt, lohnt sich die neue Zweckgebung.

Effektive Verfahren der partizipativen Entscheidungsfindung können die Informationsflüsse innerhalb des Unternehmens verbessern und dadurch zu besseren Entscheidungen führen. Selbst wenn die Entscheidungsprozesse an sich nicht beschleunigt werden, können Entscheidungen rechtzeitiger getroffen werden, weil die Probleme schneller von den verantwortlichen Personen erkannt werden. Größere Transparenz sowie größere Verantwortlichkeit gegenüber allen Beteiligten können dazu beitragen, dass Mitarbeiter engagierter bei der Sache sind und weniger Energie in unterschwelligen Konflikten verbraten wird.

Ein Unternehmen muss sich häufig Investitionsmittel verschaffen – doch oft zu Konditionen, die kaum als fair zu betrachten sind. Entweder müssen Zinsen unabhängig vom Betriebsergebnis gezahlt oder wichtige Rechte an Aktionäre abgetreten werden, die vom Betrieb keine Ahnung haben und deren einziges Interesse darin besteht, Gewinne einzustreichen. Unternehmen sollten also ein ureigenes Interesse an Finanzierungsinstrumenten auf der Grundlage des fairen Tauschs unter Gleichen haben. So weit die schon existieren, können sie genutzt werden. Existieren sie nicht, können Unternehmen zu ihrer Entwicklung beitragen oder sie selbst schaffen. Vorbilder des gegenseitigen zinslosen Kredits wie das Schweizer WIR-System und der Sardex in Sardinien gibt es schon.

Eine Umwandlung eines Unternehmens in eine Genossenschaft wird leider oft erst dann erwogen, wenn die Geschäftsführung den Betrieb schließen will – entweder um ganz aufzugeben oder um die Produktion in ein Niedriglohnland zu verlagern. Es kann aber selbst für eine Unternehmerin gute Gründe für eine Umwandlung geben – zum Beispiel, wenn sie sich im Alter aus dem aktiven Geschäftsleben zurückziehen will und keine Erben den Betrieb übernehmen können oder wollen.

Maßnahmen dieser Art können ein Unternehmen eventuell krisenbeständiger machen, weil sie die Finanzierungskosten verringern und den Rückhalt in der Belegschaft, unter Geschäftspartnern und Kunden stärken. Ein an den wirklichen Bedürfnissen seiner Kunden orientiertes Unternehmen mag zwar manche Wachstumschancen

außer Acht lassen, dafür aber zweifelhafte Investitionen vermeiden, die zu starken Vertrauensverlusten führen könnten. Verantwortungsvolles Handeln allgemein bedeutet manchmal Verzicht, bringt dafür aber sehr viel größere Beständigkeit.

Sozial orientierte Unternehmen, die sich einen bedürfnisorientierten Zweck gegeben haben, partizipative Entscheidungsverfahren verwenden, Eigentum mit Leistung und Verantwortung verbinden und neue Finanzierungsmethoden entwickeln, haben schon längst Interessenverbände gebildet, um die Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen (z. B. Verbände der biologischen Landwirtschaft und der fairen Finanz). Diese Interessenverbände können ihre Aktivitäten in Bezug auf gemeinsame Interessen bündeln und darauf hinwirken, dass die politischen Rahmenbedingungen faire Finanzmethoden und genossenschaftliches Eigentum begünstigen, oder dass Aktionären nicht erlaubt wird, langfristig angelegte Unternehmensstrategien zu verhindern. Sie können dafür eintreten, das Finanzwesen als öffentliche Infrastruktur neu zu konzipieren.

Jene Unternehmen mit hohen Lohnkosten, aber niedrigen Energie- und Materialkosten haben eigentlich schon heute ein Interesse an einer ökologischen Steuerreform, die Ökosteuern erhöht und Lohnsteuern vermindert. Sie könnten eventuell mobilisiert werden, sich politisch dafür zu engagieren.

Neben den Unternehmen gibt es eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteure – Vereine, Verbände, formelle oder informelle Netzwerke, Interessengemeinschaften, Bürgerinitiativen, Religionsgemeinschaften usw. All diese Akteure haben schon längst eine Zwecksetzung, doch kann es auch für sie sinnvoll sein, sich gelegentlich auf ihre Zwecke und Ziele zurückzubesinnen. Gerade große und finanzkräftige Vereine können ihre ursprünglichen Zwecke aus den Augen verlieren, wenn es darum geht, mehr Geldmittel zu akquirieren oder ihre Geldgeber zufriedenzustellen. Zivilgesellschaftliche Akteure aller Art können außerdem ihre Entscheidungsverfahren neu überdenken. Sie können ähnlich wie Unternehmen überprüfen, ob sie ihr Geld verantwortlich angelegt haben und ob es Möglichkeiten gibt, ihre eigene Arbeit solidarischer zu finanzieren. Gegebenenfalls können sie ihre eigene Eigentumsform überdenken und eventuell verändern. In vielerlei Hinsicht kann es bei solchen Organisationen also ähnlichen Handlungsbedarf geben wie bei privaten Unternehmen. Auch die möglichen Vorteile für die Organisationen ähneln sich,

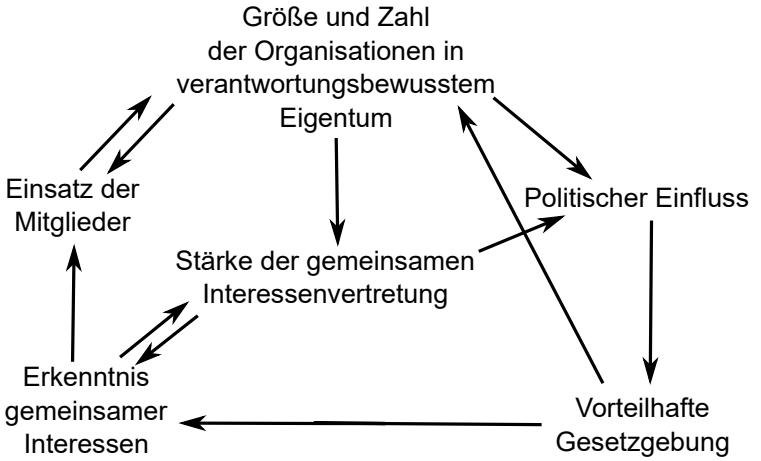
wie z. B. verstärkte Motivation und Innovationslust der Mitarbeiterinnen, bessere Beziehungen zu externen Partnern und größere Krisenbeständigkeit.

Gemeinnützige Organisationen könnten zu den stärksten Befürwortern eines Gemeinwohldiensts werden. Obzwar sie weiterhin Vollzeit arbeitende und besonders qualifizierte Mitarbeiterinnen in normalen Arbeitsverhältnissen anstellen müssten, würde es ihnen wesentlich leichter fallen, Leute für die bisher ehrenamtlichen Tätigkeiten zu gewinnen, die leicht unterlassen oder nicht konsequent ausgeführt werden.

Organisationen im Umwelt- und Naturschutz engagieren sich jetzt schon für eine ökologische Steuerreform, die Anreize für sparsameren Umgang mit Umweltgütern schaffen, mehr Mittel für den Umweltschutz bereitstellen, und Arbeit steuerlich entlasten soll. Diese und auch andere gemeinnützige Organisationen könnten sich hinter Forderungen stellen, Naturgüter als Commons aller Menschen zu behandeln, weil diese Strategie gleichzeitig soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit fördert. Auch die Umwandlung der Finanzinstitutionen im Sinne einer öffentlichen Infrastruktur wäre im materiellen wie auch dem ideellen Interesse der verschiedensten gemeinnützigen Organisationen. Solche Organisationen könnten gemeinsame politische Kampagnen für die Veränderung entsprechender politischer Rahmenbedingungen organisieren.

Zusammen könnten sozial und ökologisch verantwortliche Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen die in Abb. 13.3 dargestellten selbstverstärkenden Rückkopplungen in Gang setzen. Organisationen auf der Basis verantwortungsbewusster Eigentumsformen wachsen durch den Einsatz ihrer Mitglieder an Zahl und Größe; ihr Erfolg animiert die Beteiligten, ihre Anstrengungen fortzusetzen. Weil sie gemeinsame Interessen erkennen, entwickeln diese Organisationen gemeinsame Interessenvertretungen. Durch ihre wachsende Größe und ihre effektive Interessenvertretung entwickeln sie einen mächtigeren politischen Einfluss, der Regierungen auf verschiedenen Ebenen dazu bewegt, die rechtlichen Rahmenbedingungen in ihrem Sinne zu verändern. Die neuen Gesetze fördern das weitere Wachstum dieser Organisationen und ihre verstärkte politische Zusammenarbeit und bestätigen die Erkenntnis, dass sie tatsächlich gemeinsame Interessen haben. Folglich gewinnen sie weiter an politischem Einfluss.

Abbildung 13.3: Selbstverstärkende Rückkopplungen für verantwortungsbewusste Eigentumsformen



Zurzeit dominieren natürlich analoge Rückkopplungen im Sinne der unverantwortlichen, auf Profitmaximierung ausgerichteten Eigentumsformen. Deren Widerstand ist nicht zu unterschätzen. Wenn jedoch die Rückkopplungen für den Status quo soweit geschwächt werden, dass sie mit umgekehrten Vorzeichen laufen, dann wird der Umschwung möglich. Das heißt, weniger Erfolg dieser Institutionen und Unternehmen schwächt ihren politischen Einfluss, folglich werden Gesetze erlassen, die ihren Interessen widersprechen. Deswegen schrumpfen diese Unternehmen und arbeiten weniger effektiv zusammen, was ihren politischen Einfluss weiter schmälert. Manche laufen zur anderen Seite über. In Deutschland hat dieser Prozess im Bereich der Elektrizitätsversorgung möglicherweise schon angefangen: die großen vier Monopolisten verlieren Marktanteile, weil sie die dezentrale und immer billiger werdende Stromerzeugung aus Quellen erneuerbarer Energie nicht kontrollieren können. Vorläufig können sie politisch noch immer große Subventionen durchsetzen, doch wenn ihre Marktmacht weiter dahinschmilzt, werden sie auch dazu nicht mehr fähig sein. Das kann den regenerativen Energieversorgern zum Durchbruch verhelfen – hoffentlich insbesondere den

genossenschaftlich oder kommunal organisierten kleinen Energieversorgern.

Transformation auf kommunaler und Landesebene

Eine durch Einzelpersonen, Unternehmen und Verbände entwickelte politische Basis kann Veränderung auf politischer Ebene ermöglichen. Welche Handlungsmöglichkeiten sind hier besonders wichtig?

Regierungen auf allen Ebenen können Zweckbestimmungen der Wirtschaftspolitik und systemische Analysen nutzen, um ihre eigenen Zielsetzungen besser zu begründen und ihre Politik kohärenter zu gestalten. Eine Neugestaltung des Finanzwesens als öffentliche Infrastruktur könnte Regierungen auf allen Ebenen Handlungsspielräume eröffnen, die ihnen heute durch die hohe öffentliche Verschuldung und Zinsendienst verschlossen bleiben. Die Fortentwicklung demokratischer Strukturen könnte den Regierungen, Parteien und staatlichen Institutionen aller Art enorme Legitimationsgewinne bescheren. Die Einführung eines Gemeinwohldienstes in Kombination mit Ökosteuern, höheren Vermögensteuern und Verminderung der Steuern auf Arbeit könnten zu annähernder Vollbeschäftigung und erheblicher Verminderung sozialer und ökonomischer Krisen und damit zu erhöhter politischer Stabilität führen. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Genossenschaften und Commons hätte ähnliche Wirkungen. Es gäbe also viele gute Gründe für Regierungen und Parteien, die hier angeregten Systemveränderungen einzuführen – sofern sich die politische Basis entwickelt!

Auf kommunaler Ebene lässt sich politischer Wandel wohl am besten mit der Stärkung lokaler Wirtschaftskreisläufe begründen. Lokal verankerte Initiativen, Genossenschaften und Unternehmen geben einen Großteil ihres Einkommens vor Ort wieder aus und helfen damit anderen lokalen Unternehmen. Sie ziehen fast garantiert nicht weg, wenn die ökonomischen Bedingungen woanders ein bisschen günstiger erscheinen. Deshalb ist es höchst unwahrscheinlich, dass Steuervorteile oder Subventionen für sie aus Sicht der Kommune vergeudet werden. Eine durch geeignete Finanzierungsmethoden ausgelöste Verringerung des Energiebedarfs sowie die Erzeugung erneuerbarer Energien durch ortsansässige Genossenschaften bedeutet eine Reduzierung von Energieimporten und vermehrte Rezirkulierung des Geldes innerhalb der Region. Lokale, dem Gemeinwohl verpflichtete Finanzinstitutionen können einen wesentlichen Teil des Kapi-

tals der lokalen Bevölkerung für lokale Zwecke einsetzen, statt es in Finanzmetropolen abzuziehen. Durch Maßnahmen solcher Art lässt sich die Krisenbeständigkeit der Region erhöhen.

Zu den Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene gehört die Unterstützung vielfältiger gemeinschaftlicher Projekte, durch die Menschen konkret vor Ort Verantwortung übernehmen. Kommunalregierungen können hierzu Räumlichkeiten und andere Ressourcen, fachliche Expertise und finanzielle Zuschüsse gewähren. Durch Veranstaltung von Workshops können sie lokale Unternehmen dazu anregen, ihren Unternehmenszweck neu zu definieren. Sofern Kommunalregierungen finanzielle Rücklagen haben, können sie diese in Fonds für sozial und ökologisch verantwortliches Unternehmertum anlegen. Sie können auch Bürger dazu anregen, ihr Geld in diesen Fonds anzulegen. Sie können Regiowährungen und ähnliche finanzielle Innovationen der Bürger unterstützen. Sie können zur Unterstützung bürgerlichen Engagements einen bescheidenen Gemeinwohldienst einführen. Sie können diverse Formen der Bürgerbeteiligung anwenden und in den eigenen Behörden soziokratische und ähnliche Methoden einführen, um bürgernah und agil zu handeln. Sie können manche Entscheidungen nach der Methode des systemischen Konsensierens treffen. All diese Maßnahmen können ihre Handlungsfähigkeit erweitern und ihren gesellschaftlichen Rückhalt stärken.

Auf Landesebene gibt es ähnliche Motivationen und Handlungsmöglichkeiten wie auf kommunaler Ebene. Darüber hinaus haben Landesregierungen gesetzgeberische Kompetenzen, die sie ausnützen können, um die Rahmenbedingungen aller genannten Vorhaben zu verbessern. Sie haben Einfluss auf die Lehrpläne und pädagogischen Konzepte an Schulen, die zum Beispiel verschiedene Methoden der demokratischen Entscheidungsfindung thematisieren und im Schulalltag praktizieren könnten. Landesregierungen könnten einen einigermaßen leistungsfähigen Gemeinwohldienst finanzieren. Sie sind in der Lage, Beratung und günstige Finanzkonditionen für die Gründung neuer Genossenschaften und Commons-Initiativen sowie die Umwandlung privatwirtschaftlicher Betriebe in Genossenschaften anzubieten. Außerdem können sie relevante Forschungsprojekte unterstützen. Sie können die Steuern im Rahmen ihrer gesetzgeberischen Kompetenzen nach ökologischen Gesichtspunkten ausrichten und Betriebe mit kollektiven Eigentumsformen steuerlich begünstigen. Schließlich können sie die nationale Gesetzgebung beeinflussen.

Transformation auf nationaler Ebene

Auf nationaler bzw. Bundesebene gibt es viele weitere Möglichkeiten, die Rahmenbedingungen der gesamten Wirtschaft zu gestalten. Internationale Vereinbarungen, nicht zuletzt innerhalb der EU, müssen natürlich beachtet werden, doch können Regierungen diese Vereinbarungen neu aushandeln. Für vieles lassen sich Wege finden, wenn sich einmal, wie auf Abb. 13.3 dargestellt, ein ausreichender politischer Wille entwickelt hat.

Auf nationaler Ebene ist die Zweckbestimmung für die Wirtschaft bzw. die Wirtschaftspolitik von besonderer Relevanz. Die wäre am besten unter Beteiligung vieler zivilgesellschaftlicher Akteure zu erarbeiten, mit dem Ziel, eine Reihe von Indikatoren mit breiter gesellschaftlicher Akzeptanz gesetzlich zu verankern. Auf diese Weise könnte die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes auf transparente Weise bewertet und eine gute Datenbasis für zukünftige Entscheidungen geschaffen werden.

Ein selbstbestimmter Gemeinwohldienst wäre auf nationaler Ebene besonders sinnvoll, weil sich dort Steuereinnahmen von reicheren Gegenden in die Regionen des größten Bedarfs verschieben lassen. Der SGD könnte ein ähnlich positives Image entwickeln wie der Bundesfreiwilligendienst oder das amerikanische Peace Corps; er könnte in begrenzter Größenordnung anfangen und sollte deshalb auf keine unüberwindlichen finanziellen Hürden stoßen. Nationale Regierungen könnten andere Träger eines Gemeinwohldienstes (z. B. Stiftungen und Kommunen) finanziell unterstützen, müssten ihn also nicht unbedingt zentralistisch steuern und verwalten. Die vielfältigen Vorteile eines SGD (Förderung des bürgerlichen Engagements, Reduzierung der Arbeitslosigkeit, Weiterqualifizierung von Arbeitslosen, Unterstützung potenzieller Unternehmensgründerinnen, Verminderung der sozialen Polarisierung) könnten ganz verschiedene Parteien interessieren, selbst bei allem Streit über dessen anzustrebende Größe und Ausgestaltung. Bei politisch geschickter Herangehensweise würden die Parteien sogar miteinander konkurrieren, wer den SGD schneller expandiert.

Der rechtliche Rahmen für Genossenschaften, Commons, Eigentumsbeziehungen und Mitentscheidungsverfahren wird trotz mancher internationaler Vereinbarungen großenteils auf nationaler Ebene gestaltet. Gesetzesveränderungen zur Verpflichtung des Eigentums und zur Erweiterung von Mitentscheidungsrechten sind

vor allem in Bezug auf liberale bürgerliche Werte zu begründen. Besonders hervorzuheben ist das Prinzip, dass jeder, der durch seine Arbeit zu einem Unternehmen oder der Pflege eines gemeinsamen Gutes beiträgt, auch am Erfolg (bzw.: am Eigentum) beteiligt werden und Verantwortung mittragen soll. Dieser Gedanke ist nicht nur sachlich überzeugend, sondern auch strategisch wichtig, weil einschneidende Veränderungen des Eigentumsrechts nur mit breitem politischem Konsens machbar sind.

Ein weiteres Betätigungsfeld auf nationaler Ebene ist die Steuerpolitik. Steuern auf Arbeitsleistung (Lohnsteuer, aber auch Sozialabgaben) sollten gesenkt werden, während Steuern auf den Verbrauch oder die Beschädigung von Naturressourcen, auf Erbschaften und Kapitalgewinne erhöht werden sollten. Gegen solche Steuerumlagerungen (ökologische Steuerreform, Commons im Sinne von Peter Barnes oder Henry George) gibt es sehr starken Widerstand; sie werden als wirtschaftsfeindlich dargestellt. Ganz im Gegenteil ist jedoch die heutige Praxis wirtschaftsfeindlich, denn sie widerspricht dem Leistungsprinzip und verführt zur Verschwendung derjenigen Ressourcen, deren Knappheit im Marktpreis nicht dargestellt ist. Leistung lohnt sich eben nicht, wenn Arbeit hoch besteuert wird, dafür aber leistungsloses Einkommen (z. B. Erbschaften) kaum besteuert wird. Solange Umweltgüter nichts kosten, werden sie verschwendet, als ob sie in fast unendlicher Menge vorhanden wären, denn betriebswirtschaftliche Effizienz erfordert den ungezügelten Verbrauch billiger Ressourcen, wenn dadurch teurer Arbeitseinsatz vermieden werden kann. Ökosteuern hingegen geben genau die richtigen Anreize für eine ressourcensparende Wirtschaftsweise. Darüber hinaus können Wirtschaftskrisen nur dann effektiv vermieden werden, wenn Überschüsse der reichsten Unternehmen und Individuen abgeschöpft werden und an die Bedürftigsten umverteilt werden, denn sonst verschlechtern sich die Lebensverhältnisse großer Teile der Bevölkerung zusehends, viele Menschen werden zahlungsunfähig und der Geldkreislauf stockt. Natürlich ist hier viel Überzeugungsarbeit notwendig, aber es muss ganz klar darauf hingearbeitet werden, dass »wirtschaftsfreundlich« heißt, die Systemanforderungen einer lebensfähigen Wirtschaft zu verstehen und zu erhalten, nicht den kurzfristigen Interessen der mächtigsten Unternehmen zu dienen.

Diese Überlegungen haben nur eine Chance, wenn demokratische Methoden der Entscheidungsfindung gestärkt werden. Auf nationa-

ler Ebene könnten soziokratische und konsensorientierte Abstimmungsverfahren besonders öffentlichkeitswirksam eingeführt werden. Letztere könnten »inoffiziell« ohne Gesetzesänderungen als Teil der Vorbereitung von Entscheidungen in Parlamenten erprobt werden, vor Abstimmungen nach konventionellen Abstimmungsverfahren. Falls dies zu positiven Ergebnissen führte, könnten die Verfahren auch gesetzlich verändert werden. Es wäre möglich, soziokratische Verfahren innerhalb von einigen Ministerien und Ämtern einzuführen und im Falle des Erfolges auf weitere Ämter auszubreiten.

Warum sollten Parlamente und Ministerien sich für solche Verfahren interessieren? Ein Vorteil wäre, dass systemisches Konsensieren bei schwierigen Mehrheitsverhältnissen die Entscheidungsfindung sehr erleichtern kann, denn es ermöglicht immer, die Alternative mit der größten Unterstützung ausfindig zu machen. Angesichts der Schwäche der alten Volksparteien in vielen Ländern Europas könnte solch ein Abstimmungsmodus die Handlungsfähigkeit der Parlamente bewahren und allzu häufige Neuwahlen vermeiden.

Eine umfassende Reform des Finanzwesens als öffentliche Infrastruktur würde Veränderungen auf nationaler und internationaler Ebene erfordern – in der EU durch ein Zusammenspiel der nationalen und der EU-Ebene. Eine nationale Umwandlung der Finanzstrukturen der USA würde allerdings ausreichen, eine internationale oder gar globale Umwandlung der Finanzinstitutionen auszulösen. Die EU-Länder in Zusammenarbeit mit den USA und einigen weiteren Ländern (z. B. China und Japan) könnten das Finanzsystem der ganzen Welt transformieren. Doch warum würden die Regierungen dieser Länder das tun, statt wie gewohnt auf die großen Finanzinstitutionen und Konzerne zu hören? Diese Interessengruppen tun alles in ihrer Macht, um einen grundsätzlichen Wandel zu verhindern, zumal viele der großen Konzerne mehr durch Finanzgeschäfte als durch die Produktion materieller Güter verdienen.

Struktureller Wandel des Finanzwesens ist deshalb erst zu erwarten, wenn der politische Druck aus der mittelständischen Wirtschaft so groß wird, dass Veränderungen nicht mehr verschoben werden können. Vielleicht können selbst konventionell denkende Politiker und Wirtschaftsführer durch das Argument überzeugt werden, dass das jetzige Finanzsystem reformiert werden sollte, weil es jede Krise verschärft und die Realwirtschaft belastet. Ein wirkliches Umdenken wird jedoch wahrscheinlich erst stattfinden, wenn eine große Krise

tatsächlich eintrifft; der Diskurs zum Thema und alternative Strukturen müssen aber schon vor der Krise wichtigen Akteuren bekannt sein.

Auf nationaler Ebene ist deshalb eine Debatte zu führen, wie eine öffentliche Finanzinfrastruktur aussehen könnte oder sollte. Welche Verpflichtungen sollen von den verschiedenen Finanzinstitutionen eingefordert werden? Welche Finanzinstrumente führen zu spekulativen Instabilitäten, welche nicht? Welches sind faire Risikoverteilungen? Sollen Aktionärsrechte beschnitten werden, und welche Mitbestimmungsrechte sollen den Mitarbeiterinnen jeder Aktiengesellschaft garantiert werden? Sollen Aktien in zeitlich begrenzte Gewinnanteile umgewandelt werden? Sollen Aktiengesellschaften und ähnliche Körperschaften verpflichtet werden, sich Zwecke mit rechtlichem Vorrang vor ihrem Profitinteresse zu geben? Was sind faire Zinsen, oder sollen Zinsen ganz abgeschafft werden? Alle Aspekte des Geldes und der Finanzwirtschaft sollten durchleuchtet werden und institutionelle Alternativen diskutiert werden, um entsprechende Veränderungen der Rahmenbedingungen zu ermöglichen.

Transformation auf internationaler Ebene

Veränderungen auf internationaler Ebene erfolgen zumeist erst, wenn sich einflussreiche Nationalregierungen in internationalen Gremien wie den Vereinten Nationen oder der EU dafür einsetzen. Andererseits verändern manche Länder ihre Politik erst, wenn sie auf internationaler Ebene dazu gedrängt werden oder alle anderen Regierungen Ähnliches tun. Manches, wie z. B. die Regeln des internationalen Finanzverkehrs, lässt sich natürlich nur gemeinsam verändern, da nationale Alleingänge kontraproduktive Wirkungen auslösen können – zum Beispiel können Erhöhungen der Steuern auf Kapitalgewinne zu Kapitalflucht führen. Solche Überlegungen sollen keine nationale Untätigkeit begründen, sondern den internationalen Handlungsbedarf verdeutlichen.

Auf internationaler Ebene sind wahrscheinlich internationale NGOs die besten Anwälte für eine systemische Transformation zu größerer globaler Chancengleichheit und gerechterer, ökologisch sinnvoller Ressourcennutzung. Die Regierungen der reichen Länder verurteilen meist jeden Vorschlag, der auf eine globale Umverteilung des Reichtums abzielt, während die Regierungen der meisten armen Länder von Wirtschaftseliten kontrolliert werden, die möglichst jede

interne Umverteilung der Ressourcen verhindern. Allerdings leiden auch die reichen Länder und die Eliten armer Länder im Falle weltweiter politischer und wirtschaftlicher Instabilität. Die reichen Staaten gründeten internationale Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank unter anderem, um internationalen Krisen vorzubeugen oder sie erfolgreich zu überwinden. Deswegen ist das Argument der wirtschaftlichen und politischen Stabilität wahrscheinlich das strategisch wichtigste, um Regierungen und die UNO von der Notwendigkeit der Veränderung der globalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu überzeugen. Zusammen mit einigen einflussreichen Regierungen, die im eigenen Lande Veränderungen anstreben, aber durch internationale Vereinbarungen daran gehindert werden, können internationale NGOs vielleicht schlagkräftige Koalitionen für Veränderung auf internationaler Ebene bilden.

Forschung für Transformation

Keine Transformationsstrategie kann ohne Forschung auskommen, denn jede Veränderung muss gut begründet und Fehler sollten möglichst schon im Voraus vermieden werden. Die guten und schlechten Erfahrungen aller beteiligten Akteure sollten möglichst sorgfältig ausgewertet werden, damit die Praxis immer weiter verbessert werden kann. Deshalb folgt hier eine Skizze einer Forschungsagenda für eine Transformation zu einer Wirtschaft der Lebensfülle.

Die systemische Analyse aller Wirtschaftsvorgänge und ihrer Rückkopplungen in der sozialen und ökologischen Umwelt muss zügig weiterentwickelt werden. Die gängige Ökonomik vernachlässigt solche Ansätze und gründet sich stattdessen auf einer Reihe von Annahmen, die empirisch schon längst widerlegt sind. Systemische Analyse kann dagegen auf der Beobachtung realer Vorgänge beruhen und diese systematisch miteinander verbinden, ohne unrealistische Annahmen machen zu müssen. Systemische, quantitativ ausgearbeitete Modelle der Wirtschaft lassen sich mit systemischen Modellen des Weltklimas oder der Ökosysteme verknüpfen, um Fragen über die ökologischen Auswirkungen unseres Handelns und unserer institutionellen Strukturen besser zu beantworten. Anzustreben ist eine bessere Zusammenarbeit zwischen diversen akademischen Disziplinen, um besser reflektiertes und weiter vorausschauendes Handeln zu ermöglichen. Die quantitative Ausarbeitung der systemischen Modelle ist nicht zuletzt wichtig, um nicht nur sagen zu können, in wel-

che Richtung wir gehen müssen, sondern auch, wie stark wir eingreifen müssen, um angestrebte Ergebnisse zu verwirklichen.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Forschung ist die Entwicklung von Indikatoren der Lebensfülle. In der vorliegenden Arbeit wurde nur ein allgemeiner Rahmen vorgegeben, der noch zu füllen ist. Dieser Ansatz soll im Unterschied zu den meisten Messinstrumenten der »nachhaltigen Entwicklung« die Zufriedenheit der Menschen anhand von Befragungen erfassen, nicht durch Erhebung »objektiver« Daten (die niemals messen können, ob Menschen tatsächlich zufrieden sind). Auch sollte die Fülle der lebenswichtigen Ressourcen möglichst geografisch differenziert erfasst werden, um eine Datenbasis für detaillierte Planungen bereitzustellen. Man könnte die Entwicklung der Lebensfülle zeitlich, geografisch und nach sozialen Gruppen differenziert verfolgen, um gesellschaftliche Fort- und Rückschritte zeitnah zu erkennen und zu beeinflussen.

Systemische Wirtschaftsmodelle und Indikatoren der Lebensfülle könnten herangezogen werden, um als politische Entscheidungshilfe Fragen wie die folgenden zu beantworten:

- Wie wirken sich verschiedene Handlungen unterschiedlicher Akteure auf die Lebensfülle der betroffenen Menschen aus?
- Wie beeinflussen politische Maßnahmen (z. B. Veränderung von Eigentumsrechten oder Entscheidungsbefugnissen) die Handlungen verschiedener Akteure und damit die Lebensfülle?
- Wie können bestimmte Aspekte der Lebensfülle durch politische Maßnahmen verbessert werden, ohne andere Aspekte in Mitleidenschaft zu ziehen?

Soziologische Forschungen über Unternehmen und andere Institutionen (z. B. Genossenschaften, Commons, Finanzinstitutionen) könnten durch Fragestellungen wie die folgenden zu deren besseren Gestaltung beitragen:

- Welche Verfahren der Zweckbestimmung funktionieren gut, welche nicht?
- Erreichen soziokratische Methoden die selbstgesteckten Ziele ihrer Anwender, und wie können ihre Erfolgsaussichten verbessert werden?
- Funktionieren Rückkopplungen innerhalb der Organisationen wie vorgesehen, und wie können sie optimiert werden?

- Wie beeinflussen Eigentumsformen und Verfahren der Entscheidungsfindung die Entscheidungen, ihre Umsetzung und die Zufriedenheit der Mitarbeiter?
- Welche Rechtsformen sind für welche Organisationen am besten geeignet, und wie können sie besser gestaltet werden?
- Welche Stakeholder-Gruppen sollen und können bei verschiedenen Unternehmensarten mitentscheiden dürfen, und wie klappt das am besten?

Intensive Forschung ist erforderlich, um faire Finanzinstrumente zu entwickeln. Hier gibt es schon eine Basis in der Arbeit von ethischen Finanzinstitutionen und islamischen Banken, doch muss jede Praktik anhand von ethischen Grundsätzen und ihrer Zweckmäßigkeit für definierte Zielsetzungen geprüft werden. Die Forschung kann Fragestellungen nachgehen wie z. B.:

- Wie verteilen verschiedene Finanzinstrumente die Risiken? Welche Auswirkungen haben sie auf die Verteilung der Vermögen?
- Welche Instrumente der islamischen Finanz können dem besseren Interessenausgleich dienen, und wie können sie weiterentwickelt werden?
- Wie viel Geld muss umverteilt werden, damit die Vermögen sich nicht weiter konzentrieren?
- Wie hoch müssen Erbschaft- und Vermögensteuern sein, damit die Vermögensverteilung nicht ungleicher wird?

Schließlich ist Forschung erforderlich, um einen selbstbestimmten Gemeinwohldienst zu gestalten, einzuführen, und kontinuierlich zu verbessern. Einige der wichtigen Fragestellungen sind:

- Wie können die Funktionen des SGD am besten gegen die Privatwirtschaft und den öffentlichen Dienst abgegrenzt werden?
- Wie können die Leistungen der SGD-Leistenden am effizientesten bewertet werden? Welche konkreten Wirkungen haben diese Leistungen? Wie groß ist ihre Wirkung im Verhältnis zu den ausgegebenen Mitteln?
- Aus welchen Motivationen leisten Menschen einen SGD? Wie zufrieden sind sie? Wie lange und an welchen Aufgaben arbeiten sie beim SGD? Dient der SGD als Qualifizierung für andere Arbeitsstellen oder als Unternehmensinkubator?

Diese wenigen Andeutungen der möglichen Fragestellungen verdeutlichen, dass Untersuchungen über Wege zu einer Wirtschaft der Lebensfülle Raum für ein weites interdisziplinäres Forschungsgebiet bieten.

Schlusswort

In diesem Buch habe ich versucht aufzuzeigen, welche systemischen Rückkopplungen uns daran hindern, eine zukunftsfähige Wirtschaft zu entwickeln – und wie diese Rückkopplungen verändert werden sollten, um uns auf einen besseren Weg zu bringen. Es geht mir nicht darum, das Rad neu zu erfinden, denn die meisten Bausteine einer nachhaltigen und sozial ausgeglichenen Wirtschaftsordnung gibt es schon – bloß müssen sie zusammengeführt und effektiv miteinander verknüpft werden. Es geht auch nicht darum, die Revolution zu verkünden und alte Strukturen niederzureißen, z. B. das Geld, den Markt und Privatunternehmen abzuschaffen, sondern darum, das Wesen dieser Strukturen und ihrer Beziehungen untereinander und mit den sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen zu verändern. Schließlich geht es auch nicht darum, eine ideale, sondern lediglich eine gut lebensfähige Wirtschaftsordnung zu schaffen.

Manche linken Kritikerinnen werden die »Wirtschaft der Lebensfülle« als nicht radikal genug ablehnen, weil sie wie Felbers Gemeinwohlökonomie Grundstrukturen des Kapitalismus bewahrt – trotz der offensichtlichen Überschneidungen mit Ansätzen der solidarischen Wirtschaft, des »buen vivir«, der Commons-Bewegung und anderer ähnlicher Strömungen. Neoliberale Kritikerinnen hingegen werden die Empfehlungen, Wirtschaftswachstum und Unternehmensgewinn als Selbstzweck aufzugeben, Eigentumsrechte zu beschränken und mit neuen Verpflichtungen zu belasten, Privatbanken in einer öffentlichen Finanzinfrastruktur aufgehen zu lassen, Zinsen und Dividenden stark einzuschränken, einen selbstbestimmten Gemeinwohldienst einzuführen und überall neue demokratische Verfahren zu erproben, vehement zurückweisen. Sie werden deren Realisierung als das Ende des Kapitalismus darstellen, als fortschrittsfeindlich und noch viel Schlimmeres. Ob eine Wirtschaft der Lebensfülle mit diesen Strukturen Kapitalismus wäre oder nicht, ist jedoch letztlich eine Definitionssache, die mich nicht besonders interessiert. Mich interessiert, ob solch eine Wirtschaftsordnung die Lebensbedingungen für Menschen und Ökosysteme nachhaltig be-

wahren und verbessern kann. Ich hoffe, dass eine Agenda mit dieser pragmatischen Zielsetzung, die weder dem rechten noch dem linken politischen Flügel ganz passt, eine neue politische Mitte überzeugen kann.

Die Zukunft kennt niemand, und wir schaffen unsere Pfade, indem wir sie beschreiten. Dies ist das Abenteuer des Lebens. Es ist wichtig, dass wir von unseren Fehlern lernen und bereit sind, uns zu verändern.



Die Geschichte eines Engagierten

Kindheit als Sohn eines deutschen Teepflanzers im heutigen Indonesien, Jugendjahre in Nazideutschland, Aufenthalte in Afrika, dann Wegbereiter der biologischen Landwirtschaft in Süddeutschland: Helmut Gunderts Erinnerungen zeugen von einem ereignisreichen Leben, das geprägt war von ökologischer und sozialer Verantwortung und leidenschaftlichem Einsatz für eine gerechte Welt. Seine Autobiographie macht Mut und Hoffnung, dass es lohnt, sich für eine gute Zukunft einzusetzen.

H. Gundert
Baustelle Zukunft
Ein engagiertes Leben in Zeiten globaler Krisen
204 Seiten, broschiert,
19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-825-6



oekom

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei
innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de.



Was die Vordenker uns zu sagen haben

Die ökologische Krise manifestiert sich weltweit in Gestalt des Klimawandels und schwindender Ressourcen. Welche Antworten und globalen Reaktionen sind notwendig und angemessen? Carsten Kaven vergleicht dazu die Positionen der einflussreichen Vordenker Elmar Altvater, Martin Jänicke, Chandran Nair und Jeremy Rifkin und bietet damit eine fundierte Übersicht zu den Chancen und Herausforderungen einer sozial-ökologischen Transformation.

C. Kaven
Transformation des Kapitalismus oder grüne Marktwirtschaft?
Pfade zur Nachhaltigkeit bei Altvater, Jänicke, Nair und Rifkin
210 Seiten, broschiert,
22,95 Euro, ISBN 978-3-86581-750-1



oekom

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei
innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de.



Die Wirtschaft ist für den Menschen da

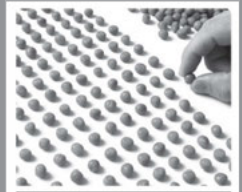
Unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem beruht ganz wesentlich auf dem Prinzip des Wettbewerbs. Dieses sorgt einerseits für materiellen Wohlstand – ist aber auch für die gravierende Beschädigung menschlicher Werte, sozialer Beziehungen und ökologischer Lebensräume mit verantwortlich. Ulrich Klinkenberg plädiert demgegenüber für eine stärker an menschlichen Bedürfnissen und Werten orientierte Marktwirtschaft und entwirft eine verhaltensbiologisch und vernunftethisch fundierte »Wertewirtschaft«.

U. Klinkenberg
Wertewirtschaft
Gedanken zu einer vernünftigeren Marktwirtschaft
540 Seiten, broschiert,
29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-798-3



oekom

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de.



Besser Wirtschaften

Oft heißt es: »Wir können uns Umweltschutz erst erlauben, wenn das Wirtschaftliche stimmt.« Dem aber liegt ein kapitaler Fehler in der Finanzbuchhaltung zugrunde: Korrekt gewirtschaftet wird erst dann, wenn das Gesamtvermögen aller Werte einer Gesellschaft – also auch Naturräume, biologische Vielfalt und Ressourcen – nicht verbraucht, sondern erhalten und vermehrt wird. Christian Hiß plädiert daher für eine Reform der betrieblichen Finanzbuchhaltung. Und er zeigt am Beispiel der Landwirtschaft ganz konkret, wie das funktioniert.

C. Hiß
Richtig rechnen!
Durch die Reform der Finanzbuchhaltung zur ökologisch-ökonomischen Wende
124 Seiten, broschiert, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-749-5



oekom

Bestellen Sie versandkostenfrei innerhalb Deutschlands unter www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Wie kann eine zukunftsfähige Wirtschaft aussehen? Und wie können wir sie mit den vorhandenen Elementen gestalten? Wolfgang Höschele präsentiert eine Agenda für die Transformation zu einer anderen Ökonomie, einer »Wirtschaft der Lebensfülle«. Zwei Prinzipien sind dabei entscheidend: Alle Menschen sollen gut leben können und die Grundlagen allen Lebens bewahrt werden.
Unter anderem schlägt Höschele vor:

_Eine sinnvolle Verwirklichung des Grundsatzes »Eigentum verpflichtet«.
_Die Gestaltung unseres Finanzwesen als öffentliche Infrastruktur.
_Eine Grundsicherung, die nicht nur fördert und fordert, sondern auch anregt und motiviert.

Das Buch bietet einen Handlungsrahmen, der Sinn und Orientierung gibt. Komplexe ökonomische Beziehungsgeflechte werden graphisch veranschaulicht, denn: »Das Thema Wirtschaft geht uns alle an und ist viel zu wichtig, um es allein den Wirtschaftswissenschaftlern zu überlassen!«. Anregungen, wie wir die heutigen Krisen als Chance nutzen können, beschließen das Buch. Und geben uns damit das Rüstzeug an die Hand, einen Weg einzuschlagen, der erst entsteht, indem wir ihn gehen.

Wolfgang Höschele befasst sich seit seiner Studienzeit mit ökologischen und sozialen Fragen. Als Geographieprofessor in den USA entwarf er den Ansatz einer »Wirtschaft der Lebensfülle« zur Überwindung der ökologischen Krise, den er heute in Heidelberg freiberuflich fortentwickelt.

oekom

29,95 Euro [D]
30,80 Euro [A]
www.oekom.de

9 783960 061748